

Stenographischer Bericht

72. Sitzung des Steiermärkischen Landtages

XIV. Gesetzgebungsperiode – 15. Februar 2005

Inhalt:

Personelles:

Entschuldigt: Landesrätin Mag. Edlinger-Ploder, Abg. Böhmer, Abg. Ferstl, Abg. Prattes, Abg. Wicher.

Aktuelle Stunde:

Zum Thema „Regelmäßige Überschreitung der Feinstaubgrenzwerte um das mehr als Vierfache“.

Begründung der Aktuellen Stunde: Abg. Mag. Zitz.

Redner: Landesrat Seitinger, Abg. Gödl, Abg. Dietrich, Abg. Dr. Forenbacher, Abg. Halper, Abg. Lechner-Sonnek, Abg. Mag. Drexler, Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögl, Abg. Hagenauer.

Dringliche Anfrage der Abgeordneten der SPÖ an Landesrat Dr. Flecker, betreffend Armut in Österreich.

Begründung der Dringlichen Anfrage: Abg. Kröpfl.

Beantwortung der Dringlichen Anfrage: Landesrat Dr. Flecker.

Redner: Abg. Mag. Drexler, Abg. Graf, Abg. Lechner-Sonnek, Landesrat DDr. Schöpfer, Abg. Hammerl, Abg. Gross, Abg. Tschernko, Abg. Margarethe Gruber, Abg. Zierler, Abg. Gennaro, Abg. Kröpfl, Abg. Hagenauer.

1. Zuweisungen, Bekanntgabe von Anträgen und Mitteilungen.
2. Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 2130/1, betreffend den Bericht über die wirtschaftliche, ökologische und soziale Lage der Land- und Forstwirtschaft in der Steiermark.
Berichterstatter: Abg. Erwin Gruber.
Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 34.
Beschlussfassung.
3. Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 2025/2, zum Beschluss Nr. 1572 des Steiermärkischen Landtages vom 19. Oktober 2004 zum Entschließungsantrag der Abgeordneten Mag. Zitz, Lechner-Sonnek und Hagenauer, betreffend Natura-2000-Gebietsausweisungen im Ennstal.
Berichterstatterin: Abg. Mag. Zitz.
Beschlussfassung.
4. Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz über den Antrag, Einl.-Zahl 2131/1, der Abgeordneten Lechner-Sonnek, Riebenbauer, Mag. Zitz und Hagenauer, betreffend Richtlinien für Holzgasanlagen.
Berichterstatterin: Abg. Mag. Zitz.
Beschlussfassung.
5. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über den Antrag, Einl.-Zahl 2057/1, der Abgeordneten Schrittwieser und Halper, betreffend Förderung für Elektrofahrzeuge.
Berichterstatterin: Abg. Margarethe Gruber.
Beschlussfassung.
6. Bericht des Ausschusses für Kontrolle über den Bericht des Landesrechnungshofes, Einl.-Zahl 2178/1, betreffend Gebärungsprüfung über die Förderungsmittel für die Ortserneuerung.
Berichterstatter: Abg. Dimberger.
Redner: Abg. Hagenauer, Abg. List, Abg. Dimberger, Abg. Majcen.
Beschlussfassung.
7. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über den Antrag, Einl.-Zahl 927/1, der Abgeordneten Wiedner und Dietrich, betreffend Errichtung einer Wohnbauförderungsgesellschaft (WFG).
Berichterstatter: Abg. Wiedner.
Redner: Abg. Petinger, Abg. Wiedner, Abg. Petinger.
Beschlussfassung.
8. Bericht des Ausschusses für Kultur und Sport über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 2128/1, betreffend den Bericht über die Förderungen im Kulturbereich im Jahr 2003 gemäß Paragraph 8 Kulturförderungsgesetz.
Berichterstatter: Abg. Majcen.
Redner: Abg. Dr. Rauch (4778), Abg. Dr. Reinprecht (4778), Abg. Majcen.
Beschlussfassung (4780).

9. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 2139/1, der Abgeordneten Kröpfl, Gennaro, Dr. Bachmaier-Geltewa, Böhmer, Breithuber, Dipl.-Ing. Grabner, Gross, Detlef Gruber, Margarethe Gruber, Halper, Kaufmann, Mag. Lackner, Petinger, Prattes, Dr. Reinprecht, Dr. Rieder, Schleich, Schrittwieser und Stöhrmann, betreffend vollständige Weitergabe der Netztarifsenkung an Haushaltskunden und Wirtschaft.
Berichterstatter: Abg. Petinger.
Redner: Abg. Petinger, Abg. Gennaro, Abg. Bittmann, Abg. Wiedner, Abg. Mag. Drexler, Abg. Hagenauer.
Beschlussfassung.
10. Bericht des Ausschusses für Gemeinden und Sicherheit über den Antrag, Einl.-Zahl 2093/1, der Abgeordneten Gross, Mag. Zitz, Margarethe Gruber, Halper, Kröpfl und Dr. Reinprecht, betreffend Maßnahmen gegen Stalking.
Berichterstatterin: Abg. Margarethe Gruber.
Redner: Abg. Gross, Abg. Mag. Koller, Abg. Zierler.
Beschlussfassung.
11. Bericht des Ausschusses für Kontrolle über den Bericht des Landesrechnungshofes, Einl.-Zahl 2123/1, betreffend stichprobenweise Überprüfung der Kosten- und Leistungsrechnung der Steirischen Landesverwaltung.
Berichterstatter: Abg. Dr. Kröpfl.
Beschlussfassung.
12. Bericht des Ausschusses für Verfassung und Verwaltungsreform über den Antrag, Einl.-Zahl 2144/1, der Abgeordneten Kröpfl, Dr. Bachmaier-Geltewa, Dr. Reinprecht und Stöhrmann, betreffend „Gerichtsorganisation neu“.
Berichterstatterin: Abg. Dr. Bachmaier-Geltewa.
Redner: Abg. Dr. Bachmaier-Geltewa, Abg. Dirnberger, Abg. Kasic, Abg. Stöhrmann, Abg. Gödl, Abg. Hamedl, Abg. Stöhrmann.
Beschlussfassung.
13. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 2113/1, betreffend Neustrukturierung des Verkehrsverbundes, Abschluss eines neuen Grund- und Finanzierungsvertrages.
Berichterstatter: Abg. Wiedner.
Beschlussfassung.
14. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 2141/1, der Abgeordneten Petinger und Kröpfl, betreffend Sanierung der L 341, Kainacher Straße.
Berichterstatter: Abg. Petinger.
Beschlussfassung.
15. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 2078/1, betreffend Grundeinlösungen für das Bauvorhaben „Ortsumfahrung Hausmannstätten“ der Landesstraße B 73, Kirnbacher Straße.
Berichterstatter: Abg. List.
Beschlussfassung.
16. Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Spitäler über den Antrag, Einl.-Zahl 2145/1, der Abgeordneten Lafer, Gennaro, Zierler und Böhmer, betreffend Pflichtfach Gesundheitsförderung.
Berichterstatter: Abg. Lafer.
Redner: Abg. Detlef Gruber, Abg. Köberl, Abg. Mag. Lackner.
Beschlussfassung.
17. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 2124/1, über die Bedeckung über- und außerplanmäßiger Ausgaben für das Jahr 2004 (achter Bericht für das Rechnungsjahr 2004).
Berichterstatter: Abg. Straßberger.
Beschlussfassung.
18. Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Spitäler über den Antrag, Einl.-Zahl 2091/1, der Abgeordneten Mag. Lackner und Gross, betreffend Zweckbindung der Tabaksteuer.
Berichterstatterin: Abg. Mag. Lackner.
Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 19.
Beschlussfassung.
19. Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Spitäler über den Antrag, Einl.-Zahl 2092/1, der Abgeordneten Mag. Lackner und Margarethe Gruber, betreffend Sondersteuer für Alcopops.
Berichterstatterin: Abg. Mag. Lackner.
Rednerinnen zu den Tagesordnungspunkten 18 und 19: Abg. Mag. Lackner, Abg. Margarethe Gruber.
Beschlussfassung.

-
20. Bericht des Ausschusses für Generationen und Bildung über den Antrag, Einl.-Zahl 2081/1, der Abgeordneten Kröpfl und Dr. Reinprecht, betreffend die Abschaffung der direkt gewählten Bundesvertretung der Österreichischen Hochschüler-schaft.
Berichterstatter: Abg. Kröpfl.
Redner: Abg. Dr. Rauch, Ergänzung zur Berichterstattung: Abg. Kröpfl, Abg. Dr. Reinprecht.
Beschlussfassung.
21. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 2083/1, betreffend den Verkauf der Liegenschaft Grundstück Nr. .96/15 und Teilflächen des Grundstückes 596/1 im Flächenausmaß von rund 800 Quadratmeter der EZ. 267, KG. 67412 Weng um einen Kaufpreis von 71.000 Euro an die Ehegatten Annemarie und Franz Knappitsch, 8913 Gstatterboden 5.
Berichterstatter: Abg. Tasch.
Beschlussfassung.
22. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 2115/1, betreffend den Verkauf von in Kapfenberg gelegenen landeseigenen Grundstücken an die Firma Böhler Edelstahl GesmbH. um einen Pauschalkaufpreis von einer Million Euro.
Berichterstatter: Abg. Straßberger.
Beschlussfassung.
23. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 2118/1, betreffend den Verkauf des landeseigenen Personalwohnhauses des LKH Fürstenfeld (¹⁰⁰⁰/_{13.060}-WE-Anteile an der EZ. 2491, KG. 62212 Fürstenfeld, 8280 Fürstenfeld, Dr.-W.-Taucher-Straße 11) zum Kaufpreis von 260.500 Euro an Werner und Andrea Brugner, 8264 Hainersdorf 50.
Berichterstatter: Abg. Straßberger.
Beschlussfassung.
24. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 2126/1, betreffend den Verkauf der Liegenschaft „Bauhof Kärntner Straße“, EZ. 864, KG. 63128 Wetzelsdorf, Grundstücksadresse Kärntner Straße 110, 110 a an die Grazer Stadtwerke AG., 8010 Graz, Andreas-Hofer-Platz 15.
Berichterstatter: Abg. Kasic.
Beschlussfassung.
25. Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Spitäler über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 2119/1, betreffend Vereinbarung gemäß Artikel 15 a B-VG über die Organisation und Finanzierung des Gesundheitswesens und über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 2119/2, Beilage Nr. 232, Gesetz über die Fortführung des Fonds zur leistungsorientierten Finanzierung steirischer Krankenanstalten (Steiermärkisches Krankenanstalten-Finanzierungsfondsgesetz 2005).
Berichterstatterin: Abg. Mag. Lackner.
Beschlussfassung.
26. Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Spitäler über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 2127/1, betreffend den Tätigkeitsbericht 2003 des Steiermärkischen Krankenanstalten-Finanzierungsfonds.
Berichterstatterin: Abg. Mag. Lackner.
Beschlussfassung.
27. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 2129/1, betreffend das Diakonissenkrankenhaus Schladming, Betriebsabgangsdeckungsvereinbarung – Änderung der Abgangsrechnung beziehungsweise Haftungsübernahme.
Berichterstatterin: Abg. Margarethe Gruber.
Beschlussfassung.
28. Bericht des Ausschusses für Kontrolle über den Bericht des Landesrechnungshofes, Einl.-Zahl 2177/1, betreffend Prüfung der Gebarung, der Organisation und der Auslastung des Landeskrankenhauses Hörgas-Enzenbach.
Berichterstatter: Abg. Hagenauer.
Beschlussfassung.
29. Bericht des Ausschusses für Verfassung und Verwaltungsreform über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 2114/1, betreffend Vergabe des Dienstleistungsauftrages über die landesweite Betreuung und soziale Beratung von hilfs- und schutzbedürftigen Fremden in der Steiermark gemäß Artikel 15 a B-VG, Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern an die Caritas der Diözese Graz-Seckau, 8010 Graz, Raimundgasse 16.
Berichterstatterin: Abg. Dr. Reinprecht.
Rednerinnen: Abg. Mag. Zitz, Abg. Dr. Reinprecht.
Beschlussfassung.

30. Bericht des Ausschusses für Gemeinden und Sicherheit über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1646/2, zum Beschluss Nr. 1279 des Steiermärkischen Landtages vom 4. Dezember 2003 über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Bittmann und Gödl, betreffend Unfallversicherung für Sportfunktionäre.
Berichterstatlerin: Abg. Mag. Koller.
Beschlussfassung.
31. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über den Antrag, Einl.-Zahl 1941/1, der Abgeordneten Kaufmann, Kröpfl und Stöhrmann, betreffend Breitbandinternet (ADSL) für alle Regionen der Steiermark.
Berichterstatlerin: Abg. Kaufmann.
Rednerin: Abg. Kaufmann.
Beschlussfassung.
32. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über den Antrag, Einl.-Zahl 2138/1, der Abgeordneten Kröpfl, Gennaro und Prattes, betreffend Verhinderung der Privatisierung der Post AG.
Berichterstatlerin: Abg. Margarethe Gruber.
Beschlussfassung.
33. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über den Antrag, Einl.-Zahl 2094/1, der Abgeordneten Kröpfl, Dr. Bachmaier-Geltewa, Böhmer, Breithuber, Gennaro, Dipl.-Ing. Grabner, Gross, Detlef Gruber, Margarethe Gruber, Halper, Kaufmann, Mag. Lackner, Petinger, Prattes, Dr. Reinprecht, Dr. Rieder, Schleich, Schrittwieser und Stöhrmann, betreffend Kauf von Tankstellen im ländlichen Raum, Errichtung von Nahversorgungs- und Post-Service-Zentren, Öffnung von Landestankstellen.
Berichterstatler: Abg. Schleich.
Beschlussfassung.
34. Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 2088/1, betreffend die Tätigkeitsberichte 2002 und 2003 der Land- und forstwirtschaftlichen Lehrlings- und Fachausbildungsstelle bei der Landeskammer für Land- und Forstwirtschaft in Steiermark.
Berichterstatler: Abg. Gangl.
Redner zu den Tagesordnungspunkten 2 und 34: Abg. Riebenbauer, Abg. Dietrich, Abg. Erwin Gruber, Abg. Kaufmann, Abg. Kreisl, Abg. Mag. Zitz, Abg. Detlef Gruber, Abg. Rieser, Abg. Kaufmann, Abg. Rieser, Abg. Gangl, Abg. Kreisl, Landesrat Seitinger.
Beschlussfassung.
35. Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz über den Antrag, Einl.-Zahl 2090/1, der Abgeordneten Dipl.-Ing. Wöhry und Riebenbauer, betreffend Novellierung des Steiermärkischen Naturschutzgesetzes.
Berichterstatler: Abg. Dipl.-Ing. Wöhry.
Redner: Abg. Halper, Landesrat Seitinger, Abg. Dipl.-Ing. Wöhry, Abg. Mag. Zitz.
Beschlussfassung.
Berichterstatler: Abg. Dipl.-Ing. Odo Wöhry (Antrag: gleich lautend wie Einl.-Zahl 2090/1).

Beginn der Sitzung: 10.03 Uhr.

Präsident Purr: Hohes Haus!

Heute findet die 72. Sitzung des Steiermärkischen Landtages in der XIV. Gesetzgebungsperiode statt.

Ich begrüße alle Erschienenen, im Besonderen die Mitglieder der Steiermärkischen Landesregierung mit Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic an der Spitze sowie die Damen und Herren des Bundesrates.

Entschuldigt sind Landesrätin Mag. Kristina Edlinger-Ploder, Landtagsabgeordneter Wolfgang Böhmer, Landtagsabgeordneter Georg Ferstl, Landtagsabgeordneter Erich Prattes und Landtagsabgeordnete Anne Marie Wicher.

Die Tagesordnung ist Ihnen mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen.

Besteht gegen die Tagesordnung ein Einwand?

Das ist nicht der Fall.

Ich freue mich, die Schülerinnen und Schüler des politischen Lehrganges des Politechnikums Unterpremstätten unter der Leitung von Herrn Fachlehrer Hofgartner zu begrüßen. Herzlichen Gruß Ihnen. (Allgemeiner Beifall.)

Vom Landtagsklub der Grünen wurde ein Antrag auf Abhaltung einer Aktuellen Stunde zum Thema „Regelmäßige Überschreitung der Feinstaubgrenzwerte um das mehr als Vierfache“ eingebracht.

Gemäß Paragraph 71 GeoLT wird die heutige Landtagssitzung mit dieser Aktuellen Stunde eingeleitet.

Zur Begründung erteile ich der Erstunterzeichnerin Frau Landtagsabgeordneter Mag. Edith Zitz das Wort und weise darauf hin, dass ihre Redezeit zehn Minuten beträgt.

Abg. Mag. Zitz (10.06 Uhr): Guten Morgen allerseits, sehr geehrte Gäste, Herr Präsident, sehr geehrte Regierungsmitglieder, Kollegen und Kolleginnen!

Von Seiten der Grünen sage ich zum Feinstaub: „Gute Luft in Graz, Graz-Umgebung, Voitsberg, Hartberg, in der Obersteiermark und in Leibnitz, ja, das geht!“ Und von Seiten der Grünen ist es mir ein Anliegen, wenn ich jetzt die Möglichkeit habe, für meine Kollegin, meinen Kollegen diese Aktuelle Stunde zu begründen, dann möchte ich das Ganze, hoffe ich, in einer aufmunternden Art und Weise machen. Die Feinstaubproblematik bringt uns oft genug in die Lage, dass wir darauf aufmerksam machen, dass die Grenzwerte bereits jetzt Mitte Februar um ein Vielfaches, ein 300-Faches, 400-Faches überschritten werden. Darf ich Sie darauf aufmerksam machen, dass die derzeitige Feinstaubpolitik Generationeneffekte hat, weil besonders junge Leute und Kinder betroffen sind und ältere Leute durch Atemwegserkrankungen, durch Herz-Kreislauf-Erkrankungen. Feinstaub ist eine Art von Stoff, der sich sehr lange in der Luft hält, auch wenn die akute Belastung im Moment schon weg ist. Von Seiten der Grünen, Herr Landesrat, wir haben vorher schon kurz miteinander geredet, nachdem ein Umwelt-Ausschuss gewesen ist, erwarten wir uns eindeutige und blitzartige Formen des politischen Handelns. (Beifall bei den Grünen.) Eindeutig und blitzartig, und zwar deswegen, weil das möglich ist. Ich möchte von Seiten der Grünen drei konkrete Anliegen formulieren, Herr Landesrat, und ich erwarte mir von Ihnen, dass Sie darauf reagieren. Ich möchte mich von dieser Stelle aus bedanken bei vielen aktiven Leuten, Fachleuchten, Eltern, Jugendlichen, UmweltärztInnen, Luftgüte-expertInnen im Großraum Graz, die seit Jahren mit ihren Anliegen an alle Parteien herantreten. Konkret möchte ich es machen und mich bedanken bei der Arge Luft – Lärm, bei der Initiative Feinstaub und bei Autofasten, das ist eine ökumenische Initiative, die seit kurzem besteht. (Beifall bei den Grünen.)

Der grüne Fahrplan, blitzartig und eindeutig, Herr Landesrat, geht in die Richtung, dass wir uns eine sofortige Steigerung des Öffentlichen Verkehrsanteils erwarten. Mit konkreten Zusatzangeboten beim öffentlichen Verkehr an extrem belasteten Tagen so wie wir es derzeit haben. Wie wir es derzeit haben und wahrscheinlich in dieser Woche noch haben werden. Sagen Sie bitte nicht, es ist kompliziert. Hingehaut hat es, jetzt komme ich bereits zu meinem zweiten Anliegen, bereits in den achtziger Jahren. Als es in Verbindung mit dem Smogalarmplan in den achtziger Jahren die Möglichkeit gegeben hat, mit einer nachvollziehbaren Logistik an extrem belasteten Tagen einfach zusätzlichen Öffentlichen Verkehr auf die Reihe zu bringen. Es gibt von Seiten des Landes ein sehr gutes Konzept für Regionalbusse. An stark belasteten Tagen ist dieses Konzept einfach blitzartig in die Realität umzusetzen. Mit einem adäquaten Park-and-ride-Angebot.

Drittes Anliegen von Seiten der Grünen: Wir erwarten uns einen Feinstaubaktionsplan, wie gesagt analog zum Smogalarmplan der achtziger Jahre. Ich teile die Einschätzung des anwesenden ehemaligen Umweltschlichters und jetzigen Feinstaubzuständigen, Herrn Hofrat Rupprecht, insofern nicht, wenn er sagt: „Die EU muss handeln!“ Handeln müssen wir auf der kommunalen Ebene und auf der Landesebene. Wenn wir da eindeutige Schritte gesetzt haben, haben wir viel mehr Möglichkeiten, die EU dementsprechend unter Druck zu setzen und von ihr etwa den zwingenden Einbau von Partikelfiltern einzufordern.

Ein rasches Wort noch zu den Fahrverboten für Feinstaub ausstoßende Fahrzeuge an extrem belasteten Tagen. (Abg. Mag. Drexler: „Liebe Frau Kollegin, wie ist das bei den Italienern?“) Das ist eine Maßnahme, die ökologisch teilweise sehr wohl etwas bringt, sogar im absolut autoverliebten machistischen Italien etwas bringt, in Städten wie Bozen, Meran, Rom etwas bringt und ich denke, in dem Moment, in dem Fahrverbote auf die Reihe gebracht worden sind, passiert auch einfach in den Köpfen der Leute etwas. (Abg. Wiedner: „Herr Präsident, was heisst diese Aussage? Da ist ein Ordnungsruf nowendig!“)

Dass das in der Steiermark noch nicht stattgefunden hat, hängt damit zusammen, dass die Frau Landeshauptfrau, die eigentlich zuständig wäre, guten Morgen, Frau Landeshauptfrau, es nicht geschafft hat, sich zu diesem Thema bis jetzt in irgendeiner Art und Weise zu äußern, sie hat diese heiße Kartoffel Feinstaub, wo wir von Seiten der Grünen sagen, ja, es geht, die Leute wollen atmen und es gibt den politischen Spielraum, diese heiße Kartoffel hat sie an den Landesrat Seitinger weitergeschupft und der Herr Landesrat, bei allem Respekt, ist in der Regierung nicht gerade das kraftvollste Mitglied, einmal vorsichtig ausgedrückt. Frau Landeshauptfrau, ich wünsche mir von Seiten der Grünen, dass Sie zusammen mit dem Umweltlandesrat wiederum blitzartig einen Krisengipfel einberufen unter Einbeziehung von Aktivbürgern und Aktivbürgerinnen, unter Einbeziehung von Ihren Bürgermeistern und Bürgermeisterinnen. (Abg. Mag. Drexler: „Da sind wir beim Kompetenzzentrum!“) Sogar der Bürgermeister von Leibnitz hat in diese Richtung in der Früh schon entsprechende Forderungen an das Land abgesetzt, den ich sonst nicht unbedingt als Ökofachmann wahrgenommen habe. Um das Ganze abzuschließen, aus unserer Sicht ist die Feinstaubproblematik eine, die absolut bewältigbar ist, wenn man rasch eindeutige politische Maßnahmen setzt.

Herr Landesrat, meine Vorschläge habe ich gemacht. Blitzartige Steigerung des Öffentlichen Verkehrsanteils einerseits an extrem belasteten Tagen, andererseits aber selbstverständlich ein Finanzierungskonzept zwischen Stadt, Land, Umlandgemeinden von Graz und Bund für eine Stadtrationalbahn. Zweitens einen Feinstaubaktionsplan, was in den achtziger Jahren zur Bekämpfung des Smog möglich war, das wird doch hoffentlich im Jahr 2005 auch wieder hinhalten und das Dritte, ein Krisengipfel aus gegebenem Anlass, wir haben bald die 30. Überschreitung mit Aktivbürgern und -bürgerinnen, mit dem Schulärztesforum, mit der Arge Luft – Lärm, mit Autofasten und mit der Initiative Feinstaub.

Herr Landesrat, das werden wir immer wieder zum Thema machen. Ich erwarte mir jetzt von Ihnen eine konkrete Replik auf meine inhaltlichen Fragen und ein entsprechendes Kooperationsangebot. Danke schön! (Beifall bei den Grünen. – 10.14 Uhr.)

Präsident: Zur Abgabe einer Stellungnahme erteile ich nunmehr dem als zuständig bezeichneten Regierungsmitglied, Landesrat Seitinger, das Wort. Herr Landesrat, bitte.

Landesrat Seitinger (10.14 Uhr): Herr Präsident, geschätzte Frau Landeshauptmann, liebe Regierungsmitglieder, liebe Abgeordnete, geschätzte Damen und Herren!

Selbstverständlich ist die Gesundheit der Menschen unser größtes Anliegen, daher unternehmen wir auch in dieser Angelegenheit Feinstaub sehr, sehr viel. Aus meiner Sicht das maximal Umsetzbare. Und vergessen Sie bitte nicht, Frau Abgeordnete, die Steiermark war das erste Bundesland, das die Statuserhebung abgeschlossen hat. Die Steiermark war das erste Bundesland, das ein Maßnahmenpaket gegen den Feinstaub beschlossen hat und die Steiermark ist auch das erste Bundesland, das einen quantitativen Rückgang beim Feinstaub zu verzeichnen hat. (Beifall bei der ÖVP.)

Dennoch, und das ist klar, gibt es kein Zurücklehnen. Das ist für uns alle von vornweg klar gewesen, nur dass diese Materie mit einem Schlag nicht wegzubringen ist, versteht ein jeder, der sich mit dieser Materie jemals ernsthaft befasst hat. Das müssen wir so zur Kenntnis nehmen, das müssen wir wissen, das müssen wir aber auch so akzeptieren. Andere Behauptungen sind, wie die Ihrigen, reinster Populismus und ich darf Ihnen das sagen. Kein Politiker, der sich in dieser Sache wirklich beschäftigt, wird ernsthaft sagen, dass er kurzfristig, aber auch mittelfristig, dieser Sache Herr werden kann. Wer das behauptet ist ein Zauberkünstler und ich möchte diesen Zauberkünstler sehr, sehr gerne von Ihnen vorgestellt bekommen, Frau Abgeordnete. Ich kenne bislang noch keinen, der einen Plan hier vorlegen kann, dass der Feinstaub ab morgen nicht mehr vorhanden ist.

Die Kunstwerke der Grünen sind mir bekannt. Zusperrern, verhindern, strafen, anzeigen, skandalisieren, Hysterien verbreiten, keine Rücksicht auf ein funktionierendes Leben in der Wirtschaft, auch in der Arbeit keinen Realitätsbezug, auch was die Sperren für die Pendler in diesem Lande heißen und auch keine Vorstellung von einer Sperre, was die sozusagen heißt, auch in der Kontrolle, in der Umsetzung einer solchen.

Und nach dieser Logik, die Sie hier vorgetragen haben, müssten in der Steiermark – und Ihre Forderungen der letzten Tage bestätigen das ja auch – müssten in der Steiermark Fahrverbote eingeführt werden und ausgesprochen werden für folgende Regionen, Frau Abgeordnete: für Knittelfeld, für Leoben, für Judenburg, für Kapfenberg, Bruck, Peggau, Gratwein, Graz, Wildon, das gesamte Grazer Umfeld, Voitsberg, Bärnbach, Köflach, Gleisdorf, Weiz, Hartberg und Umgebung und Fürstenfeld. Und jetzt erklären Sie mir, wie das gehen soll, wenn Sie dieses Land nicht lahm legen wollen, Frau Abgeordnete. Wenn Sie einmal eine Sekunde darüber nachgedacht hätten, würden Sie solche Forderungen hier nicht stellen. Und wenn, dann ist es noch bedenklicher, dass Sie jetzt so agieren. Ich bitte Sie, bleiben wir bei dieser Angelegenheit bei der Realität und vergessen wir diesen Populismus. Wir haben hier bei der Erstellung dieses Feinstaubpaketes auf breitester Basis alle für uns wichtigen Menschen eingebunden – Wissenschaftler, Mediziner, Techniker, Verkehrsexperten, Meteorologen, Luftgüteexperten, Stabplaner, Motorenentwickler. Alle, die hier ernsthaft einen Beitrag zu leisten gehabt haben bis hin zu den Energiefachleuten, haben hier mitgearbeitet, um dieses Feinstaubpaket der Steiermark zu erstellen. Wir wissen auch mittlerweile, dass dieses Feinstaubpaket nicht nur ein steirisches ist, sondern dass das national und international anerkannt ist. Und sogar Ihr Bundessprecher Van der Bellen hat dieses Feinstaubpaket für gut empfunden und hat sich dafür ausgesprochen. Das sollte man auch einmal sagen. (Beifall bei der ÖVP.)

Ja, es ist ja nichts Schlechtes dran, wenn ein Bundessprecher auch erkennt, dass wir in der Steiermark hier eine gute Arbeit leisten und wir haben also auch hier in diesen Räumen, im Landtag und auch in der Regierung, einstimmig beschlossen. Und damit haben wir eine wesentliche Trendwende eingeleitet. Es sind 61 Maßnahmen, die natürlich kurzfristig, aber teilweise auch langfristig nur wirken können.

Um einige dieser sehr guten pragmatischen Ansätze hier nur zu nennen: Wir haben den Partikelfilter gefördert und diese Aktion läuft sehr gut. Wir haben gemeinsam mit der Steirischen Ferngas den Fernwärmeanschluss gefördert und den fördern wir sehr, sehr gut. Es gibt die Kesseltauschaktion, ein vermehrtes Straßenwaschen wurde abgesprochen mit den verschiedenen Gemeinden, mit den betroffenen Gemeinden in den Sanierungsgebieten. Wir haben Wesentliches verändert auch im Bereich des Streuens, nicht nur der Menge, sondern auch in Bezug auf den Streusplitt selbst. Wir haben Mobilitätsberatungen eingerichtet in den größeren Firmen und wir haben unter anderem auch Betriebsanlagenchecks angeboten, die auch sehr, sehr gerne angenommen werden. Und zu diesen 61 Maßnahmen hinzu haben wir noch weitere verschiedene Maßnahmen, die auch gut und von Ihnen schon angesprochen worden sind, wie das Autofasten zum Beispiel, auch unterstützt, sehr gut unterstützt von meinem Ressort. Auch umfangreiche Informationsdienste werden geleistet.

Meine Damen und Herren, eines ist klar, natürlich ist der Ausbau des öffentlichen Verkehrs eine wichtige Maßnahme. Nur, diese Maßnahme obliegt nicht mir in der Umsetzung, das obliegt dem Verkehrsreferenten. Das möchte ich auch klar sagen. Wir wissen, dass 25 Prozent des Verkehrs unter 2 Kilometer liegen. Wir wissen, dass 50 Prozent des Gesamtverkehrs unter 5 Kilometer sind und wir wissen auch, dass in Graz täglich 150.000 Kilometer verfahren werden, um einen Parkplatz zu finden, selbstverständlich ist hier der Ausbau des öffentlichen Verkehrs die erste wichtige Maßnahme. Und deshalb habe ich auch diese Nahverkehrsmilliarde gefordert und deshalb bin ich auch enttäuscht, dass Vizekanzler Gorbach hier in seinen Projekten diese wichtige Ausbaumaßnahme rund um die Stadt Graz und die umliegenden Gemeinden betreffend nicht als Priorität sieht. Das sind entscheidende Investitionen, die wir brauchen. Da ist natürlich jeder

von uns gefordert, aber im Besonderen auch der Verkehrsreferent gefordert. Das möchte ich hier klar und deutlich sagen. Nur, Frau Klubobfrau und Frau Zitz, ich bin nicht der Verkehrsreferent, das habe ich Ihnen ungefähr zehnmal schon mitgeteilt. (Abg. Mag. Zitz: „Der sitzt aber neben Ihnen!“)

Ja, aber Sie fordern das jedes Mal bei mir ein. Bitte, nehmen Sie das einmal zur Kenntnis. Zusammengefasst, wir bleiben bei unserem beschlossenen Maßnahmenkurs. Wir gehen davon nicht ab, weil wir überzeugt sind, dass diese Maßnahmen gut sind und langfristig sehr, sehr gut wirken werden. Wir betreiben intensive Bewusstseinsbildung über die Medien. Denen möchte ich auch hier an dieser Stelle einmal einen großen Dank aussprechen. Wir fordern auch weiterhin diese wichtigen Infrastrukturmaßnahmen und wir fordern auch mit Recht die Umsetzung der Euro-Fünf-Richtlinie in der Vorziehung bei der Europäischen Union. Wir fordern den verpflichtenden Einbau der Partikelfilter, vorgezogen, nicht erst mit 2010. Nur, das können wir im Lande Steiermark allein nicht umsetzen. Das muss klar sein. Und wir nehmen jeden Verbesserungsvorschlag auf, den es hier gilt umzusetzen, der machbar ist. Nur, meine Damen und Herren, eines werden wir sicher nicht tun – und Frau Abgeordnete und Frau Klubobfrau, das möchte ich ganz klar hier sagen –, wir werden unser Land nicht lahm legen. Wir werden kein Superchaos organisieren (Abg. Mag. Zitz: „Das ist aber gelungen!“), das in Ihrem Sinne ist und wir werden die Menschen nicht hysterisch machen, denn es geht hier nicht um Grenzwerte, die gesundheitlich bedenklich sind, wenn wir bei 50 hier einen Satz anreden, sondern das sind Richtwerte, das sind oberste Richtwerte, die die Europäische Union vor zwei Jahren von 150 auf 50 abgesenkt hat. Das sollte man auch einmal sehr klar und deutlich sagen. Das heißt, hier wird eine Hysterie verbreitet, die in Wirklichkeit eine solche nicht ist. (Beifall bei der ÖVP.)

Und wer hier dieses Chaos verursachen will, wer hier das Land lahm legen will, wer hier hysterisch agiert, der ist Populist und mit Sicherheit keiner, der Verantwortung in diesem Lande trägt. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 10.23 Uhr.)

Präsident: Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, begrüße ich im Auditorium die Schülerinnen und Schüler der 8. Klasse des Bundesrealgymnasiums Petersgasse unter der Leitung von Frau Mag. Marlies Simon. Herzlichen Gruß Ihnen! (Allgemeiner Beifall.)

Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Gödl. Herr Abgeordneter, bitte! Redezeit, sage ich nochmals, fünf Minuten.

Abg. Gödl (10.24 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Frau Landeshauptmann! Liebe Regierungsmitglieder! Abgeordnetenkollegen im Saal und an alle, die im Zuschauerraum heute hier zuhören, seien auch herzlich begrüßt.

Mein Vorgänger hier im Landtag, Abgeordneter Ing. Hans Löcker, hat zum Abschied bei seiner letzten Rede von sich gegeben, dass dieser Ort hier oft einer „Quasselbude“ gleicht. Und wenn wir heute bei diesem Thema beginnen, dann habe ich schon wieder die Befürchtung, dass seine damalige Einschätzung etwas mit der Realität zu tun hat, denn mit Verlaub gesagt an die Adresse der Grünen: Ein Problem lässt sich halt nicht wegreden und es wird auch nicht besser, indem ihr alle ein, zwei Monate dieses Thema hier thematisiert. Denn eines können wir inzwischen ja feststellen, dass nämlich das Land Steiermark das erste und das einzige bisher ist, das konkrete Maßnahmen in puncto Feinstaub ergriffen hat. Und es sei auch – und gerade, weil viele junge Zuhörerinnen und Zuhörer heute da sind –, es sollen schon die Realitäten auf den Tisch gelegt werden. Es ist nicht so, dass der Feinstaub ein plötzliches Problem ist und es ist auch nicht so, dass die Feinstaubbelastung sich in den letzten Jahren nach oben entwickelt hat, sondern es ist umgekehrt. Die gesamte Staubbelastung und auch die Feinstaubbelastung haben sich in den letzten zehn, 15 Jahren zwar nur wenig, aber doch etwas nach unten entwickelt. Warum es zu diesen Überschreitungen kommt, das liegt auch auf der Hand, weil natürlich die Grenzwerte EU-weit gesenkt wurden. Sie wurden gedrittelt, wie wir wissen, von 150 auf 50 Mikrogramm. Und daher ist es natürlich eine Aufgabe von uns, die Luftqualität sehr, sehr genau im Auge zu behalten und sie natürlich zu verbessern. Aber es ist überhaupt kein Anlass, hier ein Katastrophenszenario zu zeichnen, denn wie gesagt, wir sind auf einem Weg und der Weg ist nicht so schlecht, denn wir haben auch erste Maßnahmen und auch erste Erfolge aufzuweisen.

Und es ist so wie damals beim sauren Regen, ich meine, da sind gerade die Grünen hergegangen und haben gesagt, wir müssen auf Diesel-Pkws umstellen. Hat man dann auch mittelfristig getan und man hat dieses Problem in den Griff bekommen. Und man wird auch das Feinstaubproblem nicht von heute auf morgen lösen, sondern nur in einem mittelfristigen Zeitraum. Und wenn ich da auch schon bei ein paar konkreten Themen der Grünen bin. Ich darf euch noch verweisen, weil immer wieder behauptet wird von der Edith Zitz, dass Graz der Feinstaubeuropameister wäre. Ich verweise nur auf die Messergebnisse der letzten Woche, wo in Wien 176 Mikrogramm gemessen wurden, 50 sind erlaubt, 176. In Sankt Pölten 188, in Schwechat 188 und auch in Bozen 122. (Abg. Mag. Zitz: „Über 300, über 300!“) Und wenn wir schon beim Stichwort Bozen sind, Sie müssten einmal genau nachschauen, was hat das bewirkt, die Stadt zuzusperren? Was hat es bewirkt? Nichts, nichts hat es bewirkt. Keine Verbesserung und das lässt sich auch bei einem weiteren Beispiel belegen. Nämlich vergangene Woche in Wien. In Wien, das zeigt sich auch, ist nicht der Verkehr, sondern das Wetter ist Mitverursacher für unsere Feinstaubbelastung. So wurden in der vergangenen Woche in Wien (Abg. Hagenauer: „Das ist unglaublich! Das Wetter ist schuld am Feinstaub?“) die absoluten Spitzenwerte von 176 Mikrogramm erreicht, obwohl durch die Semesterferien der Verkehr um über 25 Prozent zurückgegangen ist. (Abg. Hagenauer: „Das ist einfach unglaublich!“)

Um 25 Prozent, das heißt also, es ist nicht nur ein Verkehrsproblem, sondern hat natürlich mit vielen anderen Faktoren zu tun. Und wir sehen auch, dass rein Verkehrsmaßnahmen das Problem nicht beseitigen werden. Damit werden wir das Problem nicht beseitigen können. Das Schöne dabei ist und ich verweise noch einmal, weil das so gut in die grüne Riege in unserem Landtag passt, ich darf nochmals gerade aus Deutschland, von den deutschen Grünen zitieren, denn die sind, was Verkehrspolitik betrifft, schon viel weiter als Sie und ich. Und ich würde euch wirklich bitten, dort nachzuschlagen bei den Grünen in Deutschland. Die schreiben nämlich wörtlich: „Die Grünen sind das reiselustigste Völkchen überhaupt“, sagte Schmidt. Das ist der BundESTAGsabgeordnete der Grünen im deutschen BundESTAG. „Die Parteien können deswegen nicht guten Gewissens die Menschen dazu drängen, auf Mobilität zu verzichten und/oder eine bestimmte Art der Fortbewegung zu favorisieren.“ (Abg. Mag. Zitz: „Aber Mobilität ist zu Fuss zu gehen, Radfahren!“)

In der Positionsschrift von der Verkehrswende zur nachhaltigen Mobilität heißt es, zuhören: „Verkehrsvermeidung als Programm, Reiselust als Handlungsalltag, das ist eine Lebenslüge. Das Auseinanderfallen von Anspruch und Wirklichkeit, welches das schlechte Gewissen wegen der ausbleibenden Verkehrswende ausmacht.“ Das heißt, selbst die Grünen in Deutschland sagen, ein absoluter Verzicht, ein Zusperrn für den Individualverkehr, das ist eine Lebenslüge. Das sagen die deutschen Grünen, nachdem Sie seit sieben Jahren in der Regierung sitzen. (Beifall bei der ÖVP.)

Weiters, die Grünen stellen fest, statt den Menschen zu sagen, wie sie sich zu verhalten haben, müsse verstärkt auf umweltfreundliche Technologie und eine ressourcenschonende Verkehrsplanung gesetzt werden. Nach sieben Jahren rot-grüner Koalition sei es noch immer nicht gelungen, den Ansatz integrierter Verkehrspolitik durchzusetzen, räumte Schmidt ein. (Abg. Hagenauer: „So wie der österreichische Generalverkehrsplan!“) Noch immer wäre die Verkehrspolitik im alten Stil betrieben. Und mit dieser Lebenslüge leben Sie hier noch im Landtag. Das, was ihr heute gefragt habt, ist natürlich eine Kombination des öffentlichen Verkehrs, des Ausbaus des öffentlichen Verkehrs mit einem echten Technologiefortschritt. Aber dieses Modell, das Sie wollen, nämlich zehn Regionen in der Steiermark zuzusperrn und damit die Menschen zu Hause zu lassen, damit die Versorgung nicht zu sichern, damit Arbeitsplätze zu gefährden, dieser Strategie, dieser werden wir nicht nachkommen und auch nicht zustimmen können. Daher denke ich, wir sind auf einem guten Weg mit den 61 Maßnahmen. Der Ansatz ist gemacht, wir werden noch vieles folgen lassen und ich hoffe, nach diesem Maßnahmenpaket unseres Landesrates, dass auch die grüne Gedankenwende endlich in der Verkehrspolitik Platz greifen wird. Danke schön! (Beifall bei der ÖVP. – 10.30 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Frau Klubobfrau Dietrich. Frau Abgeordnete, fünf Minuten bitte.

Abg. Dietrich (10.30 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, Hoher Landtag, meine Damen und Herren!

Feinstaub ist fürwahr ein Thema, das uns alle betrifft. Aber nicht nur uns in der Steiermark, nicht nur uns in Österreich, ich glaube, man kann mit Ruhe sagen, ganz Europa ist mit dieser Problematik beschäftigt. Ich glaube, deshalb ist es auch wichtig, dass wir Maßnahmen setzen, Maßnahmen in dem Bereich, wo wir Handlungsmöglichkeiten haben und Handlungsspielraum vorfinden, so wie das das Maßnahmenpaket mit den 61 Maßnahmen vorsieht, aber wir dürfen das Gesamte nicht aus dem Blickwinkel verlieren. Die EU ist gefordert Richtlinien zu erlassen, wonach sehr wohl die Belastung an Feinstaub durch Verursacher wie Dieselfahrzeuge und so weiter reduziert wird. Meine geschätzten Damen und Herren, Feinstaub kennt keine Stadtgrenzen, kennt keine Landesgrenzen und die Belastung hängt ab von der Wetterlage und von den regionalen Verursachern. Aber der Ansatz der Grünen, die eine einzige Verursacherguppe herausnehmen wollen und diese Verursacher hinstellen wollen, ins Eck stellen wollen als diejenigen, als die schwarzen Schafe der Gesellschaft, ist aus unserer Sicht ein absolut falscher Ansatz. (Beifall bei der FPÖ.)

Bevor man Schuld zuteilt und Schuld zuweist, sollte man sich einmal anschauen, wer ist denn für die Verursachung von Feinstaub überhaupt verantwortlich. Wir haben da eine gute Grafik, die wahrscheinlich alle kennen und da ist ganz genau zu sehen, dass die Industrie zu 41 Prozent Verursacher ist, die Kleinverbraucher zu 22 Prozent, die Landwirtschaft zu 14 Prozent und, meine geschätzten Damen und Herren, der Verkehr zu nur 18 Prozent. Man kann nicht die Autofahrer als schwarze Schafe der Gesellschaft hinstellen und sagen, mit einer Verkehrsreduktion, mit einem Fahrverbot werden wir jetzt die Feinstaubproblematik lösen. Das ist schlicht gesagt die Unwahrheit. (Beifall bei der FPÖ.)

Ein zweiter Grund, warum nicht die Autofahrer allein die Verursacher sind oder die Zeche dafür zahlen sollten ist wohl jener, den der Kollege Gödl angeführt hat. In Wien sind genau die Feinstaubwerte gestiegen in einer Phase, wo die meisten Eltern mit ihren Kindern auf Semesterferien waren, der Verkehr zurückgegangen ist und in der Phase wo der Verkehr reduziert wurde, ist die Feinstaubbelastung gestiegen. Ich glaube, da kann jeder davon ableiten, dass der Verkehr nicht der alleinige Verursacher dieser Problematik ist. Wir in der Steiermark sind, so glaube ich, auf einem guten Weg. Wir haben Experten an die Sache herangehen lassen, Experten aus allen Bereichen und wir sind gut beraten, alle Bereiche flächendeckend mit Maßnahmen abzudecken und diese Maßnahmen auch durchzuziehen. Ich habe kein schlechtes Gefühl, was die Steiermark betrifft und ich verwehre mich auch dagegen, immer die Steiermark ins Eck zu stellen, schlecht zu reden und kaputt zu reden. (Beifall bei der FPÖ.)

Meine geschätzten Damen und Herren, Feinstaub ist ein Thema, dem wir uns ernsthaft nähern sollten. Billige Polemik allein wird nicht viel bringen und ich glaube, ein Bündel von Maßnahmen ist mit Sicherheit der richtige Weg. (Beifall bei der FPÖ. – 10.34 Uhr.)

Präsident: Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, begrüße ich die Schülerinnen und Schüler der dritten Klasse Hauptschule Groß Sankt Florian, meiner Heimatgemeinde darf ich sagen, unter der Leitung von Frau HOL Ninaus. Herzlichen Gruß euch, freue mich über eure Anwesenheit! (Allgemeiner Beifall.)

Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Primarius Forenbacher. Herr Abgeordneter, bitte.

Abg. Dr. Forenbacher (10.35 Uhr): Sehr verehrter Herr Präsident, geschätzte Frau Landeshauptmann, wertere Regierungsmitglieder, meine Damen und Herren!

„Gesundheit ist nicht alles, aber ohne Gesundheit ist alles nichts.“ Dieser Satz von Schopenhauer, 150 Jahre alt, hat, wenn ich diese Diskussion höre, auch heute seine sehr große Bedeutung. Gerade als Arzt muss ich hier darauf hinweisen, wie schädlich Feinstaub für die Gesundheit ist. (Beifall bei den Grünen.)

Kinderärzte, aber auch viele andere Disziplinen sind täglich mit Folgeschäden des Feinstaubes konfrontiert.

Chronische Atemwegserkrankungen, Verschlechterung der Herz-Kreislauf-Situation und als schwere Folge auch Lungenkarzinome werden im Zusammenhang mit erhöhter Feinstaubbelastung gesehen.

Meine Damen und Herren, wir haben schon gehört, es sind große Fortschritte in der Bekämpfung der Feinstaubbelastung erzielt worden. Aber die Situation kann und muss natürlich weiter verbessert werden. Ich warne jedoch vor Schnellschüssen. Es sind Maßnahmen mit Nachhaltigkeit gefordert, um die Situation für unsere Bevölkerung zu verbessern. Schnellschüsse, populistische Maßnahmen sind dazu sicher nicht geeignet. Ich appelliere an alle kompetenten und verantwortlichen Stellen, in der Bekämpfung des Feinstaubes nicht nachzulassen. Der Feinstaub hat kein parteipolitisches Mascherl. Der Feinstaub betrifft uns alle. Ich er suche in diesem Sinne weiterhin um eine Verbesserung der Situation und darf mich beim Herrn Landesrat Seitinger für seine Bemühungen auch als Arzt recht herzlich bedanken. Ich danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP. – 10.37 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Halper. Frau Abgeordnete, auch Ihre Redezeit beträgt fünf Minuten.

Abg. Halper (10.37 Uhr): Sehr geehrte Frau Landeshauptmann! Geschätzter Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen im Landtag und auf der Regierungsbank!

Die grüne Fraktion hat in der Aktuellen Stunde zum Thema „Feinstaub“ drei Sofortmaßnahmen eingefordert. Drei Sofortmaßnahmen, die auch im Maßnahmenkatalog, den wir gemeinsam hier in diesem Haus beschlossen haben, enthalten sind. Und ich begrüße es, dass die grüne Fraktion diese drei explizit genannten Maßnahmen vorrangig behandelt haben möchte. Ich muss Ihnen schon auch Recht geben, dass gerade hierbei im Rahmen der Stadt Graz dringender Handlungsbedarf vorliegt, vor allem im Rahmen der Unterstützung für die Stadt selbst. Aber zu diesem Thema komme ich noch.

Es ist schon öfters heute angesprochen worden und das sollte auch Grundtenor in diesem Haus sein, es bringt uns die Polemik nichts und es bringt uns auch die Panikmache nichts bei diesem Thema. Ich glaube, dass es wichtig ist, hier sachlich und fachlich zu argumentieren, vor allem im Sinne der Bevölkerung und derer, die durch etwaige Gesundheitsschäden, wie es der Herr Primarius Forenbacher schon angesprochen hat, davon auch betroffen sind. Natürlich muss man auf dieser Ebene auch dem Herrn Landesrat Seitinger zupflichten, wenn er sagt, dass kurzfristig man der Sache nicht Herr werden wird. Es ist schon richtig, denn auch andere Städte kämpfen mit diesem Problem. Und dass wir den Feinstaub mit herkömmlichen Akutmaßnahmen nicht so einfach wegbekommen werden, hat sich mittlerweile ja weltweit bestätigt. In Graz haben wir schon ein besonderes Problem dahin gehend, da Graz in seiner Beckenlage mit seinen zahlreichen Inversionswetterlagen besonders an diesem Phänomen, aber klarerweise auch am äußerst strengen EU-Grenzwert knabbert und es ist grundsätzlich logisch, dass hier die Problematik am größten erscheint. Faktum bleibt aber, dass in Graz die Feinstaubsituation bis dato noch nicht entschärft werden hat können – im Gegenteil, wir haben in den letzten Tagen, und das ist schon öfters angesprochen worden, bis über das Vierfache die Grenzwerte überschritten. Ich denke über das, was wir hier heute im Rahmen der Feinstaubproblematik diskutieren sollten, ist der Fortbestand der einzelnen beschlossenen Maßnahmen im Maßnahmenkatalog des Landes Steiermark selbst. Aber natürlich auch die Frage, lassen wir weiter – und das richte ich an Sie, Herr Landesrat Seitinger, aber auch an Sie, Herr Landesrat Schöggel – lassen wir weiter die Stadt Graz, den Bezirk Graz-Umgebung, Hartberg, Voitsberg und jetzt auch Leibnitz, und es sind sicherlich noch viele andere Regionen betroffen, weiter im Regen stehen, indem wir wohl gemeinte Ratschläge ausrichten, aber keine Taten setzen? Denn allein die Stadt Graz hat einen umfangreichen eigeninitiativen Maßnahmenkatalog erarbeitet, einen Maßnahmenkatalog erstellt und umgesetzt. Ich glaube schon, dass Graz sich vom Land Steiermark erwarten darf, dass man ihnen hier tatkräftig zur Seite steht und sie unterstützt, und nicht nur bei Presseaussendungen an sie Ratschläge weitergeben lässt. Das Problem ist differenziert zu betrachten, das habe ich schon angesprochen und daher geht es nicht darum, wo sind Schuldzuweisungen zu machen, wer ist schuldig und wer nicht. Es sind alle gleich beteiligt und alle gleich werden wir dafür sorgen müssen, dass dieses Problem langfristig und nachhaltig bearbeitet wird ohne Horuck-Aktionen, die de facto nur zur Panikmache der Bevölkerung dienen. Und da richte ich schon an Sie, Herr Landesrat Seitinger, aber auch an Herrn Landesrat Schöggel konkrete Fragen in dieser Hinsicht, wie es denn eigentlich mit dem Maßnahmenkatalog bis dato aussieht. Wir wissen alle ganz genau, dass dieser Katalog erst Ende letzten Jahres beschlossen wurde, viel Vorbereitungszeit

darin investiert wurden, viele Fachveranstaltungen abgehalten worden sind, zahlreiche Experten eingeladen wurden. Herr Hofrat Rupprecht wurde zurückbeordert aus dem Ruhestand, um uns hier tatkräftig zur Seite zu stehen.

Und das, was mich einfach interessiert, ist, wie sieht es mit den Maßnahmen aus? Was ist bis jetzt erledigt? Und vor allem, Herr Landesrat Schögggl, was ist mit der Rückstellung der Bahnprojekte, die immer wieder derzeit in den Medien schon kursieren, was natürlich nicht sehr vorteilhaft für den Ausbau des öffentlichen Verkehrs ist und ich bin Ihnen sehr dankbar für eine Beantwortung dieser Fragen. Danke schön! (Beifall bei der SPÖ. – 10.42 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Frau Klubobfrau Lechner-Sonnek.

Abg. Lechner-Sonnek (10.42 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Frau Landeshauptfrau! Werte Mitglieder der Landesregierung! Werte Damen und Herren des Hohen Hauses! Sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer!

Das Parlament als Quasselbude, das war halt wieder einmal ein besonders „guter Griff“ vom Herrn Kollegen Gödl. Skandalisieren, zusperrern, was auch immer an Begriffen hier durch den Raum geschwirrt ist, wenn etwas gesagt wird, was die ÖVP nicht hören will, dann greift sie bewährterweise in diese Kiste und sie macht auch heute in Person vom Herrn Kollegen Gödl noch einen nächsten Schritt, sie bagatellisiert das Problem, indem sie versucht abzulenken und zu sagen, in anderen Städten ist es noch viel schlimmer, was übrigens – wenn man die Grazer Zahlen dazustellen – nicht mehr stimmt. Aber das hat der Herr Kollege Gödl vorgezogen nicht zu tun, denn sonst wäre seine Argumentation zusammengefallen wie ein Soufflee, das man zu früh aus dem Ofen holt. Das Wetter ist schuld, das – Herr Kollege Gödl – ist ein Skandal, wenn Sie so argumentieren. (Abg. Bittmann: „Die Ursache, Frau Kollegin!“)

Wie müssen aushalten, dass Feinstaub ein riesiges Problem in diesem Land ist, und Sie müssen aushalten, dass Sie als politische Zuständige hier in diesem Land konfrontiert werden damit, dass es jahrzehntelange Verfehlungen gibt, die sich heute rächen. Und wenn Sie sagen, ÖVP, der Herr Landesrat Seitinger, ich bin ja nicht zuständig für Verkehr, dann muss ich Ihnen sagen, das ist eine verdammt schwache Meldung für jemanden von einer Partei, die seit 1945 Regierungspartei ist. (Abg. Bittmann: „Ich weiss nicht, was Sie wollen!“)

Sie sind seit 1945 in gesteigertem Ausmaß dafür zuständig, dass in diesem Land die Infrastruktur passt, auch und gerade für die Wirtschaft. (Abg. Bittmann: „Und die Gesundheit!“)

Zur Gesundheit komme ich noch, Herr Kollege!

Wenn Sie heute die „Kleine Zeitung“ gelesen haben, dann haben Sie auch gelesen, dass ein Vertreter des Autoclusters gesagt hat, das, was jetzt in Sachen Verkehr passiert, nämlich Rücknahme beziehungsweise Verschieben von Bahnprojekten, gefährdet den Wirtschaftsstandort, meine Damen und Herren. Da sind wir mit unseren Forderungen – nehmen Sie das bitte zur Kenntnis, es wird Ihnen schwer fallen, das zur Kenntnis zu nehmen, aber Sie werden es tun müssen – mit der Wirtschaft im selben Boot. Auch die Industriellenvereinigung spricht denselben Text. Das, was es an Versäumnissen im Ausbau des öffentlichen Verkehrs gibt, meine Damen und Herren, ist eine Schädigung für den Wirtschaftsstandort und ist eine Schädigung für die Gesundheit. Herr Landesrat Erlitz, den ich bei dieser Gelegenheit auch ansprechen und auffordern möchte, einmal eine Wortspende zum Thema Feinstaub abzugeben, Ihnen kann das doch auch nicht egal sein. Und auch die SPÖ hat eine Verantwortung für mich. Auch sie ist seit Jahren, Jahrzehnten in der Landesregierung. (Abg. Mag. Drexler: „Auch seit 1945?“) Wo sind da Ihre Aktivitäten? Aber die ÖVP, keine Sorge, die ist für mich zentral verantwortlich für all diese großen Rahmenbedingungen, für all diese großen Linien, die in den letzten Jahrzehnten für das Land gelegt worden sind beziehungsweise die verabsäumt wurden. Wenn der Herr Landesrat Seitinger sagt, wir haben da ein ehrgeiziges Maßnahmenpaket, so höre ich, dass die Erwartung der Reduktion der Feinstaubbelastung deutlich unter 10 Prozent liegen wird. (Abg. Bittmann: „Das sehen Sie falsch!“) Bei diesem Maßnahmenpaket sind relativ bescheidene Erwartungen, trotzdem stehe ich nicht an zu sagen, super, dass es dieses Maßnahmenpaket gibt, nur – meine Damen und Herren –, wir haben gerade in diesem Haus schon so viele gute Ideen gehört und so viele Vorhaben präsentiert bekommen. Es gibt aber einen Test, wie ernst es mit den Vorhaben ist.

Das ist ganz einfach rauszufinden. Man schlägt das Budget auf und da schaut man hinein und dann sagt man und schaut man, wie viel ist denn unter diesem Budgetposten vorgesehen? Daran kann man direkt ablesen, wie viel passieren wird und das, Herr Landesrat Seitinger, müssen Sie sich leider von mir sagen lassen, ist nicht genug, was dort vorgesehen ist. Es gibt keinen mittelfristigen Finanzplan für diese Maßnahmen. In dieser Zeit, wo von Ihnen ignoriert wird, dass es eigentlich massive Anstrengungen braucht von Landes- und Bundesebene gemeinsam, siehe Innsbruck und Tirol, in dieser Zeit geht unser Klubobmann der ÖVP her und fordert Tempo 160. Das ist der Beitrag der ÖVP zur Regelung der Verkehrsproblematik in der Steiermark. Mehr werden Sie davon nicht bekommen. Meine Damen und Herren, es ist Zusammenarbeit auf Regierungsebene gefragt, es ist gefragt, dass wir insgesamt schauen, wie wir von dieser Problematik runterkommen und wenn Sie sagen, das ist Skandalisieren, dann reden Sie mit Eltern von Kleinkindern, dann leite ich gerne die Anrufe weiter, die wir bekommen, weil die Menschen in uns die Hoffnung setzen und wissen, dass wir anders als die ÖVP zum Beispiel im Jahr 2001 ein Maßnahmenpaket vorgeschlagen haben, das damals die ÖVP abgelehnt hat. Dann lade ich Sie ein, sprechen Sie mit Eltern von kleinen Kindern, die chroni-

sche Atemwegserkrankungen haben, dann lade ich Sie ein, sprechen Sie mit Lungenfachärzten, mit KinderärztInnen, die Ihnen bestätigen, dass Kinder in der Entwicklung eingeschränkt und geschädigt werden durch die Atemluft, die wir in Graz und in anderen Städten der Steiermark vorfinden. Und wenn Sie dann noch sagen, das ist bagatellisieren und wenn Sie dann noch von Skandalisierung reden, wenn wir das hier thematisieren, dann verstehe ich Sie einfach nicht mehr, meine Damen und Herren. Das können wir nicht akzeptieren, dass Sie in Wahrheit bagatellisieren und uns zuschieben wollen, dass wir Radikalisieren. (Abg. Lafer: „Was meinen Sie denn?“) Sprechen Sie mit den Menschen, die Ihnen da eindeutig reinen Wein einschenken können und nehmen Sie die Eltern ernst, die sich um ihre Kinder sorgen und nehmen Sie wirklich das ernst, was Sie selber sagen. Gesundheit ist unser höchstes Gut. Ja, wunderbar, aber dann müssen wir ganz entschieden an einem Strick ziehen, und das geht mir ab. Danke (Beifall bei den Grünen. – 10.48 Uhr.)

Präsident: Gemeldet hat sich Herr Klubobmann Drexler.

Abg. Mag. Drexler (10.48 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, werte Regierungsglieder, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Nachdem ich schon als nationaler Verkehrsexperte angesprochen worden bin von der Frau Kollegin Lechner-Sonnek, muss ich mich natürlich kurz zu Wort melden. Meine sehr verehrten Damen und Herren, zum Ersten. Sie haben darauf hingewiesen, dass die ÖVP seit 1945 Regierungsverantwortung in diesem Land trägt und ich kann Ihnen nur sagen, das ist gut so. (Beifall bei der ÖVP.) Denn dieses Land, im Übrigen wie auch die Sozialdemokratie ist, solange noch das Proporzsystem besteht, auch weiter eingeladen klarerweise sich zu beteiligen, aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, Gott sei Dank ist dieses Land in sehr wesentlichen Kennzahlen weit vorne im österreichischen Vergleich und Gott sei Dank wird die Regierungsverantwortung in diesem Land sehr ernst genommen. Und wenn man heute dem Landesrat Seitinger zugehört hat, dann hat man gesehen, dass es ein entschlossener und kompetenter Zugang zum Thema ist und dass diese Feinstaubproblematik mehr als ernst genommen wird und alles getan wird, was von der Politik beeinflussbar ist, um diesem Problem Herr zu werden. Und wenn es von Ihnen schon als Skandal gesehen wird, dass man über das Wetter spricht (Abg. Mag. Zitz: „Das ist kindisch!“), Sie skandalisieren damit 99 Prozent der Leute, alle reden irgendwann einmal über das Wetter, aber natürlich ist es so, dass auch Witterungsbedingungen bei diesem Thema zu beachten sind und das zu negieren wäre mindestens ebenso ein Skandal. (Abg. Mag. Zitz: „Ist es nicht!“) Ich darf Ihnen Folgendes sagen. Erstens Sie sind, liebe Kolleginnen und Kollege von den Grünen, natürlich nicht die Einzigen in diesem Land, die für den Ausbau der Eisenbahn sind und aller Bahnprojekte. Ja, bitte schön, Waltraud Klasnic ist an der Spitze derer, die sich dafür einsetzen, dass die Bahninfrastruktur in diesem Land ausgebaut wird. (Abg. Mag. Zitz: „Das sehen wir am Semmringbasistunnel!“ – Beifall bei der ÖVP.)

Zweitens, tun Sie bitte nicht immer alle für sich vereinnahmen, reden Sie mit Eltern von Kleinkindern. Ich bin Vater von zwei kleinen Töchtern, die in dieser Stadt wohnen und leben und insofern tun Sie nicht immer alle Leute für sich vereinnahmen. Man hat ja gelegentlich bei den Beiträgen der Grünen den Eindruck, sie sind zwar nur drei Damen und Herren hier im Plenum, aber gescheit sind sie für eine absolute Mehrheit (Abg. Hagenauer: „Genauso ist es!“), hat man manches Mal den Eindruck. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Mag. Zitz: „Dass wir dich so verunsichern, hätte ich nicht gedacht. Aber mir gefällt!“)

Ich glaube, Edith, du weißt, wie es gemeint war.

Darf ich vielleicht abschließend etwas sagen. Ich zitiere aus der 58. Sitzung des Steiermärkischen Landtages vom 22. Juni 2004. Zu Wort gemeldet, Frau Abgeordnete Lechner-Sonnek: „Ich fahre mit der Bahn von Gleisdorf nach Graz immer dann, wenn es mir möglich ist. Leider an Tagen wie heute nicht, weil um 21 Uhr der letzte Zug fährt und ich nicht sicher sein kann, dass ich heute um 21 Uhr am Hauptbahnhof sein kann.“ (Abg. Hagenauer: „Ja, und?“) Heute können Sie sich wieder nicht sicher sein. Die Feinstaubbelastung ist dem Vernehmen nach hoch, wie sind Sie heute hergekommen? (Abg. Lechner-Sonnek: „Mit dem Auto, weil ich keinen Zug mehr habe!“ – Abg. Mag. Zitz: „Auch ich habe keinen Zug!“)

Aber schauen Sie, erstens, Frau Kollegin Lechner, ich darf nur eine abschließende Frage stellen. Bei einem absoluten Fahrverbot, wie hätten Sie denn das dann angestellt? Punkt eins. (Abg. Mag. Zitz: „Absolutes Fahrverbot hat niemand gesagt!“)

Punkt zwei, was sagen Sie jenen Pendlerinnen und Pendlern, die auch nach Graz müssen, weil sie zum Beispiel als Kellnerin oder was weiß ich was, vielleicht auch nicht wissen, ob sie um 21 Uhr am Hauptbahnhof sein können?

Abschließende Bemerkung, wir haben nachgeschaut. Der letzte Zug, mag sein, der letzte Bus nach Gleisdorf fährt um 22.50 Uhr vom Andreas-Hofer-Platz weg. Das geht sich relativ leicht und locker aus in der Regel, wenn der Landtag so lange dauert wie er dauern muss. Das sei nur als abschließende Bemerkung hinzugefügt.

Ganz abschließend darf ich Ihnen Folgendes sagen. Gott sei Dank ist dieses Land in guten Händen. Hans Seitinger hat das heute wieder unter Beweis gestellt. Der ÖVP-Teil der Steiermärkischen Landesregierung ist ein Kompetenzzentrum von ausgewiesener Qualität.

Recht herzlichen Dank. (Beifall bei der ÖVP. – 10.54 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Landeshauptmannstellvertreter Schögggl. Ich erteile ihm das Wort.

Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl (10.54 Uhr): Nachdem ich als Verkehrsreferent vom Kollegen Seitinger angesprochen wurde, nur einige Anmerkungen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, selbstverständlich ist ein Umweltproblem ein Problem, das man ernst zu nehmen hat. Und ich verstehe auch, dass die Grünen dieses Thema so hätscheln, weil sie haben ja kein anderes. (Beifall bei der FPÖ.)

Ich verstehe es auch, wir nehmen das auch gerne wahr. Darum gibt es ja auch diese gemeinsamen Bemühungen und ich versichere Ihnen, ich werde der Frau Lechner-Sonnek die Möglichkeit geben, in Zukunft wirklich öffentliche Verkehrsmittel zu verwenden. Es liegt ja in ihrer Verantwortung, auch ich tu das. Ich denke, dass die Maßnahmen, die wir setzen, langfristig selbstverständlich erfolgreich sein werden. Aber vor wenigen Jahren, meine sehr verehrten Damen und Herren, wussten wir alle miteinander noch nicht, konnten wir noch nicht wissen, was Feinstaub wirklich ist. Wir wissen es erst seit wenigen Jahren. Wir können ihn erst seit wenigen Jahren messen, wir tun das. Ich bedanke mich bei Hofrat Perner, der hinten sitzt, und seinem Team, der in gewissenhaftester Weise dieses Problem aufzeigt und natürlich auch Lösungsmöglichkeiten aufzeigt, wie wir damit umgehen können. Aber als Verkehrsreferent darf ich Ihnen schon eines sagen. Als der Plabutschunnel gesperrt war, da hat es geheißen, unmöglich. Graz wird im Feinstaub erstickt. Es wird alles zusammenbrechen! Darf Ihnen berichten, die Messungen zeigen, dass diese Sperre des Plabutschunnels keine Auswirkungen hatte. (Abg. Hagenauer: „Das ist ein alter Schuh!“) Leider nicht im positiven Sinn, aber auch nicht im negativen Sinn, meine sehr verehrten Damen und Herren. (Abg. Hagenauer: „Eine einzelne Situation herauszugreifen ist absolut falsch. Sie zitieren, wie es Ihnen passt!“)

Es hat ja geheißen von Ihrer Seite, der Plabutschunnel muss drei Tage gesperrt werden, der Verkehr geht durch die Stadt, es wird alles zusammenbrechen. Nichts ist zusammengebrochen, Herr Hagenauer.

Ich weiß, dass es Ihnen nicht passt, so wie viele andere Dinge Ihnen nicht passen. Aber wissen Sie, die Grünen haben bisher eher Probleme verursacht als gelöst, weil Sie haben bisher nur verhindert und noch kein einziges Problem gelöst, seit es Sie gibt in dieser politischen Landschaft, meine sehr verehrten Damen und Herren! (Beifall bei der FPÖ.)

Ich darf aber immer wieder die Beispiele bringen, die mir besonders am Herzen liegen. Ich habe wieder die aktualisierten Messungen, wann die Feinstaubkonzentration in Graz am höchsten war. Ich darf wieder einmal berichten, die höchste Feinstaubkonzentration war wiederum zwischen 31. Dezember 2004 und 1. Jänner 2005, Jahreswechsel 2005, in der Nacht, in der die Silvesterraketen geschossen werden. (Abg. Mag. Zitz: „Das ist unglaublich!“)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es tut mir Leid. Es tut mir Leid, trotz Einschränkungen, trotz Verzicht auf Feuerwerke. (Abg. Hagenauer: „Immer die Silvesterraketen. Das Maßnahmenpaket steht fest. Wir schaffen Silvester ab!“) Und noch ein Beispiel, das ich Ihnen ja schon gebracht habe, dass wir in jedem Grazer Kaffeehaus – und darum tun wir auch sehr viel für den Schutz der Nichtraucher – etwa die fünffache Konzentration an Feinstaub haben.

Herr Hagenauer, ich weiß, Sie gehen nicht in Kaffeehäuser. Ich weiß es, Sie sind nicht dort. Aber das ist das Problem, das wir haben, dass viele Dinge, die hier andiskutiert werden, durchaus humanen oder menschlichen Ursprunges sind.

Und ich möchte noch eines sagen zum Verkehr: Wir können die Emissionen nur durch längerfristige Maßnahmen – und die Förderung der Partikelfilter ist die richtige Maßnahme – zurückdrängen, wobei ich noch einmal darauf hinweise, dass die wesentlichen Verursacher selbstverständlich auch in den Kleinf Feuerungen, auch in den Holzheizungen, auch in verschiedenen anderen Industrieanlagen zu suchen sind und der Verkehr nur mit lediglich 18 Prozent, der Gesamtverkehr mit 18 Prozent, und da der Individualverkehr mit ganzen 12 Prozent zu Buche schlägt, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der öffentliche Verkehr wird ausgebaut, Park and ride kommt, die Nahverkehrsknoten Puntigam und Don Bosco werden gebaut, die HL-AG.-Projekte sind auf Schiene. Auch wenn das manches Mal kritisiert wird, ich sage noch einmal mit Stolz die Zahl, in den nächsten Jahren werden 2,4 Milliarden Euro in den Schienenausbau in die Steiermark gesteckt. Für diejenigen, die noch in der Schilling-Welt verhaftet sind, das sind 35 Milliarden Schilling. Meine sehr verehrten Damen und Herren, da zu sagen, das ist nichts, das ist wohl auch eine Argumentation, die weit bei den Haaren herbeigezogen ist. Aber natürlich ist es die Rolle der Opposition zu kritisieren. Wir nehmen das auch zur Kenntnis. Wir sehen aber auch, dass die Bevölkerung zur Kenntnis nimmt, dass in diesem Land etwas weitergeht. (Beifall bei der FPÖ und der ÖVP. – 10.59 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Hagenauer. Fünf Minuten, Herr Abgeordneter, sind auch für Sie vorgesehen.

Abg. Hagenauer (10.59 Uhr): Sehr geehrte Mitglieder der Landesregierung! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer!

Ich fasse mich kurz. Ich möchte nur ein paar Sachen doch noch gesagt haben hier. Erstens, Sie haben Zahlen gehört vom Herrn Landeshauptfraustellvertreter Schögggl über die Verursacher des Feinstaubs, 18 Prozent Verkehr. Herr Landesrat Seitinger, teilen Sie diese Zahlen? Ja, ein leichtes Wiegen mit dem Kopf, falls es Ihnen entgangen sein sollte. Ich sage das nur deshalb, weil das eines der zentralen Probleme ist, nämlich die

Regierung ist sich nicht einmal bei so einem zentralen Problem – das behaupten Sie ja selber, dass Ihnen das Tag und Nacht Sorgen macht, das Feinstaubproblem – über die wichtigsten Grundlagen einig. (Abg. Dietrich: „Umweltbundesamt!“) Wie soll denn diese Regierung das Problem lösen, wenn Sie sich nicht einmal einig sind darüber, wo man ansetzen soll? Natürlich ist es so und in allen offiziellen Broschüren und Texten der Landesregierung rangiert der Verkehr nicht mit 18 Prozent, sondern je nach natürlich Region unterschiedlich bei zwei Drittel bis drei Viertel der Verursacher. (Abg. Wiedner: „Wo ist der Blödsinn her?“)

Den Grünen kann es im Prinzip egal sein. Den Grünen kann es im Prinzip egal sein, das ist ja das Traurige dabei, auf was Sie sich einigen. Wir legen nur Wert darauf, bitte, dass die Regierung sich überhaupt einigt auf einen Wert. Weil eines der zentralen Probleme, das hatten wir etwa bei Spielberg und haben wir hier auch, dass diese Regierung innerhalb der Mitglieder der Weltmeister ist beim Zuschieben gegenseitig der Verantwortung. Und das kann nicht so sein und ist ein Problem. (Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schöggel: „Das stimmt ja nicht!“)

Das Zweite, was ich auch noch anmerken wollte, die Geschichte mit der Witterung und mit dem Einfluss der Witterung. Ich verrate Ihnen jetzt etwas und erzählen Sie es bitte nicht weiter. Graz liegt an diesem Standort nicht erst seit drei Jahren, sondern solange ich mich zurückerinnern kann, war Graz immer an derselben Stelle.

Was lernen wir daraus? Dass dieses Problem der Beckenlage, Herr Klubobmann, auch anderen Personen bekannt war und nicht nur den Grünen. (Abg. Wiedner: „Euch ist seit Jahren das Thema bekannt!“ – Abg. Mag. Drexler: „Was sollen wir machen? Sollen wir Graz zusperren?“) Sehe ich das richtig?

Wenn das aber so ist, dann hätten die Verantwortlichen in diesem Lande schon seit Jahrzehnten, nachdem wir auch schon Smogalarme hatten in der Vergangenheit und durchaus, geschätzte Kolleginnen und Kollegen von der FPÖ, damals Maßnahmen ergriffen hatten, dass man mit dem öffentlichen Verkehr an solchen Tagen in die Stadt kommt, zum Beispiel Nulltarif und zusätzliches Angebot, hatten wir das in den achtziger Jahren schon geschaffen und müsste man das natürlich auch jetzt schaffen. Wenn ich also weiß, dass Graz nun einmal und andere Regionen dieses Landes eine sicherlich zugegebenermaßen schwerere Position und ernstere Lage hat und wir mehr machen müssen, wenn ich das aber weiß, dann kann ich ja schon seit Jahren, seit Jahr und Tag Maßnahmen ergreifen. Das wollte ich nur sagen in dem Zusammenhang. Die Zahlenspielerereien, dass an einem Wochenende in Wien, wo die Ferien ausgebrochen sind, der Feinstaubwert zurückgegangen ist, die ersparen wir uns bitte, weil das ist absolut unseriös und der Sache tatsächlich nicht angemessen. Natürlich, wenn ich Windstärke zwölf habe, dann kann Verkehr sein soviel wie will, dann wird also der Feinstaub entsprechend zurückgehen.

Und eine letzte Anmerkung zu dieser unsäglichen Frage an die Kollegin Lechner-Sonnek, ob sie mit dem Auto von Gleisdorf hereinfährt. Ja, das ist ja genau der Unterschied. Das ist ja genau das Problem, dass in Regionen, in zahlreichen Regionen Europas auch ohne Feinstaubalarm ich von einer Stadt zur anderen auch noch nach 18 Uhr mit einem öffentlichen Verkehrsmittel fahren kann ohne Feinstaubalarm. Da rede ich noch gar nicht von so einer erschwerten Situation. Man stößt ja als Grazer immer wieder auf ungläubiges Staunen, wenn man erfährt, dass etwa von Wien nach Graz der letzte Zug zwischen den beiden größten österreichischen Städten, um Ihnen nur eine kleine Anregung zu geben, zwischen den beiden größten österreichischen Städten um 9 Uhr der letzte Zug fährt. Das wäre in der Schweiz, in Deutschland, in Italien undenkbar. Und das ist genau Ihre Ignoranz und deswegen stellen Sie nicht solche unsäglichen Fragen (Abg. Tasch: „Das hat euch weh getan, oder?“), wie man in diesem Land von einem Ort zum anderen mit dem öffentlichen Verkehrsmittel kommt. Man kommt nicht und Sie sind dafür verantwortlich. (Beifall bei den Grünen. – 11.05 Uhr.)

Präsident: Meine Damen und Herren! Wortmeldungen habe ich dazu keine mehr. Ich erkläre somit diese „Aktuelle Stunde“ für beendet.

Ich darf Sie, meine Damen und Herren, bitten, sich von den Sitzen zu erheben.

Hohes Haus! Verehrte Damen und Herren!

Der Landtagsabgeordnete außer Dienst Anton Maunz ist am 22. Jänner 2005 verstorben.

Anton Maunz wurde am 5. Dezember 1922 als Sohn eines Bergbauern in Niklasdorf geboren, wo er fünf Jahre die Volksschule besuchte. Anschließend besuchte er drei Jahre die Hauptschule in Leoben.

Nach Beendigung der Schulzeit arbeitete Anton Maunz bis ins Jahr 1942 am elterlichen Hof. Während des Zweiten Weltkrieges war er sowohl an der West- als auch an der Ostfront eingesetzt. Anton Maunz wurde zweimal verwundet und geriet 1945 in der Festung Königsberg in russische Kriegsgefangenschaft, in welcher er über zweieinhalb Jahre verblieb. 1947 kehrte Anton Maunz an den elterlichen Hof zurück und begann seine politische Tätigkeit mit dem Beitritt zum Bauernbund. In den fünf- und sechziger Jahren bekleidete Anton Maunz verschiedene regionalpolitische Funktionen, so die eines Ortsparteiobmannes oder eines Bezirksobmannes in Bauernbund und Volkspartei. Schließlich wurde Maunz auch Gemeinderat und ÖVP-Vizebürgermeister in seiner Heimatgemeinde.

In den Jahren 1965 bis 1974 gehörte Anton Maunz als Abgeordneter dem Steiermärkischen Landtag an, in welchem er wichtige Funktionen sowohl im Kontroll-Ausschuss sowie im Verkehrs- und Volkswirtschafts-Ausschuss innehatte.

Hohes Haus!

Im Namen des Steiermärkischen Landtages sowie in eigenem Namen danke ich dem Abgeordneten zum Steiermärkischen Landtag Anton Maunz für die Erbringung seiner Lebensleistung im Interesse des Landes Steiermark.

Der Steiermärkische Landtag wird dem Verstorbenen stets ein ehrendes Gedenken bewahren.

Ich danke für die Kundgebung der Trauer.

Hohes Haus!

Wir haben aber auch heute zwei Geburtstagskinder unter uns. Ich darf Herrn Landesrat Mag. Wolfgang Erlitz, der heute seinen 55. Geburtstag feiert, im eigenen Namen und namens des Steiermärkischen Landtages sehr herzlich gratulieren. Alles Gute! (Allgemeiner Beifall.)

Ich spreche aber auch dem Abgeordneten Lafer Glückwünsche aus. Es ist kein halbrunder Geburtstag, aber ein Geburtstag an dem heutigen Tage – 47 Jahre jung! Glückwünsche! (Allgemeiner Beifall.)

Ich teile dem Hohen Hause mit, dass am heutigen Tag um 9.30 Uhr der Ausschuss für Landwirtschaft und Umweltschutz über den Antrag, Einl.-Zahl 2090/1, der Abgeordneten Dipl.-Ing. Wöhrly und Riebenbauer, betreffend Novellierung des Steiermärkischen Naturschutzgesetzes, sowie die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 2088/1, betreffend die Tätigkeitsberichte 2002 und 2003 der Land- und forstwirtschaftlichen Lehrlings- und Fachausbildungsstelle bei der Landeskammer für Land- und Forstwirtschaft in Steiermark beraten hat.

Ich schlage im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, den Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 2088/1, als Tagesordnungspunkt 34 sowie über den Antrag, Einl.-Zahl 2090/1, als Tagesordnungspunkt 35 zu behandeln, wobei die Behandlung der genannten Tagesordnungspunkte an folgenden Stellen stattfinden:

Tagesordnungspunkt 34 vor dem Tagesordnungspunkt 3, Tagesordnungspunkt 35 nach dem Tagesordnungspunkt 34.

Gemäß Paragraph 39 Absatz 5 GeoLT ist für die Ergänzung der Tagesordnung die Zustimmung der Zweidrittelmehrheit der anwesenden Mitglieder erforderlich.

Ich lasse in Übereinstimmung mit der Präsidialkonferenz über die Ergänzung der Tagesordnung abstimmen.

Wenn Sie diesen Vorschlägen zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Eine Liste der Zuweisungen ist in der heutigen Auflage enthalten.

Wird gegen diese Zuweisungen ein Einwand erhoben?

Das ist nicht der Fall.

Hinsichtlich der eingebrachten Anträge wird eine Liste im Laufe der Sitzung aufgelegt werden.

Ich teile dem Hohen Hause mit, dass acht schriftliche Anfragen und fünf Anfragebeantwortungen gemäß Paragraph 66 GeoLT eingebracht wurden, die ebenfalls in der heutigen Auflage enthalten sind.

Eingebracht wurde am Donnerstag, den 10. Februar 2005 um 15.46 Uhr eine Dringliche Anfrage von Abgeordneten der SPÖ an Herrn Landesrat Dr. Kurt Flecker, betreffend „Armut in Österreich“.

Diese Dringliche Anfrage hat die gemäß Paragraph 68 GeoLT erforderliche Unterstützung.

Gleichzeitig wurde von 14 Abgeordneten die Abhaltung einer Wechselrede beantragt.

Nach Beantwortung der Dringlichen Anfrage findet gemäß Paragraph 68 Absatz 4 GeoLT die Wechselrede statt.

Die Behandlung dieser Dringlichen Anfrage werde ich im Sinne des Paragraphen 68 Absatz 2 GeoLT nach Erledigung der Tagesordnung durchführen, jedenfalls um 16 Uhr beginnen.

Ich gehe nunmehr zur Tagesordnung im Sinne des Paragraphen 39 Absatz 3 GeoLT über. Ich ersuche um Wortmeldungen zu den einzelnen Tagesordnungspunkten der heutigen Sitzung gemäß Paragraph 55 GeoLT.

Bei den Tagesordnungspunkten 2 und 34 ist ein innerer sachlicher Zusammenhang gegeben. Ich schlage daher im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, diese zwei Tagesordnungspunkte gemeinsam zu behandeln, jedoch über jeden einzelnen Tagesordnungspunkt getrennt abzustimmen.

Falls Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Ich ersuche Sie um Aufmerksamkeit, meine Damen und Herren, wir kommen nämlich jetzt zu Punkt

2. Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 2130/1, betreffend den Bericht über die wirtschaftliche, ökologische und soziale Lage der Land- und Forstwirtschaft in der Steiermark.

Berichtersteller ist Herr Landtagsabgeordneter Erwin Gruber. Herr Abgeordneter, der Bericht, bitte.

Abg. Erwin Gruber (11.13 Uhr): Geschätzter Herr Präsident! Frau Landeshauptmann! Werte Regierungsmitglieder! Hohes Haus!

Ich erstatte Bericht über die Einl.-Zahl 2130/1.

Gemäß Paragraph 16 des Steiermärkischen Landwirtschaftsförderungsgesetzes 1993, LGBl. Nr. 9 vom 19. Oktober 1993 hat die Landesregierung alle zwei Jahre einen Bericht über die wirtschaftliche, ökologische und soziale Lage der Land- und Forstwirtschaft in der Steiermark zu erstatten. Dieser Bericht hat eine Zusammenstellung aller auf Grund dieses Gesetzes durchgeführten Förderungsmaßnahmen zu enthalten. Er ist zu begründen und hat die mittelfristigen Auswirkungen der Förderungsmaßnahmen zu erläutern.

Der Landwirtschaftsbeirat gemäß Paragraph 17 des Steiermärkischen Landwirtschaftsförderungsgesetzes 1993 hat in seiner Sitzung am 26. November 2004 den Entwurf dieses Berichtes beraten und im Umlaufbeschluss mit Wirkung 20. Dezember 2004 einstimmig beschlossen.

Die Steiermärkische Landesregierung stellt zufolge ihres Beschlusses vom 17. Jänner 2005 den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht über die wirtschaftliche, ökologische und soziale Lage der Land- und Forstwirtschaft in der Steiermark 2002/2003 („Grüner Bericht Steiermark 2002/2003“) wird zur Kenntnis genommen.

Ich bitte um Annahme. (11.14 Uhr.)

Präsident: Ich danke für die Berichterstattung, womit wir zum Tagesordnungspunkt 34 kommen.

34. Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 2088/1, betreffend die Tätigkeitsberichte 2002 und 2003 der Land- und forstwirtschaftlichen Lehrlings- und Fachausbildungsstelle bei der Landeskammer für Land- und Forstwirtschaft in Steiermark.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Anton Gangl. Herr Abgeordneter, Ihr Bericht bitte.

Abg. Gangl (11.15 Uhr): Ich bringe den Bericht zur Einl.-Zahl 2088/1. Die Steiermärkische Landesregierung, betreffend die Tätigkeitsberichte 2002 und 2003 der Land- und forstwirtschaftlichen Lehrlings- und Fachausbildungsstelle bei der Landeskammer für Land- und Forstwirtschaft in Steiermark.

Gemäß Paragraph 14 Absatz 2 des Steiermärkischen Land- und forstwirtschaftlichen Berufsausbildungsgesetzes 1991, LGBl. Nr. 65, in der Fassung LGBl. Nr. 103/1999 hat die Land- und forstwirtschaftliche Lehrlings- und Fachausbildungsstelle bei der Landeskammer für Land- und Forstwirtschaft in Steiermark über jedes abgelaufene Jahr einen Tätigkeitsbericht zu erstatten, der dem Steiermärkischen Landtag zur Kenntnis vorzulegen ist. Neben dem Bericht über die Tätigkeit der Land- und forstwirtschaftlichen Lehrlings- und Fachausbildungsstelle beinhaltet der Tätigkeitsbericht im Wesentlichen auch einen Überblick über die finanzielle Gebarung, über Statistiken und über die Ausbildungsmethoden.

Die Steiermärkische Landesregierung stellt zufolge ihres Beschlusses vom 22. November 2004 den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Die Tätigkeitsberichte 2002 und 2003 der Land- und forstwirtschaftlichen Lehrlings- und Fachausbildungsstelle bei der Landeskammer für Land- und Forstwirtschaft in Steiermark werden zur Kenntnis genommen.

Ich bitte um Annahme. (11.16 Uhr.)

Präsident: Ich danke für die Berichterstattung und wir kommen somit zu den Wortmeldungen. Herr Abgeordneter Riebenbauer hat sich gemeldet. Ihre Wortmeldung.

Abg. Riebenbauer (11.16 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, geschätzte Regierungsmitglieder, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir diskutieren den „Grünen Bericht“ 2002/2003. Man könnte sagen, er ist bereits Geschichte, aber ich bin überzeugt, wer aus der Vergangenheit nicht lernt, kann die Zukunft nicht bewältigen. Der Zeitraum war geprägt auch von Naturkatastrophen. Denken wir an Hochwasser oder insbesondere an die Dürre 2003. Wir haben im Ausschuss diesen Bericht einstimmig zur Kenntnis genommen und diskutieren ihn heute.

Einleitend möchte ich als Erstes dem Verfasser dieses Berichtes, Herrn Dipl.-Ing. Franz Hammer, ein aufrichtiges Danke sagen. Er hat 23 Berichte gemacht, dieser war sein letzter. Ein herzlicher Dank für die Berichte, sie sind gut und toll. (Beifall bei der ÖVP.)

Meine geschätzten Damen und Herren, die steirische Landwirtschaft ist abhängig von Rahmenbedingungen. Von Rahmenbedingungen auf Landesebene, auf Bundesebene und auch EU-Ebene. Aber andererseits selbstverständlich auch abhängig von Bedingungen, die bei den WTO-Verhandlungen diskutiert werden. Und WTO-Verhandlungen sind aus meiner Sicht ein Kleinkrieg um den Handel von landwirtschaftlichen Produkten zwischen Europa und zwischen Übersee. Ein brutales Feilschen um Lebensmittel beziehungsweise wer diese Produkte liefert. Und um die Dimension der Unterschiede der Lebensverhältnisse und die brutale Kluft in der Welternährung aufzuzeigen, möchte ich nur ein paar Beispiele zeigen.

Von der Weltbevölkerung haben 800 Millionen Menschen chronischen Hunger, 1,3 Milliarden Menschen kein sauberes Wasser, 2 Milliarden Menschen keinen Stromanschluss und 1,3 Milliarden weniger als einen Dollar Tageseinkommen, 2,7 Milliarden Menschen keine sanitären Einrichtungen. Und eine Zahl möchte ich noch erwähnen, weil sie für uns alle sehr wichtig ist. Die verfügbare landwirtschaftliche Nutzfläche pro Kopf

auf der gesamten Erde war im Jahr 1950 5100 Quadratmeter, war im Jahr 1975 3400 Quadratmeter, war im Jahr 2000 2700 Quadratmeter und im Jahr 2020 schätzt man, dass die verfügbare landwirtschaftliche Nutzfläche pro Kopf 1800 Quadratmeter sein wird.

Meine geschätzten Damen und Herren, in der Steiermark haben wir zurzeit pro Einwohner 4100 Quadratmeter landwirtschaftliche Nutzfläche. Diese Entwicklung und diese Zahlen müssten uns eigentlich bewusst machen, klar und deutlich aufzeigen, dass wir in der Steiermark, in Österreich in einem bevorzugten Teil unserer Erde leben und welche hohe Sicherheit wir bei der Lebensmittelversorgung haben. Mit einigen Zahlen möchte ich das einfach klar bestätigen. Der Versorgungsgrad in Österreichs Statistik 2003. Beim Fleisch insgesamt 110 Prozent Selbstversorgung, also eine Überversorgung. Bei der Milch 120 Prozent, bei den Eiern 74 Prozent und beim Getreide Weizen 143 Prozent, beim Roggen 188 Prozent. Diese Zahlen zeigen deutlich, dass wir bei den wichtigsten Grundnahrungsmitteln, die wir haben, die wir brauchen, in der Steiermark und in Österreich von unseren steirischen Bäuerinnen und Bauern bestens versorgt sind und da dürfen wir uns darüber freuen und darauf dürfen wir stolz sein. (Beifall bei der ÖVP.)

Und das ist aber insbesondere deshalb wichtig, um das aufzuzeigen, weil wir ja immer wieder verglichen werden mit anderen Ländern, weil uns immer wieder gesagt wird, da gibt es Massentierhaltung, da gibt es Intensivtierhaltung, wie weit ist die Landwirtschaft eigentlich schon? Wir liegen aber mit unseren Rinderbeständen, auch wieder laut Eurostat, mit 21 Tieren pro Halter an 14. Stelle von den EU 15. Und bei den Milchkuhbeständen wieder von den EU 15 an 15., also an letzter Stelle. Das zeigt, dass wir von den Strukturen her klar und deutlich im Nachteil sind. Das Gleiche gilt selbstverständlich auch für die Schweine, weil da auch immer gesagt wird, Massentierhaltung. Wir haben in Österreich bei uns im Durchschnitt 40 Schweine pro Betrieb. Eine Vergleichszahl: in Deutschland sind das 123 Schweine, in Irland sind es noch viel, viel mehr.

Meine geschätzten Damen und Herren, gesunde Lebensmittel von höchster Qualität ist der Wunsch aller, die in der Steiermark leben. Wir haben in diesem Berichtszeitraum des „Grünen Berichtes“ im Jahr 2003 1,74 Millionen Euro für Qualitäts- und Gesundheitsprogramme ausgegeben. Es ist wichtig und entscheidend, dass die steirischen Lebensmittel gesund und sicher sind. Wir haben aber auch 1,15 Millionen für BSE-Vorsorgeuntersuchungen ausgegeben und geben sie noch immer aus und jedes Rind, das über 30 Monate alt ist und geschlachtet wird, wird auch heute noch untersucht, obwohl wir in Österreich nur einen einzigen Fall gehabt haben und der für mich außerdem noch fragwürdig ist. Das zeigt eigentlich, wie viel wir für die Lebensmittelsicherheit ausgeben. Leider schlägt sich das nicht immer beim Preis durch. (Beifall bei der ÖVP.)

Wir müssen auch zur Kenntnis nehmen, dass im Berichtszeitraum des „Grünen Berichtes“ die Einkommen in unserem Land gefallen sind. Da brauchen wir nichts beschönigen, das ist so. Andererseits aber auch zur Information, die reale Nettowertschöpfung, die Arbeitskraft ist die Veränderung von 2002/2003 in Österreich in der Landwirtschaft minus 6,1 Prozent und in Deutschland minus 12,7 Prozent. Wieder laut Eurostat. In einigen Situationen hat sich seit diesem Berichtszeitraum die Situation gebessert. In einigen Produktionsparten leider nicht.

Einige Fakten möchte ich aufzählen. Faktum ist, dass 1950 eigentlich 50 Prozent jeder von seinem Einkommen für den Lebensmittelunterhalt ausgegeben hat, jetzt sind es nur mehr 15 Prozent. Und eine neue Studie hat ergeben, das haben wir auch bei der GEN-Diskussion gehört in der Burg, dass die Österreicherinnen und Österreicher zu 55 Prozent sagen, zuerst schaue ich auf den Preis der Lebensmittel und dann auf die Qualität. So ist es, das müssen wir zur Kenntnis nehmen. Und Faktum ist auch, dass sehr viele sagen, wir wollen Bioprodukte kaufen, wir haben die Bioprodukte gerne, aber das tatsächliche Einkaufsverhalten ist dann leider Gottes oft anders.

Eines möchte ich klar und deutlich sagen, jeder von uns in unserem Heimatland will kleine landwirtschaftliche Kulturen möglichst umweltfreundlich, möglichst chemiefrei, hochwertige Lebensmittel und wenn es geht zum Diskontpreis. Meine geschätzten Damen und Herren, mit unseren bäuerlichen Strukturen, mit unseren Kleinbauernbetrieben, unseren Bergbauernbetrieben in der Steiermark können wir damit nicht überleben. Da brauchen wir die Unterstützung, da brauchen wir Ausgleichszahlungen, das möchte ich klar und deutlich sagen.

Und eine Feststellung, die ich immer wieder in den vielen Diskussionen mit unseren jungen Bauern erlebe. Die wichtigste Motivation, um am Hof zu bleiben, die wichtigste Motivation, um weiterwirtschaften zu wollen, ist einfach ein gerechter Preis für die Produkte, um den wir uns alle gemeinsam bemühen müssen.

Und die Frau Abgeordnete Kaufmann hat ja bei der Agrardebatte, bei der Budgetdebatte gesagt, wir sollen uns den Power-Plan anschauen, da ist die Landwirtschaft für den Landeshauptmannstellvertreter Voves ein wichtiger Lebensbereich. Ich habe im Power-Plan geblättert und geblättert und habe nichts gefunden. Dann habe ich von hinten angefangen, ja, die letzten zwei Seiten sind der Landwirtschaft gewidmet, das zeigt eigentlich welchen Stellenwert die Landwirtschaft im SPÖ-Power-Plan hat. Von 135 Chancen widmet sie der Landwirtschaft 7,4 Prozent. Nicht mehr und nicht weniger. So ist es, das ist Tatsache.

Frau Abgeordnete, setze dich bitte einmal in deiner eigenen Fraktion durch. Ihr braucht euch nicht aufregen, schaut euch den Power-Plan selber an. Die letzten beiden Seiten sind der Landwirtschaft gewidmet. Fix! (Abg. Kaufmann: „Das habe ich nicht gesagt!“)

So ist es und Ende der Vorstellung.

Und die Frau Abgeordnete Kaufmann hat mich auch in den landwirtschaftlichen Mitteilungen zitiert, aber falsch zitiert, denn was sie gesagt hat, habe ich nicht gesagt. Und was die Gabi Burgstaller macht, brauche ich gar nicht mehr erwähnen.

Eines noch dazu, die Entwicklung bei den Milchbauern, geschätzte Damen und Herren, muss uns natürlich Sorge bereiten. Der Milchkuhbestand verringert sich immer wieder. Im Jahr 1999 haben wir in der Steiermark 19.000 Rinderhalter gehabt, 1990 waren es noch 30.000. Also wir haben ein starkes Minus. Wir wissen auch, die Milchproduktion ist arbeitsintensiv. Die Milchproduktion braucht tagtäglich ein zweimaliges Melken, ob das der Ostersonntag ist oder der Christtag, da heißt es in den Stall gehen, ob es mir eine Freude bereitet oder nicht. Die Tiere brauchen einfach diese gute Pflege und die Regelmäßigkeit. Viele Bauern, vor allen Dingen die Milchbauern haben Kontingente aufgestockt, haben dazugekauft. Ein Viertel aller steirischen Bauern hat bereits mehr als 100.000 Kilogramm Kontingente, wie wir sagen. Und trotzdem, es ist für viele schwierig, das Einkommen aus der Milchwirtschaft zu erwirtschaften und ein fairer Milchpreis ist für uns alle eine gemeinsame Herausforderung. Und jetzt sind vor allen Dingen die Molkereien gefordert. Unser Bauernbundpräsident Fritz Grillitsch hat mit dem Geschmack der Heimat diese Aktion in der ganzen Steiermark und in Österreich plakatiert, eine tolle Aktion gestartet, wo wir das Bewusstsein schaffen wollen, dass Lebensmittel keine Lockartikel sein dürfen und vor allem das Bewusstsein schaffen wollen, dass die Milch auch im Geschäft und im Handel einen guten Preis haben soll. Ich danke unserem Präsidenten für diese Initiative. Er wird von uns allen unterstützt. (Beifall bei der ÖVP)

Eines noch dazu: Es ist schon klar, aber nur der Trinkmilchabsatz, also jene Produkte, die da verkauft werden, hat nicht den hohen Prozentanteil. Und deshalb wird es auch schwierig sein, dass wir vor allen Dingen diesen Preis durch einen besseren Trinkmilchpreis erwirtschaften und damit auch so weitergeben können.

Ein Thema, das uns auch alle in diesen Tagen intensiv beschäftigt – und ich war bei der Diskussion in der Burg vergangene Woche dabei –, das ist selbstverständlich die Frage der Gentechnik. Alle wollen wir eine gentechnikfreie Steiermark, da wird gar nicht diskutiert. Alle wollen wir selbstverständlich keinen Anbau von gentechnisch veränderten Organismen. Ich bin überzeugt davon, dass wir in der Steiermark auch ein Gentechnikvorsorgegesetz beschließen werden, das den Anbau verhindern wird, wenn wir ihn schon nicht verbieten können auf Grund von EU-Rechten. Und hochaktuell, meine geschätzten Damen und Herren, wird natürlich auch diskutiert bei uns im Lande über den Einsatz von gentechnikveränderten Futtermitteln. Ich möchte nur zwei Sachen dazu sagen. Mit dieser Diskussion, von meinem persönlichen Wissen her, verunsichern wir genauso den Bauern und den Konsumenten. Ich glaube, dass wir diese Geschichte sehr vorsichtig angehen müssen, offen und ehrlich diskutieren, uns aber auch der Überlegung stellen müssen, ob nicht durch diese Diskussion der Bauer wieder Zweiter ist, weil er beim Preis der Produkte einen Nachteil hat. Nun, wir haben ja auch bei diesem „Grünen Bericht“ auch im Landwirtschaftsförderungsbeirat Empfehlungen gegeben, Empfehlungen, wie wir eigentlich die Landwirtschaft bewältigen können, was wir in Zukunft besonders beachten sollen. Die sind im landwirtschaftlichen „Grünen Bericht“ hinten drinnen, kann selbstverständlich jeder nachlesen. Wichtig ist uns vor allen Dingen wieder auf Europaebene, dass bei den WTO-Verhandlungen dafür gesorgt wird, dass Importe vor allen Dingen, auch von Rindfleisch aus Übersee, verhindert werden, weil wir haben selbst genug Fleisch. Wichtig ist auch, dass diese Agrarpreissenkungen, die die Agenda 2000 gebracht hat, eigentlich das Höchstmaß der Zugeständnisse an uns Bauern ist.

Klimaschutz und Gentechnik, Gentechnik habe ich schon gesagt, Klimaschutz – wir werden in der Steiermark ein Klimaschutzgesetz beschließen, damit wir auch die Kyotoziele erreichen.

Zur innerstaatlichen Agrarförderung, ganz klar, brauchen wir auch in Zukunft die Investitionsförderung, wir brauchen in Zukunft die Jungübernehmerförderung, wir brauchen die Unterstützung für den ländlichen Raum und wir brauchen vor allen Dingen auch – und das ist mir ganz entscheidend und wichtig – die Absicherung der Bundes- und Landesmitteln für Bildung und Beratung. Die Absicherung der Mittel für unsere steirische Landwirtschaftskammer als Interessenvertretung der steirischen Bäuerinnen und Bauern. Der Kammerpräsident, die Vizepräsidentin sitzen ja hinten, einen herzlichen Gruß. Wir werden auch in Zukunft schauen, es geht nicht um die Mittel, es geht nicht um die Gelder, sondern es geht um die Bäuerinnen und Bauern, denen wir in der Beratung und in der Bildung in ihrem unternehmerischen Denken weiterhelfen müssen und die wir immer wieder forcieren müssen. Ich verstehe es einfach nicht, dass man da Kammern zusammenlegen soll, dass man da einsparen soll. In anderen Bereichen ist es eine Katastrophe, wenn irgendwo was zusammengelegt wird und etwas aufgelassen wird, bei der Landwirtschaft wäre das kein Problem. Wir werden uns dagegen wehren, weil wir einfach diese Institutionen, diesen bäuerlichen Beratungsdienst in unseren Regionen brauchen.

Abschließend möchte ich nur noch vier Punkte sagen, was mir besonders auch wichtig ist, was wir auch in Zukunft als bäuerliche Vertreter aller Fraktionen beachten müssen:

Das Erste und Wichtigste ist aus meiner Sicht der Schutz des Eigentums. Das Zweite ist der faire und gerechte Preis, um den wir uns bemühen müssen in allen Bereichen. Es ist nicht einfach und es wird sicherlich von der Frau Abgeordneten Kaufmann so manches kritisiert werden. Da erwarte ich mir von ihr selbstverständlich auch Vorschläge. Aber um den gerechten Preis müssen wir uns gemeinsam bemühen. Und wenn du eine Zeile da drinnen findest, wo ihr einen gerechten Preis fordert, dann würde ich mich freuen – ist nicht drinnen.

Ein Drittes: Voraussetzung, dass wir einen gerechten Preis haben, sind keine Lebensmittel als Lockartikel, ganz klar.

Und ein Viertes wissen wir auch, ist auch nicht immer einfach umsetzbar, wenn möglich weniger Bürokratismus und eines noch, die Kontrollen dürfen nicht zu Schikanen werden. Wir stehen zu Kontrollen, weil die Lebensmittel einfach gesund sein müssen, weil das wichtig ist, weil der Konsument überzeugt sein muss, dass unsere Produkte in Ordnung sind und dass er sie mit Freude und Genuss essen kann.

In diesem Sinne wünsche ich der steirischen Landwirtschaft, unseren steirischen Bäuerinnen und Bauern auch in Zukunft alles Gute und bedanke mich für ihre Arbeit. Danke für das Zuhören! (Beifall bei der ÖVP. – 11.31 Uhr.)

Präsident: Ich danke für die exakte Einhaltung auch der Redezeit dem Abgeordneten Riebenbauer und grüße im Auditorium den Präsidenten der Landwirtschaftskammer Wlodkowski, Vizepräsidentin Leitner und freue mich über die Anwesenheit. (Allgemeiner Beifall.)

Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Klubobfrau Abgeordnete Dietrich.

Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Dietrich (11.32 Uhr): Geschätzter Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine Damen und Herren!

Der „Grüne Bericht“ ist wie jedes Jahr ein sehr umfassendes Werk und ich möchte es nicht verabsäumen, mich bei jenen, die daran gearbeitet haben, recht herzlich für diese ausführliche, detaillierte Darstellung der Situation der steirischen Landwirtschaft zu bedanken. (Beifall bei der FPÖ und ÖVP.)

Der Kollege Riebenbauer hat mir ein Stichwort gegeben. Du hast gemeint, wir fordern faire Produktpreise. Auch wir fordern faire Produktpreise und ich glaube, die SPÖ genauso und den Grünen, die werden das Gleiche haben wollen, aber wir waren auch jene, die vor dem EU-Beitritt immer darauf hingewiesen haben, wenn wir zur EU kommen, werden die Preise sinken. Es wird keine fairen Produktpreise mehr in dem Sinn, wie ihr das jetzt propagandiert und fordert, geben. Das ist Faktum. Und ich glaube, auch damals hätte es mehr Ehrlichkeit bedurft zu sagen, die Produktpreise werden sinken, dafür gibt es Ausgleichszahlungen oder die öffentliche Hand wird zumindest einen Teil, weil alles, wissen wir ja jetzt, alles macht sie nicht wett, zumindest einen Teil wird sie wett machen. Und jetzt groß zu fordern, faire Produktpreise, wo der Zug schon längst die Station verlassen hat und schon längst wahrscheinlich das Land verlassen hat, ist etwas schwierig und vielleicht auch nicht ganz ehrlich. Der „Grüne Bericht“ liefert genau einen Vergleich der Zahlen, wie sich nämlich die Produktpreise verändert haben, wie sich die Kaufkraft im Verhältnis auf die Produktpreise verändert hat. Vergleichen wir mit 1986, damals ein Index von 100 Prozent, so sind seit 1986 die Ausgaben um 15 Prozent gestiegen, aber die Erzeugnisse haben heute nur mehr einen Wert von 75 Prozent. Und Kollege Riebenbauer, das heißt, dass die Kaufkraft um 40 Prozent geringer geworden ist. Das, was wir heute mit unserem Produkten kaufen können, ist fast nur mehr die Hälfte von dem, was wir 1986 kaufen konnten, weil sich das Verhältnis so drastisch verändert hat. Und wenn wir dann sagen, ja okay, es gibt ja öffentliche Gelder, und die auch noch mit einrechnen, dann ist trotzdem die Differenz noch 25 Prozent, das heißt, nur ein Viertel Kaufkraftverlust de facto aus dem, was erwirtschaftet werden kann. Heute machen die öffentlichen Gelder schon rund 30 Prozent des Gesamteinkommens aus.

Auf die Steiermark bezogen haben wir keine sehr rosige Situation. Die Steiermark ist jenes Bundesland, das im Vergleich aller Bundesländer am wenigsten Einkommen pro Betrieb hat. Wir liegen 16 Prozent unter dem Bundesschnitt. Also keine Jubelbroschüre, sondern eher für die Verantwortlichen der klare Auftrag zu handeln und zu schauen, dass sich die Einkommenssituation in der Landwirtschaft verbessern kann. Die Bauern selbst sind schon bereit einen Beitrag zu leisten. Viele schauen, nachdem das Einkommen in der Land- und Forstwirtschaft immer geringer wird, dass sie außerbetrieblich zu Einkommen kommen. Entweder im Bereich Gewerbe oder im Bereich von selbstständiger und unselbstständiger Arbeit. Demzufolge ist bereits ein Drittel des gesamten Einkommens aus diesem Bereich, nämlich aus Gewerbe oder unselbstständiger oder selbstständiger Arbeit, Tendenz noch steigend.

Der Strukturwandel wird im „Grünen Bericht“ auch schön dargestellt. Wenn man sich die Zahlen der Sozialversicherung der Bauern anschaut, dann sieht man ganz klar, dass die Bauernschaft jene Berufsgruppe ist, wo es heute schon mehr Pensionisten als Einzahler gibt. 1997 war das Verhältnis noch umgekehrt, jetzt stehen 37.000 Einzählern 38.000 Pensionisten gegenüber. Und wahrscheinlich geht es nicht nur mir in meiner Fraktion so und den Kollegen, den Bauernsprechern in den anderen Fraktionen auch so, dass es immer heißt, schon wieder Förderungen für die Bauern. Meine geschätzten Damen und Herren, ein Drittel aller Pensionisten in der Land- und Forstwirtschaft sind Ausgleichsbezieher. Das heißt, sie verdienen weniger oder sie bekommen weniger Pension als es der Richtsatz vorschreibt.

Ein Stichwort, das sich in den letzten Wochen ergeben hat, nicht zuletzt weil der Präsident Wlodkowski gemeint hat, 10 Prozent der Milchproduzenten produzieren noch kostendeckend. So, glaube ich, habe ich es in einer Zeitung gelesen. Ich glaube im Bereich Milch können wir froh sein, dass die Quote zumindest bis 2014 oder 2015 erhalten bleibt. Aber wir haben trotzdem ständig einen Strukturwandel und wenn man dann hinterfragt, wer hört eigentlich auf. Wenn man bei der obersteirischen Molkerei anruft und fragt, welches Klientel hört auf, dann hören jene auf, die mehr als 100.000 Kilokontingent haben, dann hören extrem große, extrem kleine auf, aber die Schicht zwischen 10.000 und 20.000 Kilokontingent ist die stabilste Schicht. Weil das ist wahrscheinlich jene, wo die Frau am Hof das noch bewerkstelligen kann und der Mann auswärts einer

Tätigkeit nachgeht. Da bleibt nicht viel hängen, aber die Schicht ist stabil und die hält sich auch, wie es aussieht, in Zukunft. Dass die Preise alles andere als zufrieden stellend sind, das steht auf einem anderen Papier. Ich bin froh, dass die IG-Milch vehement Druck gemacht hat und dass auf Grund dieses Drucks einmal der Bauernbund aufgesprungen ist. Und dass der Bauernbundpräsident Grillitsch ja von sich behauptet, dass er mit Billa, Hofer, Merkur, Spar, Adeg und Zielpunkt faire Preise vereinbart hat. Also, der Preis für heimische Trinkmilch wird um 4 Cent steigen. Meine geschätzten Damen und Herren, umso verwunderter war ich, als ich dann in den „Salzburger Nachrichten“ gelesen habe, dass die Ankündigung von Präsident Grillitsch, dass nach Milch auch Fleisch und Eier im Handel teurer werden sollen, für Verwunderung sorgte. „Es gäbe zwar eine Willenskundgebung, dass man dem Bauern faire Preise bezahlt“, sagt Spar-Vorstandschef Gerhard Drexl, „einen Pakt habe man aber nie unterschrieben.“ Und auf wenig Gegenliebe stoßen Grillitsch-Ankündigungen auch bei Rewe Austria. „Es finden derzeit keine Gespräche über Preiserhöhungen statt. Diese Gespräche führen wir auch nicht mit den Bauern, sondern mit unseren Lieferanten“, sagt der Rewe-Chef. Oder, die ADEG, die nach Grillitsch ebenfalls an einem Pakt teilnimmt, hat nach Angaben von Vorstandsdirektor Hubert Pfenninger noch nicht einmal die vom Bauernbund angeforderten Unterlagen darüber erhalten. Und bei den Bauern wurde eine enorme Erwartungshaltung erweckt, warnen der Präsident des Österreichischen Molkereiverbandes, Alpenmilch-Salzburg-Chef Hans Steiner und Josef Braunhofer von Berglandmilch unisono vor überzogenen Hoffnungen. Bitte zuhören, „mit uns wurde nicht geredet.“ Die obersten Molkereichefs sagen, mit uns wurde nicht geredet, sie wissen von einem Pakt nichts. Die Chefs der großen Rewe-Konzerne, Billa-Konzerne sagen, da gibt es keinen Pakt, maximal ein Gespräch. ADEG sagt, wir haben noch nicht einmal Unterlagen zugestellt bekommen und dann gibt es schon seitenweise Prospekte und Werbung, wie gut es den Bauern in Zukunft gehen wird. Meine geschätzten Damen und Herren, das ist verantwortungslose Politik auf den Rücken der Bauern. (Beifall bei der FPÖ und SPÖ.)

In einer Zeitung habe ich gelesen, der Grillitsch-Pakt verleiht den Bauern Flügeln. Kollege Riebenbauer, du weißt, vor Wochen sind wir hier gestanden, da haben wir auch über Flügel gesprochen. Red Bull verleiht der Obersteiermark Flügel. Ich wünsche mir nur nicht im Sinne der Bauern, dass es eine Bruchlandung wird, denn genau das befürchte ich. Hinausgehen, Versprechungen zu machen und dann im Endeffekt ist nichts vereinbart, nichts paktiert, nur heiße Luft, weil halt heuer zufällig wieder der Bauernbundpräsident in Österreich gewählt wird und da müssen wir halt wieder was vorzeigen, damit die IG-Milch und nicht links oder rechts überholen kann.

Ein weiterer Punkt, der mir am Herzen liegt, ist die Dachmarke. Wir haben schon viele Anträge diesbezüglich eingebracht, aber gerade im Bereich der Landwirtschaft ist noch wenig weitergegangen. Jetzt habe ich unlängst vom Landesrat Schützenhöfer aus seinem Ressort so eine Zusendung erhalten und ich habe gesehen, dass dort schon sehr viel gemacht wird. Wer bekommt das Steiermarklogo? Tourismus und Wirtschaft. Ich würde mir wünschen, dass auch die Landwirtschaft für ihre Produkte dieses Steiermarklogo verwenden kann. So wie in Südtirol, so wie in Irland. Erfinden wir doch nicht 25 verschiedene Marken, wo sich keiner mehr auskennt, sondern setzen wir auf Bewährtes. Und dieses Steiermarklogo ist was Bewährtes, das die Landwirtschaft zu Recht führen sollte. (Beifall bei der FPÖ.)

Abschließend ein Wort zur Gentechnik. Ich glaube, wir haben schon oft darüber diskutiert, von unserer Seite hat sich nichts verändert. Ein klares Nein zur Gentechnik. Ich glaube, die Gefahren sind wesentlich größer für die heimische Landwirtschaft als die Chancen. Deshalb lehnen wir nach wie vor Gentechnik in der Landwirtschaft ab.

Und nun bringe ich den Unselbstständigen Entschließungsantrag der Abgeordneten Dietrich und Graf, betreffend Vermarktung der steirischen landwirtschaftlichen Produkte unter dem Logo „Das grüne Herz Österreichs“, ein. Ich lese nur den Antragstext vor.

Es wird der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, in Zusammenarbeit mit Landwirtschaftskammer und Wirtschaftskammer einheitliche Qualitätskriterien für eine steirische Dachmarke zu entwickeln und die Vermarktung der steirischen Produkte über das Logo „Steiermark – Das grüne Herz Österreichs“ unterstützen.

Ich ersuche um Annahme. (Beifall bei der FPÖ. – 11.43 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Herr Abgeordneter Erwin Gruber. Redezeit beträgt zehn Minuten.

Abg. Erwin Gruber (11.44 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, verehrte Regierungsmitglieder, Hohes Haus!

Ich darf jetzt auch kurz Stellung nehmen zum „Grünen Bericht“. Darf auch beipflichten, dass diese Ausgabe sehr vielfältig, sehr übersichtlich, sehr umfassend und sehr aussagekräftig ist und ich möchte auch danke schön sagen dem Herausgeber, Herrn Dipl.-Ing. Franz Hammer. Er hat ja seit 1976 23-mal den „Grünen Bericht“ erstellt und natürlich auch mit Unterstützung der Fachabteilung 10, Hofrat Zöhrer, ist ja heute auch anwesend, also wirklich einen herzlichen Dank dazu! (Beifall bei der ÖVP.)

Ich möchte am Anfang ein paar allgemeine Feststellungen machen, ein bisschen auf meine Vorredner eingehen, bevor ich dann ein paar spezifische Themen zum „Grünen Bericht“ aufgreifen darf.

Es ist eine Tatsache, das Einkommen ist leider gesunken. Wir wollen da wirklich nichts beschönigen, aber man sieht aus dem „Grünen Bericht“ ganz klar heraus, die Rahmenbedingungen seitens der EU, seitens des Bundes und seitens des Landes sind auf politischer Ebene in Ordnung. Das beweist das Werk und das

kann man in vielen Bereichen belegen. Natürlich war im Berichtszeitraum 2002/2003 eine schwierige Situation. Kollege Riebenbauer hat das schon gesagt, es hat damals die Umweltkatastrophen gegeben, extreme Trockenheit, auf der anderen Seite Überflutungen, enorme Schadholzmengen beim Forst, aber auch die BSE-Krise aus dem Jahr 2001 hat damals noch mitgespielt. Und wir haben natürlich das Riesenproblem der Konsumentenpreise, der Preise, die man dann letztendlich auch zahlt in den Handelsketten und so weiter, es ist aber da eine Gegenoffensive gestartet worden. Die Lebensmittelcharta, wie sie angesprochen worden ist seitens des Bauernbundes, probiert da wirklich, Pakte zu schließen. Und diese Pakte sind auch bestätigt worden, nicht nur dementiert worden. Das möchte ich schon ganz klar zur Aussage bringen. Aber sie sind nur so lange bestätigt worden, bis dann der Konsumentenschutz aufgestanden ist und gesagt hat, also Absprachen in der Form darf es nicht geben, die Preise dürfen nicht steigen und letztendlich entzieht man da das Brot der Bauernschaft. Es hat auch im Berichtszeitraum ein historisches Datum gegeben. Das war der 26. Juni 2003, und zwar ist damals der Vertrag von Luxemburg geschlossen worden, die neue GAP-Reform ist eingeleitet und umgesetzt worden. Und diese GAP-Reform bringt den steirischen und den österreichischen Bauern wirklich stabile Rahmenbedingungen auf Jahre hinaus. Es ist Tatsache, dass eben Direktzahlungen in Zukunft kommen werden, also entkoppelt von der Produktion, dass eben entsprechend markt- und qualitätsorientiert produziert werden kann und dass vor allem auch umweltorientiert produziert werden kann. Die Ziele der GAP-Reform, diese sind ja im Bericht auch kurz dokumentiert, sind einmal die Erhaltung der multifunktionalen Landwirtschaft, wie wir sie eben in Mitteleuropa vorfinden. Das heißt, nicht nur die gesunde Produktion von Lebensmitteln, sondern auch die Erhaltung der Lebens- und Erholungsgrundlagen, wie sie unsere Bäuerinnen und Bauern ja immer wieder machen. Die Erhaltung der Volkskultur, die Erhaltung der wirtschaftlichen Stabilität im ländlichen Raum, glaube ich, ist ein ganz wichtiger Faktor, und auch die Erhaltung der Wohlfahrts- und Kulturleistungen, die unsere Bauern ständig für die Gesellschaft erbringen. Wir wollen auch nicht – das ist in der GAP-Reform auch niedergeschrieben – nicht die gänzliche Liberalisierung des Bauernstandes in Europa. Das braucht natürlich entsprechende Ausgleichszahlungen und die gibt es in höchstem Maße seitens EU, seitens Bund, aber vor allem auch seitens des Landes Steiermark.

Ich möchte jetzt aber einige Dinge ansprechen, einige Details zum „Grünen Bericht“. Es gibt ja wirklich viele Highlights in der land- und forstwirtschaftlichen Entwicklung. Da ist einmal der Bereich der erneuerbaren Energie, da ist angesprochen die feste Biomasse, die Wärmeerzeugung aus Holz. Allein im Jahr 2003 hat es in der Richtung, was neue Heizanlagen betrifft, 600 Förderanträge in der Steiermark gegeben mit einem Fördervolumen von 11 Millionen Euro. Davon sind 25 auf nationaler Schiene abgewickelt worden, das waren Großprojekte, Großwärmeanlagen. 94 Anträge sind abgewickelt worden nach Artikel 33, ländliche Entwicklung, und 481 einzelbetriebliche Förderungen hat es da in der Situation gegeben. Wir hatten in der Steiermark einen Bestand von Wärmeanlagen bis zum Jahr 2003 von 9497 Anlagen bis 100 kW, 626 Anlagen von 100 kW bis zu einem Megawatt und 101 Fernwärmeanlagen über ein Megawatt. Und da haben wir die historische Zahl erreicht, dass wir bei diesen Fernwärmeanlagen bereits 700.000 Festmeter Industrie- und Faserholz verheizen, das man am normalen Markt fast nicht absetzen könnte. Wir haben da aber – glaube ich – noch eine Riesenchance und wir haben auch eine große Verantwortung zu erfüllen, wir haben in der Steiermark 468.000 Haushalte, wir könnten hier noch 80.000 neue Fernwärmeanlagen, aber vor allem Heizanlagen, Einzelanlagen, installieren, das würde der Wirtschaft enorm viele Arbeitsplätze bringen und würde einfach die regionale Wertschöpfung der Bauern absichern. Die mitteleuropäische Biomassekonferenz hat das ja ganz deutlich gezeigt. Und ich bin da wirklich dankbar, dass da die Steiermark und die Landwirtschaftskammer Steiermark – Kopetz, Wlodkowski, Liesl Leitner und so weiter – Vorreiter sind, die Entwicklungsschritte in der Biomassenutzung setzen. Aber vor allem auch in der Kraft-Wärme-Kupplung mit der Abwärmeerzeugung, die zum Nulltarif entsteht, da haben wir bereits das Know-how und da haben wir wirklich ein Riesenspotenzial, wie wir uns in Zukunft weiterentwickeln können, aber auch müssen. Wir brauchen aber dazu auch passende gesetzliche Grundlagen. Ich denke da an ein Öko-Gesetz, ich möchte gar nicht einmal den Namen Klimaschutz-Gesetz in den Mund nehmen. Und wir brauchen auch in Zukunft passende Einspeisetarife.

Zum Thema Forst möchte ich auch noch kurz Stellung nehmen. Ich bin selber ein Forstmann in meiner Vergangenheit gewesen. Auch eine Erfolgsgeschichte in der Steiermark, 53.000 Beschäftigte im vor- und nachgelagerten Bereich, also ein Riesenarbeitgeber insgesamt. Wir haben von der Landesfläche her derzeit 61,1 Prozent Bewaldung. Wir haben einen jährlichen Einschlag in der Steiermark gehabt im Jahr 2002 von 4,2 Millionen Festmeter. Im Jahr 2003 von 4,9 Millionen Festmeter. Und im Jahr 2003 ist dieser Einschlag aber aus 2,59 Millionen Festmeter Schadholz zustande gekommen. Also dass da natürlich die wirtschaftliche Situation ganz stark darunter gelitten hat, ist klar.

Das Thema „Moderne Waldwirtschaft“ ist glaube ich auch in der Steiermark ein großes Schlagwort und wird auch gelebt. Bereits 75.000 Hektar werden bei der Endnutzung in Form von Einzelstammnutzungen gearbeitet, also da ist die Naturverjüngung die Regel und da haben wir auch die Chance, dass der Wald sich verjüngt mit gesunden und artenreichen Baumbeständen. Es gibt auch ein Landeskonzept bezüglich Hochlagenaufforstung. Ich glaube, auch die Erhaltung der Schutzfunktion des Waldes muss uns ein ganz großes Anliegen sein. Das ist passiert im Jahr 2002 und 2003, dass es eben 251 Sanierungsflächen gegeben hat mit 38.000 Hektar Gesamtfläche, dass hier Förderungen geflossen sind, dass hier die Verjüngung unterstützt worden ist und auch die Pflege dieser Hochlagenaufforstungen entsprechend unterstützt worden ist.

Und eine Riesenerfolgsgeschichte sind die Initiativen in der Steiermark „Pro Holz Steiermark“, der Holzcluster und die Waldverbände, in der Steiermark ist es gelungen und sonst in keinem Land in ganz Europa, dass der Schnittholzverbrauch pro Kopf von 0,3 Kubikmeter auf 0,6 Kubikmeter in zehn Jahren gesteigert worden ist. Ich glaube, das müssen wir draußen sagen und die Wirtschaft profitiert davon wirklich und für die Waldbauern ist die Zukunft entsprechend abgesichert.

Ein paar Punkte möchte ich noch ansprechen.

Zu den Empfehlungen des Landwirtschaftsbeirates: Wir müssen natürlich, wenn wir uns weiterentwickeln wollen, auch gewisse Dinge kritisch ansprechen. Das Thema „Einheitliche Produktionsstandards in der EU“ ist immer noch nicht zur Gänze umgesetzt und wir haben immer das Gefühl als Rinderbauern, als Schweinebauern, als Geflügelbauern, dass wir 120 Prozent Europäer sind. Also da müssen wir sicher noch einen entsprechenden Abgleich schaffen. Wir brauchen eine Absicherung der Direktzahlungen, da sind alle Gesellschaftsschichten gefordert, damit wir einfach die multifunktionale Aufgabe der Landwirtschaft in Zukunft sicherstellen. Und eines meiner größten Steckenpferde, das ländliche Wegenetz, ist zu erhalten. Das braucht aber entsprechend Geld seitens des Bundes, seitens der EU, aber auch seitens des Landes. Das Wegenetz ist die Lebensader der Bauern, auch hier müssen wir schauen, dass wir in Zukunft einen politischen Konsens finden.

Somit bin ich schon am Ende. Wenn das Bekenntnis zur Bauernschaft stimmt, wenn die Rahmenbedingungen stimmen, glaube ich, gehen wir in eine positive Zukunft. Die größte Herausforderung ist, dass wir ein Bewusstsein schaffen für den Konsumentenpreis mit dem Handel gemeinsam, mit der Lebensmittelcharta seitens des Bauernbundes. Wenn uns das gelingt, wird auch die wirtschaftliche Zukunft gesichert sein.

Ich danke für die Leistungen allen Bäuerinnen und Bauern in der Steiermark, ich danke den Behörden, der Fachabteilung 10, der Interessenvertretung, der Landwirtschaftskammer, den Schulen, dem Weiterbildungswesen, aber auch unserem zuständigen Landesrat Hans Seitinger. Im gemeinsamen Konzert sind wir – glaube ich – stark und entwickeln uns permanent und zukunftsfruchtig für nächste Generationen. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 11.54 Uhr.)

Präsident: Meine Damen und Herren! Da der Lärmpegel sich wieder wesentlich erhöht hat, ersuche ich, so Nebengespräche, Konferenzen, die unbedingt zur Tagesordnung gehören, auf eine Lautstärke zu reduzieren, die den Ablauf der Verhandlungen hier nicht stören.

Wir kommen damit zur nächsten Rednerin. Frau Abgeordnete Monika Kaufmann ist am Wort. Frau Abgeordnete, die 15 Minuten sind Ihnen sicher.

Abg. Kaufmann (11.55 Uhr): Herr Präsident, Herr Landesrat, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Also, ich könnte ja dem Herrn Kollegen Riebenbauer stundenlang zuhören. Ich frage mich nur, wie haltest du deine Rede, wenn es mich nicht gäbe? So oft wie ich zitiert werde. (Beifall bei der SPÖ.) Ich habe wirklich einen bleibenden Eindruck bei dir hinterlassen (Abg. Majcen: „Er liebt dich!“), dass du jetzt noch das Budget zitierst, das, was ich beim Budget gesagt habe. Das weiß er alles ganz genau.

Das mit dem Power-Plan, das sagt ja schon der Titel, Power-Plan, was da drinnen ist. Zwei Seiten sind drinnen. Ich kenne keine ÖVP, jetzt meine ich die ÖVP als Partei, kein ÖVP-Programm, wo man nachschauen könnte, was über die Bauern drinnen steht. Ich kenne sämtliche Sachen vom Bauernbund, aber die ÖVP als Partei, könnten wir einmal kontrollieren, wie viele Seiten da drinnen stehen und dann vergleichen. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Kröpfel: „Bauernbund ist gleich ÖVP!“)

Es ist mir ja fast zu kindisch, wenn man mit dem Programm wachelt. Ihr steht aber nur auf der letzten Seite, die Bauern, ist mir fast zu kindisch. Möchte ich gar nicht darüber reden. Aber eines muss ich schon sagen, ich weiß nicht, ob ihr das bemerkt habt. Seit zwei Jahren sind der Herr Landwirtschaftskammerpräsident und die Frau Vizepräsidentin nie begrüßt worden da. Ich habe dann immer begrüßt, bei der Budgetdebatte, und habe gesagt, ich verstehe nicht, dass ihr das nicht macht. Herr Präsident, jetzt wirst du vom Herrn Landtagspräsident und von allen Abgeordneten begrüßt, das hast du mir zu verdanken, ohne dass ich mir jetzt was raufhängen will. (Beifall bei der SPÖ.) Eines muss ich dir auch sagen, das hast du nicht ganz verstanden. Weil du immer sagst, ich bin immer so ungerecht und vergleiche da immer die österreichischen Bauern und so weiter, du hast da was nicht ganz verstanden. Es ist ungerecht und zu dem stehe ich, aber ich vergleiche nicht die österreichischen Bauern mit Deutschen, Franzosen oder Polen, sondern ich vergleiche innerösterreichisch. Und ich finde es ungerecht, dass 70 Prozent der öffentlichen Mittel zu 30 Prozent der Bauern kommen. Und dass sich 70 Prozent der Bauern 30 Prozent der Mittel teilen müssen. Das finde ich ungerecht und das werde ich immer anprangern. (Beifall bei der SPÖ.)

Natürlich möchte auch ich mich ganz herzlich bedanken beim Herrn Dipl.-Ing. Franz Hammer für seinen letzten „Grünen Bericht“. Es war sicher nicht immer ganz einfach, alle Wünsche unter einen Hut zu bringen und gerade beim letzten „Grünen Bericht“ hat man das gemerkt, wo es um das Sonderkapitel, über die Reform der gemeinsamen Agrarpolitik, genannt GAP gegangen ist. Bei dem Bericht ist es zu Differenzen gekommen, für die der natürlich weisungsgebundene Herr Dipl.-Ing. nichts kann, nur dem ÖVP-Jubelbericht, so wie er uns vorgelegt worden ist zur GAP-Reform, der hat über sechs Seiten gehabt, also der hätte niemals meine Zustimmung gefunden. Als Beispiel, im Entwurf zu dem Kapitel ist gestanden, dass es Österreich bei den Verhandlungen gelungen ist, wesentliche Verbesserungen gegenüber den Vorschlägen der Kommission

zu erzielen, und dass zu erwarten ist, dass es den Bauern in Zukunft viel besser gehen wird. In Wirklichkeit ist es den EU-Mitgliedsstaaten freigestellt worden, für welches Umsetzungsmodell sie sich entscheiden. Da wirst du sicher meiner Meinung sein. Die Mehrheit der EU-Mitgliedsstaaten, nämlich Deutschland, Großbritannien, Dänemark, Schweden, Finnland, Luxemburg sowie alle neuen Beitrittsländer, haben sich für ein Modell entschieden, in dem es regional einheitliche Flächenprämien für Grünland und Ackerland gibt. Und auch für uns Sozialdemokraten wäre dies die bessere Möglichkeit gewesen. Ich glaube, auch die Grünen sind der Meinung. Wir haben immer auf die ungerechte Verteilung der Förderungen zwischen Ackerbau und Gunstlage und Grünland, das meistens in der Ungunstlage ist und bei uns gerade die Bergbauern betrifft, auf diese Ungerechtigkeit haben wir immer hingewiesen. Dieses Modell, für das man sich jetzt entschieden hat, für das sich die ÖVP entschieden hat, macht die Schere eigentlich zwischen Gunst- und Ungunstlagen noch weiter auf. Die ÖVP hat sich für das Betriebsprämienmodell entschieden und wie gesagt, da verstärkt sich die Ungerechtigkeit noch. Und ich sage deswegen die ÖVP und ich sage nicht Österreich, weil es für die größte Agrarreform unserer Zeit nicht einmal einen Parlamentsbeschluss gibt. Die Reform ist am Parlament vorbeigeschwindelt worden. SPÖ und Grüne, ich glaube, die Grünen werden sich da auch selber zu Wort melden, haben nicht einmal die Möglichkeit gehabt, ihre Vorschläge einzubringen. Es hat keine Diskussion gegeben. Die Reform, die für die Bauern die größten Veränderungen bringen – (Abg. Riebenbauer: „Ist ja nichts Neues!“)

Wenn das für dich nichts Neues ist, ich weiß, es ist für euch etwas Altes, dass einfach drübergefahren wird, dass man nicht einmal diskutiert über irgendwelche Möglichkeiten. Ich frage mich nur, wie das halten wird. Eine Reform, die für die Bauern die größten Veränderungen, ich glaube überhaupt in den letzten Jahrzehnten bringt, wird einfach auf Verordnungsweg des Landwirtschaftsministers ohne gesetzliche Beschlussfassung vom Parlament gemacht. Also ich habe da meine größten Bedenken. Kein Wort ist im Entwurf auch zu lesen gewesen über das Chaos und über die Unstimmigkeiten, das durch die verschiedenen Möglichkeiten zwischen Pächter und Besitzer von Grundstücken oder durch die spätere Handelbarkeit von Prämien geben wird. Die ÖVP spricht ja jetzt nicht mehr von Förderungen, sondern von Prämien, damit es nicht so klar ersichtlich ist, dass öffentliche Gelder, und nichts anderes sind Förderungen, in Zukunft gehandelt werden können.

Nichts zu lesen ist auch von der noch aufwändigeren und schwierigeren Antragstellung für die Bauern. Es ist kaum möglich für Bauern, die Anträge selber auszufüllen, so kompliziert ist es geworden.

Die AMA hat für das komplizierte Modell, und ich sage es noch einmal, zum bestehenden Budget zusätzlich für das Jahr 2005 2,9 Millionen, für 2006 3 Millionen zirka und für 2007 2,8 Millionen zusätzlich mehr veranschlagt. Mein Vorwurf zu dem vorgelegten Entwurf wird jetzt sicher verständlicher sein.

Mein Dank noch einmal an den Herrn Dipl.-Ing. Hammer, der den Bericht auf Anordnung von Herrn Landesrat dann geändert hat. Die geänderte neutrale Fassung, die liegt Ihnen jetzt vor, wobei sich an meiner negativen Einstellung zum österreichischen Modell der GAP-Reform nichts geändert hat.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, dieser „Grüne Bericht“ ist ein sehr gutes Nachschlagewerk für alle, die an der Land- und Forstwirtschaft interessiert sind und zu denen zähle ich ja die gesamten Abgeordneten da. Für mich ist es immer wieder ein Erlebnis, wenn ich den „Grünen Bericht“ lese, wie sich das gesprochene Wort vom geschriebenen unterscheidet. So hören wir im Landtag da immer wieder von der ÖVP, die Steiermark ist die Nummer eins unter den Bundesländern. In so vielen Dingen wie Tourismus, Wirtschaft und so weiter und wenn man dem Kollegen Riebenbauer genau zuhört, natürlich auch in der Landwirtschaft. Du hast die landwirtschaftliche Mitteilung erwähnt, auf das gehe ich jetzt gar nicht ein. Nur so viel, wo ist denn der Peter Rieser, der sich da so aufgeregt hat, weil ich in der landwirtschaftlichen Mitteilung eine politische Meinung von mir gebe. (Abg. Riebenbauer: „Weil du die Unwahrheit gesagt hast!“) Bitte, ich zahle bei der Zeitung mit und alle Vierteljahr darf ich einmal was sagen in dieser Zeitung. 677 Anschläge plus Leeranschläge. Weißt du, was das ist, das ist ein Klax und das darf ich alle Vierteljahr einmal. Und so viel Demokratieverständnis erwarte ich mir wohl auch von der ÖVP, dass ich dort meine politische Meinung sage. Oder glaubst du, ich gehe da her und tu die ÖVP streicheln, nein ganz sicher nicht. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich habe gesagt, dass sich das gesprochene Wort vom geschriebenen unterscheidet. Wenn man den „Grünen Bericht“ genauer liest, erfährt man im Kapitel 6.2.6 unter Einkünften aus Land- und Forstwirtschaft, dass die bäuerlichen Einkünfte in der Steiermark im Jahr 2003, von dem hast du gar nichts erzählt, 15.473 Euro je Betrieb betragen, ich zitiere genau wie es dort steht, womit dieser Wert das Bundesmittel um 16,4 Prozent unterschritt und damit unter allen Bundesländern den niedrigsten Wert auswies. Habt ihr schon einmal gehört, dass ein ÖVP-Landesrat oder ein Kollege Riebenbauer da gesagt hat, die Steiermark liegt an letzter Stelle? Die anderen österreichischen Bauern verdienen um 16,4 Prozent mehr und darum müssen wir uns jetzt für eine Änderung in der Verteilung der öffentlichen Mittel einsetzen. Ich habe das überhaupt noch nie gehört. Ich habe immer nur gehört, so wie wir es machen, machen wir es richtig. Bei den öffentlichen Mitteln, vielleicht hast du auch das gelesen, aber du wirst nicht reden darüber, auch dort bekommt der steirische Bauern am wenigsten von allen anderen Bundesländern. Ich habe aber noch nie gehört, dass einmal unser sozialdemokratisches Modell zur Diskussion steht bei der ÖVP, wo es darum geht, dass als Maß für die Direktzahlung gelten muss, wie die Arbeitsintensität der Bauern ist, also der mehr Arbeit hat, der 365-mal im Stall geht zweimal am Tag eigentlich mehr an Förderungen oder öffentlichen Mitteln bekommen soll als der, der einen Saisonbetrieb hat und im vollklimatisierten Traktor ein paar Stunden in der Woche in Niederösterreich über die Äcker fährt und für die niederösterreichischen Großbauern werden aber die ganzen Förderungen gemacht.

Und das habe ich vorher schon erwähnt.

Und als nächsten Punkt komme ich zu den Bergbauern, jawohl, ich weiß, dass dir das weh tut. Wir haben nämlich bei der letzten Budgetdebatte schon einmal darüber geredet. Da haben wir vorher in der Zeitung lesen können, dass sich die Zahl der Bergbauern rapid vermindert. Wir haben schon lange vorher darauf aufmerksam gemacht, dass immer weniger Leute sich das antun auf Bergbauernbetrieben und dass die Förderungen einfach zu ungerecht sind. Wir haben dazu auch die Meinung der ÖVP-Bauernbündler gehört, vom Bauernbundpräsidenten, vom Landesrat, Landeskammer, alle haben sich überschlagen vor lauter Bedauern, weil die Bergbauern nicht mehr waren und weniger werden. Und sie haben versprochen zu handeln. Im „Grünen Bericht“ können Sie die hilfreiche Handlung der ÖVP nachvollziehen und unter Ausgleichszulage für benachteiligte Gebiete, so heißt nämlich jetzt der seinerzeit von der SPÖ und vom roten Landwirtschaftsminister Haiden eingeführte Bergbauernzuschuss, im Jahr 2002 wurden 17,6 Millionen Euro an Landesmitteln ausbezahlt. Im Jahr 2005 werden es nur mehr 16 Millionen sein laut ÖVP- und FPÖ-Budgetbeschluss. So schaut die Hilfe der Bauernpartei aus, um 1,6 Millionen Euro weniger, das sind 22 Millionen Schilling weniger für die Bergbauern, die wirklich betroffen sind. Unser roter Landwirtschaftsminister wird sich im Grab umdrehen, was die ÖVP mit dem Bergbauernzuschuss gemacht hat und wie sehr sie die Bergbauern vernachlässigt. (Beifall bei der SPÖ.)

Und noch eines sage ich: So etwas hätte es unter einem roten Finanzlandesrat niemals gegeben, dass man den Bergbauern das Geld wegnimmt. (Abg. Riebenbauer: „Wer wird sich aber auch im Grab umdrehen, was die in Salzburg machen!“)

Zum Abschluss hätte ich noch eine Frage an den Herrn Landesrat, die er mir sicher in seinem Schlusswort beantworten kann. Wir haben jetzt zum wiederholten Mal den Tätigkeitsbericht der land- und forstwirtschaftlichen Lehrlings- und Fachausbildungsstellen im Ausschuss – so auch heute – gehabt, weil die Zahl nicht gestimmt hat, weil man da korrigieren müssen und weil wir jetzt dort die Tagesordnungspunkte 34, wo eben der Tätigkeitsbericht zur Sprache kommt, und den „Grünen Bericht“ zusammenlegt, muss ich auch die Zahlen vergleichen. Im „Grünen Bericht“ ist zu lesen, dass das Land Steiermark für die 35 Berufs- und Fachschulen im Jahr 2002 18,5 Millionen Euro eingesetzt hat, in der Unterlage für den Ausschuss, also für den Tätigkeitsbericht steht 55.300 Euro für Lehrlinge und Fachausbildungsstelle. Also da ist eine Menge Geld, das scheinbar nur in die Berufsschulen geht, aber da werden Sie mir, Herr Landesrat, sicher Auskunft geben. Für das Jahr 2003 hat es laut dem „Grünen Bericht“ 18,65 Millionen Euro gegeben, laut Unterlage für den Ausschuss hat es 75.226 Euro für die Lehrlings- und Fachausbildungsstelle gegeben. Da fehlt mir irgendwas. Ich hoffe, Sie können mir das beantworten. Ich danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der SPÖ. – 12.08 Uhr.)

Präsident: Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Abgeordneten Kreisl. Herr Abgeordneter, zehn Minuten sind vorgesehen. Danach kommt dann die Frau Abgeordnete Zitz.

Abg. Kreisl (12.09 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Landesrat! Meine Damen und Herren!

Der „Grüne Bericht“ verdeutlicht die vielfältigen Leistungen der Öffentlichkeit für diesen Wirtschaftssektor und stellt einen Rechenschaftsbericht über die Tätigkeit der Agrarpolitik und Verwaltung dar. Rund 80 Prozent der Gesamtfläche Österreichs werden land- und forstwirtschaftlich genutzt und prägen damit die ländliche Struktur, Natur und Umwelt auf vielfältige Weise. Die positive land- und forstwirtschaftlichen Ökologieleistungen wie Landschaftspflege, Erhaltung von Schutzwäldern stellen öffentliche Güter dar, welche von der Gesamtgesellschaft beansprucht und hoch bewertet werden, jedoch keinen Marktwert besitzen.

Erneuerbare Energieträger in der Steiermark. Der Einsatz von Biomasse unter Beachtung ökologischer Zusammenhänge ist gleichbedeutend mit Nachhaltigkeit, mehr Umweltschutz und mehr in ländlicher Wertschöpfung, insbesondere auch im ländlichen Raum. Ein verstärkter Einsatz von Biomasse im Energiebereich bringt zusätzliche Vorteile wie vermehrte Unabhängigkeit von Energieimporten, Schaffen von Arbeitsplätzen und Absatzmöglichkeiten für Anlagehersteller, für Land- und Forstwirtschaft, für Holzindustrie und für das Gewerbe.

Was die Windenergie betrifft, sieht das Ökostromgesetz verbindliche Ziele für den Ausbau von Strom aus erneuerbaren Energieträgern, darunter auch Wind, vor. Die bisher realisierten Windkraftanlagen sind im Tauernwindpark Oberzeiring, am Plankogel, Präbichl und Sonnleitberg. Die teilweise entstandenen Gegnerschaften zu den vorgeschlagenen Standorten lassen es allerdings unwahrscheinlich erscheinen, dass die Steiermark das ohnehin sehr eingeschränkte Potenzial an Windkraft überhaupt nutzen kann. Ein Beispiel ist am Präbichl, wo um eine zweite Windkraftanlage angesucht wurde, dieses Ansuchen aber von der SPÖ-Gemeinde Vordernberg abgelehnt wurde, obwohl hier jährlich die Schilifftanlage mit zirka 35.000 Euro an Strom profitieren könnte. Da dieses Projekt an der Grenze zu Eisenerz steht, wurde auch die Stadtgemeinde Eisenerz gefragt, ob man das Windrad dort aufstellen dürfe. Auch der dortige SPÖ-Bürgermeister von Eisenerz konnte dafür kein Verständnis aufbringen. (Abg. Gennaro: „Verständlich“)

Ich glaube aber, dass gerade am Präbichl ein zweites Windrad wirtschaftlich und touristisch von größter Bedeutung wäre. (Abg. Kaufmann: „Warum steht das dann nicht in Sankt Peter? Dort bist du zuständig!“)

Das ist Wirtschaft, bitte! Das ist Wirtschaft! (Abg. Kaufmann: „Nehmt dem Kreisl den Zettel weg!“)

Bei voller Ausnutzung des ursprünglich angenommenen steirischen Windkraftanteils hätten mehr als 40.000 Haushalte mit elektrischem Strom aus dieser ökologischen Stromerzeugung versorgt werden können. Unser Landesrat Seitinger hat sich in seinem Ressort Wohnbau für die kommenden Jahre das Ziel gesetzt: Einen ökologischen und energieeffizienten Wohnbau, innovativen Holzbau sowie Ausbau der erneuerbaren Energie, Solar- und Biomasse.

Meine Damen und Herren! Ganz interessant ist auch das West-Ost-Gefälle im Preisniveau von Frischeprodukten. Gemessen am österreichischen Preisdurchschnitt in 100 Prozent werden Lebensmittel in Vorarlberg mit 111 Prozent am teuersten eingekauft, gefolgt von Tirol mit 107 Prozent und Salzburg mit 103 Prozent. Im Preismittel liegen Wien, Niederösterreich, das Burgenland und Oberösterreich. Am unteren Ende mit rund 95,1 Prozent der Durchschnittspreise liegen Kärnten und mit 94,9 Prozent die Steiermark. Die Steirer sind auch die fleißigsten Einkäufer. Die Steirer kaufen pro Monat durchschnittlich 17,3-mal frische Lebensmittel ein, knapp gefolgt von den Oberösterreichern mit 17,2 und Kärnten mit 15,8. Meine Damen und Herren! Der „Grüne Bericht“ und die Steiermark können sich sehen lassen. Wir sind stolz auf unsere Steiermark, wir sind stolz auf unsere Frau Landeshauptmann und wir sind stolz auf unseren verantwortlichen Landesrat Seitinger. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 12.13 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Frau Abgeordnete Zitz, danach Herr Abgeordneter Detlef Gruber.

Abg. Mag. Zitz (12.13 Uhr): Sehr geehrte Gäste! Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Mir taugt es natürlich, wenn es in der Steiermark einen Bericht gibt, der „Grüner Bericht“ heißt und der von allen Fraktionen einstimmig beschlossen wird. Das war die gute Nachricht. Ich setze mit einer weiteren guten Nachricht an, das, was ich an diesem Bericht sehr attraktiv finde, ist, dass er einer der wenigen Berichte ist, die einerseits bei der globalen Ebene anfangen, also internationale Entwicklungen von der WTO über GAP über die EU herunterbrechen bis auf die kommunale Ebene. Und deswegen finde ich die Struktur dieses „Grünen Berichtes“ über die Lage der Land- und Forstwirtschaft in der Steiermark sehr in Ordnung.

Das Zweite, paradoxe Intervention, was ich auch in Ordnung finde, ist, dass dieser Bericht sich traut darzulegen, dass in der Steiermark die Einkommen, die Einkünfte in der Land- und Forstwirtschaft eklatant niedrig sind und, Zitat, „damit unter allen Bundesländern den niedrigsten Wert ausweisen“. Inhaltlich finde ich das katastrophal. Aber, sehr geehrter Herr Landesrat, Respekt dafür, dass Sie bereit sind, das in Ihrem „Grünen Bericht“ niederzuschreiben. Und ich weiß so einen aufrichtigen Bericht wesentlich mehr zu schätzen als einen geschönten, wo solche wirtschafts- und sozialpolitisch relevanten Statements einfach nimmer vorkommen.

Ich möchte jetzt gleich einsteigen mit einer kurzen Bemerkung zu diesem Antrag von der freiheitlichen Fraktion, den du vorgestellt hast, Waltraud Dietrich. Die Grünen werden diesem Antrag nicht zustimmen, weil ich nicht der Meinung bin, dass alles, wo „steirisch“ oben steht, automatisch was ganz besonders Tolles ist.

Und wir haben leider in der Steiermark auch agrarpolitisch höchst unerfreuliche Entwicklungen, wie etliche Legebatterien, die nach wie vor voll in Betrieb sind. Wir haben im Veterinärbericht, apropos geschönter Bericht, vor zwei Jahren einen Bericht über eine massive *Campylobacter*-Verseuchung im Bereich der Geflügelmast mit 40 bis 50 Prozent drinnen gehabt. Das sind kleine Viecherl, die beim Menschen beim Genuss so etwas Ähnliches auslösen wie Salmonellen. Wir haben in der Steiermark nach wie vor, was den Biolandbau betrifft, zwar eine leicht bessere Entwicklung, aber die man noch deutlich dynamischer gestalten könnte. Was den Biolandbau betrifft, die Ertragslage im biologischen Landbau, dieser Bericht weist auf etwas hin, was ohnehin bekannt ist, nämlich dass die Biobetriebe zwischen Aufwand und Ertrag ein besseres Verhältnis aufweisen als konventionelle Betriebe, schlichtweg ein mit 11 Prozent besseres Einkommen als mit Bundesmitteln. Heißt aber gleichzeitig auch, Biobetriebe sind extrem arbeitsintensiv. Biobetriebe haben immer noch mit einem Image zu kämpfen, das teilweise von der ÖVP propagiert wird, was ich fatal finde, nämlich in die Richtung, das sind die Birkenstock-Sandalenträger, das sind die Ökos, wo es irrsinnig viel Unkraut gibt, wo die konventionellen Nachbarlandwirtschaften aufpassen müssen (Abg. Ober: „Geh, was soll dass?“), dass diese Biobetriebe ihnen nicht die eigene Produktion ein Stück schwieriger machen. Und meine heftige Bitte an die ÖVP, nachdem wir bei der Feinstaubdebatte nicht wirklich schwarz-grün gefahren sind, sondern da hat man ziemlich genau gesehen, wo zwischen Schwarz und Grün noch die ganz klaren Bruchlinien sind, meine Bitte an die ÖVP: Führen Sie Agrardebatten nicht nur innerhalb Ihrer eigenen Fraktion und mit der Landwirtschaftskammer, deren Arbeit ich sehr schätze, wenn es um den Bereich Klimaschutz geht. Herr Direktor Kopetz ist auch anwesend. Führen Sie Agrardebatten zum Beispiel mit jungen Veganerinnen oder Veganern. Das sind teilweise Leute, die Sie am Grazer Hauptplatz sehen. Führen Sie Agrardebatten mit GlobalisierungskritikerInnen, die auf ihre Art und Weise Neoliberalismuskritik dadurch üben und leben, indem sie sehr konsequent zu Bioläden einkaufen gehen. Führen Sie Globalisierungsdebatten mit Leuten, die aus sozial schwächeren Schichten kommen und die, das weiß ich, sich Bioprodukte nicht so leicht leisten können. Führen Sie mit diesen Bevölkerungssegmenten Ihre Agrardebatten oder zum Beispiel auch mit Frauen, die aus der Frauenbewegung kommen (Abg. Riebenbauer: „Die arbeiten sogar mit?“), aus der feministischen Bewegung kommen und die sehr interessiert sind an der Lage von Landwirtinnen in der Steiermark, weil

viele Höfe schlichtweg von Frauen geführte Betriebe sind. Der Hof ist zwar auf den Namen des Mannes eingetragen (Abg. Riebenbauer: „Aber nicht immer!“), aber die, die wirklich arbeiten, weil der Mann als Nebenberufslandwirt auspendelt, das sind oft genug Frauen. Und einen Erfolg, den wir in diesem Landtag erzielt haben ist, den wir beim Gesetz für die Steiermärkische Landwirtschaftskammer auf die Reihe gebracht haben, ist, dass es Zielvorgaben gibt, wo man explizit die Lage von Frauen und Mädchen im ländlichen Raum verbessern möchte.

Einen Punkt möchte ich noch anführen, nachdem der in diesem „Grünen Bericht“ nicht vorkommt. Wir haben derzeit Debatten laufen über ein Steiermärkisches Kanalabgabengesetz und Sie wissen, dass durch überhöhte, sozial absolut ungerechte Kanalgebühren der ländliche Raum ein Stück weiter an den Rand gedrängt wird. Und es hat mich sehr gefreut, dass in diesem Unterausschuss der Herr aus der Verwaltung, der dieses Gesetz mit uns zusammen entwickelt, gesagt hat, die grüne Stellungnahme zu diesem Gesetz ähnelt übrigens unabgesprochenerweise stark der Stellungnahme von der Landwirtschaftskammer, dass wir nämlich eine adäquate Berechnung dieser Kanalgebühren wollen, wo nur die Teile des Gehöfts berechnet werden, die wirklich in der Produktion benutzt werden. Und nicht riesengroße, de facto freistehende, leerstehende Räume, die mit der Produktion überhaupt nichts zu tun haben.

Einen Punkt möchte ich noch anführen. Bundestierschutzgesetz: Da haben wir in diesem „Grünen Bericht“ magere elf Zeilen und ich verstehe einfach nicht, dass ein Gesetz, das einstimmig im Parlament beschlossen wurde, wo es teilweise heftige Debatten in der Umsetzung gibt, teilweise sehr unerfreuliche Verordnungen gibt, die den Geist des Gesetzes wieder aufweichen, also sprich ein Stück weniger Tierschutzfreundlichkeit verheißen gerade auch in der Steiermark, warum man diesem Gesetz in diesem Bericht nur elf Zeilen widmet. Das finde ich ziemlich dünn. Zurückzukommen noch auf ein Thema, das von meinen KollegInnen bereits angesprochen wurde, Gentechnikfreie Steiermark. Was ich sehr in Ordnung finde ist auch das Ziel der „Sicherstellung der autonomen steirischen Saatgutwirtschaft“. Als es letzte Woche eine Veranstaltung in der Burg gegeben hat zum Thema „Gibt es eine Zukunft ohne Gen-Technik?“, veranstaltet vom Ökosozialen Forum, vom Forum lebenswerte Zukunft und vom Naturschutzbund, war das witzigerweise wieder einmal eine klassische schwarz-grüne Partie. Es waren von der ÖVP einige Abgeordnete anwesend, es waren von den Grünen auf der Gemeinderatsebene und auf der Landesebene Leute anwesend, von der SPÖ war niemand dort und von den Freiheitlichen auch niemand. Und ich bedaure es in dem Zusammenhang sehr, die Frau Landeshauptfrau ist nicht mehr da, sie war Einladende, sie war eigentlich Star dieses Nachmittags in der Grazer Burg, sie ist aber nicht erschienen. Und es ist auch sonst kein Regierungsmitglied von Seiten der ÖVP erschienen und ich hätte mir gedacht, wenn die Grünen jemand vom Format eines Riegler in unserer Partie hätten, kann ich Ihnen garantieren, dass wir alle anwesend sind, weil ich von ihm einfach inhaltlich nach wie vor sehr viel halte. Er sagt: „Ökosoziale Marktwirtschaft“. Mein Zugang als Grüne ist eine sozialökologische Marktwirtschaft, weil mich einfach Fragen der Verteilungsgerechtigkeit brennend interessieren und da liege ich durchaus auf der Linie mit dem, was Monika Kaufmann gesagt hat. Diese Veranstaltung hat stattgefunden, aber leider hat die ÖVP-Regierungsriege sich da diese Möglichkeit, sich einerseits zu positionieren, andererseits sich zu informieren, an sich vorbeigehen lassen. (Abg. Riebenbauer: „Wir waren aber schon dort!“)

Ich rede jetzt über die Regierungsriege. Ich habe vorher gesagt, ich habe natürlich gesehen, dass ÖVP-Abgeordnete da anwesend waren.

Summa summarum, aus Sicht der Grünen, was ich Ihnen nicht ersparen kann, ist der Hinweis, dass wir in Österreich einen Riesenbedarf an Biotafelobst hätten, und zwar für den Lebensmitteleinzelhandel. Also, besseres Tafelobst. Dieses Biotafelobst wird zu einem großen Teil aus Südtirol importiert, was mich nicht rasend freut, wenn wir uns in Österreich immer als das Apfeland „promoten“, wie man heutzutage sagt. Und der zweite Punkt, Feuerbrand, da wünsche ich mir von Seiten der Grünen dezidiert bessere Schadenersatzregelungen als es derzeit vorgesehen ist.

Der „Grüne Bericht“ ist absolut verlässlich, wenn es darum geht, das Thema Treibhauseffekt, Klimawandel und Kyoto anzusprechen. Dieses berühmte Kyoto-Protokoll tritt morgen in Kraft. Wie gesagt, die USA haben sich wieder einmal elegant abgeputzt. Ich denke mir aber, dass man durch eine konsequente Klimaschutzpolitik, wo man alle Instrumente ausreizt, wo man kreative Bündnisse eingeht, dass man durch eine konsequente Klimaschutzpolitik erstens einmal den Ökostandard erhöhen kann, dass man zweitens damit das Einkommen für die Forstwirtschaft erhöhen kann, und zwar in einer respektablem Art und Weise, nicht über ein paar Förderungen mehr, sondern über gerechte Preise für gute Ware. Und das Dritte, was auch noch dazukommt. Für mich ist eine adäquate Klimaschutzpolitik die zeitgemäße Form einer internationalen Solidarität. Und wenn ich mir anschau, wie wir in den letzten Monaten von Österreich aus innerhalb der EU, innerhalb der wohlhabenden Staaten versucht haben, mit der Katastrophe des Tsunami zu Rande zu kommen, über Spenden, über Konzerte, über alle möglichen Projekte, dann habe ich mit Bedauern daran gedacht, dass wir aus genau diesen Staaten über Jahrzehnte, über Jahrhunderte hinweg in höchst ausbeuterischer Weise unseren Tee bezogen haben, teilweise unsere Tropenhölzer bezogen haben, und zwar zu absolut ungerechten Preisen unter ausbeuterischen weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen.

Und jetzt komme ich zu dem zurück, was ich am Anfang gesagt habe. Dieser „Grüne Bericht“ ist für mich eine ziemlich ehrliche Bestandsaufnahme für die Steiermark, das weiß ich zu schätzen, und zwar gerade weil er auch Defizite anführt. Ich glaube, dass ein konsequentes Umsetzen von einer sozial verträglichen und umweltverträglichen Landwirtschaft einfach zeitgemäße Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik ist. Danke für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei den Grünen. – 12.25 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Detlef Gruber. Herr Abgeordneter, Sie haben sich eine eigene Redezeitbeschränkung auferlegt, wie immer, ich bewege mich im Rahmen.

Abg. Detlef Gruber (12.25 Uhr): Herr Präsident! Sehr geehrte Herren auf der Regierungsbank! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Nach einer so profunden Kennerin und Expertin in der Landwirtschaft wie meiner Vorrednerin Monika Kaufmann vorher kann ich mich wirklich kurz fassen. Ich möchte zwei kleine Bereiche ansprechen, die mir bei der Durchsicht dieses „Grünen Berichtes“, der übrigens sehr übersichtlich und sehr gewissenhaft formuliert ist, aufgefallen sind. Einerseits der biologische Landbau, wo die Steiermark nicht in dem Feld liegt, wie ich es gerne erwartet hätte und vor allem aus dem Gesichtspunkt Ost-Weststeiermark, südlicher Bereich der Steiermark, wo im wahrsten Sinn des Wortes in dem statistischen Bild die Steiermark sich als „graue Maus“ zeigt, nämlich mit dem geringsten Anteil an biologischen Landbaubetrieben und das im Zusammenhang mit der intensiven Nutzung des Wassers im Leibnitzer Feld. In diesem Fall glaube ich, dass es einen Nachholbedarf gibt und da würde ich in Zukunft sehr bitten darum, dass wir den Schwerpunkt darauf legen.

Der Kollege Riebenbauer, der jetzt leider nicht da ist – wo ist er? (Abg. Riebenbauer: „Ganz gerade neben dir!“)

Er fällt mir schon wieder in den Rücken! Der Kollege Riebenbauer hat unter anderem auch den gerechten Preis angesprochen für unsere Landwirtinnen und Landwirte. Ich kann dem beipflichten. Und eine große Anzahl von statistischen Auswertungen ist hier in diesem „Grünen Bericht“ zu finden. Was ich aber vermisse, ist ein Zugang, den ich gerne gesehen hätte, wenn wir über einen gerechten und fairen Preis für die Landwirte sprechen. Nämlich ich habe die Ergebnisse im Gemüse, im Obst, bei den Trauben und so weiter herausgelesen, was der Landwirt erhält. Wir haben auch über den Ertrag Auskünfte drinnen in diesem Bericht. Was wir aber nicht haben, ist die Gegenüberstellung zu dem, was ich als Konsument bezahlen muss und dort liegt für mich die Crux dieser ganzen Angelegenheit. Denn da ist die Spanne drinnen, die ganz zum Ungleichgewicht führt, nämlich zu dem, was der Landwirt in Wahrheit bekommt und was ich als Konsument bezahlen muss. Da bleibt auf dem Weg über den Handel, über die verschiedenen Transportwege und, und, und so viel liegen und das finde ich einfach nicht gerecht im Sinne unserer Landwirte. Und da sollten wir Ansatzpunkte finden. Ich finde diesen Vergleich nämlich hier in diesem Bericht nicht. Ich hätte ihn gerne gesehen. Und wenn der Kollege Riebenbauer schon wirklich zu unserem Power-Plan etwas sagt, dann freut mich das besonders. Und, lieber Franz Riebenbauer, wahrscheinlich ist die Landwirtschaft deswegen hinten angereicht, weil wir wissen, dass es sehr viele Menschen gibt, vielleicht zählst du dich auch dazu, die die Zeitung von hinten zu lesen anfangen, weil dort der Sport drinnen ist. Aber so viel nur am Rande dazu.

Wir haben – und die Monika Kaufmann hat es schon gesagt – ganz eindeutige Vorstellungen und Zielsetzungen wie in allen Bereichen in unserem Power-Plan drinnen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei der SPÖ. – 12.29 Uhr.)

Präsident: Herr Abgeordneter Rieser Peter, bitte, Sie sind am Wort.

Abg. Rieser (12.29 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Herren der Regierung! Werte Kolleginnen und liebe Kollegen!

Ich möchte auch zu diesem Thema einiges sagen, weil ich der Auffassung bin, dass wir gerade in den ländlichen Gebieten in diesem Land eng dieses Thema auch mit der Landwirtschaft zu betrachten haben. Und, liebe Frau Kollegin Kaufmann, wenn du vorhin vom Power-Plan gesprochen hast, wir könnten nun glaube ich eine große Diskussion führen über die diversen Unterlagen und Parteiprogramme, aber ich glaube, das wichtigste ist in diesem Zusammenhang, dass wir bei den Menschen vor Ort sein müssen und dass wir diese Diskussion auch vor Ort zu führen haben. Wenn du vorhin gesagt hast, 70 zu 30 und 30 zu 70, so muss man natürlich die Fläche berücksichtigen. Und eins und eins ist in diesem Zusammenhang zwei. Und wenn einer mehr Fläche zu bewirtschaften hat und wir haben eine Landwirtschaft mit geringen Größen und die Landwirtschaft bei uns kann man nicht mit Belgien, mit Italien vergleichen. Wir haben Gott sei Dank noch eine gesunde Struktur, auch in den alpinen Lagen. Und wenn du vorhin angeprangert hast das Ausfüllen der Anträge, Monika, ich sage dir ehrlich, ich würde gerne einmal monatlich jene Zeit aufwenden, die ich einmal im Jahr zum Ausfüllen der Anträge brauche. Nämlich so viel kann ich nie verdienen, wie wenn ich dort hinsetze, das durchlese und das dementsprechend gewissenhaft mache. Es hat sich viel verändert. Das eine muss man schon sagen, es ist seit dem Jahr 2005, sei es die Automatisierung mit der Mutterkuhprämie, die Prämie mit den männlichen Rindern, es ist hier wirklich viel passiert und ich möchte in diesem Zusammenhang sagen, dass gerade die Landwirtschaftskammern als Partner, als Servicestelle umfangreich die Bauern dementsprechend unterstützen und auch beraten. Im Großen und Ganzen muss man sagen, die Bauern sind keine Laien.

Zu dir, meine liebe Frau Klubobmann Waltraud Dietrich. Wenn du – ja – den Bauernbund so hinstellst, als hätte er hier etwas gemacht und getan, für was er eigentlich nicht zuständig sei, kann ich nur eines sagen: Der Bauernbund, eine große österreichische Tageszeitung und der Handel haben sich getroffen und haben eine Vereinbarung gemacht. Und in über 500 Filialen jeder Kette hängen diese Plakate. Und wenn sich der eine oder der andere davon zurückzieht oder glaubt, er muss nicht, in dieser Kette sind die fairen Preise, das österreichische Produkt, klare Kennzeichnung, regionale und saisonbedingte Produkte. Aber auch

eines ist damit klargestellt, dass die Lebensmittel nicht als Lockartikel verwendet werden sollen. Und in fünf Ausgaben einer großen österreichischen Tageszeitung, Waltraud, jeweils zwei Seiten, hat ein namhafter Altsozialist, Dr. Günther Nenning, eigentlich eine Wertediskussion herausgefordert, nämlich über Lebensmittel wiederum zu diskutieren. Und um das geht es ja in diesem Zusammenhang. Heute gibt die Frau Österreicher und der Herr Österreicher 11 Prozent für Lebensmittel aus. Vor 30 Jahren waren es 35 Prozent. Der Fleischpreis Mitte der achtziger Jahre oder seit Mitte der achtziger Jahre ist um 30 Prozent gestiegen, nur, der Produzent bekommt um 30 Prozent weniger. Und eine ähnliche Situation haben wir natürlich auch bei der Milch. Und gerade Kollege Franz Riebenbauer hat das angesprochen mit diesen 4 Cent, in der Erwartung und in der Hoffnung, dass das natürlich auch an den Produzenten weitergegeben wird.

Und eines in diesem Zusammenhang möchte ich schon auch ansprechen, dass gerade die Genossenschaften einen wesentlichen Anteil haben an dem Einkommen in der Landwirtschaft. Und wenn so manche Funktionäre das bis heute nicht wissen, so werden wir sie wachrütteln müssen. Ich kenne diese Diskussion aus Salzburg. Ich habe mit dem Präsidenten Grillitsch in diesem Zusammenhang telefoniert und dort wird sicherlich die Interessenvertretung, ja auch die Landwirtschaftskammer sich dementsprechend einbringen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn man von der Landwirtschaft und vom „Grünen Bericht“ spricht, so haben natürlich die Bergbauern in der Steiermark einen wesentlichen Teil. Und so muss man es auch sehen. Die Bergbauersituation in der Steiermark, wie überhaupt im alpinen Bereich, haben natürlich bestimmte Probleme in der Modernisierung, in der Produktionserweiterung, wo es eigentlich keine Chance gibt. Ich kann mich erinnern, es war im Jahr 1996, haben wir im Bundesrat einmal diese Diskussion gehabt, welchen Sinn und welchen Zweck haben die Bergbauern? Ich kann mich erinnern, dass damals von Seiten des Landwirtschaftsministeriums einmal eine Berechnung gemacht worden ist, welche öffentliche Mittel man aufwenden müsste, um diese ländliche Struktur, diese Werte zu erhalten. Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, jener Betrag wäre wesentlich höher, der eigentlich heute für die Bergbauern geleistet wird. Das durchschnittliche Bruttoeinkommen je Arbeitnehmer ist mehr als doppelt so hoch wie das land- und forstwirtschaftliche Einkommen je Familienarbeitskraft. Und der Anteil der Nebenerwerbsbauern und der Zuerwerbssbauern bei den Bergbauern ist wesentlich höher als in den Tallagen, in den Gunstlagen. Er hat auch keine andere Möglichkeit. Er kann sich nicht ausdehnen. Und eines wissen wir auch, wenn der Bergbauer aufhört, wird der Nachbar noch eine kurze Zeit die Rinder und Schafe darauf weiden und dann in der Folge wird es bewaldet sein. Und daher ist es so wichtig, dass wir darüber sprechen, diskutieren, wohl auch wissend, in welcher Einkommenssituation die Menschen dort sind und dass gerade in der Zone vier, mit der dementsprechenden Berghöhekatasteranzahl bis zu 100 Prozent das Einkommen von den Förderungen abzuleiten ist. Leider ist die Zeit um, ich würde noch und hätte noch sehr gerne vorgehabt auch einiges über die biologische Landwirtschaft zu sagen, weil gerade jener Bereich der Bergbauern dort auch betroffen ist. Die Biobetriebe, in der Steiermark auch etwas zurückgegangen, auch verständlich. Möchte eines abschließend sagen, dass sich alle Organisationen besonders einsetzen, auch die Landtagsbeschlüsse in diesem Zusammenhang umzusetzen. Bitte erinnern wir uns, was die Großküchen betrifft. Die Alten- und Pflegeheime, die landeseigenen Berufsschulen und es gibt bereits sehr intensive Bemühungen, Bioprodukte in den landeseigenen Küchen einzusetzen und einzuführen. Selbstverständlich müssen wir uns alle gemeinsam bemühen. (Präsident: „Die Redezeit ist so überschritten, bitte komme zum Schluss!“) Die Zeit ist überschritten, okay.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bin überzeugt davon, dass wir alle gemeinsam uns bemühen müssen, um den ländlichen Stellenwert, die ländliche Kultur auch in Zukunft zu erhalten. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 12.40 Uhr.)

Präsident: Die Frau Abgeordnete Monika Kaufmann hat sich gemeldet. Bitte, Frau Abgeordnete, ich nehme an, es kann nur eine kurze Wortmeldung sein.

Abg. Kaufmann (12.40 Uhr): Herr Kollege Rieser, ich habe dir jetzt sehr aufmerksam zugehört und die Kollegen haben das genauso gehört wie ich, wie du dir die Zukunft der Bauern vorstellst. Also nicht, nach deinem Reden nach, würdest du dich monatelang hinsetzen und Anträge ausfüllen (Abg. Rieser: „Einmal im Monat habe ich gesagt!“), weil es nirgends so viel zu verdienen gibt als dort, wo man die Anträge richtig ausfüllt. Ich meine, man muss sich das einmal auf der Zunge zergehen lassen, was das bedeutet. Nicht die Bauern, die fleißig arbeiten, die das produzieren, was der Markt verlangt, die biologisch und auf alles Rücksicht nehmen, nicht die verdienen, sondern verdienen tun die, die die Anträge am besten ausfüllen können. Und wenn das die Zukunft der Bauern sein soll, dann weiß man genau, wie die ÖVP-Agrarpolitik aussieht. Anträge so kompliziert machen, dass ja nicht ein jeder mitkommt, dass man ja recht viel Beratung braucht, dass die alle ihr sicheres Einkommen haben. Wir sichern Schreibtische ab, aber keine Arbeitsplätze in der Landwirtschaft. Das ist eure Agrarpolitik. (Beifall bei der SPÖ.)

Was die Landwirtschaftskammer als Berufsvertretung davon hält oder dazu sagt. Bitte schön, im Jahr 2000 hat die Landwirtschaftskammer bei ihrer Beurteilung „Österreichs Antwort muss sein, einstellen auf verstärkten Strukturwandel.“ Also, die kämpfen nicht um die Bauern, sondern die stellen sich darauf ein, dass sie aufhören müssen und da sind wir dagegen und werden wir nie, aber schon nie auf einen grünen Zweig kommen.

Ich habe mich aber eigentlich gemeldet zum Herrn Kollegen Kreisl. Zur Lesestunde des Herrn Kollegen Kreisl. Ich frage mich nur, wer schreibt dir so etwas? Er kann es nicht anders, weil ich habe noch nie ein freies Wort gehört vom Herrn Kollegen Kreisl. Ich frage mich nur, wer schreibt ihm so etwas?

Es stimmt nicht und deswegen melde ich mich auch zu Wort, es stimmt nicht, dass Vordernberg, und von dort bin ich die Vizebürgermeisterin, dass Vordernberg nichts zur erneuerbaren Energie beiträgt. Es ist das wiederholte Mal, dass der Herr Kollege Kreisl sich als Bürgermeister einer anderen Gemeinde meldet und vorschreibt, was ein Bürgermeister einer anderen Gemeinde zu tun hat. Herr Kollege Kreisl, eine Frage, wie viele Windräder hast denn du in deiner Gemeinde? Wie viele Wasserkraftwerke und wie viele Hackschnitzelanlagen hast du in deiner Gemeinde? Ich meine jetzt aber nicht private, sondern größere Projekte. Du hast gar nichts von dort, du hast nichts und du gehst her und schreibst einer Gemeinde vor, sie soll mehr Windräder bauen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, Vordernberg hat ein Windrad, Vordernberg hat ein Wasserkraftwerk und Vordernberg hat eine Hackschnitzelanlage, mit der alle öffentlichen Gebäude und sehr viele private Haushalte versorgt werden. Vordernberg kann so viel Energie selber produzieren, dass sie für die gesamte Bevölkerung die Stromerzeugung selber machen kann. So viel zu Vordernberg, Herr Kollege Kreisl. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich möchte auch noch betonen, dass die Hackschnitzelanlage mit Hackschnitzeln aus Wäldern von Bauern aus der nächsten Umgebung kommen. Und nun zu weiteren Windrädern, die uns der Herr Kollege Kreisl anschaffen will. Wir sagen deswegen nein zu weiteren Windrädern, weil eines haben wir ja. Erstens sollten die Windräder, die dort gebaut werden, noch einmal so groß sein als das jetzt bestehende. Zweitens steht das mitten im Tourismusgebiet und Vordernberg als alte Industriegemeinde, das sage ich, hat nur eine Möglichkeit, nämlich über den Tourismus, über den Wintersport, über Präbichl dort zu expandieren. Und dort sollten wir uns jetzt mehrere Windräder hinbauen lassen, weil es bleibt nämlich nicht bei dem einen, der ein persönlicher Freund vom Herrn Kollegen Kreisl ist. Es bleibt nicht bei dem einen Windrad, denn zugleich haben andere auch noch angesucht um Windräder. Das heißt, am Präbichl würde ein Windpark entstehen und da werden wir nein sagen, weil unsere Zukunft liegt im Tourismus.

Danke schön! (Beifall bei der SPÖ. – 12.45 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächster am Wort ist der Herr Abgeordnete Rieser zur tatsächlichen Berichtigung.

Abg. Rieser (12.45 Uhr): Hohes Haus!

Tatsächliche Berichtigung: Ich habe nicht gesagt „monatelang“, sondern ich habe gesagt, „wenn es sein muss, einmal im Monat“. Danke! (12.45 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächster am Wort ist der Herr Abgeordnete Gangl. Ich erteile es ihm.

Abg. Gangl (12.46 Uhr): Sehr geehrter Herr Landesrat! Frau Präsidentin!

Ich möchte mich all jenen anschließen, die gesagt haben, dass der „Grüne Bericht“ ein sehr detaillierter und aufschlussreicher Bericht für die Landwirtschaft ist und möchte aber auch jetzt gleichzeitig auf ein paar Dinge eingehen, die von den Vorrednern erwähnt worden sind.

Zum Strukturwandel, Monika Kaufmann: Der Strukturwandel findet statt. Und es ist eine ehrliche Politik, wenn man sich zu einem gewissen Strukturwandel bekennt, als wenn man ihn verschweigt beziehungsweise den Glauben erwecken will, dass sich im Leben nichts ändern wird. Die Agrarpolitik der ÖVP, die unterstützt die Bäuerinnen und Bauern, damit der Strukturwandel auch für sie in Zukunft nicht auf das Abstellgleis führt, sondern dass wir für die Bäuerinnen und Bauern eine sehr aktive und attraktive Politik machen.

Ich möchte auch eingehen auf das doch ein bisschen Klassenkämpferische, wenn wir die Bundesländer untereinander vergleichen oder wenn wir Betriebsmodell – (Abg. Kaufmann: „Was ist klassenkämpferisch?“) ja, das ist es schon – Betriebsmodell und Flächenmodell diskutieren. Da möchte ich eines bitte eindeutig dazusagen. Es ist nicht nur eine Frage der Betriebe, sondern es ist auch eine Frage der Strukturen, wie Förderungsmittel aufgeteilt werden. Und wie du auch sicher weißt, ab 2007 im neuen Programm der ländlichen Entwicklung ist die Modulation eingeführt. Das heißt, es wird bei Betrieben über 5000 Euro Förderung einen prozentuellen Abschlag bis zu 5 Prozent geben, der dann wiederum der ländlichen Entwicklung und den kleineren Betrieben zugute kommt. Und das Betriebsmodell ist ein mutiges politisches Bekenntnis, dass man sagt, dass man jenen Betrieb, der bis zu diesem Zeitpunkt Bewirtschafter war, der auf die Landwirtschaft setzt, auf die Einkünfte aus der Land- und Forstwirtschaft setzt, dass ich dem die Basis erhalten möchte auf jenen Grundlagen, die er in den letzten fünf Jahren bewirtschaftet hat. Das ist so und da brauchen wir nicht den Verpächter und den Bewirtschafter gegeneinander ausspielen, sondern man soll sich zu einem Modell bekennen, und nicht die beiden gegeneinander ausspielen.

Ich möchte auch zum Thema „Bürokratie“ etwas sagen. Die steirischen Bauern bekommen aus dem ÖPUL zirka 70 Millionen Euro pro Jahr und aus der Investitionsförderung zirka 25 Millionen Euro für erbrachte Leistungen und das sind kofinanzierte Mittel. Und wenn wir kofinanzierte Mittel in Zukunft haben wollen, dann müssen wir auch eine Transparenz haben. Und zur Transparenz gehören ganz einfach einmal Aufzeichnungen. Und wer den Bauern was anderes sagt, dass das nicht notwendig ist, der sagt in Wahrheit nicht die Wahrheit. Ich möchte dazu sagen, dass die Kosten dieser Abwicklung bei der AMA bei zirka 2 Prozent liegen. Im Investitionsförderungsbereich kann man es nicht ganz genau sagen, weil hier auch die Beratung Hand in Hand mit der Abwicklung geht. Also auch hier bitte keinen Populismus, sondern bleiben wir bei den Fakten.

Es wurden die fairen Preise angesprochen. Wir haben „Fair Trade“, eine wichtige Aktion für jene Produkte, die aus den südöstlichsten oder Südafrika oder aus den mittelamerikanischen Ländern kommen. Wenn wir gesunde Lebensmittel in der Steiermark, in Österreich wollen, dann müssen wir auch hier über faire Preise sprechen, wenn es um solche Lebensmittel geht. (Beifall bei der ÖVP.)

Zum Einkommen: Natürlich, der Einkommensverlust tut weh, aber man kann hier auch nicht pauschal argumentieren, sondern man muss feststellen, dass es innerhalb der Landwirtschaft sehr wohl Unterschiede gibt. Dass es Sparten gibt, wo das Einkommen passt. Und dann muss man schauen, warum ist das so. Und dann wird man draufkommen, dass da der Markt eine wesentliche Rolle spielt. Das heißt, überall dort, wo der Markt interessant ist, attraktiv ist, wo Angebot und Nachfrage sich die Waage halten, sind auch sehr gute Preise zu erzielen. Wir müssen aber auch eines tun und das soll auch in der neuen ländlichen Entwicklung festgeschrieben sein, wir müssen einen besseren organisatorischen Marktauftritt innerhalb der einzelnen Sparten organisieren und auch ermöglichen. Wir waren jetzt mit dem Obstbau auf der Fruit Logistica in Berlin und wir haben dort gesehen 50 Länder, zirka 1000 Anbieter, Agenturen, was es bedeutet, organisiert zu sein. Man kann am europäischen Markt nicht bestehen, wenn es nicht eine dementsprechende gesunde Organisation und Vermarktungsstruktur dahinter gibt. Und die Rahmenbedingungen für eine gute Produktion in der Landwirtschaft sind da und auch hier – und das möchte ich sagen, und es gibt die Prospekte – möchte ich auch den Klassenkampf ansprechen, wenn in ÖGB-Aussendungen gesagt wird, die Bauern kriegen zu viel und die Arbeiter kriegen zu wenig, dann ist das Klassenkampf. Und auch gegen diesen möchten wir uns wehren.

Zur Sache „Bio“: Frau Kollegin Zitz, auch hier ist die Entwicklung nicht eine rein ideologische, da gebe ich Ihnen Recht. Und wenn Sie jene Obstbäuerinnen und Obstbauern als Sandalenträger bezeichnen wollen, die in den letzten Jahren im Biobereich Hervorragendes geleistet haben, dann möchte ich nur zwei Statistiken herzeigen und auch hier stimmten – Frau Kollegin Zitz – die Rahmenbedingungen. Es war einmal ein Markt notwendig, dass wir in diese Produktion einsteigen konnten. Und wenn ich das hier bei den Bioäpfeln herzeigen darf. Die Entwicklung 2000 bis 2004, wir werden 2005 – und das ist die natürliche Ertragssteigerung – heuer bei 2800 Tonnen bei Äpfeln liegen und wir waren im Jahre 2000 bei knapp 450 Tonnen. Das heißt, hier hat die Politik und hier hat die Obstwirtschaft darauf reagiert. Und wenn ich das bei den Birnen herzeige, wir liegen beim Jahre 2004 bei zirka knapp über 40 Hektar und wir werden 2006 um die 100 Hektar haben. Das ist keine visionäre Zahl, sondern diese Bäume stehen in den Baumschulen und das bedeutet ganz einfach, dass wir dann im Jahre 2009 zirka 2000 Tonnen Biobirnen haben werden. Jetzt haben wir zirka zehn Tonnen. Das ist einmal so, der Unterschied zwischen einem Getreide und einem Apfelbaum, der beginnt erst in vier bis sechs Jahren zu tragen. Aber alle Weichen sind gestellt und es ist nicht so, dass hier Wesentliches versäumt wurde.

Zum Letzen, zur Dachmarke Steiermark: Wir werden den Antrag der FPÖ unterstützen. Es ist einfach so, dass die Steiermark ein positives Image hat. Ich gebe der Kollegin Zitz Recht, dass wir in jenen Bereichen aufpassen müssen, dass das nicht gleich eine Marke für alle wird. Hier werden wir über Kriterien reden müssen. Aber eine Dachmarke Steiermark ist wichtig. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich möchte nur eines herzeigen, ich habe leider nichts Besseres, wir transportieren den Schriftzug Steiermark mit dem Obstland Steiermark schon seit Jahren, wir sind auf der Wiener Frühjahrmesse vertreten, wir sind auf anderen Veranstaltungen vertreten und das Image „Steirischer Apfel“, „Steiermark“, das passt ganz einfach gut zusammen und wir sind froh, dass wir das in Zukunft dementsprechend neben anderen Marken, die wir in der Produktion haben, auch mitführen werden. In diesem Sinne danke ich für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP. – 12.53 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächster am Wort ist der Herr Abgeordneter Kreisl, bitte.

Abg. Kreisl (12.53 Uhr): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Ganz kurz zur Kollegin Kaufmann. Ich bin genauso wie du Abgeordneter im Bezirk und versuche natürlich auch, den Gemeinden zu helfen, dass es wirtschaftlich vielleicht besser gehen könnte. Natürlich, du bist dort Vizebürgermeisterin, aber eines ist auch klar: Wenn ein Projekt komplett genehmigt ist und nur am Gemeinderat scheitert (Abg. Kaufmann: „Das ist Sache des Landtages!“), weil vielleicht der Projektbetreiber dir nicht zu Gesicht steht und auch dein Nachbar, der Bürgermeisternachbar das auch verhindert, dann ist es unlogisch für mich. Ich glaube nicht, dass wir alle so viel Geld haben, dass wir wirtschaftlich auf so etwas verzichten können, wo gleichzeitig 500.000 in Schilling in den Schilift strommäßig hineinfließen und es zum Wohle für Vordernberg wäre. Daher habe ich das aufgezeigt. (Abg. Kaufmann: „Das stimmt nicht! Du kennst dich nicht einmal aus!“)

Ich kenne das Projekt, daher kann ich auch reden darüber. Ich glaube, touristisch schauen zwei Windradeln besser aus als wie eines. Danke schön! (Beifall bei der ÖVP. – 12.54 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Abschließend am Wort ist der Herr Landesrat Seitinger. Herr Landesrat, bitte.

Landesrat Seitinger (12.54 Uhr): Geschätzte Frau Präsidentin! Herr Landeshauptmannstellvertreter! Meine Damen und Herren Abgeordneten und geschätzte Gäste! Liebe Vizepräsidentin! Herr Kammeramtsdirektor und Bauernbunddirektor! Alle sehe ich hier. Siegi Schrittwieser ist auch schon hungrig! Ich habe Verständnis

dafür. Wir reden die ganze Zeit nur von Lebensmitteln hier und das um eine sehr undankbare Zeit, wo wir den größten Hunger haben. Aber es gibt heute am Abend ja eine Selchwarenprämierung in der Burg und ich hoffe, die Abgeordneten kommen zu Besuch. (Abg. Riebenbauer: „Das ist gut so!“ – Abg. Mag. Drexler: „Der Landtag ist aber noch nicht fertig!“)

Es ist ein breites Zeichen sozusagen unserer Landwirtschaftspolitik. (Abg. Wiedner: „Wir haben keine Einladung bekommen!“)

Tatsächlich? Ich bin nicht Einlader, das hat „Gutes vom Bauernhof“ gemacht. Ich bin davon ausgegangen, dass alle eingeladen sind.

Ich darf vielleicht vorweg eingehen auf einige Wortmeldungen, zuerst der Klubobfrau Dietrich.

Liebe Waltraud, diese Lebensmittelcharta, die also hier von Fritz Grillitsch gemeinsam mit den Ketten gestartet wurde, ist natürlich ein erster Start, aber ein wichtiger Start in die richtige Richtung, nämlich dass wir ein klares Zeichen positionieren, um Lebensmittel wieder in den Mittelpunkt des Lebens zu rücken, und nicht als Spottprodukt beziehungsweise als Lockprodukt. Und das ist jedenfalls geglückt und es ist der Ansatz für viele weitere Schritte, so ist es auch gedacht.

Zur Frau Abgeordneten Kaufmann, die also vom Grabumdrehen gesprochen hat, ich gehe davon aus, dass die den Landwirtschaftsminister Heiden gemeint hat – (Abg. Kaufmann: „Ich habe es ganz laut gesagt. Du hast nicht zugehört!“) da möchte ich schon etwas sagen. Ich habe mir das gerade vor kurzem angeschaut. Die Frau Landeshauptmann Burgstaller in Salzburg zum Beispiel, seit es eine SPÖ-Führerschaft dort gibt, ist die Agrarbudgetierung um 9 Prozent gekürzt worden. Also, das ist ein Zeichen. (Abg. Schrittwieser: „Mit eurer Zustimmung. Ohne eure Mehrheit geht das nicht!“) Lieber Siegi, nein, nicht mit unserer Zustimmung. (Abg. Schrittwieser: „Sicher, sonst gibt es keine Mehrheit im Landtag!“)

Wenn ein Agrarbudget mit minus 9 Prozent beschlossen wird, sind die ÖVP-Politiker mit Sicherheit nie dabei, das darf ich da gleich einmal positionieren. (Abg. Kaufmann: „Und wie viel Prozent bekommen die Bergbauern in der Steiermark? Mehr als die Salzburger? Nein, die steirischen Bergbauern!“)

Zweiter Punkt. Das steirische Budget ist im gleichen Zug, wo die Salzburger um 9 Prozent gekürzt haben, um 8 Prozent gestiegen. Nur dass man das auch positioniert. (Beifall bei der ÖVP.)

Und wenn wir also von grüner-roter Regierung sprechen, dann brauchen wir ja nur ein bisschen über die Grenze schauen und wir merken, wie das dort funktioniert. Ich war also selbst bei der „Grünen Woche“ in Berlin und habe mir das angesehen und habe auch ein bisschen die Frau Bundesministerin verfolgen dürfen. Sie war ja dort Gott sei Dank präsent. Bitte schön, in Deutschland schaut es so aus. Minus 78 Prozent an bäuerlichen Investitionen. Einkommenseinbrüche von spartenspezifisch minus 20 Prozent. Da sind allein bei den Investitionen 40.000 Arbeitsplätze weg, nur mit dem Geld, das die Bauern sozusagen weniger investieren. Das muss man auch einmal sehr klar und deutlich sagen, das ist grün-rote Agrarpolitik. (Abg. Kaufmann: „Erzählen Sie mir bitte etwas von der Steiermark. Wir reden von der Steiermark!“)

Aber natürlich, wir haben ja das letzte Mal schon diskutiert. Frau Abgeordnete, ich freue mich ja, wenn Sie kämpfen um die bäuerlichen Einkommen. Ich habe nur ein bisschen Bedenken, wenn ich da den Kurt Gennaro dann wieder höre, der sagt, das nächste Mal muss aber die Landwirtschaft solidarisch sein, wenn es darum geht, ein Geld wo aufzutreiben. Also, ganz einig seid ihr euch nicht, stelle ich nur fest. (Abg. Gennaro: „Ja, die kennen mich!“)

Aber lassen wir das. Frau Abgeordnete Zitz, selbstverständlich ist das Tierschutzgesetz Teil. Nur, es geht hier um einen Bericht von 2002 und 2003, und das Tierschutzgesetz ist Teil des Jahres 2005. Sicherlich schwerpunktmäßig auch des Jahres 2004, weil es dort verhandelt worden ist, aber deshalb ist es auch nur im Ansatz hier in diesem Bericht sozusagen drinnen. (Abg. Mag. Zitz: „Elf Zeilen?“) Man muss natürlich auch zu den Zeiträumen stehen, zu denen man diesen Bericht verfasst. Aber natürlich ist er ein wichtiger Bereich und wir werden das nächste Mal das Tierschutzgesetz entsprechend aufarbeiten.

Zur biologischen Landwirtschaft darf ich hier auch noch etwas sagen, Frau Abgeordnete. Wir nehmen diese biologische Landwirtschaft sehr, sehr ernst. Wir haben den Antrag hier eingebracht, dass in den Spitälern mehr Biolebensmittel zum Einsatz kommen. Leider wird das, sage ich jetzt einmal, vom Kollegen Erlitz nicht in der Intensität verfolgt, in der es verfolgt gehört, aber wir fordern es immer wieder, mehr Biolebensmittel in den Spitälern. Wir haben jetzt sogar einen eigenen Bioberater in der Landwirtschaftskammer zum Einsatz gebracht, der also diese wichtige Sparte weiter ausbauen soll.

Möchte also auch – meine Stimme ist heute ein bisschen schwach – vorweg dem Kollegen Hammer danken für die Erstellung dieses Berichtes und für die Erstellung der 22 Vorberichte zu diesem Bericht. Ist eine großartige Zusammenstellung. Wir haben schon ein breites Lob von allen Seiten gehört, kann mich da nur anschließen.

Geschätzte Damen und Herren, wir sind uns glaube ich einig, es gibt keine Berufsgruppe, die in dieser kurzen Zeit derartige Veränderungen mit sich gezogen hat und die so viele Veränderungen hat auch mitmachen müssen. Wir wissen, wenn wir heute noch sehr oft von den Inhalten des Staatsvertrages reden, die Feiern sind im heurigen Jahr ja angesagt, wo noch Hungersnot geherrscht hat, die Überbrückung bis zur Überproduktion, wo die Handarbeit gegolten hat in den vierziger, fünfziger Jahren bis hin zur Hochtechnologie in der Landwirtschaft. Wo die Marktordnung noch gegolten hat vor wenigen Jahrzehnten noch, also vor zehn Jahren noch eigentlich, bis hin zum freien, radikalen Wettbewerb, den wir zurzeit haben und wo wir auch die Kräfte der Natur jetzt mit den neuen Mitteln der Gentechnik, der Biotechnologie, für die wir uns im Übrigen

sehr, sehr klar auch hier nicht aussprechen, sondern entgegensprechen. Und es gibt da so viele Veranstaltungen, Frau Abgeordnete Zitz, die also zum Thema Gentechnik zurzeit laufen und Sie wissen (Abg. Mag. Zitz: „Aber keine in der Burg!“), wir sind in Arbeit eines Vorsorgegesetzes, ich hoffe, wir tragen es gemeinsam durch, aber es ist nicht möglich, dass wir bei jeder Veranstaltung dabei sind. Aber ich glaube, ein klares Zeichen, dass wir uns mit der Gentechnik nicht in ein Bett legen wollen, kann ich nicht abgeben, als die klare Unterschrift in Florenz vor 14 Tagen, als die Vorbereitung des Gentechnik-Vorsorgegesetzes und vieles, vieles mehr. Wir bekennen uns ganz klar zur Abweisung dieses Weges.

Meine Damen und Herren, die Bäuerinnen und Bauern haben in den letzten Jahrzehnten sich gewandelt von der Urproduktion sehr oft hinein zum Dienstleistungsbereich, zur Veredelung. Zu vielen Sonderbereichen, die wir vor 20 Jahren überhaupt noch nicht angesprochen haben. Unsere Bäuerinnen und Bauern sind in diesem Land auch so etwas wie die Garanten für die Lebensqualität in unserem Lande. Da geht es nicht nur um gesunde Lebensmittel, da geht es um eine schöne Landschaft, um eine gepflegte Landschaft. Da geht es auch um viele Teile der Volkskultur, die eigentlich tief greifend nur mehr von bäuerlichen Betrieben getragen werden. Da geht es um eine gelebte Generationenverantwortung, die wir spüren, wenn wir in die bäuerlichen Betriebe hineinschauen. Ich sage es daher, der Bauer und die Bäuerin sind ein unverzichtbarer Teil unserer Gesellschaft und sie verdienen sich höchsten Respekt und Anerkennung von uns allen (Beifall bei der ÖVP.)

Nur, die Zukunft, meine Damen und Herren, die sollte uns eigentlich nach einem solchen Bericht im Besonderen beschäftigen. Die Zukunft der Bauern wird einiges von uns fordern. Zum einen sind wir geopolitisch in eine Mittellage gekommen, die uns in der gesamten Marktentwicklung ebenfalls sehr fordert. Neue Märkte, schnellere Märkte, Bewegungen, Warenströme herein zu uns, hinaus in neue Länder. Neue Märkte, die wir erobern müssen, die aber auch erobert werden und vieles, vieles mehr. Der Schnellere, der Flexiblere wird der Gewinner sein, und nicht der Traditionellere und der Größere, das steht fest. Wir können stolz sein eigentlich auch auf unsere Entwicklung im vergangenen Jahr. Wir haben den Export allein im vergangenen Jahr an Agrarprodukten im Bereich der Milch um über 40 Prozent steigern können. Wir haben den Export von Fleisch von über 60 Prozent steigern können. Im Gegenzug ist der Import eigentlich nur sehr sanft angestiegen. Das heißt, wir haben hier im Bereich der Marktentwicklung sehr, sehr vieles weitergebracht. Nur, es stellt sich den Bauern auch vieles an Problemen, welche wir weniger beeinflussen können, klimatische Probleme.

Und wir wissen, dass der Bauer der Erste ist, der unter dem Dach des Himmels sozusagen arbeiten muss. Wir wissen, dass er der Erste ist, der die Auswirkungen zu tragen hat. Denken wir nur an das Jahr 2003, eine Dürrekatastrophe mit einem Schaden von 80 Millionen Euro. Das haben die Bauern getragen. Das Jahr 2002, eine Windwurfkatastrophe mit über 20 Millionen Euro an Forstschäden. Das haben vielfach die Bauern getragen. Und deshalb auch die Einkommenseinbrüche in verschiedenen Bereichen. Ich möchte auch hier klar und deutlich sagen, es ist unsere Aufgabe auch – und daher haben wir auch für die Hagelversicherung vor kurzem einen sehr, sehr hohen Betrag hier mitgetragen von 3,6 Millionen Euro –, es ist unsere Aufgabe auch, diese Beiträge mitzutragen, dass der Bauer hier diese Schäden alleine nicht tragen muss, sondern dass hier Versicherungen einigen Wert hier mit übernehmen. Und, meine Damen und Herren, es ist auch unsere Aufgabe, den Bauern neue Einkommenschancen zu entwickeln. Neue Einkommenschancen, die in neue Felder hineingehen. Erneuerbare Energie und vieles mehr, soziale Kräfte werden hier im Laufen sein. Es wird auch der Bauer im Tourismus einen besonderen Stellenwert erhalten. 700.000 Nächtigungen pro Jahr verzeichnet „Urlaub am Bauernhof“ in der Steiermark. Das ist großartig. Und so gibt es viele, viele neue Einkommensfelder, die wir hier neu andenken müssen.

Meine Damen und Herren! Wir haben aber auch viele neue Aufgaben zu tragen, Aufgaben in der Marktkonzentration. Fleisch, Milch, Obst, das ist heute angesprochen worden. Der neue Marktaufbau in den neuen Ländern, schlanke, gut funktionierende und straffe Vermarktungsorganisationen und letztlich auch – und deshalb begrüße ich auch diesen Antrag der Freiheitlichen – ein gut funktionierendes Modell des Marketings. Wir schaffen es aber auch – und das ist auch eine entscheidende Frage, die wir zu lösen haben –, wie schaffen wir es, auch Freiräume für die bäuerlichen Familien zu schaffen? Auch das ist eine wichtige gesellschaftspolitische Frage. Das heißt, es geht uns die Arbeit in Zukunft mit Sicherheit nicht aus. Und wenn heute auch die neue ländliche Entwicklung angesprochen wurde, die Agrarpolitik sozusagen der Zukunft, dann werden wir hier viele neue Fragenkomplexe anzudenken haben. Wie schaffen wir es, jenen Betrieben Chancen zu geben, die investieren wollen, die ihre Zukunft ausrichten wollen auf einen größeren Betrieb, auf größere Einheiten, auf neue Betriebsformen? Wie schaffen wir es, die Infrastruktur zu lösen, die Ausbildung, die neuen Märkte und vieles mehr? Das heißt, Aufgaben, die jetzt gemeinsam erarbeitet werden und wir sind hier auf einem guten Weg.

Ich kann heute auf Grund der Zeit und auch auf Grund meiner Stimme nicht mehr auf die vielen Spezialkulturen, auf die Kulturen, auf die vielfach großartige Sparteinheit in unserem Lande eingehen, weil es den Rahmen sprengen würde. Nur, ich muss auf eines schon noch eingehen, auf diesen Einkommensnachteil, den wir haben. Es ist nun mal so, dass wir in der Steiermark sehr kleine Strukturen haben, Kleinststrukturen haben. Wir haben einen sehr, sehr hohen Bergbauernanteil, einen sehr, sehr hohen Anteil an benachteiligten Betrieben. In Niederösterreich zum Beispiel liegt der Nebenerwerbsanteil bei 45 Prozent, in Oberösterreich bei 40 Prozent, in der Steiermark bei 75 Prozent. Das allein zeigt deutlich auf, wo wir unsere Probleme in unserem Lande haben. Wir kämpfen auch, um die Rahmenbedingungen rund um diese Nebenerwerbsbetriebe zu verbessern. Ich sage Ihnen, die Zukunft der Bauern wird sich natürlich auf zwei Ebenen teilen müssen. Das wären die einen, die die spezialisierten Betriebe sind, die die Größenordnung brauchen, die aber

auch eine Optimierung in ihren Betrieben voranstellen müssen, die ein gutes Management brauchen, die eine gute Kostenstruktur erarbeiten müssen in ihren Betrieben. Denen müssen wir eine Chance geben, denen müssen wir auch investiv helfen und denen müssen wir auch in der Beratung zur Seite stehen. Es gibt aber auch jene Betriebe, die im Zuerwerb, im Nebenerwerb neue Chancen entwickeln müssen. Ich sage Ihnen und, Frau Abgeordnete Kaufmann, das ist auch Teil Ihrer Frage, Sie haben in der letzten Frage mit der Ausbildung, Schule, Lehrlingsausbildung sozusagen hier diese zwei Einheiten vernetzt. Ich bin gerne bereit, das einmal im konkreten Gespräch mit Ihnen auch zu besprechen. Die Ausbildung auf der Lehrlingsebene hat für uns einen ganz entscheidenden Nachteil gebracht von der Bundesbudgetierung her. Wir haben hier wesentlich höhere Landesmittel einsetzen müssen, um die Qualität der Ausbildung aufrechtzuerhalten. Und das haben wir auch gerne getan. Natürlich sind die entscheidenden Mittel vom Bund auch in den nächsten Jahren einzufordern. Das wollen wir auch und das werden wir auch, aber die Überbrückung in diesen beiden Berichtsjahren war nur mit Landesmitteln möglich. (Beifall bei der ÖVP.)

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich zum Abschluss sagen, wir brauchen, um die Landwirtschaft in eine gute Zukunft zu führen, selbstverständlich eine gute Ausbildung, eine gute Beratung und ich danke hier den Mitgliedern auch und den Angestellten der Landwirtschaftskammer, den Beratern, den Abteilungsleitern, die eine vorzügliche Arbeit leisten, aber auch jenen, die in den Verbänden und Organisationen arbeiten. Wir brauchen ein gutes Management in unseren Betrieben, um diese vielen Aufgaben zu bewältigen, von der erneuerbaren Energie bis hin zur Stärkung der Biobauern, bis hin zur nachhaltigen Wirtschaftsführung und vieles, vieles mehr. Wir brauchen ein professionelles Marketing und wir brauchen letztlich eine gute Interessenvertretung.

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich zum Abschluss danke sagen vor allem an die Bäuerinnen und Bauern für diese großartigen Leistungen, die sie für dieses Land vollbringen. Es liegt in unserer Verantwortung, auch hier in diesem Hause alles zu unternehmen, um diesen Bauern in Zukunft Chance zu geben und diesen Bauern Zukunft zu geben und Existenzen zu sichern. Es geht hier nicht nur um 60.000 Arbeitsplätze, die direkt im landwirtschaftlichen Bereich vorzufinden sind, es geht um 90.000 Arbeitsplätze, die vor- und nachgelagert in der Landwirtschaft tätig sind, also um 150.000 Menschen, die im Rahmen der Landwirtschaft Arbeit finden, sondern es geht darum, unseren Lebensmittelpunkt, unsere wertvollsten Grundlagen des Lebens, nämlich Lebensmittel, Lebensraum und letztlich auch die Lebensfreude aufrechtzuerhalten. Es geht also um die Lebensqualität für uns und um die Lebensqualität für unsere nächsten Generationen. Dafür müssen wir kämpfen, meine Damen und Herren, dafür bitte ich um die gesamte Zusammenarbeit hier in dieser Regierung, Landtag, für die Zukunft der Bauern in unserem Lande. Ich danke Ihnen! (Beifall bei der ÖVP. – 13.13 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Wir kommen bereits zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zu Einl.-Zahl 2130/1, Tagesordnungspunkt 2, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich darf Einstimmigkeit feststellen.

Ich ersuche jene Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ, betreffend Vermarktung der steirischen landwirtschaftlichen Produkte unter dem Logo „Das grüne Herz Österreichs“, Tagesordnungspunkt 2, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zu Einl.-Zahl 2088/1, Tagesordnungspunkt 34, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich darf Einstimmigkeit feststellen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

35. Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz über den Antrag, Einl.-Zahl 2090/1, der Abgeordneten Dipl.-Ing. Wöhry und Riebenbauer, betreffend Novellierung des Steiermärkischen Naturschutzgesetzes.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Dipl.-Ing. Odo Wöhry. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dipl.-Ing. Wöhry (13.14 Uhr): Ich berichte zum Antrag 2090/1. Der Steiermärkische Landtag hat am 22. Juni 2004 eine Novelle zum Steiermärkischen Naturschutzgesetz beschlossen. Unter anderem wurde die Bestimmung des Paragrafen 6 Absatz 3 Litera c geändert. Absicht war es, eine Verfahrensvereinfachung zu erzielen. Mit der beschlossenen Bestimmung wurde jedoch auch eine Bewilligungspflicht für die Errichtung von Bauten und Anlagen im geschlossenen bebauten Gebiet normiert. Dies führt zu einem erhöhten Verfahrensaufwand vor allem in den Städten, wie zum Beispiel Liezen oder Bad Radkersburg. In der Bevölkerung würde die Doppelgleisigkeit Baurecht und Naturschutz nicht verstanden werden. Es wird daher diese Bestimmung geändert und der Antrag gestellt:

Der Landtag wolle beschließen:

Das Steiermärkische Naturschutzgesetz aus 1976 wird geändert wie folgt:

Erstens: Paragraph 6 Absatz 3 Litera c lautet:

„c) Errichtung von Bauten und Anlagen, die nicht unter Litera b fallen und außerhalb eines geschlossenen bebauten Gebietes liegen, für das weder Bebauungspläne noch Bebauungsrichtlinien erlassen wurden; Bauten und Anlagen, die für die land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung unerlässlich sind, bedürfen jedenfalls keiner Bewilligung.“

Zweitens: Dem Paragraphen 37 wird folgender Absatz 6 angefügt:

„(6) Die Neufassung des Paragraphen 6 Absatz 3 Litera c tritt am 1. November 2004 in Kraft.“

Ich bitte um Annahme. (13.16 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Zu Wort gemeldet hat sich Frau Abgeordnete Halper. Ich erteile dir das Wort.

Abg. Halper (13.16 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Regierungsmitglieder, sehr geehrter Herr Landesrat Seitinger, ich hoffe, Sie haben noch kurz Zeit mir zuzuhören, bevor Sie den Raum verlassen. Wertes Hohes Haus!

Das, was wir bei diesem Antrag heute erlebt haben, ist de facto unglaublich im Ablauf und nicht dieses Hauses würdig. Es geht hier um einen Paragraphen im Rahmen des Naturschutzgesetzes, der de facto nicht neu ist. Und wenn ich kurz an die Chronologie erinnern darf, wir haben vor drei Jahren als sozialdemokratische Fraktion bereits einen umfassenden Vorschlag für ein neues Naturschutzgesetz eingebracht. In zahlreichen heftigen Debatten ist es dann zu einer kleinen Novelle gekommen mit dem Argument, wir brauchen EU-Anpassungen. Ausgemacht wurde, dass wir im Herbst letzten Jahres weiterverhandeln, weil wir genau eines gewusst haben, Mahnandrohungen und Verfahren seitens der EU liegen auf dem Tisch und wir werden hier uns um den Naturschutz bewusst bemühen müssen und wir werden auch dezidiert Lösungen finden müssen für diese Bereiche, die die EU beanstandet hat.

Dann schneit eines Tages ein Antrag herein, wo es um die Änderung des Paragraphen 6 geht und dieser Paragraph muss geändert werden, das ist korrekt, das ist richtig. Aber sich heute in eine Ausschusssitzung zu setzen, ohne den noch verhandelnden Fraktionen einen Unterausschuss einzuberaumen, nämlich wissend, worum es geht, und dann zu sagen, okay, es ist jetzt so weit, dass wir eine Klage am Hals haben. Eine Klage, die von Seiten der EU am 8. Dezember ausgesprochen wurde, beim letzten Ausschuss am Tisch war und dann, Herr Landesrat, finde ich es schon sehr befremdend, wenn Sie eigentlich vom Hohen Landtag eines verlangen. Die Abteilung hat zwei gut gemeinte Zettel vorbereitet, da geht es um Inhalte. Der Abteilung ist es ernst, diese Klagen abzuwenden. Es ist nicht die erste Klage, Herr Landesrat Seitinger, in Ihrer Laufbahn, die Sie zu verantworten haben. Nur, wenn Sie als Regierungsmitglied hergehen und nicht fähig sind, binnen 14 Tagen ein parlamentarisches Schriftstück daraus zu machen, das zum Abstimmen bereitgegeben werden kann, dann tut es mir Leid, wenn wir auf dieser Ebene nicht mitgehen können.

Ihr Glück ist Ihre eigene Fraktion, die begriffen hat, dass man auf dieser Ebene nicht argumentieren kann und auf dieser Ebene in diesem Hohen Haus nicht agieren kann. Aber von den Abgeordneten zu verlangen, dass sie zwei Zettel, wenn Sie nicht bereit sind, hier eine ordnungsgemäße Reihenfolge hineinzukriegen, unter dem Tisch einfach zu beschließen, dann ist es Ihre Verantwortung, mit diesen Dingen umzugehen. Und die Kollegin Zitz hat heute eines erwähnt. Sie glaubt, Sie sind nicht das kräftigste Mitglied in dieser Landesregierung. Ich sage Ihnen eines, Sie sind wahrscheinlich das teuerste Mitglied in dieser Landesregierung für den Steuerzahler und die Steuerzahlerin, denn es ist nicht die erste Klage der EU und ich bin gespannt, bis wann Sie aufwachen, dass wir weitere Zahlungen an die EU abstoppen können. (Beifall bei der SPÖ. – 13.19 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Am Wort ist Herr Landesrat Seitinger.

Landesrat Seitinger (13.20 Uhr): Liebe Frau Abgeordnete, so kann ich das trotz meines schlechten gesundheitlichen Zustandes nicht stehen lassen. Sie machen da nicht nur aus einer Maus einen Elefanten, sondern aus einem Feinstaub einen Planeten. Heute ist es darum gegangen, aus einer notwendigen Anpassung, die mehr oder weniger eine reine Formalsache ist, die ganz Österreich betrifft, hier sozusagen wegen drei Zeilen eine Unterausschusssitzung einzusparen. Darf ich Ihnen sagen, natürlich, Sie haben formal Recht. Wir haben das dann auch wieder in den Unterausschuss gebracht, aber hier sozusagen eine nationale Katastrophe auszurufen wegen einer notwendigen operativen Anpassung, das geht also schon zu weit. Lassen wir bitten die Kirche im Raume, im Orte und wir werden das durchführen so wie es gehört. (Abg. Halper: „Ihr Vorgehen ist eine Katastrophe!“) Faktum ist, wir wollten uns Bürokratie einsparen, wir wollten Verwaltung einsparen, wir wollten es schneller machen und das war eigentlich der Schritt des Herrn Hofrates Zebinger. Ich bin also auch dafür, dass wir die Geschäftsordnung einhalten, deshalb war der Schritt dann letztlich auch so und er ist gut so.

Und das Letzte nur noch und das möchte ich auch nicht stehen lassen. Die Klagen, die wir eingefangen haben von der Europäischen Union, reden wir jetzt über die eine Klage, nämlich über den Golfplatz, bitte schön, die habe ich zwar auszubaden gehabt, aber die habe ich nicht verursacht. Dass das auch klar ist. Und das ist einmal so in der Politik, dass man, wenn man ein Amt übernimmt, selbstverständlich auch „Altlasten“ übernehmen muss und eine solche war das. Aber wir können nicht von Klagen und von Massenprotesten sozusagen hier reden, wenn sie nicht vorhanden sind.

Lassen wir die Kirche im Dort, bitte höflich darum. (Beifall bei der ÖVP. – 13.22 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächstes am Wort ist der Herr Abgeordnete Wöhry.

Abg. Dipl.-Ing. Wöhry (13.22 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Herr Landeshauptmannstellvertreter!

Wir leben glaube ich in einem sehr glücklichen Land und einem Land, wo es sehr gut geht, wenn wir uns über solche Dinge so aufregen können, wie es die Mischa Halper tut, weil ich glaube, deine Wortwahl einerseits und andererseits wie du sie vorgebracht hast, ist in dem Maße absolut unangebracht.

Wir haben festgestellt, dass wir einen Novellierungsbedarf haben, weil auf Grund einer Formulierung bei der letzten Novelle Missverständnisse aufgetaucht sind, die nach Meinung mancher Juristen eigentlich nicht unbedingt hätten novelliert werden müssen, aber wenn man das Gesetz exzessiv auslegt, dann wäre dadurch ein großer Verwaltungsaufwand erforderlich gewesen.

Was die zweite Geschichte betrifft, so kann ich festhalten, dass das nicht 14 Tage her ist, sondern ich habe das Mail im Hinblick auf die zweite Anpassung, die heute versucht worden ist, am Freitag, den 11. bekommen, also elf und 14 wären 25. Da sind wir noch relativ weit weg. Und ich glaube, dass wir, auch wenn man an Effizienz denkt, durchaus den Weg beschreiten hätte können, dass wir diese kleinen Änderungen heute mitbeschließen hätten können. Wir haben das dort diskutiert, haben gesagt möglich wäre es, aber wenn man sich auf den formalen Standpunkt zurückzieht, dann hast du natürlich Recht. Nur, ob der formale Standpunkt immer der effizienteste ist, ob der formale Standpunkt immer der Sache am meisten dient, das wage ich zu bezweifeln. Wir werden jetzt selbstverständlich einen Unterausschuss einberufen, sofern es eure Terminkoordinierung erlaubt. Ich habe euch schon einmal gesagt, wie schwierig es mit eurem Klub ist. Wir werden es versuchen, aber macht uns nicht den Vorwurf, wenn es länger dauert, nur deshalb, weil ihr keine Termine findet. (Abg. Kröpfl: „Aber geh, wie oft sagt ihr Termine ab!“) Also, in dem Sinn würde ich mir wünschen, dass die Wortwahl der Sache angemessen ist in der Zukunft. (Beifall bei der ÖVP. – 13.24 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächstes am Wort ist Frau Abgeordnete Zitz bitte.

Abg. Mag. Zitz (13.24 Uhr): Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Gäste!

Wir sind seit 1995 bei der EU, gerade die zwei großen Regierungsparteien, insbesondere auch die ÖVP, haben Jahre vorher schon Lobbying gemacht und kennen die Rechtsstrukturen der EU ziemlich gut. Ich bin absolut verwundert, dass gerade im Umwelt- und im Naturschutzbereich die Republik Österreich immer wieder mit Vertragsverletzungsverfahren gegen das Land Steiermark belästigt wird und das sind Probleme, die wir hausgemacht haben, indem auf der legislativen Ebene Naturschutz – und das ist derzeit eine komplexe Sache, weil zum Glück weniger hoheitlich läuft und mehr auf der Ebene des Vertragsnaturschutzes, weil es da diverse Novellierungsvorgaben einfach gibt, internationale.

Was mich heute im Unterausschuss total überrascht hat – und da spiele ich den Ball eins zu eins an den ÖVP-Klub zurück –, es ist klar, dass wir im Unterausschuss und im Ausschuss nur Sachen abstimmen können, die irgendeiner oder eine von uns als Antrag eingebracht hat. Da muss dann oben stehen Riebenbauer oder Lechner-Sonnek oder Halper, eben einer unserer Namen. Das, was uns vorgelegen ist, war eine Mitteilung, ein Statement, eine Ausführung von Seiten der Naturschutzabteilung, inhaltlich teilweise durchaus nachvollziehbar, aber der ÖVP-Klub ist nicht hergegangen und hat gesagt, das adoptieren wir, da machen wir draus einen Entschließungsantrag oder das adoptieren wir, da machen wir draus einen normalen Landtagsantrag. Ich finde es unglaublich, weil die ÖVP und gerade Klubobmann Drexler sonst so der „Gottseibeius“ des Parlamentarismus ist, wie in der Naturschutzkompetenz des Landes Steiermark mit gesetzlichen Vorgaben umgegangen wird. Da wird ganz schnell novelliert, da ist man dauernd rasend böse auf die EU, bei der wir bekanntlich seit 1995 sind.

Wenn es der ÖVP ein Anliegen gewesen wäre, diese inhaltliche Vorgabe der Abteilung mehrheitsfähig zu machen, möglicherweise mit grüner Gegenstimme, das möchte ich jetzt gar nicht im Detail ausführen, dann hättet ihr problemlos daraus einen ganz normalen Antrag für den Ausschuss machen können. Warum ihr das nicht gemacht habt, das weiß ich nicht, aber das ist eure Entscheidung gewesen, dieses Stück so unprofessionell aufzubereiten. Und das hat bei der ÖVP inzwischen im Umweltbereich leider Gottes schon Tradition. (Beifall bei den Grünen. – 13.27 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Nachdem keine Wortmeldung vorliegt, kommen wir zur Abstimmung. Ich darf jene Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand bitten. Gegenprobe.

Ich stelle die Einstimmigkeit fest.

3. Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 2025/2, zum Beschluss Nr. 1572 des Steiermärkischen Landtages vom 19. Oktober 2004 zum Entschließungsantrag der Abgeordneten Mag. Zitz, Lechner-Sonnek und Hagenauer, betreffend Natura-2000-Gebietssauweisungen im Ennstal.

Berichterstatterin ist Frau Landtagsabgeordnete Mag. Edith Zitz. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Mag. Zitz (13.28 Uhr): Es liegt Ihnen die Regierungsvorlage zu diesem grünen Antrag vor. Es wird dabei ausgeführt, dass das Land Steiermark der Europäischen Kommission 40 Europaschutzgebiete gemeldet hat, dass es ein Mahnschreiben der Kommission bezüglich der mangelhaften Umsetzung der Vogelschutzrichtlinie gibt, dass es eine regionale Plattform zur Zusammenführung aller Interessensgruppen und NGOs gibt.

Zweitens wird angeführt, dass das Steiermärkische Naturschutzgesetz keine gesetzliche Regelung für die Nachnominierung und Ausweisung von Europaschutzgebieten vorsieht.

Drittens wird angeführt, dass die Umsetzung von NATURA 2000 in der Steiermark derzeit geschätzte 30 Millionen Euro kosten wird und dass mit der Umsetzung eines Artenschutzprogramms ab Jänner 2005 begonnen wird inklusive dem Ankauf der dafür erforderlichen Daten.

Ich stelle im Namen des Ausschusses den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Besagter Bericht wird zur Kenntnis genommen. (13.29 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Nachdem keine Wortmeldung vorliegt, kommen wir zur Abstimmung.

Ich darf die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin ihre Zustimmung geben wollen, um ein Zeichen mit der Hand bitten. Gegenprobe.

Das ist die mehrheitliche Annahme.

4. Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz über den Antrag, Einl.-Zahl 2131/1, der Abgeordneten Lechner-Sonnek, Riebenbauer, Mag. Zitz und Hagenauer, betreffend Richtlinien für Holzgasanlagen.

Berichterstatterin ist Frau Landtagsabgeordnete Mag. Edith Zitz. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Mag. Zitz (13.29 Uhr): Die Strom- und Wärmeherzeugung aus Holz ist eine viel versprechende Möglichkeit zur ergänzenden Deckung des Energiebedarfs durch einen regenerativen Energieträger. Zusätzlich leistet die energetische Verwertung von Holz einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz und zur Schonung endlicher, fossiler Rohstoffe, insbesondere in walдреichen Regionen.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, Richtlinien für die Genehmigung und den Betrieb von Holzgasanlagen zu erlassen. (13.30 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Nachdem auch hier keine Wortmeldung vorliegt, darf ich jene Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand bitten. Gegenprobe.

Ich darf Einstimmigkeit feststellen.

5. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über den Antrag, Einl.-Zahl 2057/1, der Abgeordneten Schrittwieser und Halper, betreffend Förderung für Elektrofahrzeuge.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Siegfried Schrittwieser, Stellvertretung Frau Abgeordnete Gruber. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Margarethe Gruber (13.31 Uhr): Ich darf zur Einl.-Zahl 2057/1 berichten:

Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zum Antrag 2057/1 der Abgeordneten Schrittwieser und Halper, betreffend Förderung für Elektrofahrzeuge.

Der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft hat in seiner Sitzung am 1. Februar 2005 über obgenannten Antrag die Beratungen durchgeführt.

Der Antrag wurde um ein Förderkonzept für Hybridfahrzeuge ergänzt.

Der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, ein Förderkonzept für Elektro- und Hybridfahrzeuge in der Steiermark zu erstellen. (13.31 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Nachdem keine Wortmeldung vorliegt, kommen wir zur Abstimmung.

Ich bitte jene Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich darf Einstimmigkeit feststellen.

6. Bericht des Ausschusses für Kontrolle über den Bericht des Landesrechnungshofes, Einl.-Zahl 2178/1, betreffend Gebarungsprüfung über die Förderungsmittel für die Ortserneuerung.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Erwin Dirnberger. Sie sind am Wort, bitte.

Abg. Dirnberger (13.32 Uhr): Frau Präsidentin! Herr Landeshauptmannstellvertreter! Meine Damen und Herren!

Der Ausschuss für Kontrolle hat in seiner Sitzung am 1. Februar 2005 über den Bericht des Landesrechnungshofes, laufende Nummer 139, betreffend Gebarungsprüfung über die Förderungsmittel für die Ortserneuerung beraten.

Der Ausschuss für Kontrolle stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Landesrechnungshofes, betreffend die Gebarungsprüfung über die Förderungsmittel für die Ortserneuerung, wird zur Kenntnis genommen.

Ich ersuche um Annahme. (13.33 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Um das Wort ersucht hat Herr Abgeordneter Hagenauer, bitte.

Abg. Hagenauer (13.33 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Herr Landeshauptfraustellvertreter! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Geschätzte Zuhörerinnen und Zuhörer!

Der Rechnungshofbericht zur Ortserneuerung und insbesondere zu dem Bereich Sonderförderung Ortserneuerung hat in der Vergangenheit ja schon mehrfach die Öffentlichkeit beschäftigt. Er liegt uns jetzt nunmehr vollständig vor. Aus der Sicht der Grünen ist der Kern der Kritik des Rechnungshofes wohl darin zu sehen, dass es sich hier um ein sehr bezeichnendes Sittenbild des Umganges mit Steuermitteln im Lande Steiermark handelt. Gleich der erste Punkt der negativen Feststellungen des Rechnungshofes besteht darin, dass festgehalten wird, dass es keinerlei Kriterien gegeben hat. Es hat keinerlei Grundlagen gegeben für die Verwendung dieser Mittel. (Abg. Majcen: „Das ist falsch!“) Und das zieht sich dann durch wie ein roter Faden. Mich erinnert diese Vorgangsweise und dieser Stil, wie man mit Steuergeldern und mit öffentlichen Geldern umgeht, das wird Sie nicht wundern und nicht überraschen, sehr an die ESTAG-Affäre. Man sagt, da haben wir ein Geld, ein ähnlicher Glücksfall unter Anführungszeichen wie bei der ESTAG hat sich auch hier abgespielt im Bereich der Wohnbauförderung.

Man hat im Moment einmal den Förderungsmechanismus umgestellt. Hatte im Moment Zugriff auf sehr viele Gelder, auf die Dauer wird sich das ohnehin noch als Fehlgriff herausstellen, aber im Moment glaubte man, über viel Geld zu verfügen und dementsprechend ist es dann zugegangen. Und alle haben sich mehr oder weniger beteiligt, das heißt, die einen geschickter, die anderen nicht ganz so. Auch das kommt mir sehr bekannt vor, aber beteiligt waren sie alle. Und für die Blasmusik oder für einzelne SP-dominierte Gemeinden ist halt, was Wunder, ein bisschen weniger angefallen als für die ganze Palette der Sport- und Tourismusförderung. Auch das, wenn Sie sich erinnern, frappierende Ähnlichkeit mit den Sponsoringaktivitäten etwa in der ESTAG. Es war daher ganz logisch, dass man hier, unter Anführungszeichen, vergessen hat, Kriterien auszuarbeiten, wofür man denn eigentlich dieses Geld der so genannten Ortserneuerung und so genannten Wohnumfeldverbesserung wirklich verwenden will. Es war daher überhaupt nicht überraschend, dass der Rechnungshof feststellt, dass man mit einer beispielhaften Aufzählung natürlich ein unheimlich weites Ermessen hatte und dass konkretere Förderungsgrundsätze sinnvoll gewesen wären, weil damit die Transparenz erhöht worden wäre. Genau das war nicht ein Versäumnis, sondern genau das war natürlich die Absicht und nur die Absicht, eine Transparenz, um Gottes willen, nicht herzustellen. Genauso wenig wie hier kritisiert wird, dass ein vierteljährlicher Bericht nicht erfolgt ist. Na nicht, man hatte guten Grund in dieser Sache keinen Bericht zu erstatten. Möglichst nicht aktuell, sondern viel Zeit verstreichen zu lassen und später irgendwann einmal sagen zu können, na ja gut, das ist ja jetzt alles gelaufen und im Übrigen die Bürgermeister und die Gemeinden sind eh froh, dass sie ein Geld bekommen haben. Na nicht, schimpfen werden sie darüber. Aber das ist ja nicht die Aufgabe der Landesregierung, sondern die besteht ja darin, sich Rechenschaft zu geben, wie man das Geld optimal einsetzt, zielgerichtet einsetzt und natürlich sich auch Rechenschaft zu geben, ob nicht eines Tages die Situation sein wird, dass man im Bereich des sozialen Wohnungsbaus dieses Geld dringend brauchen können und dann einfach nicht mehr hat. Es ist auch kein Zufall und bezeichnend, dass hier bei der Vergabe dieser Mittel nicht nur an irgendwelche sachlichen Kriterien man sich nicht gehalten hat. Ich gehe nur der Vollständigkeit halber ein, falls irgendjemand auf die Idee kommen sollte und trotzdem noch einmal den verzweifelten Versuch macht und sagt, na gut, ich bringe das Beispiel des viel zitierten Golfplatzes. Der Golfplatz gehört ja auch zum Wohnumfeld im Sinne einer Entwicklung einer ländlichen Region. Ich erwarte mir vom Herrn Landesrat Seitinger, und sei es vielleicht nur eine bescheidene Andeutung, wo für ihn der Unterschied zwischen Wirtschaftsförderung im ländlichen Raum liegt – dort gehört meiner Meinung nach die Förderung eines Golfplatzes hin, da kann man dann überhaupt noch diskutieren, ob ich das fördern will oder nicht, aber das beschäftigt uns heute nicht hier. Ich hätte nur gerne irgendwo den Versuch einer Abgrenzung gehört, wo beginnt denn bei der ÖVP, Herr Landesrat, die regionale Wirtschaftsförderung und wo hört bei Ihnen das Wohnumfeld auf? Bei mir hört das Wohnumfeld schon lange vor dem Parkplatz für eine Golfanlage auf. Und wenn Sie dann regionale Wirtschaftsförderung machen und sagen, für die Region XY bauen wir einen Golfplatz beziehungsweise fördern ihn, einverstanden. Dort in der Wirtschaftsförderung gibt es nämlich übrigens Kriterien. Dort gibt es Leute, die sich diese Projekte sehr anschauen und damit sind wir wieder beim eigentlichen Kern. Da ist jemand durchs Land gezogen und hat halt wie weiland ein mittelalterlicher Fürst die Gelder verstreut an die Untertanen und hat sich dort ein paar Freunde geschaffen, die ihm teilweise noch heute die Treue halten und ihn deswegen auch noch heute so sehr schätzen, wenn Sie wissen, wen ich meine. (Beifall bei den Grünen.)

Aber es handelt sich aus meiner Sicht und aus der Sicht der Grünen da hier nicht um den Stil eines Ex-Landesrates, der so war wie er war und wie wir ihn ohnehin alle kennen. Es handelt sich schon natürlich um eine Methode, die nicht nur eine Person betroffen hat, sondern wo man sich natürlich fragen muss, wie war denn das möglich? Wie hat denn nur ein einziges Regierungsmitglied, und das war ja kein einziges, die anderen haben sich mehr oder weniger patschert oder geschickt auch versucht daran zu halten beziehungsweise hat man ihnen den Mund gestopft, indem sie eben auch ein bisschen was bekommen haben. Wie war denn das möglich, dass eine ganze Regierung hier offenbar mitgemacht hat, weil sonst hätte das ja nicht funktioniert? Ich sage nur der Vollständigkeit halber, dass diese Sachen natürlich nicht ausgeschrieben wurden mit einer nicht unlustigen Begründung des Herrn Landesrats, dass man ja die Ausschreibung nicht verlangen kann, wenn die Sachen ja schon alle angefangen wurden zu bauen. Das ist richtig. Das Argument, Herr Landesrat, kann ich nachvollziehen. Ich kann tatsächlich etwas nicht ausschreiben, wenn ich es schon lange vergeben habe. Ich kann es schon gar nicht ausschreiben, was hier im Bericht festgehalten wurde, wenn das schon Jahre vorher fertig gestellt wurde. Das geht in der Tat nicht. Der Rechnungshof hat aber, wenn ich das richtig sehe, seine Kritik darauf bezogen, dass man hätte eben müssen, bevor man ein Projekt gebaut hat beziehungsweise bevor man es fertig gestellt hat, bestimmten Kriterien zu unterwerfen. Das heißt also, Unterlagen zu verlangen, diese Unterlagen sich anzuschauen beziehungsweise eine Ausschreibung zu machen, wenn das eine bestimmte Summe übersteigt.

Ein weiterer Punkt, der aus unserer Sicht an der Stelle interessant ist, weil er uns in der Vergangenheit mehrfach beschäftigt hat und wohl auch noch beschäftigen wird, das ist der Zusammenhang mit anderen Ressorts, also die Abstimmung mit anderen Ressorts und insbesondere die Abstimmung mit den Bedarfszuweisungen. Wir hatten heute schon bei einem anderen Beispiel dasselbe Thema, nämlich dieses gegenseitige Schuldzuweisen und Verantwortungzuweisen im konkreten Fall der Feinstaubproblematik. Und wir hatten dieses Schuldzuweisen wie gesagt am Beispiel von Red Bull. Ein Großteil der Aktivitäten auf der Regierungsbank seit einigen Monaten erschöpft sich aus der Sicht der Grünen eben genau darin, dass man sich übt in dem Wettbewerb, wer ist denn eigentlich nicht verantwortlich für was in diesem Land? Hier ist dasselbe passiert. Offensichtlich stellt der Rechnungshof fest, dass keine Abstimmung mit den Bedarfszuweisungen erfolgte, was aus Sicht der Grünen eine Vergeudung ist von staatlichen Mitteln, von unserem Geld. Genau wenn ich hier so verzweifelt mich bemühe zu begründen, dass mit diesen Geldern sinnvolle Einrichtungen in der Region gefördert worden seien, angeblich, wenn das so war, genau dann hätte man ja nachvollziehbar in den Unterlagen irgendwelche Hinweise finden müssen, warum man jetzt genau zur Förderung dieses Projektes gekommen ist. Dann hätte ja da drinnen irgendwo ein Hinweis stehen müssen in dem einzelnen Förderakt, das Land setzt in der Thermenregion, zum Beispiel, den Schwerpunkt auf Golftourismus und wir koordinieren alle unsere Maßnahmen in Hinblick auf dieses Ziel. Dann hätte ein Hinweis da sein müssen, dass man etwa die Bedarfszuweisungen auch abstimmt beziehungsweise ein Hinweis da sein hätte müssen auf die Abstimmung mit anderen Ressorts. Kommen Sie uns bitte nicht mit dem Hinweis, dass das eh alles dasselbe Regierungsmitglied war, das für Sport und Tourismus und Ortserneuerung zuständig war und daher eine Abstimmung ohnehin erfolgt sei. Diese Geschichte können Sie jemand anderem erzählen.

Und zum Abschluss noch ein Punkt, der auch Bände spricht. Nämlich dass man nicht nur hergegangen ist und Projekte gefördert hat, die seit Jahren fertig gestellt waren, sondern dass man auch hergegangen ist und gesagt hat, wir fördern alles was daher kommt, was eingereicht wird. Und das war noch nicht genug. Man ist hergegangen und hat bis zu 100 Prozent gefördert.

Und das ist dann schon ein starkes Stück, weil was heißt denn „fördern“? 100 Prozent nach unserer Auffassung ist „schenken“. Schenken! Ja! Fördern heißt für uns noch immer, dass irgendjemand eine gewisse Eigenleistung erbringt und ich einen Anreiz setze von der öffentlichen Hand beziehungsweise ihn dabei unterstütze, aber nicht dass ich ihm das Geld nachschmeiße und vielleicht das Ganze auch noch nachträglich.

Zusammenfassend, ich habe eingangs gesagt, ein Sittenbild. Die spannende Frage ist bei dem Bericht, wie ist das überhaupt möglich? Wie ist das möglich? Und eine der Antworten darauf ist also nicht nur eine politische Unkultur als solche, sondern eine der Antworten darauf ist aus unserer Sicht eben auch, dass unser System in der Regierung, dass drei Parteien hier vertreten sind in der Regierung, ohne genau zu wissen, ob sie jetzt regieren oder Opposition betreiben sollen. Und genau in dieser Grauzone sind solche Sachen möglich, nämlich dass man jeden irgendwo beteiligt. Und wenn dann ein jeder mitnascht, dann ist die Kontrolle nicht mehr möglich an dem Ganzen. Dann soll man aber gleich die Konsequenzen daraus ziehen, dann soll jemand sagen, ich übernehme die Verantwortung für das, was an Geld ausgegeben wird und die andere Seite ist die Oppositionspartei und fertig. Und die zweite Konsequenz daraus aus diesem Bericht, die zu ziehen ist aus der Sicht der Grünen, besteht darin, dass man nicht herumlaufen kann und sagen kann, wir kürzen da und da und da und tut uns Leid, wir haben kein Geld selbst für die wichtigsten Sachen und für die kleinsten Beträge und dann auf der anderen Seite selber nicht mit entsprechendem Beispiel vorangehen und sich nicht selber hinstellen augenscheinlich und ein Konzept zu erarbeiten und selber sich der Mühe nicht zu unterziehen, das zu begründen, warum ich mein Geld wofür ausbebe.

In dem Sinne danke ich für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei den Grünen. – 13.47 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Ich begrüße nun die Damen und Herren des Pensionistenverbandes Pöllauer Tal. Begleitet werden sie von Herrn Obmann Johann Berghofer. (Allgemeiner Beifall.)

Herr Abgeordneter List hat sich zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg. List (13.48 Uhr): Frau Präsidentin! Werte Landeshauptmannstellvertreter! Geschätzter Herr Landesrat! Werte Kolleginnen und Kollegen! Liebes Geburtstagskind Franz Lafer! Werte Damen und Herren aus dem Pöllauer Tal! Werte Abgeordnete in diesem Haus!

Der Kontroll-Ausschuss-Vorsitzende dieses Hauses, der Kollege Peter Hagenauer, hat zur Überprüfung des Landesrechnungshofes zum Bereich Förderungen für Ortserneuerungen viele wesentliche Dinge bereits gesagt. Vollkommen einverstanden bin ich aber nicht mit seinem politischen Statement. Natürlich ist es aus der Sicht der Grünen verständlich, hier Kritik zu üben. Die Ortserneuerung ist wichtig! Viele Dinge müssen hier gemacht werden und sind einfach nur über die Ortserneuerung möglich. Förderungen sind notwendig. Nachdem der Kollege Peter Hagenauer wirklich einiges gesagt hat, darf ich jetzt ausschließlich aus freiheitlicher Sicht einen Unselbstständigen Entschließungsantrag zu diesem Tagesordnungspunkt mit einer ganz, ganz kurzen Begründung einbringen, nämlich, dass bereits vom Jahr 2001 bis 2003 insgesamt 85,926.036 Euro an Gesamtbudget für die Ortserneuerungen aufgebracht wurden. In diesem Rechnungshofbericht, den wir jetzt unter dem Tagesordnungspunkt 6 diskutieren, wird unter anderem kritisiert, dass die Förderung bis zu 100 Prozent der Gesamtkosten betrug, eine andere Form der Schenkung, wie du das bereits gesagt hast, dass bei 73 Prozent der Förderungsfälle zum Zeitpunkt des Förderungsansuchens bereits mit den Bauarbeiten begonnen worden ist oder das Projekt bereits fertig war – das ist alles nachzulesen in dem Bericht –, dass auch Förderungsfälle, die schon 1994 beziehungsweise 1995 fertig gestellt wurden, im Jahr 2002 mit einer Förderung bedacht wurden, hier sind die Anträge für Förderungen viel, viel zu spät eingereicht und die Förderungen zuerkannt worden, dass beispielsweise das Land verzichtet hat, gewährte Darlehen zu besichern und dass ein vierteljährlicher Bericht in der Landesregierung über die Vergabe der Förderungen nicht erfolgt ist und so weiter. Ich beschränke mich damit nur auf diese paar Punkte, die vom Landesrechnungshof sehr massiv kritisiert wurden.

Geschätzte Damen und Herren! Die Mittel, die in der Ortserneuerung eingesetzt werden, werden von den Gemeinden zum überwiegenden Teil für wichtige Projekte verwendet. Trotzdem sollte im Bereich der Vergabe von Förderungen für Ortserneuerung einiges verbessert werden.

Es wird daher von uns Freiheitlichen der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, erstens akkordierte und aufeinander abgestimmte Förderungsschwerpunkte festzulegen, um einen wirtschaftlichen, sparsamen und zweckmäßigen Mitteleinsatz sicherzustellen, zweitens die Fördermaßnahmen regelmäßig zu evaluieren, drittens die gesetzliche Widmung der Mittelverwendung im Steiermärkischen Wohnbauförderungsgesetz klar zu definieren, das passiert bereits teilweise, viertens das interne Kontrollsystem zu verbessern, fünftens die Verwendung der Mittel für die Ortserneuerung in den dem Steiermärkischen Landtag vorzulegenden Förderungskatalog aufzunehmen, sechstens dem Landtag – und das wollen wir gemeinsam heute hier beschließen – bis zum 31. Mai 2005 über die Umsetzung der Anregungen des Rechnungshofes zu berichten.

Geschätzte Damen und Herren, ich bitte Sie oder euch alle, diesem Unselbstständigen Entschließungsantrag zuzustimmen. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei der FPÖ. – 13.52 Uhr.)

Präsidentin Beutl: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Kollege Dirnberger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dirnberger (13.52 Uhr): Frau Präsidentin! Herr Landeshauptmannstellvertreter! Geschätzter Herr Landesrat! Werte Kolleginnen und Kollegen! Werte Zuhörer und Zuseher auf den Reihen hinten!

Es geht um den Rechnungshofbericht „Ortserneuerung“. Das haben schon alle erfahren. Ich darf gleich vorweg ganz entschieden zurückweisen, dass das quasi ein Skandal ist, was da vorgenommen wurde, und nicht nur angeblich, da sind äußerst sinnvolle Projekte gefördert worden. Das es da punktuell Verbesserungen geben kann, das streite ich nicht ab. Das Problem ist anscheinend wirklich bei den Grünen, dass sie nicht in der Regierung sitzen dürfen. Und wenn ich nur ein bisschen nach Deutschland schaue, da sitzen sie in der Regierung, ein Wahnsinn. Wer hätte sich jemals gedacht, dass ein Grüner Minister einen Kriegseinsatz unterstützt – sensationell! Das hat zwar mit Ortserneuerung nichts zu tun, nur, das Problem ist, dass ihr nicht verkraftet, dass ihr nicht in der Regierung seid, aber vielleicht gelingt das. (Abg. Hagenauer: „Wie schlecht muss es der ÖVP gehen, dass sie solche Argumente bringt!“)

Und wenn Sie schon einen Rechnungshofbericht bringen, dann müssen wir ein bisschen bei der Wahrheit bleiben. Dieser Bericht gliedert sich in zwei Teile, zum einen die klassische Ortserneuerung. Da gibt es die Ortserneuerungsmaßnahmen, der eine Bereich Kinderspielplatzerneuerung, und auch ein weiterer Teil lebendige Zentren. Hier wurden 549 Maßnahmen, davon 416 Kinderspielplätze gefördert mit klaren Spielregeln, zum einen nicht rückzahlbare Zuschüsse und zum Zweiten hat es zehnjährige Darlehen gegeben. Und wenn man hier genau hineinschaut, dann gibt es nur eine negative Anmerkung, alles andere überaus positiv im Rechnungshofbericht. Das muss man schon ganz entschieden hier auch festhalten.

Der zweite Teil, dort ist es ein bisschen sensibler, das ist die Ortserneuerungssonderförderung. Und von der anscheinend haben Sie gesprochen, Herr Kollege Hagenauer, weil das ist anscheinend das Wesen der Grünen, das Positive zu verschweigen und nur auf das Negative hinzuhacken. Dieser Bereich hat sich gliedert in den Bereich Jugendinfrastruktur, 20 Maßnahmen, vorwiegend Jugendgästehäuser wurden da gefördert mit einem Betrag von 14,400.000 Euro. Beim zweiten Bereich der Wohnumfeldverbesserung gab es 116 Förderfälle mit einer Summe von 43,600.000 Euro.

Es hat sechsmal einstimmige Regierungsbeschlüsse gegeben, allerdings Rahmenbeschlüsse. Und eine Regierung ist einmal auch dazu da, dass sie gestaltet. Und jetzt kann man natürlich sagen, man kann ein ganz enges Korsett oder man kann es auch weiter fassen und es wurde eben weiter gefasst. Das ist ja nichts Schlechtes. Alle diese Maßnahmen wurden mit Krediten versehen, 50 Jahre Laufzeit, ein Prozent Verzinsung und nach 50 Jahren endfällig. Und wenn ich jetzt in meinen Bezirk hineinschaue, das muss ich sagen, das ist ja nicht von ungefähr gekommen. Da sind die Gemeinde, die Bürger zu den Bürgermeister, zu den Gemeinderäten gegangen und haben dort ihre Wünsche deponiert. Und diese Wünsche wurden an die Landesregierung herangetragen und es wurde im Bereich Sport, Freizeit, Jugend, Ortsgestaltungen investiert. Dass dort automatisch auch eine gewisse Wirtschaftsbelebung stattfindet, das ist ja wohl nichts Schlechtes. Und es wurden Projekte gefördert für die Menschen in ihrem Wohnumfeld. Und wenn ich dann sehe, wenn viele Sportstadien erneuert wurden mit diesen Geldern, auch mit investiert wurden, dann sind dort hunderte Funktionäre ehrenamtlich tätig. Viele Jugendliche werden dort betreut. Das ist ja die hervorragendste Jugendarbeit überhaupt und da muss ich sagen, sind diese Gelder äußerst sinnvoll investiert worden und auch wirklich in keinsten Weise, wie es so schön bei Ihnen heißt, als Skandal irgendwo vergeudet worden. Und wenn ich jetzt schon beim Rechnungshofbericht bin, dann darf ich schon auch erwähnen, dass auch selbst bei der Ortserneuerung-Sonderförderung der Rechnungshof eindeutig hervorhebt: „Die Sonderförderung setzt Beschäftigungs- und sozialpolitische Effekte.“ Des Weiteren, „der Inhalt der Förderungszusicherung entspricht dem gesetzlichen Rahmen. Die Förderungsabwicklung war mit einer Reihe von in die Ablauforganisation integrierten Kontrollfunktionen ausgestattet.“ Also, so ist es nicht, dass da nebulos vorgegangen wurde. Und es heißt unter anderem auch in diesem Rechnungshofbericht, der bezieht sich auf die Jahre 2001 bis 2003, „dass grundsätzlich eine ordnungsgemäße Förderabwicklung bestätigt wird.“ Also, das sind schon sehr positive Stellungnahmen des Rechnungshofs. Und es ist das Liebling der Grünen, dass die Golfplätze gefördert werden. Vier an der Zahl waren es, da sind 540.000 Euro geflossen. Wenn ich ein Stadion hernehme wie Kapfenberg, auch eine äußerst sinnvolle Maßnahme, 697.000 Euro. Und zu den Golfplätzen, ja es ist anscheinend ein Breitensport geworden und wird es zunehmend. Ich habe da vor kurzem das Programm der Volkshochschule, was die Arbeiterkammer Steiermark unterstützt, in die Hände bekommen und siehe da, auch hier wird ein Golfkurs angeboten. Und selbst dieser Bildungsscheck von 50 Euro kann bei diesem Golfkurs eingelöst werden. Also, wahrlich ein Breitensport, ist ja nichts Schlechtes. Ich kann nur sagen für unseren Bezirk, und wenn ich diese beispielhaft für andere aufzählen darf, wurde in der Gemeinde Lankowitz das Jugendgästehaus gefördert, in Piberstein die Bühne, in Voitsberg das Sportstadion, in Söding das Sportstadion, in Kainach der Dorfplatz, in Köflach das Sportstadion, in Piberegg die Ortsgestaltung und in Ligist die Musikschule. Alles Projekte für die Menschen in unseren Gemeinden, vielfach für die Jugend. In Summe waren es 3,220.000 Euro. Ich kann nur sagen, danke der Landesregierung, dass in unserem Bezirk wirklich einiges weitergegangen ist, dass Impulse geschaffen wurden. Da wurde nichts veruntreut, das hat der Rechnungshofbericht auch ganz deutlich zum Vorschein gebracht. Es wurde ordnungsgemäß abgerechnet und es hat auch Beschäftigung und sozialpolitische Effekte gebracht. Wir werden dem Entschließungsantrag der Blauen zustimmen, weil ja nichts dagegen spricht, wenn man vierteljährlich einen Bericht bringt, obwohl einige Punkte davon ja schon überholt sind. Aber dass hier verschwenderisch vorgegangen wäre und keine sinnvollen Projekte gefördert wurden, das muss ich ganz entschieden zurückweisen. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 14.00 Uhr.)

Präsidentin Beutl: Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Majcen. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Majcen (14.00 Uhr): Meine Damen und Herren, ich will es ganz kurz machen. Ich möchte nur zu diesem Entschließungsantrag, der vorliegt, Stellung nehmen.

Erstens, wir werden diesem Antrag zustimmen. Wir werden ihm deswegen zustimmen, weil er eigentlich obsolet ist. Es ist alles erledigt.

Zur Ortserneuerung-Sonderförderung: Um regionalbedeutende Vorhaben möglichst flexibel fördern zu können, wurde von einer prozentuellen Einengung Abstand genommen. Gemäß den Regierungsbeschlüssen wurde bewusst nicht ausgeschlossen, dass erst nach Beginn der Bauarbeiten eine Förderung gewährt werden kann. Lediglich bei einem einzigen Punkt ist die Fertigstellung erfolgt, bevor die Förderung erfolgt ist. Die Besicherung ist allgemein durch Schuldscheine erfolgt. Wenn es sich beim Förderungswerber nicht um eine Gemeinde gehandelt hat, war der Schuldschein zu beglaubigen, bei Gemeinden waren die Unterschriften lediglich von der Bezirksverwaltungsbehörde zu bestätigen.

Hinsichtlich der grundbücherlichen Besicherung dieser Kredite hat sich die Regierung einstimmig dafür ausgesprochen, auf eine derartige zusätzliche Absicherung zu verzichten.

Zu den Beschlusspunkten: Es ist davon auszugehen, dass sich diese Aufforderungen, das nehme ich an, nur auf die konventionelle Art der Ortserneuerung oder Ortserneuerungsförderung bezieht, da die Sonderförderung ja ausgelaufen ist.

Zu den einzelnen Punkten: Es wurde in keiner Weise kritisiert, dass die Grundsätze einer wirtschaftlichen, sparsamen und zweckmäßigen Verwaltung bei dieser Förderung nicht umgesetzt wurden. Die aktuellen Förderungsrichtlinien stammen vom März 2001 und es ist immer wieder zu Anpassungen gekommen in diesem Richtlinienbereich. Das heißt, es gibt im Rahmen der Ortserneuerung de facto eine Evaluierung. Eine klarere Definition würde unter Umständen dazu führen, dass auf Grund der Einengung die Realisierung von einzelnen für die Region bedeutenden Projekten nicht mehr zulässig wäre. Die Ortserneuerungsförderung ist

Gegenstand des dem Steiermärkischen Landtag vorzulegenden Förderungskatalogs, jährlich vorzulegen. Und die Umsetzungsvorschläge, die in diesem Antrag drinnen waren, beziehen sich alle wie gesagt auf die schon ausgelaufene Sonderförderung Ortserneuerung. Wir werden dem Antrag aber trotzdem zustimmen, weil er dann sowieso im Bericht wieder erscheint. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 14.03 Uhr.)

Präsidentin Beutl: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Wir kommen daher zur Abstimmung und ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke.

Das ist die einstimmige Annahme des Antrages.

Ich ersuche nun die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ, betreffend Umsetzung der Empfehlungen des Landesrechnungshofes im Bereich der Förderungen für Ortserneuerung, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Auch das ist die einstimmige Annahme des Antrages.

Wir kommen nun zum Tagesordnungspunkt

7. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über den Antrag, Einl.-Zahl 927/1, der Abgeordneten Wiedner und Dietrich, betreffend Errichtung einer Wohnbauförderungsgesellschaft (WFG).

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Karl Wiedner. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Wiedner (14.04 Uhr): Frau Präsident, Herr Landesrat, liebe Kollegen!

Ich berichte zum Antrag, Einl.-Zahl 927/1, der Abgeordneten Wiedner und Dietrich. Es geht um die Errichtung einer Wohnbauförderungsgesellschaft (WFG).

Der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft hat in seinen Sitzungen am 10. September 2002, 11. März 2003, 16. September 2003, 20. April 2004, 15. Juni 2004 und 1. Februar 2005 über obgenannten Antrag die Beratungen durchgeführt.

Zum Antrag der FPÖ liegt nun eine Stellungnahme vor.

In dieser wird festgehalten, dass eine Studie der Unternehmensberatungsgruppe Infora Consulting Group von einer Ausgliederung auf Grund der überwiegenden Nachteile abrät.

Ich bitte um Annahme. (14.05 Uhr.)

Präsidentin Beutl: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Petinger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Petinger (14.05 Uhr): Sehr verehrte Frau Präsident, Herr Landesrat, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Dieser Antrag, meine verehrten Kollegen und Kolleginnen von der FPÖ, ist eigentlich ein sehr kurzer. Und zwar die Aufforderung, die Gründung einer steirischen Wohnbauförderungsgesellschaft zu prüfen. Die Begründung jedoch, warum eine solche Wohnbauförderungsgesellschaft gegründet werden soll, ist ein Sammelsurium von Wünschen an den Steiermärkischen Wohnbau.

Eigentlich konnte ich keine wirklich sinnvolle Begründung erkennen, warum eine solche Gesellschaft ähnlich wie die LIG errichtet werden soll. Nach Ihrer Forderung soll diese Gesellschaft selbstständig im Bereich des Wohnungsneubaues, der Sanierung und auch der Wohnbeihilfe tätig werden. Wenn ich Sie richtig verstanden habe, soll das Land Steiermark eine aktive, im Baugewerbe tätige Firma errichten, die dann am Wohnungsmarkt als Konkurrent zu den privaten Bauträgern und zu den Genossenschaften auftritt, so steht es in der Begründung des Antrages.

Der nächste Satz in Ihrer Begründung erscheint mir ebenso nicht sehr bedacht und überhaupt nicht nachvollziehbar. Sie meinen, dass durch den Verkauf der aushaftenden Wohnbauförderungsdarlehen an die neu gegründete Gesellschaft eine tief greifende Sanierung des Landeshaushaltes erfolgen könnte, wobei durch den damit eingesparten Zinsendienst Investitionsimpulse in der Steiermark gesetzt werden können. Dieser Wunsch ist wohl längst überholt, denn das Land Steiermark hat fast sämtliche Darlehen an Banken bereits verkauft. (Abg. Wiedner: „Weißt du es jetzt?“)

Das würde bedeuten, die Gesellschaft kauft die Wohnbauförderungsdarlehen vom Land Steiermark, aber ich frage Sie, mit welchem Eigenkapital? Wenn nicht mit Eigenkapital, das sicherlich nicht vorhanden ist in dieser neu gegründeten Gesellschaft, erfolgt der Kauf wohl mit Fremdkapital aus Darlehensaufnahmen. Somit käme es zu folgendem Finanzkreislauf. Die Gesellschaft nimmt Darlehen von einer Bank auf, zahlt dafür Zinsen und kauft mit dem angekauften Geld die Wohnbauförderungsdarlehen vom Land Steiermark. Dazu kommt noch, dass diese Gesellschaft eine 100-prozentige Tochter des Landes sein soll und das Land Steiermark dafür Ausfallhaftungen übernimmt.

Meine Damen und Herren der FPÖ! Wenn Sie mir nur ansatzweise den Sinn oder die Vorteile einer solchen Konstruktion erklären können, wäre ich Ihnen wirklich sehr dankbar. Dieser Antrag aus dem Jahre 2002 hat es in jedem Fall geschafft, die Wohnbauförderungsabteilung, die Finanzabteilung des Bundesministeriums für Finanzen, die Finanzabteilung des Landes Steiermark zu beschäftigen. Auf die Stellungnahme dieser Abteilungen möchte ich nicht mehr extra eingehen, denn sie können von jedem Einzelnen hier

im Hause nachgelesen werden. Sie sind absolut negativ. Nur eines da- zu: Sie sind alle aus den verschiedenen Gründen wie gesagt negativ und zeigen, dass die Gründung einer solchen Gesellschaft gesetzlich nicht möglich ist und auch in keinem Fall sinnvoll erscheint. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei der SPÖ. – 14.08 Uhr.)

Präsidentin Beutl: Als Nächster hat sich Herr Abgeordneter Wiedner zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg. Wiedner (14.08 Uhr): Frau Präsidentin! Herr Landesrat! Sehr verehrte Damen und Herren!

Auf Grund dessen, dass der Kollege Petinger sich scheinbar diesen Antrag nicht genau durchgelesen hat oder sich vielleicht nicht die Mühe gemacht hat, ihn auch zu verstehen, darf ich dir kurz ein paar Sachen erklären.

Vielleicht hast du schon einmal in deiner Zeit als Abgeordneter von der so genannten „LIG“, Landesimmobiliengesellschaft, gehört. Ich weiß, ihr habt es damals abgelehnt, es war nicht euer Thema. Aber im Endeffekt seid ihr zwar immer dabei, wenn es beschlossen wird, dass Gebäude in die LIG übergeführt werden. Und die LIG arbeitet auch so, dass sie am Kapitalmarkt Geld aufnimmt. (Abg. Petinger: „Nein, das stimmt so nicht!“)

Nein – ja, dann beweise das Gegenteil. Die LIG arbeitet auch so, dass sie am Kapitalmarkt Geld aufnimmt, dadurch die Objekte des Landes Steiermark kauft, sie verwaltet und das Land jene Räumlichkeit, die es braucht, zurückmietet. Etwa der gleichen Ansatz ist das mit dieser Wohnbauförderungsgesellschaft, etwa der gleiche Ansatz. Ich habe mir die Stellungnahme auch genau durchgeschaut. Nur habe ich gesagt, da brauchen wir keine lange Diskussion darüber führen, das ist ein Thema, das man längerfristig einmal angehen muss und das vielleicht angegangen werden sollte, weil ich sehe schon Vorteile in dieser ganzen Geschichte, auch wenn du es nicht siehst und weil es vielleicht auch parteipolitische Brillen gibt, die da dahinterstecken, weil wir wissen, dass die beiden großen Lager in der Steiermark jedes eine Wohnbaugesellschaft betreibt. Vielleicht wäre das ein bisschen ein Problem gewesen für die zwei. Aber eines, die Wohnbauförderungsgesellschaft, das war nirgends drinnen und ist nie beabsichtigt, soll nicht als Mitbieter am Wohnungsmarkt auftreten. Das war nie beabsichtigt, das steht auch nirgends drinnen, bitte. Es steht nirgends drinnen. Bitte, wenn du es wo findest, dann zeige mir das. Sie sollte nicht als Mitbieter auftreten am Wohnungsmarkt, sollte keine Wohnungen errichten und auch keine Wohnungen verwalten, sondern im Endeffekt eine ausgegliederte Abteilung 15 sein. Eine ausgegliederte Abteilung 15 und das ist für mich schon maastrichtwirksam, lieber Kollege Petinger. Dann hat nicht das Land die Schulden, sondern die Schulden sind in einer ausgegliederten Gesellschaft, wie es eben auch bei der LIG ist. Genauso schaut das System aus. Dass man das natürlich durchdenken muss und aufbereiten muss, ist mir klar. Und man hat ja scheinbar doch eine Zeit lang durchgedacht, weil der Antrag ist aus dem Jahr 2002. Jetzt im Jahr 2005 ist die Antwort gekommen, zwar kurz, aber trotzdem. Negativ drinnen ist die Stellungnahme der INFORA, weil sie keine Vorteile sieht. Warum sie keine Vorteile sieht, steht auch nicht drinnen, wenn wir schon dabei sind, das Ganze zu zerpfücken. Es steht aber drinnen, dass im Zweckzuschussgesetz eine Mittelzuführung zu einer ausgelagerten Gesellschaft möglich ist. Ich habe es nirgends gesehen, lieber Kollege Petinger, dass das absolut ausgeschlossen ist, das Thema. Das ist es nicht und ich würde bitten, dass man darüber schon sachlich diskutiert und darüber nachdenkt, was möglich ist. Und es ist möglich auszugliedern. Es ist möglich, dadurch das Budget zu entlasten. Und der Vorteil dessen ist das, lieber Kollege Petinger, wenn das Land Steiermark, wie es bei der LIG und bei vielen anderen Sachen ist, nicht die Schulden hat, dann braucht sie auch keinen Zinsendienst leisten, wie du weißt. Und der Zinsendienst ist ein ganz ein schöner Brocken. Das haben wir in vielen Bereichen gesehen. Und wir sehen das bei der LIG, dass – im Jahr 2007 hat man uns erklärt bei der Information, Kurtl Gennaro war da mit dabei – die LIG hoch positiv ist durch die Mieteinnahmen. Und wieso kann man da nicht auch darüber reden, wieso kann man das da nicht auch durchdenken? Man hat zur INFORA gesagt, mache eine Stellungnahme. Die ist relativ kurz ausgefallen. Geht nicht, warum, steht nicht drinnen. Zuschussmöglichkeit ist gegeben. Also warum es nicht geht, ist mir nicht ganz klar. Und eines ist auch ganz klar, alles haben wir ja noch nicht verkauft, der Wohnbauförderungsmittel. Du hast ja die Betonung sehr auf „fast“ angelegt. Dass „fast“ alles verkauft ist, aber Gott sei Dank wurde nicht alles verkauft, weil wir hören immer von Hofrat Kristan, dass wir die Rückflüsse brauchen und das ist ja richtig so, darum können wir ja nicht alles verkaufen. Aber es gibt noch Potenzial und ich sage, lieber lagere ich das aus, lasse selbstständig arbeiten, belaste nicht das Budget, sondern spare mir Zinsen und kann damit für die Infrastruktur des Landes einiges leisten. Bitte noch einmal darüber nachdenken, es ist ein langfristiges Thema, es ist ein schwieriges Thema, aber ich fordere Sie auf, gehen wir es an. (Beifall bei der FPÖ. – 14.13 Uhr.)

Präsidentin Beutl: Herr Abgeordneter Petinger hat sich zu Wort gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Petinger (14.13 Uhr): Eine kurze Wortmeldung: Lieber Karl, du hast einen schweren Denkfehler, Karl Wiedner, in der LIG und in einer solchen Gesellschaft drinnen. Die LIG übernimmt in ihr Eigentum Immobilien und hat somit auf der Aktivseite Eigenkapital stehen. Die Gesellschaft, die du vorschlägst, übernimmt nur Darlehen und Schulden. Die LIG nimmt Darlehen auf, belastet ihre Grundstücke und kann dann dieses Geld weiterzahlen. (Abg. Wiedner: „Aber sie hat Einnahmen. Die LIG hat Einnahmen!“)

Die LIG hat Einnahmen. In Wirklichkeit ist eine solche Gesellschaft, wie du sie vorschlägst, mit dem ersten Tag bankrott, weil sie im Prinzip kein Eigenkapital auf der Aktivseite stehen hat. Die LIG hat Wohnobjekte und Wohnimmobilien, damit kann sie Darlehen aufnehmen. Und du übernimmst Schulden und willst mit diesen Schulden wieder Darlehen aufnehmen. (Abg. Wiedner: „Aber geh!“) Das musst du mir einmal kaufmännisch und technisch beweisen und zeigen, wie das gehen soll. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 14.14 Uhr.)

Präsidentin Beutl: Nun aber liegt tatsächlich keine weitere Wortmeldung mehr vor.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Das ist die einstimmige Annahme.

Wir kommen nun zum Tagesordnungspunkt

8. Bericht des Ausschusses für Kultur und Sport über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 2128/1, betreffend den Bericht über die Förderungen im Kulturbereich im Jahr 2003 gemäß Paragraph 8 Kulturförderungsgesetz.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Franz Majcen. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Majcen (14.15 Uhr): Meine Damen und Herren, ich berichte die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 2128/1, betreffend den Bericht über die Förderungen im Kulturbereich im Jahr 2003 gemäß Paragraph 8 Kulturförderungsgesetz und bitte um Annahme. (14.15 Uhr.)

Präsidentin Beutl: Als Erster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Rauch und ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Rauch (14.16 Uhr): Herzlichen Dank. Sehr geehrte Frau Präsidentin, Hohes Haus, meine sehr geehrte Damen und Herren im Zuschauerraum!

Der Kulturförderungsbericht 2003 der Abteilung 9, Kultur, liegt vor. Ein bemerkenswertes Datum 2003, ein Wendepunkt in der steirischen Kulturlandschaft, ein Jahr, das wie kein anderes in unserer Erinnerung bleiben wird. Vor allem natürlich, weil in diesem Jahr die Kulturhauptstadt Europas stattgefunden hat. Ein Ereignis, dessen Nachhaltigkeit für jeden sichtbar ist, der mit offenen Augen durch die Stadt Graz geht. 2003 war ein Ausnahmejahr, das sich für einen Vergleich mit 2002 oder 2004 natürlich nicht eignet, aber wenn ich 2002 mit 2004 vergleiche, dann sieht man, dass 2003 tatsächlich ein Erfolg war und die Kulturlandschaft, aber auch den Tourismus auf eine völlig neue Basis gestellt hat. Der Grund für diese Nachhaltigkeit, der ist in diesem Bericht deutlich zu sehen. 2003 war eben nicht nur das Kulturhauptstadtjahr, sondern es war ein Symbol für die großen kulturpolitischen Weichenstellungen, die unter der Kulturreferentin Landeshauptmann Waltraud Klasnic in diesem Jahr gelungen sind. Nur ein paar Stichworte, die sich alle hier wiederfinden.

Das Landesmuseum Joanneum wurde neu geordnet. Theater Graz auf eine neue Basis gestellt. Die Kulturinstitutionen wurden evaluiert. Die Freie Szene aufgewertet. Der „steirische Herbst“ vor kurzem reorganisiert. Es war eine Legislaturperiode, die im Bereich der Kunst und Kultur einen deutlichen Willen zur Gestaltung hat erkennen lassen.

Konkret zum Bericht selbst, meine Damen und Herren. Auf den ersten Blick fällt auf und das wird ja auch in der Folge noch thematisiert werden, dass in vielen Bereichen die Ausgaben, der so genannte Erfolg, den Voranschlag deutlich übertrifft. Was ist der Grund? Der Grund sind jene Mittel, die im Zuge der Landesrundfunkabgabe immer wieder sinnvoll zur Gestaltung im Kulturbereich eingesetzt werden. Es ist deswegen auch aus unserer Sicht nicht zielführend, wenn wir diese Manövriermasse, diesen Rundfunkschilling völlig einer Zweckwidmung unterziehen, weil damit die Flexibilität im Kulturbereich, die Möglichkeit schnell zu reagieren, verloren ginge.

Die Evaluierung, um einen zweiten wichtigen Punkt zu erwähnen, hat es ermöglicht, für 119 steirische Kulturinitiativen mittelfristige Fördervereinbarungen abzuschließen, insgesamt in einer Höhe von 3 Millionen Euro.

Es wurden 979, also fast 1000 Förderanträge gestellt, von denen über 50 Prozent positiv erledigt werden konnten und mit 2003 beginnt das kontinuierliche Steigen der Förderung der Freien Szene. Ein besonderes Anliegen der Kulturreferentin Waltraud Klasnic, das wir ja auch vor kurzem hier in der Budgetdebatte für 2005 deutlich in Zahlen gegossen wieder finden konnten.

Trotz des Kulturhauptstadtjahres 2003 wurden regionale Initiativen nicht vernachlässigt. Gerade diese regionalen Aktivitäten wurden im Bericht sehr deutlich und transparent nach Bezirken gegliedert dargestellt. Überhaupt gilt für den Bericht, dass er sehr anschaulich geworden ist, sehr ansprechend und ich möchte den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kulturabteilung unter Hofrat Marko herzlich dafür danken. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich hoffe, meine Damen und Herren, dass der Schwung und die Offenheit, die unter Landeshauptmann Waltraud Klasnic in der Steiermärkischen Kulturpolitik herrscht, noch in dieser Legislaturperiode durch ein neues Kulturförderungsgesetz gekrönt werden kann.

Wir von der ÖVP werden daher den vorliegenden Bericht gerne zur Kenntnis nehmen.

Noch ein Wort zum Unselbstständigen Entschließungsantrag, den die SPÖ vermutlich in Kürze einbringen wird. Wir werden diesem Entschließungsantrag auch zustimmen, weil er in seinem Antragstext, auf den es ja ankommt, die Transparenz und die Kommunikation erhöht und fördert und das ist etwas, dem sich der Steiermärkische Landtag immer gerne anschließen kann. Was die Begründung anlangt, die geändert worden ist, ich möchte das durchaus anerkennen, so wollen wir dieser Begründung nicht folgen. Es gibt nach unserer Ansicht keine schiefe Optik. Was es gibt, ist Verantwortung für die Kultur in diesem Land. Danke schön. (Beifall bei der ÖVP. – 14.21 Uhr.)

Präsidentin Beutl: Als Nächste zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Dr. Reinprecht. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Dr. Reinprecht (14.22 Uhr): Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, verehrte Zuhörer im Zuschauerraum!

Ich werde natürlich in meiner Rede zum Kulturförderungsbericht 2003 etwas andere Akzente setzen als der Herr Prof. Rauch. Die Frau Landeshauptfrau Waltraud Klasnic, ihres Zeichens Kulturreferentin, schreibt, dass die verschiedenen Maßnahmen der Landesregierung, die sie getroffen hat im Bereich der Kultur, die Planungsperspektiven entscheidend verbessert haben. Das schreibt sie im Vorwort zum Kulturförderungsbericht. Wenn man den Bericht dann anschaut, hat man eigentlich den gegenteiligen Eindruck. Nämlich was sofort auffällig ist, ist die große Diskrepanz in vielen Budgetstellen zwischen dem Voranschlag und dem dann tatsächlich Ausgegebenen. Um nur einige Beispiele zu nennen:

Im Bereich der Musikpflege wurden 32.000 Euro veranschlagt und 297.278 Euro ausgegeben. Die Styriarte hat im Voranschlag 527.400 Euro, tatsächlich ausgegeben wurden 989.069 Euro. Jazz-Sommer 276.200 Euro im Voranschlag, 450.571 Euro tatsächlich ausgegeben. Maßnahme zur Kulturpflege, da hier ist der Unterschied besonders groß. 93.700 Euro im Voranschlag, 815.944 Euro tatsächlich ausgegeben. Ich frage mich, wie diese Diskrepanzen zustande kommen, denn vor allem bei Styriarte oder beim Jazz-Sommer, die ja immerhin Events und Veranstaltungen sind, die einen sehr langen Vorlauf in der Planung haben, müsste es ja möglich sein, den Voranschlag schon halbwegs realistisch zu gestalten und nicht, dass dann oft doppelt so viel ausgegeben wird, als tatsächlich im Voranschlag angegeben. Aber das Geheimnis lüftet sich natürlich, wenn man sich dann die Gesamtzahl anschaut. Voranschlag 24.900.500 Euro, tatsächlich ausgegeben 28.558.000 Euro. Es wurden ungefähr 4 Millionen Euro mehr ausgegeben als veranschlagt wurden. Was verbirgt sich dahinter? Natürlich der Rundfunkschilling, der im Budget, auch im Voranschlagsbudget für das Jahr 2005 als Deckungskredit dargestellt wird.

Das heißt, hier gibt es eine Summe von 4 Millionen Euro, die dann von der Kulturreferentin faktisch frei verfügbar ist. Meine Meinung dazu ist, das ist nicht akzeptabel. Es wäre viel besser, die Rundfunkabgabe ist ja etwas Steuerähnliches, wenn tatsächlich schon realistische Voranschläge gemacht würden und diese 4 Millionen Euro vielleicht mit einem kleinen Polster für unvorhergesehene Ausgaben tatsächlich schon in den Budgetvorschlag einfließen. Der „steirische herbst“ übrigens, da stimmt der Voranschlag mit den Ausgaben auf den Groschen überein. Hier werden wir aus dem Kulturförderungsbericht 2004 das dicke Ende erleben.

Und hier hätte ich eine Frage an die Frau Kulturreferentin: Laut Regierungssitzungsantrag, wenn ich mich recht erinnere, müsste das am 24. Jänner gewesen sein, hat die Landesregierung beschlossen, in Verhandlungen mit der Firma List zu treten, um die Basis, auf der der Vertrag mit der Firma List in Bezug auf die List-Halle beruht, vielleicht für den „steirischen herbst“ und für den Steuerzahler zu verbessern. Hier möchte ich Sie fragen, ob Sie diese Verhandlungen schon aufgenommen haben oder wann Sie daran denken, sie aufzunehmen. Und dann möchte ich noch erinnern, dass der „steirische herbst“ noch immer keine Bilanz für das Jahr 2003 gezeichnet hat.

Weiters ist störend in diesem Bericht, dass Teile des Rundfunkschillings – ein bestimmter Prozentsatz soll ja für kulturelle Bauten ausgegeben werden – dass diese Ausgaben im Bericht nirgends ausgewiesen sind.

Das Kulturförderungsgesetz hat in den letzten Tagen etwas mediale Aufmerksamkeit erreicht, ein kleines Rauschen im Blätterwald. Ich erwähne positiv die Zeitschrift „Korso“, die sehr objektiv über den Stand der Verhandlungen und über das, was an Kulturförderungsgesetz wirklich neu sein soll, berichtet hat, alles andere fällt für mich in den Bereich politisches Hickhack. Darauf möchte ich nicht eingehen. Ich möchte nur sagen, noch einmal zur Erinnerung, ich habe das schon einmal gesagt. Das Kulturförderungsgesetz, das neue, der Vorschlag, wurde im Auftrag der Landeshauptfrau entwickelt, wurde vom Landeskulturbeirat einstimmig angenommen und der Herr Prof. Rauch hat als Erstunterzeichner dieses Gesetz als Antrag in den Landtag eingebracht. Und wenn er der Presse mitteilt, er weiß nicht, wann das neue Gesetz kommt, dann kann ich nur sagen, es hängt von ihm ab. Es hängt wirklich nur von ihm ab. Wenn die ÖVP, der Herr Prof. Rauch und die Fraktion hinter diesem Vorschlag stehen, der natürlich in eine juristisch brauchbare Form schon gebracht worden ist, möchte ich sagen, ich habe gestern die Mail bekommen, dann können wir das schnell und zügig verhandeln und schon vor dem Sommer beschließen. Also ich habe hier überhaupt keine Befürchtungen, wenn wir uns hier alle selber ernst nehmen und konstruktiv und auch auf einer freundschaftlichen Basis miteinander verkehren, ohne dieses politische Hintergrund-Hickhack, dann werden wir für die Kulturschaffenden und auch für das Land Steiermark ein gutes, fortschrittliches neues Gesetz bekommen.

Anschließend bringe ich noch einen Unselbstständigen Entschließungsantrag ein. Ich werde die Begründung nicht mehr vorlesen, weil ich sie schon teilweise dargelegt habe.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, dem Landtag im Zuge der Einbringung des Budgetentwurfes in Übereinstimmung mit den konkreten Budgetzahlen einen Bericht (eine Vorschau) über die jeweiligen Schwerpunkte ihrer Kulturförderungspolitik für das kommende Budgetjahr vorzulegen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei der SPÖ. – 14.29 Uhr.)

Präsidentin Beutl: Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Majcen. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Majcen (14.29 Uhr): Meine Damen und Herren! Frau Landeshauptmann! Frau Präsidentin! Geschätzte Zuschauer!

Also direkt anschließend an das, was die Frau Kollegin Reinprecht gesagt hat, nicht folgend dem Spruch, der oft in der Werbung zu hören ist, „Ohne Rauch geht es auch“, ohne Rauch geht es nicht. (Abg. Gennaro: „Es gibt auch Schall und Rauch!“) Weil sie hat gerade gesagt, es liegt an ihm, ob das Kulturförderungsgesetz jetzt zügig und so weiter verhandelt wird. Das ist ganz sicher zu erwarten, also ich glaube, wenn die Vorzeichen so bleiben, wie sie jetzt geschildert werden, dann könnte daraus wirklich etwas Interessantes, Gutes werden.

Zweiter Punkt zu dem, was die Frau Kollegin hier angeschnitten hat, zu den Verhandlungen wegen der List-Halle. Das ist inzwischen so, dass ausgemacht worden ist, dass die Verhandlungen mit List in Bezug auf die Halle in Graz beschlossen wurden und diese Verhandlungen in Graz geführt werden, also eine Antwort, weil das auch hier als Frage in den Raum gestellt wurde.

Ich wollte zu diesem Kulturförderungsbericht nur Folgendes sagen: Wer sich die Mühe macht, diesen Bericht genau anzuschauen, der kann sich insgesamt sehr freuen über die Kraft der Kultur bei uns im Land Steiermark. Und wir müssen ja davon ausgehen, dass vieles von dem, was da drinnen steht, erkämpft wird und viele andere Aktivitäten, die überhaupt nicht gefördert werden, ebenso abgewickelt werden. Es passiert ja im Lande viel, viel mehr als das, was gefördert wird. Das heißt also, es gibt eine unglaubliche Vielfalt und eine sehr hohe Initiativkraft im Lande Steiermark in Bezug auf die Kultur. Und das freut uns immer wieder besonders, weil das auch oft von den Medien so dargestellt wird nicht nur im Zentrum in der Landeshauptstadt, sondern auch, wie es immer wieder dargestellt wird, in der Provinz. Auch dort passiert vieles und passiert viel Gutes. Dieser Kulturbericht zeigt deutlich, dass der lang gehegte Wunsch, ich weiß nicht, wie viele Jahre darüber gesprochen wurde, nach mittelfristigen Förderungen umgesetzt werden konnte, von einer Kommission nach Kriterien vorgeschlagen, und es wurde schon die Zahl genannt, es sind immerhin 119 Kulturinitiativen, steirische Kulturinitiativen, die davon positiv betroffen sind. Das bedeutet für diese 119 kulturellen Initiativen eine bessere Planbarkeit und eine ordentliche finanzielle Absicherung ihrer Tätigkeit. Natürlich kann man, wenn man das sich anschaut, bei Förderungen immer sagen, es könnten erstens mehr sein, warum hat der etwas bekommen und warum hat der mehr bekommen, warum habe ich nichts bekommen. Aber das ist einmal so, dass Berichte etwas sind, wo im Nachhinein dargestellt wird, was passiert ist. Es zeigt aber dieser Bericht das Bemühen im Land Steiermark, das ernsthafte Bemühen auf die in der Steiermark tätigen Institutionen, Vereine und Einzelpersonen mit den von ihnen getragenen Projekten zu unterstützen. Im Zusammenhang mit diesem Bericht gebührt all denen ein Dank, die in der Steiermark sich immer wieder im kulturellen Bereich einbringen, die Aktivitäten entfalten, oft jahrelang im Stillen, die oft gar nicht wahrgenommen werden, weil das ist das Leben, das sich in seiner vollen Breite auch im kulturellen Spektrum zeigt. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich danke in dem Zusammenhang der Frau Kulturreferentin, Frau Landeshauptmann Klasnic, für ihre ständig verfolgte Absicht, die Steuermittel – und um die handelt es sich ja – so gerecht wie möglich einzusetzen und aufzuteilen und gleichzeitig danke ich denen, die diesen Bericht erstellt haben, der Abteilung 9 und allen, die dort mitgeholfen haben. Ich glaube, das ist ein Bericht, der jeden, der ihn durchschaut, stolz macht auf das, was im Land bei uns passiert. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 14.34 Uhr.)

Präsidentin Beutl: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Ich komme nun zur Abstimmung und ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke.

Das ist die einstimmige Annahme.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ und Grünen, betreffend Bericht über die Schwerpunkte in der künftigen Kulturförderungspolitik, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Das ist ebenfalls die einstimmige Annahme.

Wir kommen nun zum Tagesordnungspunkt

9. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 2139/1, der Abgeordneten Kröpfl, Gennaro, Dr. Bachmaier-Geltewa, Böhmer, Breithuber, Dipl.-Ing. Grabner, Gross, Detlef Gruber, Margarethe Gruber, Halper, Kaufman, Mag. Lackner, Petinger, Prattes, Dr. Reinprecht, Dr. Rieder, Schleich, Schrittwieser und Stöhrmann, betreffend vollständige Weitergabe der Netztarifsenkung an Haushaltskunden und Wirtschaft.

Berichterstatter ist der Herr Landtagsabgeordnete Karl Petinger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Petinger (14.36 Uhr): Danke sehr,werte Damen und Herren, der Bericht, der Antrag 2139/1 beschäftigt sich mit der Weitergabe der Netztarifsenkung an Haushaltskunden und an die Wirtschaft. Die Aufsichtsbehörde, also die E-Controll hat in den Bundesländern Salzburg, Kärnten und Burgenland eine 9- bis 21-prozentige Senkung der Netztarife vorgegeben. Diese Senkung wurde aber bei den Energieversorgungsunternehmen nicht an die Kunden weitergegeben. Weiters wurde auch eine Senkung der Netztarife für den Sommer für die Steiermark angekündigt. Wie wir wissen, hat die Steiermark österreichweit die höchsten Netztarife. Es geht jetzt darum, dass im Wege einer Hauptversammlung die ESTAG aufgefordert wird, die bevorstehende Senkung der Netztarife in der Steiermark in vollem Umfang an die Haushaltskunden weiterzugeben. Daraus resultiert der Antrag: Der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, in einer Hauptversammlung der ESTAG sicherzustellen, dass die bevorstehende Netztarifsenkung in der Steiermark in vollem Umfang an die Haushalts- und Wirtschaftskunden weitergegeben wird. Danke sehr! (14.36 Uhr.)

Präsidentin Beutl: Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe keine Wortmeldung. Doch, der Herr Kollege Petinger hat sich soeben gemeldet und ich erteile ihm das Wort.

Abg. Petinger (14.37 Uhr): Sehr verehrte Frau Präsidentin, verehrte Frau Landeshauptmann, Herr Landeshauptmannstellvertreter, werte Damen und Herren!

Aus diesem Antrag der SPÖ-Fraktion ist für alle ziemlich klar erkennbar, dass die SPÖ des Landes Steiermark eines will: Die Steirerinnen und die Steirer sollen zukünftig verträgliche und zumutbare Strompreise bezahlen. Wenn die E-Controll die Netztarife für die Steiermark senkt, dann muss diese Senkung zu 100 Prozent an die Stromkunden weitergegeben werden. (Abg. List: „So ist es!“) Danke für die Zustimmung. Ihr habt ja im Ausschuss auch zugestimmt, also gehe ich davon aus, dass das auch heute so sein wird und jetzt möchte ich weiterfahren. Wenn, und voraussichtlich wird das bis zum Sommer dieses Jahres auch geschehen, der staatliche Strompreisregulator diese Senkung der Netztarife vorschlägt, so muss es eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein, dass diese an die Stromkunden weitergegeben wird. Die E-Controll wurde als Kontrollbehörde dafür geschaffen, um einzugreifen, wenn der liberalisierte Strommarkt nicht funktioniert und sich Nachteile für die Kunden daraus ergeben. Und offensichtlich ist das jetzt der Fall, sonst würde dieser Strompreisregulator nicht eingreifen und nicht einschreiten. Es ist überhaupt nicht einzusehen, dass die vielen privaten Haushalte, die Strom von den ESTAG-Tochterunternehmen beziehen, wiederum die Leidtragenden sein sollen. Und warum, frage ich Sie, sehr verehrte Damen und Herren, damit die ESTAG noch höhere Gewinne erzielt und das Land Steiermark davon höhere Dividenten erhält? Der letzte Sozialbericht, meine Damen und Herren, des Bundesministeriums für Soziales ist erschreckend. Immer mehr Österreicher leben an der Armutsgrenze und können sich die notwendigsten Dinge im Leben nicht mehr leisten. Und was macht die ÖVP im Ausschuss? Sie stimmt gegen diesen Antrag, diese Stromtarifsenkung zu 100 Prozent weiterzugeben. Meine Damen und Herren der ÖVP, es ist doch irrational, wenn ständig die Sozialausgaben steigen und gleichzeitig bei Gütern der Daseinsvorsorge, und Strom ist ein solches Gut, die Kosten steigen. Die ESTAG ist im mehrheitlichen Besitz des Landes Steiermark und somit hat das Land Steiermark und im Besonderen, glaube ich, Frau Landeshauptmann als Vertreterin der Eigentümer des Landes Steiermark die Verpflichtung, in einer Hauptversammlung der ESTAG sicherzustellen, dass die bevorstehende Netztarifsenkung auch an die Kunden weitergegeben wird. Selbstverständlich muss die ESTAG auch gewinnorientiert geführt werden, aber nicht in jedem Fall gewinnmaximierend und schon gar nicht auf dem Rücken der Stromkunden. Nachhaltige Energiepolitik hat bei den Tarifentscheidungen auch soziale Aspekte, und nicht nur betriebswirtschaftliche abzuwägen. Und in jedem Fall müssen solche Überlegungen angestellt werden, wenn das Energieunternehmen im mehrheitlichen Besitz der öffentlichen Hand ist. Die SPÖ des Landes Steiermark hat diesen Antrag rechtzeitig eingebracht, damit Sie, Frau Landeshauptmann, auch wenn es notwendig sein sollte, gegen die Klubmeinung der ÖVP frühzeitig im Interesse der Steirerinnen und Steirer in einer Hauptversammlung einen dementsprechenden Antrag einbringen können. Ich hoffe aber, heute und es kündigt sich auch so an, dass auch die ÖVP-Fraktion heute dem Ansinnen der SPÖ nachkommen wird und diesem Antrag auch ihre Zustimmung geben wird. Ich danke Ihnen! (Beifall bei der SPÖ. – 14.41 Uhr.)

Präsidentin Beutl: Als Nächster zu Wort gemeldet sich der Herr Abgeordnete Gennaro. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Gennaro (14.41 Uhr): Frau Präsidentin, Frau Landeshauptmann, meine Damen und Herren!

Mein Vorredner hat bereits auf einiges hingewiesen. Ich freue mich und kann gleich vorweg sagen, wir werden dem Entschließungsantrag der FPÖ sicherlich die Zustimmung geben, wenn, wie mein Vorredner bereits erwähnt hat, am 1. Februar zwar noch eine andere Haltung, Meinung der ÖVP-Fraktion vorhanden war,

so freue ich mich über den Meinungsschwenk, dass man jetzt sagt, wir stimmen dem zu und wir wollen die Weitergabe der Netztarifsenkungen aller Strombezieher für alle Stromvertreiber. Das ist positiv, wir haben kein Problem. Wir hätten uns viel erspart und wir hätten schon beim Ausschuss darauf hinweisen können und diesen Beschluss einstimmig fassen.

Meine Damen und Herren, ich möchte das ein bisschen in einem anderen Licht bringen. Es hat vor einiger Zeit, und das ist der Zick-Zack-Kurs und das Doppelspiel, das muss man einfach noch einmal sagen. Auf der einen Seite hat es geheißen, in der heißesten Diskussion der ESTAG-Situation, das Land kann sich nicht einmischen in das Unternehmen, in die Aktiengesellschaft. Das ist unmöglich, wir können den Strompreis nicht bestimmen. Der Strompreis ist erhöht worden trotz Dividenden. Plötzlich, wie es heiß geworden ist, hat es geheißen, das Land wird sehr wohl eingreifen und dann hat man eine Senkung gefordert. Das ist ein doppeltes Spiel, weil auf der einen Seite haben wir den Leuten wollen einreden, das muss so sein, wir können nicht reduzieren und auf der anderen Seite, wenn es heiß wird, muss man dann zur Kenntnis nehmen, dass es einen Aufruhr in der Bevölkerung gibt und dass man dann natürlich Handlungsbedarf hat. Das Hauptproblem, meine Damen und Herren, der Strombezieher und Stromkunden ist nämlich das, dass, wenn sie eine Strompreisrechnung – also mir geht es so. Wie ich die Strompreisrechnung meiner Mutter angeschaut habe, habe ich nicht gewusst wo hinten und vorne ist und ich bilde mir ein, nicht der Dümme zu sein, aber da muss man gut drauf sein, damit man das überhaupt in der Form nachvollziehen kann. Man weiß nicht in der Form, was kostet wirklich eine Kilowattstunde, weil es gibt zurzeit keine Trennung von dem so genannten Netztarif mit dem Energietarif. Und dort liegt nämlich die Krux drinnen. Wenn das bitte gesetzlich fixiert wird, dass der Netztarif extra ausgewiesen wird und der Stromtarif, der Energietarif, dann ist das leichter nachzuvollziehen. Weil Energie, meine Damen und Herren, ist für mich ein Daseinsvorsorgeprodukt, das brauchen die Leute. Und trotz Liberalisierung des Strommarktes gibt es für den Endverbraucher beziehungsweise den Konsumenten noch keinen Wettbewerbsmarkt. Ein Beispiel: Wenn ich heute hergehe und sage, die Strompreiserhöhung interessiert mich nicht, ich möchte meinen Vertrag ändern, dann habe ich schon einmal ein Problem. Denn wenn ich sage zu dem, wo ich den Strom beziehe, ich will jetzt keine Namen nennen, ich will die Erhöhung nicht mittragen, sagt er, aber ich gewähr dir den billigeren Strom nicht, also musst du dir was anderes suchen. Was anderes suchen kann ich nicht, weil am Markt ist keiner da und wenn ich meinen Stromvertrag kündigen will, muss ich dem gleichzeitig mitteilen, wer in Zukunft mein Stromversorger ist, weil sonst stehe ich ohne Strom da und ich habe riesige Probleme. Das heißt, wir reden alle immer nur von der Liberalisierung, aber der kleine Stromverbraucher hat Probleme und hat keine Möglichkeit sich einfach der Situation zu entziehen, dass er den Strom zahlen muss, so wie es von ihm verlangt wird. Und ich habe in der Form natürlich auch noch ein zweites Problem, denn der Grundpreis muss von jedem bezahlt werden und was spielen die Einzelnen? Ich habe mir da die Statistiken rausgeholt und wenn ich schon sag, auf der einen Seite reden wir Strom sparen, auf der anderen Seite – nachweislich – der kleine Haushalt oder der kleine Bezieher, der vielleicht 1500 Kilowattstunden Jahresverbrauch hat, der zahlt den teuersten Strom und je mehr ich verbrauche, umso billiger wird er.

Jetzt könnte mir einer sagen, na ja, das ist aber so normal. Ob ich ein Auto kaufe oder zehn Autos kaufe, dann kriege ich sie billiger. Ich kann nicht als Pensionist zehn Autos kaufen, ich brauche einen Strombezieher oder ein Auto und das Gleiche ist beim Strom. Das heißt, unterschiedlich und da hat das Land sehr wohl Möglichkeiten, dies – und das hat der Kollege Petinger schon gesagt –, was gesetzlich vorgegeben ist, die Senkung des Netztarifbeitrags eins zu eins weiterzugeben, das ist bitte nachzuvollziehen. Und da gibt es nämlich gleich den Aufschrei – berechtigt, sage ich, aus der Sicht der Belegschaftsvertretung, weil da kommen schon die Manager und sagen, ja, wenn das eins zu eins weitergegeben werden muss, das geht dann auf Kosten von Arbeitsplätzen. Dann müssen wir Arbeitsplätze reduzieren. Ja, meine Damen und Herren, das ist das Billigste, was man immer macht. Das schlägt sich von einem Monat zum anderen nieder. Wenn ich wo was einsparen muss, dann sage ich, ich reduziere die Belegschaft, ist jetzt eh schon etwas schwieriger, aber früher ist es bei den Arbeitern noch schneller gegangen, von einem Monat zum anderen habe ich schon die Kosten reduziert, indem ich ein paar Leute hinausgeschmissen habe. Ich glaube, dass wir in der Lage sind, wo die Steiermark, wo das Land als Eigentümer Einfluss nehmen kann, dass man sehr wohl nicht sagt, die Tochter ESTAG muss von der STEG-STEWEAG das ganze Geld finanziell raussaugen, damit wir die Dividenden fürs Budget für das Land rausholen, sondern dann gehe ich halt her und muss die Dividenden im Sinne des – Frau Landeshauptmann –, was Sie gesagt haben, Sie wollen die Steirerinnen und Steirer, den Satz habe ich mir so eingebrannt, am Erfolg der Steiermark teilhaben lassen, dass bitte die Sorgen – und wir werden heute noch diskutieren über den Armutsbericht, wo die Caritas uns mitteilt, wie viele Leute sich die Energie, die Heizung und die Stromkosten nicht mehr leisten können. Das sind alles Auswüchse, daher glaube ich, müssen wir halt dann bei den Dividenden ein bisschen reduzieren und nicht sagen, jetzt schmeißen wir die Belegschaften raus, sondern wir geben den Netztarif weiter. Was machen die? Wenn das getrennt wird, so wie ich gesagt habe, Netztarif und Energietarif, dann kann es nicht passieren, dass der Stromkunde einfach hinten die Zahl hat – und ich habe auch die Beispiele da –, dass bitte die STEWEAG-STEG am teuersten ist mit dem Strom. Ich habe die ganzen Prozentsätze da, das würde zu weit führen, mit Zahlen erschlägt man jeden, aber nachvollziehbar, die gehen her und sagen, wenn wir den Netztarif senken müssen, dann erhöhen wir den Energiepreis. Und unterm Strich gleichen wir das irgendwo aus und sagen, wir haben nichts erhöht und wir haben aber auf der anderen Seite sehr wohl erhöht, weil der Netztarif gesenkt wurde und der Strompreis erhöht wird. Wenn ich das aber extra ausweise, dann habe ich den sofort und sage, du hast die gesetzlichen Maßnahmen nicht getroffen. Das, meine Damen und Herren, wollte ich einmal in der Form sagen, weil ich glaube, dass für uns, für das Land und für die Politik eines oberste Priorität haben muss. Auf der einen

Seite habe ich gesagt, in der Situation etwas weniger Dividenden, Strom leistbar machen. Ich verweise immer darauf, wie den Pensionistinnen und Pensionisten eingeredet worden ist im Sinne der Umweltgeschichten, wir müssen umsteigen, weg von den Kohleöfen hin zu Elektroheizungen. Alles klass, die haben umgestellt, Strom war momentan einmal ein bisschen billiger und günstiger und plötzlich, wie alle oder die meisten umgestellt hatten, sind sie mit dem Strom so raufgefahren, dass sich die Leute die Heizung nicht mehr leisten konnten. Das, meine Damen und Herren, kann nicht Politik sein. Und ich glaube deshalb, Frau Landeshauptmann, dass Sie wirklich aufgerufen sind, und ich freue mich, dass heute, ich hoffe auch, unser Antrag einstimmig angenommen werden wird, dass diese Netztarifsenkung eins zu eins weitergegeben wird im Sinne der Steirerinnen und Steirer und für die, die es brauchen. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 14.48 Uhr.)

Präsidentin Beutl: Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Bittmann. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Bittmann (14.49 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Frau Landeshauptmann!

Die Wichtigkeit dieses Themas betrifft anscheinend nicht alle, wenn ich in die lichten Reihen der SPÖ-Abgeordneten schaue. (Abg. Kröpfl: „Schau einmal bei dir!“)

Denn es ist immer wieder das Gleiche. Beim Inserieren seid ihr gut, beim Reden nach der Regierungssitzung seid ihr gut, aber wenn es um das Handeln geht, dann fehlt sehr viel bei euch. (Beifall bei der ÖVP.)

Und der einzige Grund, dass ihr überhaupt noch in der Regierung sitzt, das hat heute der Herr Klubobmann schon angesprochen, das ist unser System, das wir leider noch haben. Ihr werdet wahrscheinlich einer Änderung dieses Systems auch nicht zustimmen und ihr wisst sehr gut warum. Denn wer hier in diesem Land arbeitet für die Steirerinnen und Steirer, das wissen wir. Und das ist die Frau Landeshauptmann an der Spitze aller ÖVP-Regierer. (Beifall bei der ÖVP.)

Wenn einer mit kommunistischen Ideen Verantwortung übernehmen will, dann wird er sicher nicht erfolgreich sein mit solchen Inseraten. Das ist menschenverachtend, das ist abzulehnen, das ist nicht in Ordnung, Herr Voves. Sie, Herr Voves, die ein bisschen aus der Privatwirtschaft kommen, ein kleines bisschen, wie ich meine, mit solchen Inseraten, mit solchen menschenverachtenden Inseraten sind Sie nicht bereit, mehr Verantwortung zu übernehmen und es wird Ihnen auch nicht gelingen, Herr Voves, Sie sind ja auch nicht da. Ihr Interesse, obwohl Sie ja keine Ressorts haben, ist offensichtlich nicht ausgeprägt genug, um an so einer Landtagssitzung und an so einem wichtigen Thema teilzunehmen. So viel zum Herrn Voves mit seinen kommunistischen Ideen.

Herr Abgeordneter Petinger, du willst die eierlegende Wolfmilchsau, die gibt es aber nicht. Entweder willst du Dividenden haben oder du willst einen niedrigen Strompreis oder du willst eine sichere Stromversorgung. Wir brauchen alles, aber die eierlegende Wolfmilchsau, die gibt es nicht und du kannst nicht einerseits verlangen, eine hohe Dividende, die wir brauchen, um auch den Soziallandesrat zu unterstützen, der mit seinem äußerst hohen Budget, das sich um 60 Prozent erhöht hat in den letzten vier Jahren, nicht auskommt. Wir brauchen es auch, um einen unfähigen Spitalslandesrat zu unterstützen, der mit einer 40-prozentigen Erhöhung in den letzten vier Jahren nicht auskommt, der es nicht versteht, das Geld richtig einzusetzen, der total überfordert ist. Und allein für diese zwei Bereiche brauchen wir auch eine ESTAG mit einer hohen Dividende, um diesen beiden Landesräten zu helfen, einigermaßen mit ihren Aufgaben fertig zu werden.

Und, Kurt Gennaro, das ist immer das Gleiche, du stellst dich hier heraus, du polterst herum und dann gehst du hinaus, weil es dich im Grunde gar nicht interessiert. Und die Reihen haben sich noch mehr gelichtet. Das ist halt so! (Abg. Gross: „Auf Grund der Qualität deiner Rede. Jeder hält es nicht aus, dass er sich das anhört. Das sage ich dir ganz ehrlich!“)

Das ist halt so bei euch! Liebe Barbara, du kannst hinausgehen, wenn du magst. Ich halte dich nicht zurück. Du kannst auch hier weiterarbeiten an deinem Laptop. Wie du magst.

Aber wenn sich ein Kurt Gennaro hier herstellt und von Meinungsschwenk, von Doppelspiel redet und dann nach seiner Rede hinausgeht und der Debatte nicht lauscht, dann zeigt das auch, wie ernst er es meint (Abg. Kaufmann: „Das ist eine Frechheit!“) mit den Sorgen der Steirerinnen und Steirer, nämlich hier groß plauschen, so wie es der Herr Voves macht mit seinen kommunistischen Ideen, nach der Regierungssitzung groß plauschen, in der Regierungssitzung ist er ruhig, weil da hat er eh nichts zu sagen.

Ich darf namens meiner Fraktion einen Entschließungsantrag einbringen der Abgeordneten Bittmann und Kasic, betreffend Weitergabe der Netztarifsenkung.

Die erwartete Senkung der Netztarife durch die E-Controll soll nicht nur Kunden der Energie Steiermark zugute kommen, sondern allen Stromkunden – bitte allen Stromkunden, auch Stromkunden, wo ihr vielleicht Verantwortung habt und die hoffentlich auch wahrnehmen werdet, ich lese weiter –, sondern allen Stromkunden in der Steiermark. Daher sollen auch sämtliche regionale und städtische Stromanbieter diese Tarifsenkung zum Nutzen der Kunden in vollem Umfang durchführen und nicht durch Erhöhung des Energiepreises kompensieren.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten dafür einzusetzen, dass alle Stromanbieter in der Steiermark die zu erwartende Senkung der Netztarife durch die E-Controll an die Stromkunden in vollem Umfang weitergeben und die Netztarifsenkung nicht durch Erhöhung des Energiepreises kompensieren.

Ich bitte um Annahme. (Beifall bei der ÖVP. – 14.54 Uhr.)

Präsidentin Beutl: Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Wiedner. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Wiedner (14.54 Uhr): Frau Präsidentin! Frau Landeshauptmann! Herr Landeshauptmannstellvertreter! Liebe Kollegen!

Zum Antrag der ÖVP kurz ein paar Worte. Es hat der Kurt Gennaro zwar einiges schon dazu gesagt, aber ich muss ein bisschen verstärken. Es gibt heute einen Ausspruch, der Herr Klubobmann Drexler zitierte früher, ich zitiere jetzt auch ein bisschen Adenauer: „Was kümmert mich mein Geschwätz von gestern.“ Ich erinnere an die Ausschusssitzung vor 14 Tagen, wie auf einmal das große Aufschauen der ÖVP war, öha, öha, die FPÖ stimmt dem Antrag der Netztarifsenkung, der Weitergabe der Strompreissenkung zu. Wie kann es so etwas geben? Sie waren noch mannhaft dagegen vor 14 Tagen, in der Zwischenzeit hat ein Stimmungswandel eingesetzt. Wie das gegangen ist, weiß ich nicht, wer hier das Machtwort gesprochen hat. Aber Gott sei Dank, es ist ja noch einiges möglich. Wir kennen die Probleme mit der Netztarifsenkung. Wir haben ja des Öfteren das auch schon hier in diesem Hause diskutiert, dass wir in der Steiermark am höchsten liegen und Gott sei Dank wird das jetzt von der E-Controll angegriffen und Gott sei Dank gibt es jetzt dieses einstimmige Votum des Hauses, dass diese Senkung auch an jene weitergegeben wird, die die Kosten zu tragen haben. Und das ist der Strombezieher.

Also, lieber Benni Bittmann, du sagst zu mir immer, wenn ich reingehe, heute warst du gut oder heute warst du weniger gut. (Abg. Gennaro: „Sehr gut, hat er gesagt!“) Darf ich dir von hier heraußen sagen, heute warst du schwach, weil ich habe keinen Grund gehört, warum ihr jetzt dem Ganzen zustimmt, was der Sinn und Zweck von dem Ganzen ist, was Ihr wollt. Du hast im Endeffekt drei Minuten das Pult blockiert und das war dann schon die Rede von dir. Bitte schön, sagt uns auch, warum ihr das macht und sagt es auch den Leuten, warum ihr vor 14 Tagen dagegen wart, denen das zu geben, was ihnen zusteht. Nachher in die Presse rauszugehen, weil du wieder ein paar Zetteln gezeigt hast, wer weiß Gott was inseriert, mir ist es wurscht, was der Herr Voves inseriert, aber ihr geht auch hinaus und macht eine Pressekonferenz und sagt, wir sind jetzt dafür, dass die Senkung der Netztarife weitergeht. Und im Ausschuss sitzt ihr alle schön groß drinnen, kein Wort. Ihr schaut nur groß, weil das andere mit Mehrheit beschließen, dass es so sein soll. Also, das muss auch einmal hier im Hause und öffentlich gesagt werden, wie wirklich hier vorgegangen wird. Und so wie ihr vorgeht, das versteht inzwischen schon keiner mehr. (Beifall bei der FPÖ.)

Es passiert, das habe ich schon bei diversen ESTAG-Diskussionen gesagt, es passiert bei euch immer alles erst unter Druck. Wenn ihr seht, jetzt geht es nicht mehr weiter, dann mache ich den Schritt nach vor. Aber dass ihr einmal selbst überlegt und vorher darüber redet und nicht großartig hier herinnen sitzt und den Antrag ablehnt und dann nachher sagt, ja, wir wollen das ja, das nimmt euch doch keiner mehr ab, lieber Kollege Riebenbauer. Schätze euch, aber das nimmt euch keiner mehr ab.

Es nimmt euch auch keiner mehr ab die Diskussion, es ist heute noch nicht gesagt worden, ich möchte es aber anziehen, die Diskussion über die 380 kV. Interessant war die Stellungnahme, die gekommen ist vom Verbund, zwar wenig verwunderlich, dass man dagegen ist, das geht nicht, interessant war ja auch, wie rasch diese Stellungnahme da war. Wahrscheinlich war sie eh schon in der Schublade vorbereitet. Wir haben hier eine ganz eindeutige Meinung zu der 380er Geschichte, eindeutig und schon immer. Da wirst du keine Presseaussendung und keine Wortmeldung von uns hören, wo wir etwas anderes gesagt haben. Wir haben gesagt, ja zur Freileitung, ja, wir brauchen sie, aber in sensiblen Zonen in die Erde damit. Und was sagt ihr? Ich habe weder von der SPÖ noch wirklich klar gehört was sie will. Ganz klar weiß ich es nicht, was sie wollen und ich weiß es auch von euch, liebe Freunde der ÖVP, schon ganz und gar nicht, weil da sind immer verschiedene Aussagen da. Die Frau Landeshauptmann sagt dann zwar okay, schreibt dem Minister Bartenstein einen Brief, ersuche ich darum, aber wie wirklich die Haltung der ÖVP in dieser Sachlage ist, ist mir und ist wahrscheinlich auch den Steirerinnen und den Betroffenen in der Oststeiermark überhaupt nicht klar. Geht einmal heraus, lieber Kollege Riebenbauer, du wohnst in der Gegend, gehe einmal hinaus da und sag jetzt, und zwar jetzt vor der Gemeinderatswahl, und sag es jetzt vor der Landtagswahl, was ihr wollt. Weil das ist Versteckenspielen, was ihr momentan macht. Ihr geht her und sagt, naja, wir brauchen es, aber wie es sein sollte und der Herr Minister soll was sagen und alle anderen sollen was sagen. Sagt bitte ihr jetzt einmal den Leuten drüben, ja, wir wollen die Freileitung und wir wollen alles hinauf auf die Masten und nichts in die Erde runter. Sagt das einmal und sagt das jetzt bitte und sagt es vor der Landtagswahl, und nicht im Frühjahr 2006. Dann wird hergegangen und schön still und leise bauen wir jetzt los, weil jetzt sind die Wahlen vorbei, die Geschichte ist gegessen und vorbei. Bitte, dieser Offenbarungseid gehört jetzt einmal her. Dieses Versteckenspiel muss aus sein, sagt einmal alle klar, was ihr wollt. Wir haben gesagt, was wir wollen, ja zur Freileitung, in sensiblen Gebieten in die Erde hinein und darum brauchen wir die Unterstützung. (Beifall bei der FPÖ. – 15.00 Uhr.)

Präsidentin Beutl: Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Klubobmann Drexler. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Mag. Drexler (15.00 Uhr): Frau Präsidentin, Frau Landeshauptmann, Herr Landesrat Flecker, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Es ist bemerkenswert, denn eigentlich, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist es ja verwunderlich, wir haben doch in den letzten eineinhalb Jahren sehr viel über Energiepolitik, über Energieversorgungsunternehmen und dergleichen mehr diskutiert (Abg. Stöhrmann: „Warum?“ – Abg. Majcen: „Gibt es den Stöhrmann auch noch?“) und es ist ein bemerkenswertes Maß an Unkenntnis dennoch im Saale. Ein bemerkenswertes Maß an Unkenntnis im Saale und das äußert sich dann daran, wie man sich einer solchen Debatte nähert. Ich darf vorweg aber einen großen Dank an den Kollegen Wiedner aussprechen, weil es schon eine besondere Chuzpe ist hier zu einer Netztarifsenkungsdebatte die bemerkenswerte Position der Freiheitlichen zur 380-kV-Leitung-Diskussion in den Vordergrund zu stellen. Denn die Leichtigkeit, lieber Karl, mit der du hier zum einen sagst, billiger Strom, billige Netzkosten, nichts zahlen, weniger zahlen, die böse ÖVP verhindert das und gleichzeitig als Vertreter jener Partei, die über die Medien bereits ein steirisches Hainburg ausgerufen hat, für den Fall dass diese Leitung gebaut wird, das halte ich wirklich für ein besonderes Maß an Widersprüchlichkeit, das selbst für die Debattenbeiträge in diesem Haus eine Sonderstellung einnimmt und daher ein großes Danke an dich, lieber Karl. Man hat bereits gesehen, worum es den Freiheitlichen geht. In einem bemerkenswerten Versuch nach dem Motto „rette sich wer kann“ bemüht ihr euch eben momentan die Positionen so in Einklang zu bringen, auch wenn sie nicht in Einklang zu bringen sind, dass irgendetwas von euch auf allen Ebenen noch übrig bleibt. (Abg. Wiedner: „Mache dir keine Sorgen um uns!“)

Zur Frage selbst. Ich darf eines vorweg sagen. Weder Landeshauptmann Waltraud Klasnic noch die Steirische Volkspartei braucht in diesen Fragen Stichwortgeber oder bemühte Anträge. Es war die Frau Landeshauptmann, die bereits am 16. Jänner dieses Jahres davon gesprochen hat, dass die zu erwartenden Verringerungen beim Netztarif unter dem Titel, Presseaussendung 16. Jänner 2005 „Vorteil an Endverbraucher in der gesamten Steiermark weitergeben“. Mehr brauche ich zur Copyrightdebatte eigentlich nicht sagen.

Nun zum Antrag der Sozialdemokratie und zum Abstimmungsverhalten im Ausschuss. Dieser Antrag, wie so viele andere der SPÖ und es ist verständlich aus einer gewissen Überlegung heraus, weil halt jetzt Wahlkampf ist und dergleichen mehr, hat in der Begründung wieder die üblichen Kalauer, Desaster, alles furchtbar und dergleichen mehr, weswegen wir uns einfach schwer tun mit diesen lyrisch vielleicht wertvollen, aber ansonsten meist unerheblichen Begründungen und daher nicht flugs allem zustimmen was von dort kommt. (Abg. Gennaro: „Muss sein!“) Wir haben aber nie einen Zweifel daran gelassen, dass wir selbstverständlich dafür sind, wenn der Regulator die Netztarife senkt, dass dies auch Vorteile sein sollen, die die Kunden lukrieren sollen. Und da nur einen kleinen Hinweis zum Titel eures Antrages. Kurt, du sagst es ja gerade, nachdem die Netztarife eine Verordnung von E-Controll sind, also des Netzregulators, sind ja, wenn man die Verordnung nicht brechen möchte, nachdem wir in einem Rechtsstaat leben, Kurt, wird die niemand brechen, ja natürlich die Netztarife, die der Regulator festsetzt, anzuwenden. Das heißt, diese geniale Forderung voll weitergeben ergibt sich ja schon aus dem Wesen dessen, was da hier verordnet wird, indem es eben verordnet wird. Worüber wir sprechen, ist etwas anderes. Dass allenfalls Energieversorgungsunternehmen dann in Kompensation der Netztarifsenkung die Energiepreise anheben könnten. Von derartigen Dingen steht aber weder in der Begründung noch in eurem Antragstext ein Sterbenswörtchen, weswegen allein schon aus dieser Unklarheit des Antrags eigentlich klar ist, dass man ihm nicht mir nichts, dir nichts zustimmen kann. Um aber auch bei der steirischen Sozialdemokratie und ihren Verbündeten Freiheitlichen und Grünen Splittergruppen endgültig jede Klarheit für jede mögliche Klarheit zu sorgen (Abg. Mag. Zitz: „Habe ich etwas gehört?“), natürlich sind wir dafür, dass Vorteile, die aus der Regulatorverordnung erwachsen können für die Kunden, nicht aufgefressen werden durch Energiepreiserhöhungen. Und in diesem Sinne hat Waltraud Klasnic auch bereits am 10. Februar das der Öffentlichkeit kundgetan, dass sie sich auch als Eigentümervertreterin das von der ESTAG erwartet. Aber ich bitte euch einfach, auch bei so sensiblen Themen, vielleicht ein bisschen bei der Sache zu bleiben, gelegentlich den Gang der Dinge zu beobachten und nicht voreilige Schlüsse zu ziehen.

Bleibt abschließend ein wesentlicher Hinweis.

Ich darf schon daran erinnern, dass es die steirische Volkspartei hier im Steiermärkischen Landtag war, die die Forderung nach einem Betriebskostenhärteausgleichsfonds erhoben hat, ja, weil es natürlich nicht nur um Stromkosten geht. Und Kurt Gennaro hat es selbst angesprochen. Es gibt eine Reihe von Kosten, die jenen, die es sich nicht leisten können, Probleme bereiten. Morgen ist die nächste Verhandlungsrunde, eine intensivere hat bereits stattgefunden, nachdem es eine Zeit lang Terminprobleme gegeben hat, aber nicht bei uns, wie ich gleich hinzufügen möchte.

Zweitens: Der Landesbonus, um die Energiepreiserhöhung des letzten Jahres aufzufangen, ist in Ausarbeitung und ist ein Modell, das Waltraud Klasnic vorgestellt hat. Das heißt, jeder, der behauptet, es gäbe keine ausreichende Sensibilität im Umgang mit Energiekosten und Betriebskosten im Allgemeinen, glaube ich, hat bei der Debatte der letzten eineinhalb Jahre einfach nicht ausreichend zugehört. (Beifall bei der ÖVP.)

Und, meine sehr geehrten Damen und Herren, daher lässt sich abschließend mit Sicherheit feststellen, in Gottes Namen, wir werden dem Antrag der SPÖ zustimmen. Es ist damit für alle klar, was eigentlich immer klar war, dass auch wir dafür sind, dass, wenn der Regulator eine Verordnung macht, diese auch eingehalten wird. Solche Anträge haben natürlich einen bemerkenswerten Ausfluss, aber bitte. Und sinngemäß sind wir auch dafür, dass die Energiepreise im Gegenzug nicht erhöht werden, wie es unsere Frau Landeshauptmann bereits vor etlichen Tagen festgestellt hat. (Beifall bei der ÖVP.)

Das möchte ich abschließend hier nur feststellen. Mit einer allerletzten Erinnerung noch einmal, zu unterschiedlichen Themen nicht unterschiedliche Positionen einzunehmen an die Freiheitlichen und alle anderen gemünzt, weil wer sich angesehen hat jetzt etwa die Erläuterungen zu den Mehrkosten, die diese streckenweise Verkabelung dieser Leitung kosten würde, der soll zumindest, wenn er dafür eintritt, nicht gleichzeitig von Netzkostensenkungen und von Strompreissenkungen reden. Das ist unlauter und unlauterer Wettbewerb, den soll es auch vor Landtagswahlen nicht geben. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 15.08 Uhr.)

Präsidentin Beutl: Als Letzter zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Hagenauer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Hagenauer (15.08 Uhr): Ein Splitter – bin ich gefragt worden, ich wollte tatsächlich nur einen einzigen Aspekt hier bringen, nämlich, weil so viel die Rede war jetzt von einer sachlichen Diskussion, kann ich es mir nicht verkneifen, auf einen Aspekt hinzuweisen. Herr Klubobmann Drexler, es ist so, es ist tatsächlich so (Abg. Wiedner: „Du hast nicht gesagt was Sache ist!“), dass die Debatte bei der Senkung der Durchleitungstarife einerseits – und ich frage, ob dann eine derartige Senkung nicht einfach umgelegt wird auf eine Erhöhung der Arbeitspreise, also der Energiekosten, wie Sie das genannt haben, dass das tatsächlich zwei Paar Schuhe sind. Ich bin also nicht Ihrer Meinung, dass man nicht sehr wohl die Durchleitungstarife senken kann, und ich bin nicht der Meinung, ohne dass man gleichzeitig die Arbeitspreise erhöht. Das sind zwei Paar Schuhe. Ich werde versuchen, das zu erklären. Die Steiermark hat nicht zufällig die höchsten Durchleitungstarife in Österreich. Und warum? Da gibt es mehrere Gründe, mehrere. Einer davon ist sicher der schlitzohrige immer gewesen, dass man gesagt hat, wenn wir hohe Durchleitungstarife haben und hohe Fixkosten, dann haben wir zweifach gewonnen als Versorgungsunternehmen. Erstens, die Konsumenten kommen uns nicht aus. Wer hohe Fixkosten hat auf seiner Stromrechnung, wer hohe Durchleitungskosten hat, der kommt uns nicht aus. Das sieht man auch in der Praxis. Wenn meine Stromrechnung zu zwei Dritteln aus Durchleitungskosten besteht und nur zu einem Drittel aus dem eigentlichen so genannten Energiepreis, aus dem Arbeitspreis, dann habe ich einfach ein sehr geringes Motiv, als Konsument zu wechseln. Daher wechselt auch niemand. Und die Stromversorgungsunternehmen sind fein herausen, sie holen sich ihr Geld eben genau bei diesen Durchleitungstarifen. Das haben sie getan. Sie haben alle ihre Kosten – zum Teil haben wir uns im ESTAG-Untersuchungs-Ausschuss über diese Kosten ja auch unterhalten –, sie haben alle ihre Kosten, was nur gegangen ist, hineingerechnet in die Durchleitungstarife und haben auf diese Art und Weise eine Tarifgestaltung zustande gebracht, die für sie sehr günstig ist. Das ist nicht nur nicht im Interesse der Konsumenten in dem Sinne, wenn man sagt, der Konsument soll die Möglichkeit haben, auch im Zweifelsfall zu wechseln. Es ist vor allem auch in der Praxis nicht sozial und nicht ökologisch. Jeder hohe Fixkostenanteil bewirkt, dass ich natürlich als Konsument keinen Anreiz habe etwas zu sparen. Ich zahle ja sowieso. Das ist ein degressiver Tarif. Je mehr ich verbrauche, desto weniger zahle ich auf diese Art und Weise für die Kilowattstunde und es ist auch unsozial. Daher hat man diese Tarifstruktur auch gewählt in der Steiermark. Die Kleinen, die nicht auskommen, die nicht die Möglichkeit haben, wie ein großer Industriebetrieb, ein Großverbraucher, dort oder da anzurufen, bei den Bayernwerken und zu sagen, schickt mir ein Angebot. Wenn ich als Peter Hagenauer bei den Bayernwerken anrufe und sage, was ist euer Stromtarif und ich mache das das dritte Mal, dann kommen sie mich holen, logischerweise. Der kleine Konsument ist hier wehrlos. Das ist auch unsozial. Und ich bin mir schon bewusst, Herr Kollege Drexler, dass der Tarifregulator eine quasi Behördenstellung hat und dass er von Amts wegen hier prüft und entsprechende Festlegungen trifft. Nur de facto hat natürlich der Kollege Polz schon die gewachsene steirische Situation auch irgendwo berücksichtigen müssen. Und daher haben wir eben diese Tarife wie wir sie haben. Und natürlich wurde berücksichtigt, dass bei uns die E-Wirtschaft aus den bekannten Gründen einen gewissen Bedarf an Einnahmen hat, um das nobel zu umschreiben.

Worauf ich also hinaus will, ist das. Ich hoffe, Sie missverstehen mich nicht bewusst, aber die Frage, ob die E-Wirtschaft mit ihrem Geld gut umgeht und etwas verschwendet, ist eine Sache, dass sie sich nicht ungerechtfertigt bereichert. Das ist eine Sache. Und wenn wir sagen, okay, wir haben das sichergestellt, dass sie sich nicht ungerechtfertigt bereichert, dann bleibt uns immer noch die Frage, ob die Tarife so gestaltet sind, dass es hohe Fixkosten gibt beziehungsweise dass es hohe Durchleitungsgebühren gibt und dafür einen geringen Arbeitspreis oder umgekehrt, dass es nämlich geringe Durchleitungsgebühren gibt und dafür einen höheren Arbeitspreis. Über beides könnte man mit den Grünen reden. Also selbst, wenn man hier in der Steiermark es nicht schaffen sollte, die Einnahmen der Versorgungsunternehmen zu reduzieren, weil denen aus irgendeinem Grund der Nachweis gelingt, dass das nicht möglich ist, dass sie so viele Einnahmen brauchen. Selbst dann müssen wir darüber diskutieren, dass wir die Durchleitungstarife senken aus den genannten Gründen, aus ökologischen und sozialen Gründen, was natürlich umgekehrt bedeutet, dass man dann im Gegenzug, um ihnen die notwendigen Einnahmen zu sichern, die Arbeitspreise erhöhen muss. Das ist aber wie gesagt nicht unbedingt ein Schaden. In dem Sinne danke ich für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei den Grünen. – 15.15 Uhr.)

Präsidentin Beutl: Es liegt keine weitere Wortmeldung vor. Ich komme daher zur Abstimmung und ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Das ist die einstimmige Annahme des Antrages.

Ich ersuche nun die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der ÖVP, betreffend Weitergabe der Netztarifsenkung, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Auch das ist die einstimmige Annahme des Antrages.

Wir kommen nun zum Tagesordnungspunkt

10. Bericht des Ausschusses für Gemeinden und Sicherheit über den Antrag, Einl.-Zahl 2093/1, der Abgeordneten Gross, Mag. Zitz, Margarethe Gruber, Halper, Kröpfl und Dr. Reinprecht, betreffend Maßnahmen gegen Stalking.

Berichterstatterin ist Frau Landtagsabgeordnete Margarethe Gruber. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Margarethe Gruber (15.16 Uhr): Ich darf zur Einl.-Zahl 2093/1 berichten.

Als „Stalking“ wird ein Verhalten bezeichnet, das darin besteht, eine andere Person zu verfolgen und ihr gegen ihren Willen Kontakte aufzuzwingen, etwa durch Telefonterror, das Zusenden von Briefen, E-Mails oder SMS oder durch das „Abpassen“ bei ihrer Wohnung oder ihrem Arbeitsplatz.

Die Exekutive hat gegen Stalker gegenwärtig keine wirksame Handhabe und die Opfer finden sich als alleine gelassen.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung mit dem Ersuchen heranzutreten, folgende wirksame gesetzliche und damit verbundene organisatorische Maßnahmen zur Verhinderung von Stalking, zum Schutz der Opfer und zu einer angemessenen strafgerichtlichen Reaktion zu treffen.

Schaffung eines gerichtlichen Straftatbestandes, mit dem die fortgesetzte grobe Belästigung des Opfers, insbesondere durch wiederholtes Anrufen, Zusenden von Botschaften oder Sachen, Abpassen oder Nachstellen und Verfolgen, unter Strafe gestellt wird.

Die gegenwärtig auf die Familiengerichte beschränkte Befugnis, dem Gefährder das Kontaktieren des Opfers sowie den Aufenthalt an Orten zu untersagen, an denen mit einem Zusammentreffen zu rechnen ist, ist auf die Exekutive zu erstrecken.

Es ist eine angemessene, insbesondere den Bedürfnissen des Opfers nach einer wirksamen Beendigung des Stalking entsprechende strafrechtliche Reaktionsform zu suchen.

Die wirksame Umsetzung dieser gesetzlichen Neuerungen ist durch organisatorische Maßnahmen im Bereich der Sicherheitsexekutive, der Staatsanwaltschaften sowie der Gerichte sicherzustellen. Dazu zählen als begleitende Maßnahmen insbesondere Schulungen aller beteiligten Organe.

Weiter ist dabei die Schaffung von Kompetenz- und Servicezentren im Bereich der Sicherheitsexekutive erforderlich, um dem prozesshaften Charakter von Stalking, dem Erfassen der verschiedenen Delikte, auch über Ortsgrenzen hinweg, eine angemessene organisatorische Maßnahme entgegenzusetzen. (15.18 Uhr.)

Präsidentin Beutl: Als Erste zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Gross und ich erteile ihr das Wort.

Abg. Gross (15.18 Uhr): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren!

Im November 2003 habe ich in Wien an einer Fachtagung zum Thema „Gewalt gegen Frauen“ teilgenommen. Auf dieser Fachkonferenz wurde das Thema Stalking in Österreich erstmals thematisiert. Experten und Expertinnen diskutierten dabei über diese Form des Psychoterrors, unter der vor allem Frauen leiden müssen. Stalking beschreibt ein Verhalten, das durch wiederholte Kontaktaufnahme gegen den Willen der Opfer stattfindet. Die Frau Abgeordnete Grete Gruber hat dies in ihrer Berichterstattung ja schon aufgezeigt.

Ich möchte aber noch auf zwei Passagen aus unserem Antrag besonders aufmerksam machen, weil sie sehr wichtig sind. Stalking, meine Damen und Herren, ist Gewalt. Es ist das laufende Aufzwingen von Kontakten, die Frauen belästigen, die Frauen Angst machen. Diese äußerst gewalttätige Form des Verfolgtwerdens macht bloß im Zusammenhang mit Berühmtheiten, Schauspielerinnen und Schauspielern etwa, Schlagzeilen. Wo es allerdings genauso abzulehnen ist. Und obwohl laut einer IVES-Umfrage jede vierte Frau Erfahrungen mit Stalking gemacht hat beziehungsweise machen musste. Meine Damen und Herren, nach dem Vorbild bereits bestehender Anti-Stalking-Gesetze in den USA, Kalifornien hat bereit 1990 ein Gesetz gegen Stalking beschlossen, den Niederlanden, England, Belgien und Schweden, fordern wir auch für Österreich ein solches Gesetz. 80 Prozent der Stalkingopfer sind Frauen. Sie leiden unter den Folgen der psychischen Gewalt, die oft jahrelang andauert. Diese Frauen, aber auch Männer, müssen vor Übergriffen geschützt werden, bevor aus Psychoterror körperliche Gewalt wird.

Meine Damen und Herren, der Polizei sind nach der gegenwärtigen Rechtslage meist die Hände gebunden. Derzeit herrscht hier eine gewisse Grauzone. Erst wenn Stalking ein strafrechtlich relevantes Delikt ist, kann die Exekutive wirkungsvoll einschreiten.

Meine Damen und Herren, den Staat trifft zur Verhinderung von Gewalt eine besondere, im Verhältnis zu anderen Aufgaben, über die wir heute auch noch reden werden, sogar eine vorrangige Verantwortung. So wie auch die Gewalt in der so genannten Privatsphäre eine öffentliche Angelegenheit sein muss, deshalb die Opfer ein Recht auf staatliche Schutzmaßnahmen haben. Dazu muss rechtlich unter anderem der gerichtliche Strafbestand der fortgesetzten groben Belästigung geschaffen werden. Nach dem Beschluss der Resolution im Wiener Gemeinderat und auch im Grazer Gemeinderat muss nun die Bundesregierung tätig werden. Beim gesetzlichen Schutz für Opfer von Psychoterror, dem Stalking, ist Österreich international wieder einmal Schlusslicht. Nur ein diesbezügliches Gesetz kann die Opfer, und das sind vor allem Frauen, vor Nachstellung schützen.

Meine Damen und Herren wir brauchen in Österreich ein Anti-Stalking-Gesetz und deshalb muss die Steiermärkische Landesregierung tätig werden und als ersten Schritt die Bundesregierung auffordern, gesetzliche und damit verbundene Maßnahmen zu setzen, die wir in unserem Antrag angeführt haben, zur Verhinderung von Stalking, zum Schutz der Opfer und zu einer angemessenen strafrechtlichen Reaktion zu kommen. Derzeit wurde ja eine Arbeitsgruppe im Justizministerium eingerichtet, um das Thema auch mit Experten und Expertinnen aufzuarbeiten. Und ich hatte ja im Ausschuss schon Sorge gehabt, dass die ÖVP unserem Antrag den Beschluss versagt, aber inzwischen scheint auch Klubobmann Drexler unserer Meinung beigetreten zu sein. Denn es ist wichtig von der Steiermark aus ein Zeichen an die Justizministerin zu senden. Vielleicht unterstützen wir damit nicht nur unser Anliegen, sondern auch das Tempo, mit dem in diesem Bereich etwas im Bund geschehen muss.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall bei der SPÖ. – 15.23 Uhr.)

Präsidentin Beutl: Als Nächste zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Koller. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Mag. Koller (15.24 Uhr): Meine Damen und Herren, die Kollegin Gross hat, um wieder einmal etwas gegen die ÖVP zu sagen, einmal grundsätzlich gesagt, sie freut sich, dass wir in der Zwischenzeit so weit sind, dass wir dem zustimmen, ich darf aber widersprechen. Es ist schon klar, dass auch wir bemüht sind, solchen Dingen Rechnung zu tragen. In einem darf ich dir aber doch noch widersprechen, nämlich dass es wenig oder gar keine Männer betrifft. (Abg. Gross: „Sie sollten mir genau zuhören, im Ausschuss war das!“) Eine persönliche Begegnung hat mich eines Besseren belehrt. Erst vor kurzem traf ich einen Mann, der bombardiert wird mit laufenden Telefonanrufen. Wir waren zirka eine halbe Stunde dienstlich zusammen und es hat nonstop geläutet. Also, ich habe einen leichten Vorgeschmack bekommen, was so etwas bedeuten kann. Was heißt aber im Prinzip Stalking? Im Fachjargon wird ein komplexes Täterverhalten damit bezeichnet, das teilweise dem Mobbing entspricht, aber in einer anderen Form, in einem anderen Kontext ausgeübt wird. Also, es geht hier mehr um Belästigung, Verfolgung, Überwachung und sonstige Behelligungen, die eben häufig auf das Begehren des Täters zurückzuführen sind, dass das Opfer zu einer Beziehung mit dem Täter zu bewegen sein soll.

Es wird im weitesten Sinn von Psychoterror gesprochen, der auf der irrigen Annahme eben des Täters beruht, dass auf diese Art und Weise seine Zuneigung zum Opfer doch erwidert werden sollte. Das Problem kann dann auch in Hass, Rache oder Vergeltung ausarten, wenn man erkennt, dass dem selbstverständlich so nicht ist. Heute spricht man aber vom Stalking auch in weiterer Form, wenn keine persönliche Beziehung oder kein Familienbezug mehr zwischen Täter und Opfer vorhanden ist, also umso mehr ist ein Gesetzesantrag in diese Richtung zu begrüßen. Zu hartnäckigen Stalkern zählt man auch Querulanten, also Menschen, die laufend einen Grund finden, jemand anderen bei der Polizei anzuzeigen oder über alles und jedes mit jedem schimpfen und Ähnliches mehr. Stalking soll man als das sehen, was es letztendlich ist, nämlich ein höchst perfides Täterverhalten. Damit kann man Menschenleben zerstören. Das Opfer kann dauerhafte psychische Schäden erleiden. Die Tathandlungen diesbezüglich sind sehr vielgestaltig. Charakteristisch für sie ist aber, dass eine gewisse Kontinuität und Häufigkeit damit gegeben ist. Ein Stalking-Fall dauert auf Grund von statistischen Daten rund zwölf Monate, aber sehr viele Fälle gehen über Jahre, ohne dass das Opfer in irgendeiner Form sich wirklich zu helfen weiß. In zwei Dritteln der Fälle kennen sich Opfer und Täter aus einer früheren Beziehung, aber es gibt auch so genanntes Prominentenstalking, das heißt, es ist eine völlig unbekannte Person, die jemanden malträtiert. Eine amerikanische Umfrage hat ergeben, dass die Mehrzahl der Täter schon Männer sind, aber auch Damen vorhanden sind, die Männer auf diese Art und Weise bewegen wollen, zu ihnen zurückzukehren. In Zahlen ausgedrückt, pro Jahr spricht man von Opferzahlen von zirka einer Million Frauen und 370.000 Männern, auf Deutschland heruntergebrochen, auch da ein Anteil von 80 Prozent Frauen als Opfer und zirka 20 bis 25 Prozent der Opfer sind Männer. Was auch im Gegensatz zu Mobbing stehen kann, wo eben durchaus mehrere Täter einem Opfer gegenüberstehen, ist es bei Stalking umgekehrt, das heißt, ein Täter kann nicht nur eine Person, sondern das gesamte berufliche und private Umfeld dieser Person mit in diese Sache hineinziehen. Einige Beispiele für Stalking-Handlungen, es geht jetzt nicht nur um Telefonterror, es können auch diverse Schreiben von – nennen wir es einmal – Liebesbriefe sein, Drohungen, falsche Anzeigen in Zeitungen geschaltet werden, Hochzeits-, aber auch Todesanzeigen, gehässige Eintragungen im Internet, Verleumdungen, üble Nachreden und vieles mehr. Angeblich – und das

glaube ich auch – hat der Erfindungsreichtum von Stalkern keine Grenzen. Man kann nicht allzu viel dagegen tun, abgesehen jetzt von Ummelden des Telefons, was ja zum Teil aus beruflichen Gründen nicht immer geht. Man soll in einer schriftlichen Form oder auch natürlich unter Zeugen dem Täter unmissverständlich klarmachen, dass es nicht geht und sofort auch zur Polizei gehen, eine Anzeige unter Umständen auch gegen Unbekannt. Um dem Ganzen mehr Stärke zu geben, versuchen wir ja mit diesem Gesetzesantrag eine rechtliche Grundlage beziehungsweise rechtliche Basis zu schaffen. (Beifall bei der ÖVP.)

Man soll sich auch darüber im Klaren sein, dass dem Stalker in den meisten Fällen das Unrechtsbewusstsein und die Unrechtseinsicht fehlt, das heißt, er erkennt sein Unrecht nicht und muss eben dadurch mit diversen Maßnahmen gestoppt werden, um dieser Handlung eine Wirkung zu geben.

Die medizinischen Auswirkungen noch ganz kurz. Auf Grund des hohen psychischen Drucks müssen zirka 40 Prozent der Opfer eine medizinisch-psychologische Betreuung in Anspruch nehmen, wobei die Tragik dabei ist, dass dieser Druck nach Jahren nach Beendigung des Stalkings noch immer vorhanden sein kann. Und nach amerikanischen Untersuchungen sollen etwa 35 Prozent der Täter unter einer Geisteskrankheit leiden, also auch der Täter bedarf auf jeden Fall einer psychologischen oder psychotherapeutischen Hilfe. Darum bitte ist dieser Antrag unbedingt zu unterstützen, damit ein strafrechtlicher Tatbestand gegeben ist. Es fühlt sich damit das Opfer nicht allein gelassen, aber auch für den Täter sind dadurch sicherlich bessere Hilfsmaßnahmen möglich. Danke! (15.30 Uhr.)

Präsidentin Beutl: Als Nächste zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Zierler. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Zierler (15.30 Uhr): Danke, Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren im Hohen Haus!

Ich denke, ich erspare es Ihnen und mir, jetzt auch noch weitere Informationen zu Stalking zu geben. Ich glaube, von den Vorrednerinnen ist wirklich zum Inhalt alles gesagt worden, was man zurzeit weiß, welcher Informationsstand zurzeit vorhanden ist.

Ich finde es eine sehr gute Maßnahme, Frau Kollegin Gross, dass Sie diesen Antrag eingebracht haben, die freiheitliche Fraktion wird selbstverständlich mitgehen.

Sie haben die Arbeitsgruppe von unserer Justizministerin in Wien angesprochen. Und wenn Sie jetzt sagen, vielleicht beschleunigen wir damit, vielleicht können wir beschleunigen, wir können auf jeden Fall unterstützen mit diesem Antrag aus der Steiermark. Ich darf Sie vielleicht darauf hinweisen, dass wir nicht nur im Justizministerium einen Arbeitskreis haben, sondern dass wir auch am 1. März im Parlament eine parlamentarische Enquete zum Thema „Stalking“ machen, wo auch Ihre Stadträtin, die Stadträtin Wehsely, bereit war daran teilzunehmen. Es wäre auch fein, wenn sehr viele Landtagsabgeordnete an dieser Enquete im Parlament teilnehmen würden.

Jedenfalls für uns ein sehr wichtiges Thema und ich glaube ein Thema, bei dem man wirklich jede Parteipolitik außer Acht lassen muss. Danke! (Beifall bei der FPÖ. – 15.32 Uhr.)

Präsidentin Beutl: Es liegt keine weitere Wortmeldung vor.

Ich ersuche nun die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin die Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Das ist die einstimmige Annahme.

Wir kommen nun zum Tagesordnungspunkt

11. Bericht des Ausschusses für Kontrolle über den Bericht des Landesrechnungshofes, Einl.-Zahl 2123/1, betreffend stichprobenweise Überprüfung der Kosten- mit Leistungsrechnung der Steirischen Landesverwaltung.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Dr. Oliver Kröpfl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Kröpfl (15.32 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsident, meine Damen und Herren!

Der Ausschuss für Kontrolle hat in seiner Sitzung am 1. Februar 2005 über den Bericht des Landesrechnungshofes, laufende Nummer 135, betreffend stichprobenweise Überprüfung der Kosten- und Leistungsrechnung der Steirischen Landesverwaltung, beraten.

Der Ausschuss für Kontrolle stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Landesrechnungshofes, betreffend stichprobenweise Überprüfung der Kosten- und Leistungsrechnung der Steirischen Landesverwaltung, wird zur Kenntnis genommen.

Ich bitte um Annahme. (15.33 Uhr.)

Präsidentin Beutl: Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt keine Wortmeldung vor. Ich komme daher zur Abstimmung.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Das ist die einstimmige Annahme.

Wir kommen nun zum Tagesordnungspunkt

12. Bericht des Ausschusses für Verfassung und Verwaltungsreform über den Antrag, Einl.-Zahl 2144/1, der Abgeordneten Kröpf, Dr. Bachmaier-Geltewa, Dr. Reinprecht und Stöhrmann, betreffend „Gerichtsorganisation neu“.

Berichterstatter ist die Frau Landtagsabgeordnete Dr. Waltraud Bachmaier-Geltewa. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Dr. Bachmaier-Geltewa (15.33 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren!

Es geht uns um die möglichen Auswirkungen der geplanten „Gerichtsorganisation neu“.

So stelle ich namens meiner Fraktion folgenden Antrag:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, alles zu unternehmen, erstens um die im Rahmen der „Gerichtsorganisation neu“ geplanten Schließungen von Bezirksgerichten in der Steiermark zu verhindern, zweitens um die steirischen Regionen nicht weiter bezüglich öffentlicher Dienstleistungen und Infrastruktur auszuhungern, drittens dass es keine weiteren Schließungen von Postämtern, Gendarmerieposten, Bezirksgerichten, Finanzämtern und anderen öffentlichen Dienstleistungsangeboten in den steirischen Regionen gibt sowie viertens dass die Versorgung der ländlichen Gebiete mit öffentlichen Verkehrsmitteln verbessert wird.

Ich ersuche um Annahme. (15.34 Uhr.)

Präsidentin Beutl: Zu Wort gemeldet ist die Berichterstatterin und ich erteile der Frau Dr. Bachmaier-Geltewa das Wort.

Abg. Dr. Bachmaier-Geltewa (15.35 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren!

Mit diesem Antrag möchten wir einmal mehr unsere berechtigte Sorge ausdrücken, dass die steirischen Regionen immer mehr ausgehungert werden und dass diese Ausdünnung der Regionen System zu haben scheint und anscheinend noch lange nicht abgeschlossen ist. Dutzende Gendarmerieposten wurden bereits geschlossen. Fast 140 Postämter wurden in einer ersten Schließungswelle zugesperrt. Bis zu 60 weiteren Postämtern droht in einer zweiten Schließungswelle das Aus. Finanzämter wurden zusammengelegt, Bezirksgerichte wurden geschlossen, etliche weitere Bezirksgerichte sollen geschlossen werden und im Rahmen der „Gerichtsorganisation neu“ soll es in der Steiermark künftig nur mehr sieben Regionalgerichte geben, Strafsachen sollen nur mehr in Graz und in Leoben behandelt werden. Was bedeutet das? Der für jeder Mann/jede Frau gleiche und freie Zugang zum Recht wird drastisch eingedämmt. Eine Regelung, auf die wir im Rechtsstaat Österreich in der Vergangenheit stolz sein konnten, wird leichtfertig aufs Spiel gesetzt. Menschen und Regionen werden kaputt gespart. Es wird zwangsläufig zu noch mehr Abwanderungen kommen. Für viele wird nicht nur deshalb, aber wegen all dieser Maßnahmen, die diese Bundesregierung macht (Abg. Dirnberger: „Aber nicht wegen der Bezirksgerichte!“) und wo ihr tatenlos zuschaut, das ist die Realität. (Beifall bei der SPÖ.) Für viele wird der Begriff „Heimat“, der von der Frau Landeshauptfrau nur allzu gerne in den Mund genommen wird, bald nicht mehr existieren. Was wird künftig von unserer schönen Grünen Mark und ihrer herrlichen Landschaft übrig bleiben? Verlassene Gegenden ohne Menschen!

Ich wundere mich eigentlich nicht, dass die ÖVP diesem unserem Antrag im Ausschuss zugestimmt hat. Es stehen ja Landtagswahlen vor der Tür. Da kann man schwer argumentieren, dass man für die Schließung von Gendarmerieposten, Finanzämtern, Bezirksgerichten, Postämtern und so weiter eintritt. Ich vermisse bis heute den Aufschrei der Frau Landeshauptfrau zu all den unsozialen Maßnahmen, die diese Bundesregierung bereits seit fünf Jahren brutal durchzieht. Brutal! Das ist der richtige Ausdruck dafür! (Abg. Wiedner: „Brutal!“) Brutal! Brutales Drüberfahren ist das über die Menschen, die sich nicht wehren können. So ist es! (Abg. Wiedner: „Ein Skandal!“)

Schön schauen wir aus, hätte mein Kollege Gennaro gesagt. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich erinnere mich auch an die Äußerung des Herrn Klubobmannes Drexler. (Abg. Wiedner: „Frau Kollegin, wer hat Ihnen denn das vorgeschrieben alles?“)

Es sind ja schon genug geschlossen worden. Oder habt ihr das alles vergessen? Ich erinnere mich an die Äußerungen – (Abg. Hamedl: „Bitte sich das wirklich anzuschauen. Es wird kein einziger Gendarmerieposten geschlossen!“)

Herr Kollege, Sie können sich dann zu Wort melden und wenn Sie anderer Meinung sind, können Sie das da sagen! Wenn das nicht so kommt, wie es geplant ist, dann sind wir froh! Sehr froh sind wir da! (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Kröpf: „Waltraud, das tut ihnen weh!“)

Herr Kollege Wiedner, setze dich hin bitte und höre inhaltlich zu. (Präsident: „Am Wort ist die Frau Abgeordnete Bachmaier-Geltewa, bitte! Frau Abgeordnete, setzen Sie fort!“)

Ich erinnere mich an die Äußerungen des Herrn Klubobmannes. (Unverständlicher Zwischenruf des Abgeordneten Wiedner.)

Du brauchst ja nicht hinten herum zu nuscheln, sondern melde dich dann. (Präsident: „Herr Abgeordneter Wiedner, ich nehme die Wortmeldung Ihrerseits gerne entgegen!“)

Das ist meine Zeit, nicht deine!

Ich erinnere mich an die Äußerungen des Herrn Klubobmannes Drexler und es tut mir eigentlich sehr Leid, dass er jetzt nicht herinnen ist, im letzten Ausschuss. Bitte, wenn ihr es ihm dann mitteilt. Er hat nämlich die Begründung unseres Antrages als eine Frechheit bezeichnet. Und das muss man sich wirklich auf der Zunge zergehen lassen, lieber Kollege Bacher. In den Augen der ÖVP ist es anscheinend eine Frechheit, die Wahrheit aufzuzeigen. So weit sind wir schon gekommen! Wenn der Herr Klubobmann dann auch noch sagt, er wird heute alle positiven Dinge aufzählen, die diese Regierung beschlossen hat, das hat er ja nämlich im Ausschuss drüben angekündigt, dann wird das wohl seine kürzeste Rede hier im Landtag gewesen sein! (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Bacher: „Die Regierung macht so viele Sachen!“)

Ich möchte eurem Gedächtnis, weil ihr da immer sagt, positiv und so weiter, ein bisschen auf die Sprünge helfen und daran erinnern, lieber Herr Kollege Bacher, dass den Österreicherinnen und Österreichern in den letzten fünf Jahren fast 50 Belastungen angetan wurden. Und um nur einige zu nennen, damit ihr sie nicht vergesst. Abschaffung der vorzeitigen Alterspension wegen geminderter Arbeitsfähigkeit, Pensionskürzungsreform 2003, 2004 und 2005, Ambulanzgebühren, Unfallrentenbesteuerung, Studiengebühren, Abschaffung der beitragsfreien Mitversicherung der kinderlosen Ehefrau, Kürzungen beim Arbeitslosengeld und in der Arbeitsmarktförderung, obwohl wir derzeit 363.000 Arbeitslose haben! Noch nie da gewesen! Kürzung des Krankengeldes, höhere Krankenversicherungsbeiträge, gewaltige Erhöhung der Rezeptgebühren (Abg. Bacher: „Wer hat die Rezeptgebühr eingeführt?“), Erhöhung des Spitalselbstbehaltes, höhere Selbstbehalte bei Heilbehelfen, ich sage nur Brillenzuschuss, Verdoppelung der Kosten für die Kfz-Vignette, deutliche Erhöhung diverser Gebühren, Pässe und Personalausweise wurden doppelt so teuer! Entfall des Postensuchtages, Kürzung desurlaubes durch alle Gruppierungen und, und, und. (Abg. Wiedner: „Heute geben Sie schön Gas!“) Die Liste ließe sich noch lange fortsetzen. (Abg. Wiedner: „Das ist ein Skandal!“) Die Menschen haben immer weniger Geld zur Verfügung und da wundert es mich eigentlich nicht, dass immer mehr Menschen verarmen. Siehe Armutsbericht und wir werden ja in Kürze zur Dringlichen kommen, wo noch einiges zu diesem Thema diskutiert werden wird. (Abg. Bacher: „Der Klubobmann braucht jedenfalls länger für das Aufzählen der positiven Dinge!“)

Ja, wenn er nicht einmal herinnen ist, dann schaue ich mir das ja an. Da sieht man wieder einmal, wie wichtig ihm das ist. (Abg. Bacher: „Er kommt noch!“)

Ja, gut, dann kann er sich ja noch zu Wort melden. Aber – das ist ja das Tragische – all diese Verschlechterungen für die Menschen in unserem Lande, in einem Land, das zu den reichsten Ländern der Erde zählt und da frage ich mich schon, was die Frau Landeshauptfrau – sie ist leider auch nicht hier – dem entgegenzuhalten hat. (Abg. Riebenbauer: „Voves ist auch nicht da!“) Die Frau Landeshauptmann ist ja Regierungschefin in der Steiermark oder wer sonst? Und da frage ich mich schon, was die Frau Landeshauptfrau endlich für die Steirerinnen und Steirer macht. (Abg. Riebenbauer: „Sie kommt schon!“)

Ja, dann kann ich sie ja selbst fragen. Ja, reg' dich nicht so auf!

Dann wird uns die Frau Landeshauptfrau vielleicht sagen, was sie dagegen zu tun beabsichtigt.

(Abg. Hamedl: „1800 Millionen Staatsschulden SPÖ-Regierung!“)

Liebe Frau Landeshauptfrau, gebieten Sie den unsozialen Maßnahmen der Bundesregierung endlich Einhalt und sagen Sie Ihrem Klubobmann, dass es wichtigere Themen gibt als Tempo 160. Diese Forderung in Zeiten wie diesen ist wie eine Verhöhnung der Menschen! Kann sich da eigentlich der Klubobmann Drexler, weil er es da so immer mit dem Spiegel hat, da hätte ich ihn gerne gefragt, ob er sich überhaupt angesichts dessen selbst noch ruhigen Gewissens in den Spiegel schauen kann.

Meine Damen und Herren, ich komme schon zum Ende meiner Ausführungen. Ich hoffe auf Ihre Zustimmung, aber auch dass Sie Ihren Mitgliedern in der Bundesregierung zu verstehen geben, dass es so nicht weitergehen kann. (Beifall bei der SPÖ. – 15.44 Uhr.)

Präsident Purr: Nächste Wortmeldung Herr Abgeordneter Dirnberger bitte. Herr Abgeordneter bitte.

Abg. Dirnberger (15.44 Uhr): Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, werte Kolleginnen und Kollegen!

Frau Kollegin, ich bin sprachlos. Es ist sensationell, wie Sie das heruntergebetet haben, was Ihnen der Klub vorbereitet hat. Einmalig! Wenn ich in unser Land hinausschaue, dann ist es totales Ödland, alles zusammengebrochen, alles eine Katastrophe. Gott sei Dank ist es anders! Dass es punktuell Schwierigkeiten gibt, das können wir nicht verleugnen und da müssen wir hellhörig sein. Ich möchte nur erinnern, wenn wir unser Sozialbudget anschauen – das hat da gar nichts verloren, aber weil Sie es angesprochen haben –, in fünf Jahren haben wir das um 61,3 Prozent gesteigert! Wir haben es beschlossen! Ihr nicht!

Wir haben es beschlossen!

Das heißt, das muss ja alles auch verdient werden. Ihr glaubt immer, ihr könnt den Superreichen etwas wegnehmen. Denen kann man gar nichts wegnehmen. Die ganz normalen Menschen draußen, die arbeiten, Steuern zahlen, mit ihren Einkäufen und so, müssen das verdienen. Und dieses Wechselspiel muss ein gewisses Gleichgewicht haben.

Aber zurück zu den Bezirksgerichten. Wir sind auch der Meinung, dass irgendwann Schluss sein muss. Und da gibt es eine ganz klare Stellungnahme von unserer Frau Landeshauptmann und von Herrn Landesrat Schützenhöfer, wo es heißt: „Die Steiermark hat sich notwendigen und sinnvollen Reformen nicht verschlossen. Deshalb waren wir auch bereit, zwölf der damals 35 Standorte von Bezirksgerichten zusammenzulegen. Schließlich besteht die Bezirksgerichtsstruktur mehr als 150 Jahre. Das müssen wir auch zur Kenntnis nehmen, dass nicht alles, was vor Jahrhunderten, in der Monarchie und dergleichen, so war, heute noch Gültigkeit hat. Das heißt aber nicht, dass jetzt ein Kahlschlag durchgeführt werden darf. Jetzt aber muss Schluss sein. Zu einer Reform der Reform nach so kurzer Zeit sind wir nicht bereit. Sie ist auch in keiner Weise begründbar. „Ich habe damals dem Justizminister deutlich gemacht, dass wir ganz sicher nicht zustimmen, dass es Bezirke ohne Bezirksgericht gibt. Das gilt auch heute!“ (Beifall bei der ÖVP.)

Eine klare Aussage unserer Frau Landeshauptmann und zu der stehe ich auch und stehen wir alle.

Weil schon so viel von Infrastruktur gesprochen wird, schauen wir uns meinen Kernraum im Bezirk Voitsberg an – Köflach, Innenstadt, ausgehungert; Voitsberg baut ein Einkaufszentrum draußen, Innenstadt ausgehungert; in Rosental gibt es ein neues Einkaufszentrum; Bärnbach tut sich schwer. Wo ist da der Aufschrei der SPÖ? Das macht man selber, von der SPÖ aus, Innenstädte werden ausgehungert, und dann das große Jammern. Da tut mir eigentlich das Herz weh.

Und zu der Post, weil es angesprochen worden ist, das ist schon richtig, jedes Postamt tut weh, für einzelne Personen, keine Frage. Aber ehrlich gesagt, wie oft sind wir in einem Postamt gewesen? Wenn da überhaupt keine Einnahmen mehr sind, dann müssen wir es zur Kenntnis nehmen, dass es halt kein Postamt mehr gibt.

Was viel wichtiger ist als ein Postamt, viel wichtiger, das ist die tägliche Zustellung. Und da müssen wir verdammt aufpassen. Wenn die tägliche Zustellung nicht mehr funktioniert, das ist ein wirklicher Anschlag auf den ländlichen Raum. Wenn die Zustellung freigegeben wird, dann reißen sich alle um die Zentralräume – überhaupt kein Problem –, aber auf den Berg hinauf, in den Graben hinein fahren wir dann nicht mehr alle Tage. Da sind vor allem die Älteren die Hauptbetroffenen und da müssen wir verdammt aufpassen. Ich glaube, das ist viel wichtiger als jedes Postamt. Meines ist auch vor drei Jahren geschlossen worden. Kein einziger Bürger hat nach dem Postamt gefragt. Aber wenn der Briefträger nicht mehr täglich kommen würde, das würde weh tun.

Die Jammerei, die ihr so an den Tag legt, die kann ich nicht nachvollziehen, aber ich verstehe schon, Wahlkampf kommt, da muss man alles überzeichnen, da muss man Verunsicherung betreiben, ganz gezielt, verständlich. Ich hoffe, dass nach der Landtagswahl wieder eine sachliche Zusammenarbeit möglich ist.

In diesem Sinne werden wir eurem Antrag zustimmen.

Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 15.48 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Herr Abgeordneter Kasic. Bitte.

Abg. Kasic (15.48 Uhr): Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Es ist schon erstaunlich, mit welcher (Abg. Wiedner: „Brutalität!“) Brutalität, du sagst es richtig, mit welcher Brutalität, mit welchem Jargon, mit welcher Wortwahl sich Abgeordnete der SPÖ hier herstellen – (Abg. Kröpfel: „Aufpassen, was der Benni Bittmann gesagt hat!“) – Herr Klubobmann, tu einmal zuhören. (Abg. Dr. Bachmaier-Geltewa: „Tu die Dinge nicht verwechseln!“)

Tun Sie einmal zuhören, was ich sage, tun Sie nicht immer dazwischenschreien, Sie haben heraußen lange genug geschrien – mit welcher Wortwahl Sie sich hier herstellen und einen Ton an den Tag legen, der eigentlich diesem Haus nicht würdig ist, denn, meine Damen und Herren, eines muss man einmal sehr offen sagen, Ihnen geht es doch, wenn Sie ganz ehrlich sind, nicht um die Sache. (Abg. Kröpfel: „Das sagst gerade du!“) Sie wollen ja nicht sachlich mit uns diskutieren, denn wie wir Ihnen schon mehrfach gesagt haben und wie es soeben auch der Herr Abgeordnete Dirnberger gesagt hat, in der Sache, dass wir keine weiteren Zusammenlegungen von Bezirksgerichten wollen, sind wir einer Meinung. Wir sind übrigens, weil das heute schon angesprochen worden ist, auch einer Meinung gewesen, was die Weitergabe der Strompreissenkung betrifft. Nur, der Stil, in dem Sie bitte Ihre Prologe verfassen, der Stil, mit dem Sie hier schreiben von systematischer Aushungerung steirischer Regionen, wo Sie schreiben, dass die Menschen in Zukunft weite Wege auf sich nehmen müssen, um einen Brief aufgeben zu können, mir kommen schon schön langsam die Tränen, meine Damen und Herren. Sie machen diese Steiermark, in der so viel in den vergangenen Jahren passiert ist, in der wir, wenn Sie sich die Situation des Arbeitsmarktes anschauen, Fortschritte gegenüber der Bundespolitik erreicht haben, wenn Sie sich anschauen, was wir hier auch insgesamt an wirtschaftlicher Kompetenz erreicht haben mit den vielen Kompetenzzentren, die ganze Zeit madig und schlecht. Das hat die Steiermark nicht verdient und wir schon gar nicht. (Beifall bei der ÖVP.)

Liebe Frau Abgeordnete, lassen Sie sich aber auch noch etwas sagen: Wir wollen und werden auch diesen Stil jedes Mal in Ihren Prologen in den Anträgen, die Sie vorlegen, nicht mehr zur Kenntnis nehmen, wenn Sie etwa schreiben, die Form. Und das ist ja das Schlimme, Sie werfen uns vor, dass das eine neue Form der Verweigerung des Zugangs zum Recht für die Menschen ist.

Lassen Sie sich das bitte einmal auf der Zunge zergehen, was Sie uns hier vorwerfen: Dass wir den Menschen den Zugang zum Recht verweigern, nur weil es eine Reorganisation gegeben hat. Das ist doch einfach nicht wahr, ganz im Gegenteil. Es haben sich – und Sie selbst haben ja auch einen Antrag eingebracht, der etwa die Breitbandinitiative betrifft – auch die Kommunikationsmittel geändert. Die Menschen nutzen neue Kommunikationsformen. (Abg. Dr. Bachmaier-Geltewa: „Die ältere Generation nicht!“) Und stellen Sie bitte die Menschen in diesem Land, so wie Sie es immer tun, nicht dümmer dar. Die Menschen nutzen diese neuen Kommunikationsmittel. Sie müssen nicht mehr zum Postamt gehen, um einen Brief aufzugeben, sie kennen sich mit E-Mail aus, sie können telefonieren und man kann – Kollege Dirnberger hat es angesprochen – auch den Brief dem Zusteller mitgeben. Das passiert ja heute schon.

Sie können heute, liebe Frau Abgeordnete Bachmaier-Geltewa, dem Zusteller den Brief mitgeben, Sie können dort Geld aufgeben. Aus Ihren Äußerungen merke ich, dass Sie überhaupt nicht wissen, was in diesem Land alles passiert und was schon möglich ist. Das heißt, nutzen wir diese neuen Möglichkeiten.

Weil Sie etwas anderes angesprochen haben, nicht nur die Zusammenlegung der Gerichte und Ähnliches, sondern Sie haben natürlich auch die Sicherheitsdiskussion angezündet, wissen Sie, wie viele Gendarmerieposten und Polizeiwachzimmer in der SPÖ-Ära geschlossen worden sind? Wissen Sie es? Na, großes Fragezeichen? Ist klar, Sie wissen es nicht, Sie schreiben nur einen Antrag und wissen nicht, wovon Sie reden. 193 Gendarmerieposten, liebe Frau Abgeordnete, waren es und 20 Polizeiwachzimmer, die in der Ära der SPÖ geschlossen worden sind. Diese Zahlen muss man einmal hören und sich vor Augen führen und nicht einfach Dinge hier behaupten, die nicht stimmen.

Es klares Wort zum Abschluss: Wir werden als ÖVP, und das ist heute schon einmal sehr klar gesagt worden, in der Steiermärkischen Landesregierung – und ich hoffe, dass hier Ihre Kollegen in der Landesregierung, die zwar meistens bei diesen Dingen nicht mit dabei sind, dass sie hier mitstimmen werden – keiner weiteren Schließung, keiner weiteren Zusammenlegung zustimmen. Ich hoffe, dass wir auch Ihre Regierungskollegen hier mitnehmen können.

Ein klares Ja zu den bisherigen Reformen, aber auch ein klares Nein zu weiteren Maßnahmen.

Ich danke! (Beifall bei der ÖVP. – 15.53 Uhr.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung, Herr Abgeordneter Stöhrmann. Bitte.

Abg. Stöhrmann (15.54 Uhr): Sehr verehrter Herr Präsident, werte Mitglieder der Landesregierung! 16 Uhr am Nachmittag, normalerweise müsste das Mittagsschläfchen ja schon vorbei sein.

Ich nehme zur Kenntnis, dass sich die Kolleginnen und die Kollegen der ÖVP sehr für die Sicherheit einsetzen. Jetzt auf einmal, sage ich dazu, weil es für mich unverständlich ist, dass in der ganzen Zeit, als diese erste Schließungswelle übers Land rollte, sich niemand, aber schon gar niemand von Ihnen zu Wort gemeldet hat, vor allem deswegen, weil es da andere Gemeinden, nämlich die roten Gemeinden, in erster Linie betroffen hat, weil man sich damals im ÖVP-Klub darüber unterhalten hat, welche Gendarmerieposten in roten Gemeinden wir zusperren und welche wir offen lassen.

So war die Situation damals, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das ist Ihre Ansicht von Sicherheit. Ich weiß schon, dass Sie unter Sicherheit Anderes verstehen. Vielleicht den Kauf von Abfangjägern, vielleicht deswegen, weil dort mehr zu verdienen ist, meine sehr verehrten Damen und Herren. Aber die Sicherheit spielt sich vor Ort ab. Und ich werde Ihnen sagen, warum das so ist. Ich habe mich gefreut, als in der letzten Ausschusssitzung der Herr Klubobmann Drexler davon gesprochen hat, dass er diesem Antrag zustimmen wird, obwohl die Begründung nicht passt. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn diese Begründung nicht passen würde, dann würden wir so einen Antrag nicht einbringen. Weil diese Begründung passt, deswegen gibt es diesen Antrag. (Beifall bei der SPÖ.) Ich werde Ihnen ganz genau sagen, warum es so ist und warum die Kollegin Bachmaier-Geltewa Recht gehabt hat, als sie gesagt hat, dass seit dem Bestehen der schwarz-blauen Bundesregierung das Land systematisch ausgehungert wird und die Sicherheit darunter leidet. Sie können es ja an den Daten der Kriminalstatistik nachvollziehen. Am 2. Juli 2002 wurden insgesamt elf steirische Bezirksgerichte geschlossen, und zwar folgende: Oberwölz, Neumarkt, Mariazell, Kindberg, Eisenerz, Rottenmann, Gröbming, Birkfeld, Mureck, Wildon und Eibiswald, nach langer Diskussion auch das Bezirksgericht Bad Aussee. Das Bezirksgericht Kindberg wurde geschlossen und die ganze Abwicklung in das Bezirksgericht Mürzzuschlag überführt, welche Adaptionen man dort vornehmen musste, auf die gehe ich gar nicht näher ein, denn ursprünglich war es gar nicht möglich, dort einen geregelten Betrieb aufzunehmen. Man hat damals gesagt, dass das die letzte Schließungswelle sein wird. Jetzt stehen wir wieder vor einer neuen Schließungswelle! Damals hat man den Standort Mürzzuschlag garantiert, heute ist leider keine Rede mehr davon. Und weil ich schon vom Bezirk Mürzzuschlag spreche, meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist Tatsache, dass die Postämter in Kindberg, Amühl, in Mürzhofen, in Veitsch, in Hönigsberg, in Frein, in Mürzsteg, in Steinhaus, in Kapellen und Spital geschlossen wurden, aber nicht deswegen – wie der Kollege Dirnberger gemeint hat –, weil es Postämter waren, wo keiner hineingegangen ist, wo es keinen Umsatz gegeben hat. Ich kann Ihnen den Umsatz des Postamtes Mitterdorf heute noch belegen. Er

war hoch positiv. Trotzdem hat man dieses Postamt geschlossen, weil es eine rote Gemeinde war scheinbar! Deswegen, meine sehr verehrten Damen und Herren. So können Sie mit uns nicht umspringen und letzten Endes liegt die Verantwortung bei der Mehrheitspartei in diesem Lande. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Kasic: „Wie hoch war der Umsatz?“)

Wie schaut es mit den Gendarmerieposten in diesem Lande aus? Die Gendarmerieposten in Hönigsberg, in Mitterdorf-Wartberg, in Stanz, in Mürzsteg und Allerheiligen wurden zugesperrt! Man hat auf die Sicherheit in unserem Bezirk verzichtet, man hat Parteipolitik betrieben, man ist drübergefahren und man hat Politik gemacht gegen das Wohl der Menschen. Schauen Sie sich heute die Kriminalstatistik in diesem Lande an! So viel Delikte wie noch nie! So niedrige Aufklärungsrate wie noch nie! Das ist Ihr Sicherheitsdenken, meine sehr verehrten Damen und Herren. Und wenn nun auch noch das Bezirksgericht in Mürzzuschlag geschlossen wird, dann haben wir die Situation, dass die Menschen innerhalb eines Bezirkes fast 100 Kilometer fahren müssen, um zu einem Bezirksgericht zu kommen. Das ist nicht das, was wir uns für die ländlichen Regionen vorstellen. Schauen Sie im Power-Plan nach, dort können Sie genau nachlesen, wie wir uns die Aufwertung der Regionen vorstellen. Und solange Ihnen, meine sehr verehrten Damen und Herren von der ÖVP, nichts anderes einfällt, als zu diesen Fakten nur höhnisch zu lachen, so lange wird sich in diesem Lande auch nichts ändern.

Darum ist es Zeit, dass es in diesem Lande eine Veränderung gibt, dass andere an die Spitze kommen, die die Verantwortung in dieser Steiermark wirklich wahrnehmen, nämlich unser Landeshauptmannstellvertreter Franz Voves. (Beifall bei der SPÖ.) Der weiß, wo es lang geht, meine sehr verehrten Damen und Herren. Ich weiß, dass es Ihnen weh tut, dass hier ein Mann gekommen ist, der von Politik und vor allem von Wirtschaftspolitik etwas versteht. Denn die Kompetenz der ÖVP in Sachen Wirtschaft, sie hat sich hinlänglich erschöpft, wie wir gesehen haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir treten für die Aufwertung der Regionen ein, wir wollen, dass die Regionen sicherer werden, dass die Kriminalstatistik und die Deliktstatistik wieder besser werden. Dafür treten wir ein und dafür haben wir auch diesen Antrag gestellt. Ich bedanke mich, dass Sie wenigstens so weit sind und diesem Antrag zustimmen! (Beifall bei der SPÖ. – 16.00 Uhr.)

Präsident: Meine Damen und Herren, gibt es noch Wortmeldungen? Ja.

Meine Herrschaften, es ist erforderlich jetzt zur Dringlichen überzugehen und dann nach der Dringlichen bei Tagesordnungspunkt 12 mit den Wortmeldungen fortzusetzen.

Es wurde eine Dringliche Anfrage am 10. Februar 2005 von den Abgeordneten der SPÖ, betreffend Armut in Österreich, an Herrn Landesrat Dr. Kurt Flecker eingebracht. Ich erteile nunmehr dem Abgeordneten Kröpfl das Wort zur Begründung der Dringlichen Anfrage und verweise darauf, dass für die Begründung eine Redezeitbegrenzung von 20 Minuten, Herr Abgeordneter, vorgesehen ist. Sie sind am Wort.

Abg. Kröpfl (16.01 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine verehrten Herren auf der Regierungsbank, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren im Zuschauerraum!

Wieder einmal ist – für uns ja nicht ganz verwunderlich – in diesem Land das große Schweigen ausgebrochen. Ich glaube, das hat nichts mit der Fastenzeit zu tun, sondern das hat damit zu tun, dass diese Bundesregierung einen vernichtenden Sozialbericht über die Jahre 2003 und 2004 vorgelegt hat. Der Sozialbericht hat Fakten in sich, die erschütternd sind. Aber noch schlimmer ist es, dass man dazu weder von Herrn Bundeskanzler Schüssel noch von unserer Frau Landeshauptmann Klasnic auch nur ein Wort gehört hätte. Wenn wir in den letzten Jahren, verehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, immer wieder auf diese verheerende schwarz-blaue Politik hingewiesen haben, dann hat es immer geheißen von Seiten der ÖVP, das sind die Vernaderer, das sind die Nestbeschmutzer, das sind diejenigen, die die Steiermark und die Österreich schlecht machen. Ja, was ist denn jetzt? Was macht ihr denn jetzt? Diesen Bericht hat nicht die Opposition erstellt, falls euch das entgangen ist, dieser Bericht kommt direkt vom Bundesministerium für Soziales und Gesundheit, liebe Kolleginnen und Kollegen. Bezeichnet ihr jetzt auch den Herrn Minister Haupt und alle anderen, die dafür verantwortlich sind für diesen Bericht, als Nestbeschmutzer, als Vernaderer, als solche, die unser Land schlecht machen? Wo ist denn jetzt eure Reaktion dazu, liebe Kolleginnen und Kollegen? Nicht vorhanden, muss man sagen. (Abg. Wiedner: „Ein ehrlicher Bericht!“) Ein ehrlicher Bericht, leider. Mit diesem Bericht hat die schwarz-blaue Regierung nämlich ihr Versagen zugegeben. Eindeutig nachzulesen in diesem dicken Kompendium. Das kann jeder genau sehen. Sie hat sich damit ein eigenes – so wie es manche Kommentatoren geschrieben haben – ein eigenes Armutszeugnis ausgestellt. Armutsbekämpfung ist für diese Regierung, weder für die Bundesregierung noch für die Landesregierung ein Thema. Sie sollten sich langsam von der Seite der ÖVP überlegen, ob Sie den Begriff Soziales überhaupt noch im Zusammenhang mit Ihrer Partei verwenden. Denn das, was in diesem Bericht herauskommt, ist nicht sozial, sondern das zeigt eindeutig auf, wie unsozial Ihre Politik im Bund und auch im Land teilweise gewesen ist.

Sehr geehrte Damen und Herren, und weil es immer wieder heißt, ja, ihr von der SPÖ und ihr von den Grünen, die sind alle diejenigen, die alles so schlecht machen, ein Zitat von einem Ihnen allen sehr gut bekannten Mann. „Die Steuerpolitik ist mitverantwortlich dafür, dass Armut und Reichtum nebeneinander wachsen.“ Und wissen Sie, wer diesen Satz gesagt hat? Herr Küberl, der Chef der Caritas, der mit Armut mehr zu tun hat als ihr wahrscheinlich als Abgeordnete von der ÖVP und von der FPÖ in diesem Land.

Und auf diese Tatsache, dass es bei der Besteuerung schon nicht funktioniert, habe ich schon bei meiner Budgetrede 2003 hingewiesen. Ich habe damals gesagt, wir brauchen eine andere Umverteilung der Steuermittel, wir müssen darauf schauen, dass es nicht zu einem Abgleiten kommt und jetzt siehe da, bekomme ich auch Recht von einigen Kommentatoren aus den Printmedien. Ich darf nur ein Beispiel zitieren, das sagt Herr Johannes Kübeck in der „Kleinen Zeitung“ am 9. Februar 2005, Zitat: „Die beiden Seiten der Sozialbilanz erlauben es nicht, zur Tagesordnung überzugehen. So ist die Zunahme an Reichtum individuell erfreulich, es fällt aber auf, dass für die Gemeinschaft nichts abfällt. Die Reichen zahlen nicht mehr, sondern immer weniger Steuern.“

Am anderen Ende der Skala gibt es andere Sorgen als das Vermeiden der Steuerpflicht. Da geht es darum, überhaupt zu Einkommen zu gelangen, egal ob steuerpflichtig oder nicht. 450.000 Österreicher sind an oder bereits jenseits der Schwelle zur Armut, obwohl es im Haushalt zumindest einen Hauptverdiener gibt.“ – Zitat Ende.

Sehr verehrte Damen und Herren, ich glaube, dem braucht man nicht mehr viel hinzufügen.

Die letzte, angeblich diese größte Steuerreform aller Zeiten, die von dieser Bundesregierung ganz gewaltig mit Steuermitteln in den Zeitungen beworben wird, mit seitengroßen Inseraten, die aus Steuermitteln bezahlt werden, diese angeblich größte Steuerreform trägt zur Armutsbekämpfung aber überhaupt nichts bei.

Aber leider sind auch die Zahlen – und da kommen wir jetzt wieder ein bisschen zurück auf die steirische Situation – der Arbeitslosen in der Steiermark wieder gestiegen. Diese steigenden Zahlen bei den Arbeitslosen sind auch ein Zeugnis dafür, dass wir seit einiger Zeit eben eine mutlose Wirtschaftspolitik in diesem Land haben, die von Herrn Wirtschaftshistoriker Landesrat DDr. Schöpfer betrieben wird. Man kann es sich ja nicht anders erklären, dass bei uns im letzten Jahr die Arbeitslosenzahlen um 3,8 Prozent gestiegen sind, während sie in Wien, wo Sie das immer von der ÖVP und von der FPÖ bringen, um 5,4 Prozent gesunken sind. Also, wo gibt es jetzt die bessere Wirtschaftspolitik? Ich glaube, in der Steiermark leider nicht, sehr geehrte Damen und Herren.

Es ist traurig, dass wir in diesem Land 48.277 Arbeitslose Ende Jänner zu verzeichnen haben. Das ist eine traurige Tatsache.

Es freut mich, dass Sie heute von der ÖVP so ruhig sind, weil diese Fakten sind so erdrückend, dass nicht einmal Sie zu einem Zwischenruf bereit sind. Das sind wirklich niederschmetternde Zahlen für Sie. (Abg. Straßberger: „Dazu kann man nichts dazwischen sagen!“)

Diese Entwicklung widerspricht aber ganz eindeutig dem, was die Frau Landeshauptmann uns beim Sonderlandtag zu Spielberg gesagt hat, liebe Kolleginnen und Kollegen. Dort hat sie nämlich hochgejubelt, wie gut die steirische Situation ist.

Die steirische Situation ist leider nicht so gut. Entweder ist die Frau Landeshauptmann damals falsch informiert worden oder sie hat sich falsch informiert.

Dieser Sozialbericht, verehrte Damen und Herren, ist diesmal nicht als Hochglanzbroschüre erschienen – das ist Ihnen auch schon aufgefallen – und es lacht kein Gesicht von einer Ministerin oder von einem Minister heraus. Vielleicht hängt das auch damit zusammen, dass gerade dieser Ministerwechsel im Sozialressort gewesen ist oder vielleicht hängt auch der Rücktritt des Herrn Ministers Haupt schon mit diesem Bericht zusammen, dass nämlich auch die FPÖ, die Partei, die sonst immer für die Schwachen, Braven und Fleißigen eintritt, jetzt erkannt hat, wo sie mit ihrer Sozialpolitik hingekommen ist.

13,2 Prozent der Österreicher sind armutsgefährdet. Das sind, meine Damen und Herren, 1,044.000 an der Zahl. (Abg. Gennaro: „Beschämend!“)

Dass darunter 284.000 Jugendliche unter 19 Jahren sind und dass vor allem darunter 573.000 ältere Frauen sind, das ist bedrückend, das ist beschämend, verehrte Damen und Herren.

In der Steiermark ist es auch nicht anders, weil wir haben hier auch 70.000 akut von Armut Gefährdete und 16.000 armutsgefährdete Steirerinnen und Steirer.

Diese Spirale zwischen den Reichen und den Armen wird immer größer, geht immer weiter auseinander, und das ist wirklich beschämend.

Dieser Sozialbericht zeigt wirklich unverblümt die Ernte, in dem Fall muss man ja sagen die Missernte dieser schwarz-blauen Regierung auf. Man sieht daraus auch eindeutig, wer die Profiteure von dieser schwarz-blauen Politik sind, nämlich das sind die Reichen. Das ist Ihr Klientel, das Sie vertreten und für das Sie auch eintreten. Das ist – und das erdrückt uns in der Steiermark noch ganz besonders – jene Regierung, die sich die Frau Landeshauptmann so sehr immer gewünscht hat. Sie hat immer gesagt, schwarz-blau, das ist das Beste, das ist das, was wir brauchen in diesem Land.

Frau Landeshauptmann, da darf ich auch wieder einen Spruch von Ihnen verwenden. Sie sagen immer wieder, Sie lieben alle Steirerinnen und Steirer. Wissen Sie, wen Sie lieben, Frau Landeshauptmann? Sie lieben die Bartensteins, Sie lieben die Herbersteins, aber Sie lieben nicht diese 70.000 von Armut gefährdeten Steirerinnen und Steirer, und das ist aber tatsächlich traurig, verehrte Frau Landeshauptmann. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Mag. Drexler: „Voves soll sich das genau anschauen!“)

Warum schauen Sie, Frau Landeshauptmann, hier tatenlos zu? Sie haben zu diesem Armutsbericht keine einzige Äußerung bisher abgegeben. Dass Ihnen die Ärmsten nicht besonders am Herzen liegen, das ist uns allen klar.

Das ist uns auch klar seit dem vorigen Jahr, als wir den Heizkostenzuschuss beantragt haben. Da haben Sie gesagt, Sie haben keine Geldmittel dafür zur Verfügung. Wer ist eingesprungen? Landesrat Flecker.

Im vorigen Jahr, als es darum gegangen ist, diesen so genannten Bonus für die Stromkunden zu beschließen (Abg. Mag. Drexler: „Dafür hat Landesrat Flecker in seinem Budget eine eigene Geldpipeline eingerichtet!“), wann haben Sie erst darauf reagiert? Erst als der Druck aus der Öffentlichkeit so groß wurde und als der Druck von den politischen Mitbewerbern so groß wurde, dass Sie nicht mehr anders konnten. Dann haben Sie dem zugestimmt und heute gehen Sie hin und verkaufen das als Ihre Idee. Und das ist Ideenklau im reinsten Format, verehrte Frau Landeshauptmann.

Wo bleibt denn Ihr soziales Gewissen? Sie sind doch jahrelang landaus, landein herumgezogen als die soziale Landesmutter. Aber dieser Glanz ist leider verloren und zum Glück, sage ich, verehrte Damen und Herren, erkennen die Steirerinnen und Steirer das bereits. (Abg. Tasch: „Tu dich ja nicht täuschen!“)

Aber weil Sie als Regierungschefin, Frau Landeshauptmann, in der Steiermark nichts gegen diesen Sozialbericht aufgezeigt haben, entwickeln – (Abg. Mag. Drexler: „Wann kommt die Frage an Herrn Landesrat Flecker?“)

Warte ein bisschen, du wirst es erwarten. Ich habe ja noch Zeit. Wir haben nur drei Fragen und diese drei Fragen sind so intensiv, dass ihr schauen werdet, welche Antworten er geben wird. Ich bin schon froh, wenn der Kurt Flecker dann seine Antworten geben wird. Wir haben ja diese Dringliche gebraucht, damit die ÖVP und die FPÖ endlich einmal aufwachen zu diesem Armutsbericht. Bis jetzt habt ihr euch ja versteckt, habt euch gar nicht rausgetraut, das ist ja schlimm. (Beifall bei der SPÖ.)

Unter der Tuchent, habt ihr geglaubt, könnt ihr das wieder machen und vielleicht totschweigen, wie so manche andere Probleme in diesem Land, verehrte Damen und Herren.

Aber weil Sie als Regierungschefin in der Steiermark, verehrte Frau Klasnic, nichts gegen diese im Sozialbericht aufgezeigten Entwicklungen unternehmen, hat unser Landesrat Flecker ständig einspringen müssen, um diese Verarmung zumindest ein bisschen abzufedern. Mit seinen Finanzmitteln kann er natürlich nicht diesen Grauslichkeiten der Bundesregierung absolut entgegentreten, aber er kann etwas abfedern.

Durch die Beantwortung der Dringlichen Anfrage wird Ihnen, verehrte Damen und Herren, unser Herr Landesrat Flecker beweisen, wer die soziale Kompetenz in diesem Land innehat, nämlich unser Landesrat Dr. Flecker.

Ich hoffe auch, dass die Kolleginnen und Kollegen der ÖVP und auch der FPÖ über ihren Parteischatten springen und unseren Anträgen, die vom Inhalt her dazu beitragen können, um die Armut in diesem Land etwas zu lindern, zustimmen werden. Verehrte Damen und Herren, ich ersuche Sie darum.

Nun komme ich zu den konkreten Fragen an unseren Landesrat Dr. Flecker:

Frage eins: Wie ist die Situation in Bezug auf die Armutsgefährdung der Steirerinnen und Steirer?

Frage zwei: Welche Maßnahmen können Sie als Soziallandesrat zur Bekämpfung der Armut in der Steiermark setzen?

Frage drei: Welche direkte Unterstützung erhalten Sie hierbei von der Bundesregierung?

Gleichzeitig stellen die unterfertigten Abgeordneten nach Paragraph 68 Absatz 1 in Verbindung mit Absatz 4 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages den Antrag, über die Dringliche Anfrage die Wechselrede zu eröffnen.

Ich bin schon neugierig, verehrte Damen und Herren von der ÖVP und von der FPÖ, was Sie zu diesem Armutsbericht sagen werden, welche Positionen Sie einnehmen werden. Unsere sind klar: So darf es in diesem Land nicht weitergehen, dass immer mehr Leute von Armut betroffen sind, dass man der Jugend keine Chance gibt und dass man vor allem die Frauen immer mehr in die Armutsfalle treibt. (Beifall bei der SPÖ. – 16.14 Uhr.)

Präsident: Zur Beantwortung der Dringlichen Anfrage erteile ich nunmehr dem Herrn Landesrat Dr. Kurt Flecker das Wort. Herr Landesrat, bitte.

Landesrat Dr. Flecker (16.15 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich will mit einer Szene aus dem Film von Michael Moore „Fahrenheit 9/11“ beginnen. Präsident Bush spricht dort zu einer Gesellschaft von Superreichen anlässlich einer Veranstaltung zur Finanzierung seines Wahlkampfes. Und er sagt dort, ins Deutsche übersetzt: „Manche nennen euch die Habenden oder die Nachmehrer-Habenden – ich nenne euch meine Basis.“ Es ist das ein sehr offenherziges Geständnis eines Paradigmenwechsels in der Politik überhaupt. Die Reichen, die Superreichen brauchen bei den Regierungen kein Lobbying mehr betreiben, weil gewählte Regierungen oder in dem Fall Präsidenten selbst zu Lobbyisten der Reichen und Superreichen geworden sind.

Das ist die Folge eines Sieges des neoliberalen Systems mit seinem ungezügelt globalen Markt beziehungsweise die Kapitulation vor ihm. Die Folgen eines derartigen Systems sind dramatisch:

Die Interessen der Shareholder stehen vor jenen der Arbeitnehmer. Man liefert sich unter dem Vorwand der Standortsicherung einen Wettbewerb im Steuerdumping zugunsten der Multis. Politik selbst übt sich in wirtschaftspolitischer Enthaltbarkeit und diskreditiert jeden Versuch demokratischer Regulierung. Daraus folgt natürlich schon wieder, dass Politik für die Reichen gemacht wird und es für sie leichter ist sich durchzusetzen.

Der Druck auf öffentliche Haushalte in Richtung Nulldefizite oder sogar Überschüsse geht in erster Linie auf Kosten der Gestaltungsfähigkeit in der sozialen Absicherung. Ein Nichteingreifen in wirtschaftspolitische Mechanismen und den freien Markt schafft Massenverhältnisse, bei denen naturgemäß der Große den Kleinen schluckt und der Starke gegen den Schwachen gewinnt. Es entstehen Abhängigkeiten, Ungerechtigkeit und Armut.

Sozialpolitik kann nicht mehr aktiv in die Wohlstandsgesellschaft integrieren, sondern nur mehr eine immer größere Zahl von Menschen gegenüber dem Schlimmsten absichern.

Die Teilung der Gesellschaft in zwei oder drei Wohlstands-Klassen wird und ist Realität. Und wer glaubt, dass diese Entwicklung vor unserer Haustüre halt macht, wird durch den Armutsbericht eines Besseren belehrt. Wer aber meint, dass Politik das nicht verhindern kann oder wir derartige Entwicklungen schicksals-ergeben hinnehmen müssen, versteht Politik falsch.

Wo soll eigentlich der wahre Sinn politischen Handelns liegen? Wohl im regulierenden Eingriff, der Gerechtigkeit schafft zwischen Starken und Schwachen, wenn sie in einem freien Markt aufeinander treffen. Das heißt, jede Ausrede der notwendigen Kapitulation vor Entwicklungen ist bereits Bestandteil von Ideologie und solche Politik ist lediglich vorgeschobene Ausrede für eigenes soziales Fehlverhalten. Österreichs Politik seit Amtsantritt der unseligen Kabinette unter Schüssel ist Musterbeispiel dafür. (Abg. Mag. Drexler: „Der unzähligen oder der unseligen?“) Unseligen, unseligen! Wenn Sie zwei unzählig bezeichnen, dann können Sie wahrscheinlich nicht bis drei zählen. (Beifall bei der SPÖ.)

Es ist fraglos eine Schande, wenn im drittreichsten Land Europas und sechstreichsten Land der Erde ein Armutsbericht vorgelegt wird, der derartige Ergebnisse zeigt.

Einer von 17 Einwohnern lebt unter der Armutsgrenze, ein Zweiter von diesen ist von Armut gefährdet. Unter der Armutsgrenze, das ist in etwa ein Einkommen von 21 Euro pro Tag, leben zurzeit 467.000 Österreicher und vor fünf Jahren waren es 290.000. Die Armutsstatistik ist unmissverständlicher Beweis für die Auswirkungen einer neoliberalen und den Grundkonsens der zweiten Republik negierenden Politik durch die Regierungen Schüssel und jener Finanzminister, der Österreich mit dem Fetisch des Nulldefizites getäuscht hat, übt sich darin, gemeinsam mit dem Regierungschef permanent die Situation Österreichs zu relativieren und zu schönen. Werte wie angebliches Wirtschaftswachstum, Exportkapazitäten, Handelsbilanzverbesserungen, Börsenkurse und dergleichen werden in schönfärberischer Absicht in den Vordergrund gestellt.

Die Qualität einer sich human nennenden Gesellschaft hat sich meiner Meinung am Anteil jener zu messen, die Anteil haben können am allgemeinen Wohlstand und an der Qualität der Politik für jene, denen dies verwehrt ist. Dieses Maß sollte eigentlich auch christlich-sozialen Bewegungen zur Hand sein. Ich vermisse bei jenen Parteien, die dieses Prädikat für sich in Anspruch nehmen, glaubwürdiges entsprechendes Handeln.

Im Jahr 2000 lebten 290.000 Personen in akuter Armut, heute sind es 467.000, ein Zuwachs von 61 Prozent. Die Zahl der armutsgefährdeten Personen stieg im gleichen Zeitraum von 930.000 auf 1.044.000. Das bedeutet, dass laut Armutsbericht 2003 jeder Achte in Armutgefährdung lebte. Von den reichsten 60.000 Österreichern – und das sei zu der Schere der Verteilung gesagt – besitzt jeder im Durchschnitt 100-mal so viel Gesamtvermögen wie einer der 5,4 Millionen Ärmern. Beim Geldvermögen beträgt dieses Verhältnis 470.000 Euro zu 33.000 Euro.

In Österreich sind bereits 230.000 Pensionistinnen und Pensionisten auf eine Ausgleichszulage angewiesen. Es gibt 95.000 Notstandshilfebezieherinnen und -bezieher. Das ist ein Zuwachs gegenüber 2000 von 26,8 Prozent.

Überdurchschnittlich armutsgefährdet sind generell Frauen, mit einer Armutgefährdungsquote von 14 Prozent, wobei Alleinerziehende eine solche von 31 Prozent haben.

Aber auch die Seniorinnen haben in Österreich bereits eine Armutgefährdungsquote von über 16 Prozent.

Auch die Armutgefährdung von Menschen, die in einem aufrechten Arbeitsverhältnis stehen, ist auf über 600.000 gestiegen. Das mag wohl daran liegen, dass bereits ein Drittel aller Beschäftigten sich in einem so genannten atypischen Arbeitsverhältnis wieder findet. Auch eine der Errungenschaften Ihrer Politik! Neben der Tatsache, dass Armut weiblich ist, sind vor allem Pensionisten und Haushalte mit mehr als drei Kindern sowie Personen mit geringerer Ausbildung gefährdet. Das stetige Ansteigen der Zahl der Arbeitslosen schlägt sich natürlich ebenfalls im Ergebnis des Armutsberichtes nieder. Das, was dieser Armutsbericht, den Sie bisher nicht kommentiert haben, aussagt, ist eine Schande für Österreich.

Und diese Schande, meine Damen und Herren, ist leider zum größten Teil hausgemacht.

Hauptursache dafür ist der grundsätzliche ideologische Zugang, staatliche Eingriffsmöglichkeiten im Sinne der Gerechtigkeit für sozial Schwächere abzulehnen. So werden Abhängigkeiten akzeptiert und die Möglichkeit zum sozialen Ausgleich nicht genutzt, im Gegenteil. Ich will nur einige jener Maßnahmen anführen, die Ursache für dieses Ergebnis sind:

Die Pensionskürzungsreformen seit 2000. Außerdem, keine einzige Pensionsanpassung seit 2000 erreicht nur annähernd die Inflationsrate. Der Realpensionsverlust seit 2000 beträgt 7,7 Prozent.

Eine dreimalige Erhöhung der Rezeptgebühr um insgesamt 36 Prozent.

Höhere Selbstbehalte bei Heilbehelfen. Zum Beispiel die Verdreifachung beim Selbstbehalt für Sehhelfer – von 23 auf 72,50 Euro.

Die beitragsfreie Mitversicherung für Lebenspartner wurde gestrichen.

Die Kürzung des Krankengeldes von 78 auf maximal 52 Tage wurde Realität.

Kürzungen beim Arbeitslosengeld und bei der Arbeitsmarktförderung.

Die höhere Besteuerung von Urlaubs- und Kündigungsentschädigungen und vieles mehr.

Die Senkung der Mittel für aktive Arbeitsmarktpolitik fördert eindeutig das Hinaufschnellen der Arbeitslosenziffern und zeigt letztlich den inhaltlichen Zugang dieser Regierung zum Thema Arbeitslose und Arbeitsmarktpolitik. Ein Steirer – Herr Bartenstein – ist dafür verantwortlich.

Mit 364.000 Arbeitslosen hatten wir die höchste Zahl an Arbeitslosen in der Zweiten Republik. Das ist das traurige Resultat einschneidender Maßnahmen, wie zum Beispiel der Entnahme von sagenhaften 2800 Millionen Euro aus Arbeitsmarktmitteln zum Stopfen von Budgetlöchern und daraus folgend eine Kürzung der AMS-Mittel. Das steirische Arbeitsmarktservice muss 2005 mit 10 Prozent, das sind rund 160 Millionen Euro, weniger auskommen als 2004. Und in der speziellen Mittelverteilung für aktive Arbeitsmarktpolitik schaut es genauso aus. Es ist kein Wunder, dass diese Entwicklungen sich arbeitsmarktpolitisch zu Lasten der Steirer niederschlagen.

Der Schwerpunkt der letzten Steuerreform, für die die Bundesregierung so selbstbewusst wirbt, lag nicht in der Bekämpfung der Armut, sondern darin, Großunternehmen durch Steuerentlastung Mitnahmeeffekte zu liefern.

Dieser Weg zeigt einmal mehr den Zugang des Kabinetts Schüssel zu sozialen Problemen und auch den Zugang eines Finanzministers, der erstaunlicherweise trotz seiner Verstrickungen noch immer im Amt ist.

Wenn Sie letztlich noch einen Zeugen zur Sozialpolitik in Österreich brauchen, darf ich Ihnen den wohl unverdächtigen Industriellen Mirko Kovats liefern, der am Sonntag im Fernsehen die Regierungspolitik mit den Worten kritisiert hat – ich zitiere: „Österreich ist im höchsten Maße unsozial.“ (Abg. Straßberger: „Was hat er sonst noch alles gesagt?“) Er hat sonst auch noch einiges gesagt. Mich wundert es immer wieder, Herr Straßberger, ich muss Sie einmal fragen, woher nehmen Sie eigentlich den Mut, sich selbst so selbstgefällig zu geben? (Abg. Straßberger: „Herr Oberlehrer, bleiben Sie ruhig!“) Da gehört ein wahnsinniges Maß an Selbstverleugnung dazu. (Beifall bei der SPÖ.)

Das Problem der Armut schreibt sich bedauerlicherweise in der Steiermark fort. Die Hauptschuld der steirischen Mehrheitspartei – (Abg. Bittmann: „Selbstgefällig – und Sie?“)

Ich kann sie mir leisten, Herr Bittmann, und es gibt intelligente Zwischenrufe und Ihre.

Die Hauptschuld der steirischen Mehrheitspartei liegt wohl darin, dass nicht nur kein einziger Aufschrei gegen die Politik der Bundesregierung erfolgt, sondern diese Politik zum Teil auch noch verstärkt wird.

Meine Damen und Herren, wer sich hier verschweigt, wer nicht den Mut hat zur Eigenständigkeit, wer diesen Mut nicht aufbringt, der kann sich nicht das Mäntelchen sozialer Gesinnung umhängen. Und dieser Mut seinerzeit einmal, auch gegen Eigene in Wien aufzutreten und steirisches Gewissen zu haben und steirische Eigenständigkeit zu haben, ist seit Krainer offenbar in der ÖVP verloren gegangen.

Wie ich schon bei meinen Bemerkungen zur Bundespolitik gesagt habe, liegt das Problem in erster Linie im Zugang zu wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Fragen. Es ist mir bis heute nicht klar, was einer stärkeren Positionierung des Landes als Standortsicherer in der Form von strategischen Beteiligungen entgegensteht. Wir haben in der Vergangenheit eine Vielzahl von Beispielen gehabt, in denen reine Förderungs- und damit Geldhingabe einfach mitgenommen wird und Förderungsbedingungen nur bis zum Ablauf der Bindungszeit eingehalten werden. Dann hat mancher Betrieb sämtliche Bindungen verloren und die Steiermark verlassen. Ich weiß nicht, welche panische Angst Sie vor diesen rein strategischen Maßnahmen haben.

Es wird schon so sein, dass die schwarze Reichshälfte der Steiermärkischen Landesregierung sich bereits im vorseilenden Gehorsam als Lobbyist jener Unternehmen betätigt, denen Geschenke willkommen und Verpflichtungen lästig sind.

Auch Ihr Verhalten bei der Elin in Weiz zeigt deutlich, dass Ihr Lobbyismus für Shareholder mehr wiegt als die Interessen der Arbeitnehmer in einer Region.

Diese Enthaltensamkeit in der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik bestätigt letztlich auch deren Bedeutungslosigkeit, die mit entsprechenden Personalentscheidungen offenbar einhergeht.

Es sind auch die Skandale wie ESTAG, Herberstein und Spielberg, die die Steiermark erhebliche Mittel kosten. Diese Mittel könnten besser in einer eigenständigen Arbeitsmarktpolitik, aber auch einer Sozialpolitik, wie sie dem Sozialressort kompetenzmäßig überlassen ist, verwendet werden.

Dazu kommen die katastrophalen Ergebnisse der Pisa-Studie. Bildungspolitik unter den Kabinetten Schüssel I und II zeigt eine nahezu fahrlässige Gefährdung nächster Generationen, vor allem aber der Kinder weniger wohlhabender Familien. (Abg. Mag. Drexler: „Das geht binnen fünf Jahren!“)

Ja, ihr habt das ganze System relativ stark runtergefahren (Abg. Mag. Drexler: „Bisher gab es Zweidrittelmehrheit“) und ihr werdet jetzt die Möglichkeit haben, durch die einfachen Mehrheitsmöglichkeiten im Nationalrat, entweder etwas Gescheiteres zu tun oder endgültig das System zu ruinieren.

Hören Sie einmal zu, was zum Beispiel die Frau Landeshauptmann in der Steiermark, und die Frau Landeshauptmann der Steiermark natürlich, gemacht hat. Sie hat zwar sehr laut gesagt, wir wollen keine Studiengebühren. Sie werden sich noch erinnern können, als die Regierung sich verbal dagegen gewehrt hat.

Sie hat sie dann aber nicht nur zugelassen, sondern sogar selbst in den steirischen Fachhochschulen gegen die Stimmen der SPÖ eingeführt. (Abg. Mag. Drexler: „Haben wir weniger oder mehr Studierende heute?“)

Und ich würde bitten, dass die Frau Landeshauptmann endlich einmal das, was sie vor Wahlen verspricht, auch nach Wahlen hält, nämlich dort, wo sie selbst handeln kann, auch das tun, was sie tatsächlich versprochen hat. Und es nützt eben nichts, von einer Steiermark der „hellen Köpfe“ zu sprechen, wenn der Zugang dazu durch das System erschwert wird. (Abg. Mag. Drexler: „Mehr Inskribierte denn je!“)

In der Steiermark sind zurzeit rund 160.000 Personen in etwa 60.000 Haushalten von Armut gefährdet. (Abg. Mag. Drexler: „Ich bin enttäuscht!“) Ich weiß, Herr Kollege Drexler, dass Sie das enttäuscht. (Abg. Mag. Drexler: „Überheblich!“)

Es bedürfte eines Sensoriums für diese Themen, dass man berührt wird. Sie werden nicht berührt, weil Ihnen das alles egal ist und das entspricht Ihrer Ideologie und das ist sehr traurig. Sie und die Frau Landeshauptmann haben dafür kein Gefühl und das ist Tatsache. (Beifall bei der SPÖ.) Sie sind nicht in der Lage, eine Armutsdebatte zu führen, weil Sie kein Gefühl dazu haben. (Abg. Bittmann: „Unter jeder Kritik, Herr Landesrat!“)

Und, Herr Bittmann, was von Ihren Zwischenrufen zu halten ist, haben Sie wohl hoffentlich gemerkt. Seien Sie doch ein bisschen kritischer sich selbst gegenüber. Sie würden so ein gutes Bild abgeben, wenn Sie still sein würden. Das würde Ihnen wahnsinnig schmeicheln. (Beifall bei der SPÖ.)

In der Steiermark sind zurzeit – und das wollen Sie nicht hören – rund 160.000 Menschen in etwa 60.000 Haushalten von Armut gefährdet. 70.000 Menschen sind unter die Armutsgrenze gefallen, 9000 von ihnen trotz aktiver Erwerbstätigkeit. Rund 50.000 Steirerinnen und Steirer beziehen die Ausgleichszulage. Die steirischen Zahlen sind tendenziell leider eher schlimmer als die österreichischen, weil die Steiermark im Kaufkraftvergleich mittlerweile gemeinsam mit Kärnten und dem Burgenland die rote Laterne trägt. (Abg. Zierler: „Was ist mit Wien?“)

Nicht bei der Kaufkraft.

Das als Antwort zu Frage eins. Frau Zierler, Ihre Irritationen im Lesen von Statistiken kann ich verstehen, nämlich, man muss sie zuerst lesen und dann interpretieren, dann kann man kompetent darüber reden. Aber ich kann mir vorstellen, dass Sie die letzten Tage noch ausleben wollen. (Beifall bei der SPÖ.)

Das als Antwort zur Frage eins.

Das war nicht Ihre Frage, ich weiß schon, aber zur Frage eins der Dringlichen Anfrage.

Zur Frage zwei:

Die Sozialreferenten der Länder haben auf Grund der festgeschriebenen Kompetenzverteilung die Auswirkung der Armut zu bekämpfen. Die Armut an der Wurzel zu packen, fällt zum größten Teil in die Kompetenz des Bundes beziehungsweise in die wirtschafts- und arbeitsmarktpolitische Kompetenz der Länder.

Dennoch bemüht sich das Sozialressort des Landes Steiermark, wie ich denke sehr erfolgreich, nicht nur im Fall des Falles zur Seite zu stehen. Wir versuchen auch, dem Sturz aus der Gesellschaft vorzubeugen und wenn er doch passiert, die Reintegration bestmöglich und nachhaltig zu unterstützen.

Hier eine beispielhafte Liste der vom Sozialressort in den letzten Jahren gesetzten Maßnahmen:

Immer mehr einmalige Beihilfen werden genehmigt, um Menschen in besonderen Lebenslagen zu helfen.

Für mehr als 18.000 Personen wurden in diesem Winter Heizkostenzuschüsse gewährt. Erstmals ohne finanzielle Beteiligung des Bundes oder des Ressorts der Frau Landeshauptmann Klasnic.

Das Equal-Projekt „IDA“ gemeinsam mit der Caritas zur Integration von Sozialhilfebeziehern in Arbeit, wurde beispielhaft in drei steirischen Bezirken durchgeführt und wird nun auch ohne EU-Beteiligung weitergeführt.

Ebenfalls gemeinsam mit der Caritas wird am 9. März ein Thema „Langzeitarbeitslosigkeit“ im Rahmen eines Kongresses abgearbeitet, aus dem ein Maßnahmenkatalog entstehen soll.

Das Land beteiligt sich am Projekt namens ERFA zur Beschäftigung von jugendlichen Langzeitarbeitslosen.

Wir fördern das Jugendbeschäftigungsprojekt Tagwerk im Schlupfhaus.

Ebenso wird der Verein PASCH in seiner Tätigkeit der Beratung von arbeitslosen Jugendlichen gefördert.

Das Projekt KISS soll Migrantinnen die Möglichkeit der Erwerbsfähigkeit geben.

Die integrativen Betriebe Reha-Druck und Team Styria wurden gefördert und auch gerettet.

Und ein Teil der aufgezählten Förderungen erfolgte gemeinsam mit dem Wirtschaftsressort, obwohl auf Grund der Kompetenzverteilung dieses eigentlich alleine zuständig gewesen wäre.

Gemeinsam mit dem Personalreferenten gibt es eine spezielle Förderung von geschützten Arbeitsplätzen in der KAGES.

Ein Projekt der ISOP, die Alphabetisierungskurse für Österreicher und Österreicherinnen durchführen, wird gefördert.

Gemeinsam mit dem AMS wurde eine Implacement-Stiftung zur Integration von Langzeitarbeitslosen in Pflegeberufe eingeführt und wird eine Aufschulung von Pflegehelfern zu diplomiertem Personal stattfinden.

Die Schuldnerberatung des Landes wurde auf neue Beine gestellt und ausgebaut. Verschuldung ist ein entscheidender Faktor bei der Armutgefährdung.

Der einzige Wermutstropfen in diesem Zusammenhang ist die Weigerung der Banken als Mitverursacher, die steirische Schuldnerberatung mitzufinanzieren. Und ich kann es wohl nur als glatten Zynismus werten, dass Generaldirektor Doppelhofer von der Raiffeisenbank die Verweigerung der Banken mit mangelnden Finanzierungskapazitäten begründet.

Die Lernbetreuung der ISOP für sozial schwache Familien ist ein weiteres Projekt des Sozialressorts.

Wir haben ein Projekt zur Delogierungsprävention gestartet und gefördert, es soll der Wohnungslosigkeit vorbeugen.

Wir haben gegen den anfänglichen Widerstand der ÖVP eine Bonifikation der Strompreiserhöhungen der letzten Jahre durchgesetzt. Und wir verlangen auch wiederum und ich höre mit einer gewissen Genugtuung, dass das gelungen ist, gegen den anfänglichen Widerstand von Frau Landeshauptmann, dass eine Weitergabe der niedrigeren Netztarife an die Kunden erfolgt.

Frau Landeshauptmann, ich kann Ihre Aussagen aus Zeitungen zitieren. Nur damit Sie sich manchmal in das Kurzzeitgedächtnis begeben. (Abg. Bittmann: „Frechheit was die da wieder sagen!“)

Herr Bittmann, Herr Bittmann, hören Sie zu, dann werden Sie gescheiter. (Abg. Bittmann: „Da bin ich mir nicht so sicher!“)

Oh ja, es ist möglich. Ich teile auch Ihre Skepsis, Herr Bittmann. Ich teile auch Ihre Skepsis, dass es Ihnen möglich ist, aber Sie haben die Chance, gescheiter zu werden! (Beifall bei der SPÖ.)

In Zukunft sollten wir in der Gesetzgebung vom Grundsatz ausgehen, den Menschen Ansprüche einzuräumen, statt Almosen zu gewähren. (Abg. Bittmann: „Das ist eine Anmaßung und Unverschämtheit!“)

Das kann ich mir Ihnen gegenüber leisten!

Der vermehrte Trend sowohl der Bundesregierung als auch von ÖVP und FPÖ in der Landesregierung, Härteausgleichsfonds ohne Rechtsansprüche zu installieren, ist abzulehnen. Diese machen sozial Schwache zum Bittsteller und beeinträchtigen ihre persönliche Würde.

In diesem Sinne appelliere ich nun an ÖVP und FPÖ in diesem Lande, die Verschlechterungen im Bereich der Wohnbeihilfe, die Sie gemeinsam gegen unsere Stimmen produziert haben, wieder zurückzunehmen und sich zu einer „Wohnbeihilfe neu“ zu verstehen, wie sie auch schon zweimal mit uns vereinbart war.

Ich werde auf Basis der Ergebnisse des Kongresses am 9. März in einem Gespräch mit Sozialinitiativen, die sich mit armutsrelevanten Fragen beschäftigen, die Möglichkeit eines Gesetzes zu ihrer existenziellen Absicherung ventilieren.

Ein derartiger Gesetzesentwurf wäre in Anbetracht der Kürzung der Förderungsmittel im Sozialbereich von besonderer Bedeutung, auch deswegen, weil das AMS mangels entsprechender Mittel sich immer mehr aus der Förderung zurückzieht.

Im Kinderbetreuungsbereich haben wir den Kindergartenbaufonds verdoppelt und die Kindergartenbeihilfe erhöht.

Der Deckungsgrad bei Kindergärten für Drei- bis Sechsjährige beträgt mehr als 90 Prozent. Das Problem besteht in den Kinderkrippen und in der Flexibilisierung der Offenhaltungszeiten.

Ich werde daher noch vor dem Sommer ein Verfassungsgesetz in die Regierung einbringen, das für jedes Kind ab dem Alter von zweieinhalb Jahren ein Recht auf Kinderbetreuung einräumt. Die entsprechenden Parallelmaßnahmen dazu werden zu treffen sein.

Schließlich meine ich, dass eine Armutsenquete in diesem Hause auf Grund der alarmierenden Situation in der Steiermark höchst angebracht wäre.

Zur Frage drei: Was die direkte Unterstützung durch die Bundesregierung betrifft, verweise ich auf meine Bemerkungen in der Einleitung zu der Dringlichen Anfrage. Ich kann mir aber vorstellen, dass der Bund besonders folgende Maßnahmen treffen sollte:

Verstärkung der aktiven Arbeitsmarktpolitik.

Rückwirkende Erhöhung aller Pensionen unter 1000 Euro um 15 Euro mit 1. Jänner dieses Jahres.

Die für Erwerbstätige mögliche Negativsteuer sollte auch Pensionisten zukommen.

Die Möglichkeit des Privatkonkurses muss auch und gerade ärmeren Menschen ermöglicht werden.

Die Abschaffung der Studiengebühren.

Die Sozialhilfe ist die allerletzte Möglichkeit. Besser wäre eine bedarfsgerechte Grundsicherung, zum Beispiel in Höhe eines verbesserten Ausgleichszulagenrichtsatzes.

Die Erstellung eines Programms zur Armutsbekämpfung sollte als Zusammenfassung der Maßnahmen seitens der Bundesregierung vorgestellt werden.

Ebenso haben wir zu hinterfragen, ob das derzeitige System der Altenpflege nicht zu reformieren ist. Ich wiederhole meine Forderung auf Einführung einer Pflegeversicherung als Pflichtversicherung. Sie kann verhindern, dass alte Menschen, wenn sie pflegebedürftig sind, zu Sozialhilfeempfängern werden. Diese würde viele Arbeitsplätze im Bereich der Pflege nach sich ziehen. Die Pflegeversicherung wäre, wie in der sonstigen Krankenpflichtversicherung, zwischen den Sozialpartnern aufzuteilen – Arbeitnehmer und Arbeitgeber.

Die Wiedereinführung eines Programms, wie die Kindergartenmilliarde, die vom Kabinett Schüssel I abgeschafft wurde, wäre Pflicht der Bundesregierung.

Meine Damen und Herren, ein paar Jahre und ein paar ÖVP-Skandale zurückliegend, gab es in unserem Land einen Wahlslogan, der aus heutiger Sicht geradezu zynisch erscheint – ich zitiere: „Ich will eine Steiermark, in der jede und jeder am Erfolg teilhat.“ – Zitat Ende.

Frau Landeshauptmann, diese Forderung Ihrerseits hat sich leider nicht erfüllt. Der Erfolg spielt sich oben auf der Leiter ab, dort, wo die Familie Herberstein und andere Ihrer Günstlinge mit Ihrer Förderungskreativität rechnen können.

Die Armut ist schlimmer geworden. Und ich will nicht, dass über derartige Entwicklungen der Mantel des Schweigens gelegt wird. Es gibt nämlich noch immer ein gesellschaftliches Phänomen: Armut geniert sich, Armut spielt sich zu Hause ab. Und Sie, um mit Bert Brecht zu enden, wollen nur die im Lichte sehen.

Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 16.50 Uhr.)

Präsident: Ich eröffne nunmehr die Wechselrede zur Dringlichen Anfrage und weise darauf hin, dass kein Redner länger als 20 Minuten sprechen darf.

Zu Wort gemeldet hat sich Herr Klubobmann Abgeordneter Drexler.

Abg. Mag. Drexler (16.51 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, werte Regierungsmitglieder, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Es ist leider festzustellen, dass das eine dunkle Stunde in der Geschichte des Steiermärkischen Landtags ist. (Abg. Kröpfl: „Der Armutsbericht ist vernichtend!“)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie haben soeben ein Schulbeispiel erlebt dafür, wie man auf dem Altar des Wahlkampfes alles opfert, selbst was einem heilig zu sein scheint.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist ein Maß an Zynismus erreicht, das eigentlich jeder Beschreibung spottet, weil wenn die Sozialdemokratie in diesem Land, und wir haben da viel Geduld bewiesen in den letzten Monaten, wir haben gehört, der Landeshauptmannstellvertreter würde gerne einen Stock höher einziehen, wir haben vernommen, was die SPÖ für ehrgeizige Wahlziele formuliert, aber wir sind nicht gewöhnt, und da ist unsere Geduld am Ende, wenn es darum geht, jedes Thema, ohne Rücksicht auf Verluste, ohne inhaltliche Rücksicht auf Verluste diesem einzigen Ziel unterzuordnen, alles nur auf die einzige Frage hin zu instrumentalisieren, wie kann die SPÖ im Wahlkampf punkten. Das ist ein Skandal! (Beifall bei der ÖVP.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren (Landesrat Dr. Flecker: „Sie geben also zu, dass Sie Schwachstellen haben?“) und insbesondere Herr Landesrat Flecker, wissen Sie, im Vatikan wären Sie wahrscheinlich so etwas wie der Vorsitzende der Glaubenskongregation. Sie gerieren sich hier als sozialdemokratischer Befreiungstheologe, der gegen den Lauf der Welt opponiert und der uns hier in der kleinen Steiermark erklären will, wie sich böse Mächte verschworen haben und wie wir jetzt irgendwie, am besten unter Ihrer Führung, sozusagen soziale Gerechtigkeit wieder in die Welt bringen können.

Herr Landesrat, ich habe deswegen zwischengerufen „ich bin enttäuscht“, weil es wirklich enttäuschend war. Sie zeigen in vielen Phasen und in vielen Elementen Ihres politischen Engagements ehrliches Bemühen um die Sozialpolitik in diesem Lande und ich halte es schon für bemerkenswert, dass auch Sie sich quasi als Treibstoff für die sozialdemokratische Wahlkampflokomotive missbrauchen lassen. Das steht Ihnen nicht gut, Herr Landesrat, das steht Ihnen nicht gut. Es ist umso bemerkenswerter, als Sie diese Rolle für jenen übernehmen, der Sie eigentlich rausbauen wollte, bevor Sie selber gewählt waren. Eine bemerkenswerte Entwicklung. Offensichtlich die ersten Anzeichen von Nervenflattern bei der Steirischen Sozialdemokratie. (Beifall bei der ÖVP.)

Es ist nämlich ein besonderes Maß an Zynismus, wenn man hier hergeht, und das noch in dem salbungsvollen Ton des Landesrats Flecker, etwa der gesamten Steirischen Volkspartei oder zumindest doch einigen Exponenten der Steirischen Volkspartei jegliches Gespür und jegliche Sensibilität für soziale Fragestellungen abspricht. Ein starkes Stück, nebenbei bemerkt, wenn man sich die Frauen und Männer anschaut, die hier im Interesse der Bürgerinnen und Bürger für die steirische Volkspartei im Landtag sitzen. Ein starkes Stück, wohl gemerkt, wenn man ihnen jegliche Sensibilität im Umgang mit sozialen Fragen abspricht, das auch noch im salbungsvollen Ton, wenn man versucht, alles in diesen Wahlkampf hineinzubringen.

Meine Damen und Herren, das ist eben jener Zynismus, den wir leider seitens der Sozialdemokratie gewohnt sind, weil das ist gerade jener im Fall des Landesrats Flecker, der uns das quasi vorwirft, wir hätten keinen sensiblen Umgang mit jenen, die möglicherweise am unteren Ende der Gesellschaft stehen, was die sozialen Verhältnisse betrifft.

Wir hätten keine Sensibilität im Vorgehen, keine Sensibilität, was die Maßnahmen betrifft, so muss ich Ihnen eines sagen: Die geringste Sensibilität hat sicher jener, der die berechtigten Nöte, Befürchtungen, vielleicht Ängste dieser Leute dazu instrumentalisiert, sich einen Augenblickserfolg im Landtag zu sichern! Das ist beschämend! (Beifall bei der ÖVP.)

Und wenn Sie dann in einem zweiten Teil hergehen und Ihre ruhmreiche Sozialpolitik in der Steiermark feiern, dann darf ich Ihnen schon auch eines sagen, Herr Landesrat.

Erstens, Sie müssen sich entscheiden, was ist nun richtig. Stehen wir hier vor Verarmung in großem Ausmaß, Verelendung, sind wir kurz vor den dreißiger Jahren? Dann ist die Frage zu stellen, was haben sozialdemokratische Sozialreferenten in den letzten 60 Jahren in diesem Lande Steiermark geleistet? Das kann dann nicht viel sein, wenn die Frage so zu stellen ist.

Oder aber, wenn das nicht so ist, wenn Sie ohnehin leisten, dann sei die Frage gestattet, auf Basis welcher Budgets haben Sie diese ruhmreiche Sozialpolitik gemacht? Die es zwar nicht vermochte, die grauslichen Auswirkungen der Bundesregierung abzudämpfen, sonst würden Sie ja in Widerspruch mit Ihrer Berichtsargumentation kommen, die aber doch imstande war, all die Projekte, die Sie genannt haben, umzusetzen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es waren die Budgets, die in dieser Legislaturperiode in jedem Fall von Volkspartei und Freiheitlichen beschlossen worden sind und gelegentlich auch von den Sozialdemokraten. Diese Budgets stellen die Sozialpolitik sicher. (Beifall bei der ÖVP.) Absentieren Sie sich nicht leichtfertig!

Und wenn ich mir anschau, dass wir zwischen 2000 und 2005 bei den Sozialausgaben im Lande Steiermark eine Steigerung von 61,3 Prozent – 61,3 Prozent – haben, so weiß ich schon, was Sie darauf sagen werden. Auf Grund der furchtbaren Entwicklungen Welt, Globalisierung, Shareholder Value und natürlich die schwarz-blaue Bundesregierung haben es notwendig gemacht, dass Sie jetzt plötzlich mehr Geld ausgeben müssen. Die Wahrheit ist aber, es gibt soziale Sensibilität in diesem Land. Soziale Sensibilität in diesem Lande gibt es! Sie ist mit der steirischen Volkspartei, mit Waltraud Klasnic, auch – war meine Meinung – bisher mit Ihnen, bevor Sie die Interessen der sozial Schwachen auf dem Tablett des Wahlkampfes serviert haben, verbunden. Ein Skandal! (Beifall bei der ÖVP.)

Und diese ewigen Karlauer – wissen Sie, ich glaube, Ihr Landeshauptmannstellvertreter, wenn ich die Zeitungen richtig gelesen habe, fängt da Nivaudiskussionen an, auf welches Niveau man sich begibt und so weiter, aber okay, ich darf, wenn wir schon Nivaudiskussionen führen, Ihnen schon eines sagen. Herr Landesrat, die ewigen Karlauer zu bemühen, die Bartensteins und Herbersteins, die Günstlinge der ÖVP, alle Förderungen nur für die Reichen. Das sind sozialistische Ammenmärchen, die Sie versuchen für den Wahlkampf zu nützen und – schon wieder bin ich enttäuscht –, Herr Landesrat, das ist beileibe nicht Ihr Niveau, beileibe nicht Ihr Niveau! (Beifall bei der ÖVP.)

Es geht sogar weiter. Wir müssen den Präsidenten Bush noch hereinholen ins Boot, als hätte irgend jemand hier in diesem Raum mit dem Präsident Bush etwas am Hut. Ich bin zwar ein großer Freund der Vereinigten Staaten, aber das geht mir langsam auf die Nerven, wie Sie versuchen, einzelne Teile der Politik in den Vereinigten Staaten mir nichts dir nichts der ÖVP, vielleicht auch den Freiheitlichen unterzujubeln, als wäre das eines. Also bitte, so eine billige Rosstäuscherei, ein Etikettenschwindel. (Landesrat Dr. Flecker: „Ich gebe Ihnen nachher die Rede zu lesen. Vielleicht verstehen Sie sie, wenn Sie sie lesen. Ich merke, dass Sie nicht ganz mitgekommen sind!“)

Ich weiß nicht, was Sie meinen, Herr Landesrat. (Landesrat Dr. Flecker: „Ja, das merke ich, dass Sie es nicht wissen!“) Nein, ich kann es auch nicht verstehen, was Sie meinen, weil wir leben in einem der höchstentwickelten Sozialstaaten auf Erden. Und wenn Sie jetzt immer herkommen und sagen, wir haben US-amerikanische Verhältnisse, tun Sie das wider besseres Wissen. (Landesrat Dr. Flecker: „Ich merke, dass Sie das nicht begriffen haben!“)

Ich habe das sehr gut begriffen. Na, sicher, das ist Ihre Strategie. Es ist Ihre Strategie, uns irgendwie in so ein böses Eck zu stellen, weil da glauben Sie die Mehrheit auf Ihrer Seite, wenn Sie dann im Endeffekt vielleicht noch sagen, Landeshauptmann Waltraud Klasnic hat den Irak-Krieg unterstützt (Landesrat Dr. Flecker: „Dagegen hat sie auch nichts gesagt!“), dann ist ihre Argumentation zu Ende gedacht. Lassen wir uns nicht gefallen, ist ein Skandal! (Beifall bei der ÖVP.)

Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, es ließe sich sehr ausführlich und lang über alles Mögliche diskutieren. Es ließe sich darüber diskutieren, was die neue Bundesregierung, die von Ihnen so gescholten wird, alles an sozialpolitischen Maßnahmen gemacht hat. Es ließe sich darüber diskutieren, welche sozialpolitischen Phänomene möglicherweise doch in frühere Zeiten zurückreichen. Man könnte eine ernsthafte Debatte führen über die Zukunft der Sozialpolitik, auch unter den Grenzen der Finanzierbarkeit. Das ist eine spannende Debatte. Es wäre eine sehr spannende Debatte, die die gesamte steirische Landespolitik führen könnte, wie wir auch auf einer landespolitischen Ebene diese spannenden Fragen diskutieren könnten. Also ist es uns gelungen, in 60 Jahren Zweiter Republik soziale Gerechtigkeit tatsächlich zu verwirklichen? Nicht in allen Bereichen, mit Sicherheit nicht! Dennoch haben wir heute die höchsten Sozialbudgets aller Zeiten. Muss es vielleicht neue Ansätze geben, wie wir unter den Bedingungen von begrenzter Finanzierbar-

keit intelligente Sozialpolitik leisten können, wie wir soziale Gerechtigkeit verwirklichen können. Vielleicht müssen wir das eine oder andere wohl eingeführte System überdenken. Aber dazu sind Sie nicht bereit. Sie sind zwar dazu bereit, am Vorabend einer Landtagswahl Cassandra-Rufe in die Welt zu schicken und zu sagen, wie arm die Steirerinnen und Steirer sind, aber jedes Mal wenn ein sinnvoller Diskurs darüber begonnen wird, ob man Systeme reformieren soll, ob man vielleicht manches sozialdemokratische Dogma der letzten 60 Jahre hinterfragen soll, dann fällt Ihnen nichts anderes ein, als ein reflexartiges „schwarz-blauer Sozialabbau“. Das ist zu wenig! (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Stöhrmann: „Aber stimmen tut es, Herr Klubobmann!“)

Das ist mit Sicherheit zu wenig, um – mit einem modernen Wort, das in den Debatten immer verwendet wird – mit einer so niederschweligen Sozialdebatte, die von Ihnen heute geführt wird, heute mitzutun, habe ich mich, ehrlich gesagt, zu lange mit dem Ganzen beschäftigt. Es würde sich wirklich lohnen, wenn wir das Thema auf einer anderen Ebene sensibler, seriöser und ohne diese einerseits salbungsvollen Beteuerungen, die aber in letzter Konsequenz immer nur Wahlkampfgetöse sind, diskutieren würden. Weil Sie aber schon diese Schublade gezogen haben und weil es Ihnen nur darum geht, billige Wahlkampfpunkte zu machen, erlauben Sie mir doch noch bei einer anderen Formulierung von Ihnen kurz einzuhaken. Herr Landesrat, Sie haben unter anderem gesagt, in Ihrer breiten Anfragebeantwortung, unsere Klientel, jene der ÖVP, die einzige, um die es uns in Wahrheit ginge, wären die Reichen, wahrscheinlich auch noch die Superreichen, das Verteilen von unten nach oben. Wissen Sie, Herr Landesrat, ich weiß, dass Ihnen das sicher nicht gefällt, aber da wäre die Sozialdemokratie in diesen Tagen möglicherweise gut beraten, ein wenig leiser aufzutreten, weil ich zeige Ihnen jetzt einmal etwas, was Sie sicher in die übliche Kategorie unserer Klientel einordnen würden: Reich und Superreich. (Abg. Dr. Reinprecht: „Gehen wir wieder nach Mariataferl?“)

Wissen Sie, was das ist, Frau Kollegin Dr. Reinprecht? Herr Landesrat? Schauen Sie das an! Reich und Superreich, unser Klientel. (Landesrat Dr. Flecker: „Ist das Ihre oder die vom Bürgermeister von Leibnitz? Ich glaube, der hat auch so eine!“) Wissen Sie, welche das ist? Das ist die, mit der der ÖGB-Vorsitzende Horst Schachner so gerne fortgefahren wäre. 27 Meter, 30.000 Euro in der Woche. Sie haben jedes Recht verspielt, uns mangelnde Sensibilität vorzuwerfen. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Dr. Flecker: „Kabarett!“)

Ich könnte Ihnen über diese Yacht, auf der eine ZAT-Kundenreise hätte stattfinden sollen, ich könnte Ihnen über diese Yacht noch ein paar lustige Details erzählen. Ich lasse es aber beim Eröffnungssatz, den ein Fachmagazin – ich muss mich ja plötzlich mit solchen Themen beschäftigen – die „Yacht-Revue“ schreibt in einem Bericht über diese Yacht, wie sich der kleine Maxi den Luxus so vorstellt.

Dem ist an sich nichts hinzuzufügen.

Wissen Sie, was die noch weiter schreiben? Das Klischee wird auf dieser Yacht vollends erfüllt, einschließlich Bedienungspersonal und dergleichen mehr.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben gesehen, worum es Ihnen mit dieser Debatte heute geht. Ich erlaube mir, ich überspringe das jetzt einfach, weil diese bestellten Dringlichen Anfragen zur höheren Ehre eines eigenen Regierungsmitglieds ja ohnehin ein fragwürdiges parlamentarisches Instrument sind. Ein fragwürdiges parlamentarisches Instrument. (Abg. Kröpfel: „Das ist nur erlaubt, wenn es die ÖVP macht!“)

Am Vorabend einer Landtagswahl die Interessen der Schwächsten in diesem Lande auf dem Altar des Wahlkampfes zu opfern, ist der Sozialdemokratie nicht würdig, in jenen Tagen, wo sie wieder einmal in ihrem roten Hinterhof, in diesem Filz von Funktionären, wo man manchmal gut beraten ist, George Orwells „Animal Farm“ gelesen zu haben, dass man nur weiß, wohin das führen kann (Landesrat Dr. Flecker: „Wir werden uns sicher noch darüber unterhalten, welche Geschäftsführer die Frau Landeshauptmann in welchen Unternehmen hat!“), dass man nur weiß, wohin das führen kann.

Und wissen Sie, weil da verschiedene Meinungen, wir hätten da irgendetwas damit zu tun oder ich müsste mich da besser auskennen, ich kann Ihnen sagen, Gott sei Dank ist der ÖAAB seit 1992 nicht mehr in den Gremien des bfi vertreten, weil man damals auf Grund von Malversationen diese Institution verlassen hat. Seit 1992 sind wir dort nicht mehr dabei, sonst hätte das möglicherweise nicht passieren können. (Abg. Wiedner: „Kollege!“) Karl, schön Zwischenrufe einstellen, freiheitliche Vertreter gibt es dort, aber das wollen wir nicht über Gebühr besprechen.

Der langen Rede kurzer Sinn: Eine ernsthafte Debatte über die soziale Situation in Österreich ist jederzeit angezeigt. Da sind wir die Ersten, die mittun. Da sind wir die Ersten, die mittun, weil es bei einem nachhaltigen Sozialsystem, bei einem zukunftsgerechten Sozialsystem gerade heute darum geht, die Brücken ins 21. Jahrhundert, auch was die soziale Sicherheit betrifft, entsprechend neu zu bauen und ihnen ein neues Design zu geben – Verlässlichkeit, nachhaltige Verlässlichkeit. Dafür sind wir jederzeit bereit, ob im Rahmen einer Enquete oder welcher Möglichkeit immer.

Wofür wir nicht bereit sind, ist es, die Interessen der Ärmsten in diesem Land, die Interessen der sozial Schwachen als bloßes Wahlkampfgeplänkel zu führen. Das scheint der Zug der Sozialdemokratie zu sein. Da gibt es keinen Glückwunsch von uns dafür, da gibt es eigentlich nur Bedauern von uns dafür, das ist nicht in unserem Sinne.

Und wenn Sie uns nächstes Mal wieder die Sensibilität für soziale Themen absprechen, dann tun Sie zuerst einmal ein bisschen vor der eigenen Tür kehren, dann können wir weiterreden und auch die Steiermark fit machen für ein sozial gerechtes 21. Jahrhundert, eingebettet in ein Österreich, das heute besser da steht denn je, dank aller, die hier Verantwortung übernommen haben. (Beifall bei der ÖVP. – 17.09 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Frau Abgeordnete Graf.

Abg. Graf (17.09 Uhr): Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, wertere Herren Landesräte, wertere Mitglieder des Landtages!

Ich möchte nicht mit einstimmen in die verbalen Rundumschläge, welche Aussagen und Zwischenrufe intelligent genug sind oder nicht intelligent, wer wo ein- oder ausziehen möchte, sondern ich möchte mich einzig und allein auf Tatsachen und Fakten beschränken.

Die erste Tatsache und das erste Faktum ist, dass, wenn man sich die Reihen der SPÖ-Abgeordneten ansieht, dann ist das Interesse an dieser Diskussion anscheinend doch nicht so groß. (Beifall bei der FPÖ. – Abg. Wiedner: „Schaut euch das an. Interessiert ja keinen!“ – Landesrat Dr. Flecker: „Wir müssen warten bis wieder ernsthafte Redner kommen!“ – Präsident: „Am Wort ist die Frau Abgeordnete Graf. Wortmeldungen nehme ich gerne entgegen!“)

Vorweg für Sie einige Punkte der Information, was der Bund tut in diesem Bereich, und ich hoffe, es stößt dabei auf Ihr Verständnis, nicht so wie das beim Kindergeld der Fall ist, das Sie anhand von Diskussionen anscheinend noch nicht verstanden haben.

Der Bund führt Leistungen ein, erhöht beispielsweise seit 1997 erstmals das Bundespflegegeld. Es gibt eine Entlastung durch die Steuerreform, wo mehr als 2,5 Millionen Österreicherinnen und Österreicher keine Steuern zahlen. Es gibt Beschäftigungsoffensiven für Menschen mit Behinderungen, die es vorher noch nie gegeben hat. Auch die Forderung nach der Anhebung der Ausgleichszulage ist von unserer Seite her aufrecht und es gibt Verhandlungen dazu. Es gibt das Kinderbetreuungsgeld, das Mehrlingskindergeld, die Familienbeihilfe, Familienpakete und vieles, vieles mehr.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, so sehen Sie, dass im Bund und vor allem in unserer Zuständigkeit sehr vieles getan wird. (Beifall bei der FPÖ.)

Wie aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, schaut es in der Steiermark aus, in der Steiermark, wo die SPÖ Zuständigkeit hat und welche Maßnahmen Sie hier setzen?

Da möchte ich vielleicht gleich mit etwas beginnen, um mit Ihren Worten zu sprechen, eine Errungenschaft Ihrer Politik heute in der Zeitung: „Das Wohnheim für psychisch kranke Kinder in Zeltweg musste geschlossen werden.“ Das ist Ihre Errungenschaft in der Sozialpolitik in der Steiermark. (Abg. Stöhrmann: „Frau Kollegin Graf, haben Sie die Adressenliste auch?“)

Der Herr Landesrat Flecker verträgt, wie auch schon in der Sozialdebatte, anscheinend die Wahrheit nicht und muss den Saal verlassen, weil sonst würde er hören, welche Beispiele ich noch bringen kann, wo die Sozialpolitik in der Steiermark versagt in Ihrer Zuständigkeit – Beispiel SOMA-Märkte. (Beifall bei der FPÖ.)

Ein freiheitlicher Antrag im Jahr 2000, der 2001 einstimmig beschlossen wurde. Sozialmärkte sind Märkte, wo bedürftige Personen Produkte des täglichen Bedarfs günstig einkaufen können, Produkte, die Transportschäden haben, Verpackungsschäden haben oder wo die Ablaufdaten geringfügig überschritten sind. Dieses Projekt gibt es schon seit einigen Jahren in Kärnten und das wird dort sehr, sehr gut angenommen.

Was hat der Herr Landesrat Flecker zu diesem Thema getan? Seit 2001 gibt es diesen einstimmigen Beschluss, meine sehr geehrten Damen und Herren, und der Herr Landesrat setzt absolut gar keine Initiative in diese Richtung. Auch Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren der SPÖ, haben diesem Antrag zugestimmt und nun passiert nichts, der Herr Landesrat weigert sich. Und auch der Herr Voves, der selbst in einer Pressekonferenz gesagt hat, dass es völlig unüblich ist, dass ein Regierungsmitglied einstimmige Beschlüsse übergeht, kann den Landesrat Flecker anscheinend auch nicht von der Wichtigkeit dieses Projekts überzeugen und seine undemokratische Vorgehensweise abändern. (Abg. Gennaro: „Glauben Sie, was Sie sagen?“)

Graz zeigt, wie gut dieses Projekt ist, dass einerseits der Bedarf da ist und dass andererseits die Befürchtung, dass es zu einer Stigmatisierung kommt, nicht gegeben ist. Heute ein Artikel, „1600 Grazer nützen diese Billigläden.“ Es steht hier: „Die Rückmeldungen sind mehr als positiv. Es sind alle froh, dass sie bei uns einkaufen können. Da spielt sicher mit, dass bei uns keiner das Gefühl hat, er geht in ein Armenstüberl. Es schaut ja wie ein normales Geschäft aus. Es wird sehr, sehr gut angenommen.“

Aber diese Argumentation der Stigmatisierung gilt anscheinend nur für FPÖ-Ideen, denn beim Heizkostenzuschuss müssen die Personen auch einen Einkommensnachweis erbringen.

Der Herr Landesrat setzt sich in diesem Fall, meiner Meinung nach, nicht für Menschen, die es benötigen würden, ein. Das war das Beispiel Nummer eins.

Dazu gibt es auch einen Dringlichen Antrag, der besagt, die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, umgehend den am 25. September 2001 gefassten Beschluss umzusetzen, um die Voraussetzungen für die Errichtung von Sozialmärkten zu schaffen und damit den bedürftigen Menschen die Möglichkeit einzuräumen, günstiger einzukaufen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, dann kommen wir zum Beispiel Nummer zwei. Der Kostenrückersatz im neuen Behindertengesetz. Sie wissen alle, dass mit Einführung des neuen Behindertengesetzes Personen, die behindert sind oder auch deren Angehörige Kostenrückersätze leisten sollen. Menschen, die es laut einer eigenen Aussage von Landesrat Flecker in einer Stellungnahme, wo er dazu aussagt, diese Menschen gehören zu den überdurchschnittlich armutsgefährdeten Bevölkerungsgruppen und diesen Menschen nehmen Sie mit diesem Behindertengesetz 25 Prozent Ihres Nettoeinkommens weg. Nennen Sie das treff-

sicher, meine sehr geehrten Damen und Herren? (Abg. Wiedner: „Das interessiert sie offenbar gar nicht!“) Nein, wie ich gesagt habe, kein Mensch der SPÖ interessiert sich anscheinend wirklich für dieses Thema. (Abg. Gennaro: „Für das Thema schon, aber nicht für das, was Sie sagen.“)

Kostenrückerersatz im BHG, auch dazu einen Entschließungsantrag und da können Sie dann zeigen, wie sehr Sie wirklich für die Menschen in diesem Land interessiert sind, für die sozial Schwachen. Der Antrag besagt, die Landesregierung wird aufgefordert, das Steiermärkische Behindertengesetz dahin gehend zu ändern, dass die Rückerersatzpflicht für voll- und teilstationäre Unterbringung durch behinderte Menschen beziehungsweise deren Angehörige ersatzlos gestrichen wird.

Beispiel Nummer drei, das Schulstartgeld, bei dem bedürftige Familien am Schulbeginn für Kinder zwischen dem sechsten und dem 14. Lebensjahr eine finanzielle Unterstützung bekommen sollten, weil wir alle wissen, dass Mittel des Schulbedarfs teuer sind und gerade zu Schulbeginn vermehrt Kosten auftreten und das wäre eine sehr schöne Entlastung des Familienbudgets. Auch dazu gibt es einen Antrag, der leider nicht umgesetzt wurde. Da sieht Herr Landesrat Flecker anscheinend keinen Bedarf seit dem Jahr 2002.

Beispiel Nummer vier, meine sehr geehrten Damen und Herren, das Frauenhaus in der Obersteiermark. Ein unumstrittenes Projekt von der Notwendigkeit her, das viel zu lange verzögert wurde. Aber wie wurde hier beispielsweise mit den finanziellen Mitteln umgegangen? Aus dem Topf, aus dem die Mittel kommen, die alle sozial bedürftigen Steirerinnen und Steirer benötigen und aus dem Topf, bei dem die Mittel in den letzten Jahren um mehr als 60 Prozent angestiegen sind. In einer Stellungnahme des Landesrates steht ausdrücklich drinnen, die Kosten dieses Um- und Zubaues sollen unter den von Neubaumaßnahmen liegen. Diese Debatte liegt schon einige Zeit zurück. Ich darf Sie nur daran erinnern, die Kosten für den Umbau liegen um das Doppelte höher als die eines Neubaus. So gehen Sie mit dem Geld in der Steiermark im Sozialbereich um.

Und das zeigt auch das Beispiel Nummer fünf, wo wir nämlich sehen können, dass Ihre Fraktion sich seit Anfang dieser Legislaturperiode vehement weigert, Förderungen im Sozialbereich evaluieren und überprüfen zu lassen. Es gibt dazu schon unzählige Beschlüsse. Die SPÖ hat diesen leider nie zugestimmt.

Diese und viele, viele andere Beispiele mehr zeigen, dass in der Steiermark kein Grund besteht, sich als Musterschüler hinzustellen und zu kritisieren, was im Bund alles wirklich Positives passiert ist. Hier müsste man sagen, was ist alles in der Steiermark nicht passiert und das ist sehr schade. Und Sie kommen gerade richtig, Herr Landesrat Flecker, zum Schluss und da möchte ich wieder Ihre Wortwahl verwenden. Also können wir zusammenfassend feststellen, es gibt sinnvolle Sozialinitiativen und Ihre! Danke! (Beifall bei der FPÖ. – 17.20 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Frau Abgeordnete Klubobfrau Lechner-Sonnek bitte.

Abg. Lechner-Sonnek (17.20 Uhr): Herr Präsident, werte Mitglieder der Landesregierung, sehr geehrte Damen und Herren im Hohen Haus und auf der Zuschauertribüne!

Es ist offensichtlich wirklich eine schwierige Sache, eine Armutsdebatte zu führen, also eine Debatte, die Armut zum Thema hat und so hoffe ich doch auch, das gemeinsame Bemühen, das will ich uns allen ja grundsätzlich unterstellen, etwas gegen die Armut in unserem Land zu tun. Wenn ich mir aber anschau, wie diese Debatte bisher geführt worden ist – und da nehme ich im Moment einmal die Frau Kollegin Graf aus und beziehe mich auf den Herrn Landesrat Flecker und den Herrn Klubobmann Drexler, dann habe ich das Gefühl, ich habe eigentlich – verzeihen Sie mir den derben Vergleich – zwei Mithäufen gesehen, auf jedem ein Hahn und jeder versucht lauter zu krähen als der andere und Thema ist, wer die eigenen Federn besser spreizen kann. Ich habe wirklich nach diesen beiden Reden das Gefühl gehabt, das darf nicht wahr sein. Was haben diese beiden Reden beigetragen dazu, dass die Armut in unserem Bundesland geringer wird? Ich sage Ihnen meine Einschätzung: Nichts!

Und wie man dann legitimieren kann, 20 Minuten hier zu reden und den Betrieb hier aufzuhalten – ich sage es ganz bewusst –, das weiß ich nicht. Aber das war für mich jenseitig. Und es ist kein Zufall, dass das Exponenten der beiden großen Parteien in diesem Land sind, die seit Jahrzehnten hier die Verantwortung haben und die es auch übers Herz bringen, ganz offensichtlich geht das ganz leicht, Diagnosen zu fällen oder Diagnosen zu stellen, die sich sehr wohl auf die eigene Arbeit und auf die Arbeit der eigenen Partei beziehen. Das ist ganz unglaublich. Die Einheitspartei schwarz-rot hat heute wieder gezeigt, wozu sie imstande ist und wenn ich das noch einmal zusammenfassen darf, offensichtlich nicht zur Problemlösung. Ich habe nicht gesehen, dass hier wirklich Problemlösung im Vordergrund steht, meine Damen und Herren. (Abg. Gennaro: „Bis jetzt habt ihr auch noch nichts vorgeschlagen!“)

Wie ist so eine Debatte zu führen? Ich frage das noch einmal. Ich sehe ein paar grundlegende Probleme, die wir hier im Landtag haben. Ein Problem, wie wird mit Kritik umgegangen? Gerade in Bezug auf das Thema Armut liegt es auf der Hand, dass es nicht möglich ist, dass wir uns hier zwei Stunden gegenseitig anagitierten, dass die Welt in Ordnung ist, nur, irgendwer, der eine Studie gemacht hat, weiß das nicht. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass es Probleme gibt. Wie kann man diese Probleme artikulieren, ohne dass die jeweils andere Seite – und es ist ziemlich Wurscht, wer dann die andere Seite ist – sagt, die Steiermark wird vernadert und schlecht gemacht, wie sie mit uns umgehen, das ist ja unmöglich, dunkle Stunde in der Geschichte des Steiermärkischen Landtages und das jeweils, egal welche dieser zwei großen Parteien im salbungsvollen Ton.

Ich habe irgendwie heute die ganze Zeit das Gefühl gehabt, da steht wer auf der Kanzel und erzählt in salbungsvollem Ton oder entwirft ein Weltbild in salbungsvollem Ton, das überhaupt nichts mit den Problemen zu tun hat, um die es eigentlich geht, wenn wir über Armut in der Steiermark und in Österreich reden. Mir geht es einfach darum und ich wünsche mir – ich sage es einmal so –, dass es möglich ist, in diesem Landtag über Probleme zu diskutieren, ohne dass das immer ausartet in Untergriffe, ohne dass das immer ausartet in wechselseitige Vorwürfe. (Abg. Riebenbauer: „Das gilt für Sie auch!“) Das gilt auch für uns, Herr Kollege Riebenbauer, aber ich glaube sagen zu können, dass wir uns in dieser Hinsicht sehr bemühen. (Abg. Kröpfl: „Bemühen tun wir uns alle!“)

Vielleicht gelingt es uns nicht immer, ich gebe das gerne zu. Ich bin die Letzte, die sagt, dass ich fehlerfrei bin. Aber ich bemühe mich! Und ich wünsche mir, dass das allgemein der Fall ist. Wie wollen wir Probleme lösen, wenn man nicht einmal die Analyse tätigen darf, ohne dass einem permanent unterstellt wird – und, lieber Edi, du weißt das, das ist heute schon wieder ein paar Mal gefallen –, ohne dass mit dem großen Dreschflegel „Sie machen die Steiermark kaputt“, „Sie reden unser Land krank“ gearbeitet wird. Ich würde mir wünschen, dass dieser Dreschflegel das nächste Mal zu Hause bleibt, wenn wir große Themen besprechen. Das bringt nichts, das bringt überhaupt nichts. Die Probleme müssen hier auf den Tisch kommen können, um bearbeitet zu werden.

Ich komme schon zum Herrn Landesrat Flecker. Herr Landesrat, Sie haben sehr viel Ihrer Redezeit dafür verwendet zu diagnostizieren, was auf der bundespolitischen Ebene nicht geklappt hat und schlecht gemacht worden ist. Ich teile auch einen Teil Ihrer Einschätzungen, aber ehrlich gesagt hätte ich mir gewünscht, dass Sie sich auch und mehr selbstkritisch damit auseinandersetzen, was auf Landesebene noch zu tun wäre.

Sie haben aufgezählt, was schon alles geleistet worden ist. Und das ist halt leider die Crux an der Situation, dass der Landesrat der gleichen Farbe sozusagen aufgefordert wird, das haben wir ja von der ÖVP auch schon gehabt – Kulturhauptstadt 2003, zufällig ein paar Tage vor der Grazer Gemeinderatswahl. Also bitte, tun Sie doch nicht so. Ich würde mir wünschen, dass es nicht so ist, aber da ist die Entrüstung auf Ihrer Seite nicht ganz plausibel. Ich glaube, Sie machen es morgen, wenn es Ihnen in den Kram passt. Es ist aber leider halt der Nachteil, dass dann die befragte Person dazu ansetzt, den großen Katalog der eigenen Leistungen aufzulisten, was auch wieder überhaupt nichts bringt für die Problemlösung.

Ich stehe nicht an zu sagen, es ist super, dass wir ein neues Behindertengesetz haben, Herr Landesrat, ich bin glücklich darüber, wenn ich auch finde, dass die Selbstbehalte ein akuter Beitrag zur Armutsgefährdung sind. Schauen Sie in die Sozialstudie, ein Viertel aller Personen, die unter der Armutsgrenze sind, leben in einem Haushalt, wo mindestens eine Person körperlich beeinträchtigt ist. Wir haben es eh schon gewusst, aber auch diese Studie betont es noch einmal und arbeitet es heraus, Behinderung ist eine Gefährdung in Bezug auf Armut, also es ist ein armutsrelevanter Aspekt.

Gut, wenn ich das weiß, dann denke ich mir, aha, Familien, Familiensysteme, wo ein Mensch mit Behinderung lebt, sollten bitte nicht noch weiter finanziell belastet werden. So viel zum Thema Selbstbehalte, die Sie, Herr Landesrat, auf Bundesebene mit Recht ja immer sehr geißeln.

Wenn ich mir das auch anschau, dass zum Beispiel Alleinerzieherinnen überdurchschnittlich gefährdet sind von Armut, dann denke ich mir, ja, ich bin froh, dass es im letzten und schon im vorletzten Budget heißen hat, wir machen im arbeitsmarktpolitischen Bereich ganz klare Schritte, entschlossene Handlungen für die berufliche Reintegration von Frauen, die ja meistens noch die Kinderarbeit leisten, nach der Kinderpause. Nur muss ich sagen – ehrlich gestanden, Arbeitsmarktpolitik ist eines meiner Lieblingsfelder –, ich habe nicht das Gefühl, dass ich weiß, dass ich Informationen kriege in gebotener Regelmäßigkeit und Genauigkeit, ob das überhaupt wirklich gemacht wird. Bei der Budgetdebatte im vorletzten Jahr habe ich zum Beispiel gesagt, ich sehe nicht, dass sich das abbildet, da ist nichts dotiert, nichts zusätzlich dotiert gewesen beziehungsweise was diesen frauenpolitischen Maßnahmen zugeordnet worden ist, ist offensichtlich anderswo weggenommen worden. Ich wünsche mir eine bessere Information. Ich bin froh, wenn da etwas funktioniert.

Ich finde auch, dass die Steiermark gerade im Bereich der Langzeitarbeitslosen relativ gut dasteht. Aber, Herr Landesrat, werte Damen und Herren, das ist zu einem Großteil den engagierten privaten Trägern der aktiven Arbeitsmarktpolitik anzurechnen, die trotz der Kürzungen, die das AMS bekommt und weitergeben muss und trotz der wenig ambitionierten Sorge auf Seite der Landespolitik diese Leistungen erbracht haben.

Also ich habe nicht das Gefühl, dass da der übergroße Punch da ist auf Seiten der Landespolitik, hier wirklich aktive Arbeitsmarktpolitik zu betreiben und vielleicht auch eine Zeitlang zu kompensieren, wenn der Bund auslässt. Wenn wir das aber nicht tun, wird es sehr schlecht ausschauen.

Kinderbetreuung: Ich habe vorhin gesagt, Alleinerzieherinnen sind über die Gebühr in der Armutsfalle. Es ist auch ganz deutlich, in dem Augenblick, wo das jüngste Kind in die Schule kommt, kann sich das ändern und ändert sich das oft. Der Herr Landesrat Flecker hat heute gesagt, Kinderbetreuung ist zu erweitern. Herr Landesrat, wie lange sind Sie schon zuständig für diesen Bereich?

Wir alle wissen das, wir wissen, dass Kinderbetreuung, also existierende Möglichkeiten der Kinderbetreuung unmittelbar Auswirkungen auf die Erwerbstätigkeit der Eltern, vorwiegend der Mütter haben. Wir wissen, dass das im Übrigen auch Auswirkungen hat – so verblüffend es sein mag – auf die Geburtenrate. Das wissen wir alles schon sehr lange.

Warum sind wir noch so weit weg von einem flächendeckenden Angebot an Kinderbetreuungseinrichtungen, wenn Sie und Ihre Partei schon so lange dafür zuständig sind und das auch schon so lange sagen? Sie haben uns mit Sicherheit als Partner, wenn es darum geht, hier entschlossene Schritte zu machen. Ich glaube auch, dass schon Schritte gemacht worden sind, aber in den letzten Jahren ist das etwas in den Hintergrund getreten.

Ein weiteres Element, das ich für sehr wichtig halte, und so viel zum Thema Enquete, das möchte ich jetzt auch loswerden, Herr Landesrat – er hört zwar nicht zu –, wenn ich höre, eine Armutsenquete, da wird es mir ganz anders. Bitte um Entschuldigung. Da muss ich jetzt etwas sagen, was Sie vielleicht als respektlos empfinden. Die ersten Enqueten, die ich in diesem Haus erlebt habe, die haben mich ja noch richtig freudig gestimmt, inhaltlich total interessant, klasse Debatte, die politischen Parteien lassen sich zu Bekenntnissen hinreißen, wo ich mir denke, da ist jetzt etwas gelungen, da wird jetzt ein Schritt gemacht. Aber leider bin ich halt schon ein bisschen zu lang im Landtag, obwohl es erst viereinhalb Jahre sind. Diese Enqueten sind – und wenn Sie mich eines besseren Gegenteils belehren können, bin ich glücklich – eigentlich samt und sonders verpufft. Ich halte nichts von einer Armutsenquete, schon gar nicht, wenn man glaubt, dass sie Probleme löst.

Ich halte sehr wohl etwas davon, wenn wir sagen, wir setzen uns in Form eines speziellen Unterausschusses oder Ausschusses – was auch immer – zusammen, ohne gleich darauf zu schießen, wie gut eine Rede ankommen könnte und wie viele Zeilen sie in den Medien bringt, und arbeiten wirklich diese Felder ab, von denen ich jetzt ein paar angerissen habe.

Wir haben zum Beispiel auch vor einem Jahr, anlässlich einer solchen Enquete, wo es um Erwerbstätigkeit gegangen ist, um diesen „gender pay gap“, den Unterschied zwischen Frauen- und Männereinkommen, gesagt, das müsste uns doch interessieren, was kann der Landtag überhaupt tun in diesem Bereich? Und das ist auch der Sinn meiner Wortmeldung, zu schauen, was kann denn der Landtag tun in diesem Bereich? Das wollte aber zum Beispiel die ÖVP und die FPÖ nicht untersucht haben. Was kann der Landtag konkret tun, hoheitlich in seiner Aufgabe als Gesetzgeber, als Arbeitgeber, um diese Schere zwischen Männer- und Fraueneinkommen zu schließen?

Das sind alles Themen, die uns hier interessieren könnten und mit denen wir arbeiten sollten.

In diesem Zusammenhang möchte ich mich noch kurz zur Bildung äußern. Es reicht einfach nicht aus, meine Damen und Herren, in Broschüren, in Interviews zu sagen, wir haben die Zukunfts-AG., wir sind so innovativ, die steirische ÖVP ist im Bildungsbereich innovativ – finde ich klass, im Übrigen, ohne Missverständnisse aufkommen zu lassen, gefällt mir sehr gut. Was ich etwas bemängle, ist, dass Sie sich innerhalb Ihrer Partei österreichweit zu wenig durchsetzen können. Ich würde Sie gerne unterstützen. Ich freue mich, dass die Zweidrittelhürde gefallen ist. Aber eines würde ich mir schon wünschen, meine Damen und Herren, es gibt da so einen Lackmustest, ich habe heute schon einmal gesagt, ins Budget hineinzuschauen ist immer eine klasse Geschichte, aber der Lackmustest für Äußerungen zum Bildungsbereich und zur Zukunfts-AG. ist auch ein Blick ins Budget. Und dort ist die nächste Kürzungswelle im Lehrerinnen-/Lehrerbereich leider schon festgeschrieben.

Lieber Franz Majcen, schau dir die Budgetzahlen an, das bildet sich eindeutig ab. Erstens.

Und zweitens, das ist auch in den landespolitischen Möglichkeiten, weil es jetzt darum geht, die MigrantInnenkinder sollen Sprachkurse machen. Ja, meine Damen und Herren, es gibt so genannte interkulturelle Lehrerinnen und Lehrer in den Schulen. Blöderweise werden die immer wieder von ihrem Unterricht beziehungsweise von ihrer Unterstützung für MigrantInnenkinder abgezogen, um immer mehr Suppliestunden zu leisten, weil die Herren und Damen DirektorInnen in etlichen Schulen das nicht machen möchten. Das ist in der Möglichkeit der Landespolitik, des Landesschulrates, hier genauer hinzuschauen. Und das ist nicht nur Möglichkeit, das wäre eine konkrete Aufforderung und Bitte von mir, denn das kann nicht sein, dass man am Papier stehen hat, wie klass wir alle sind und dass wir interkulturelle Lehrer/Lehrerinnen haben und in Wirklichkeit werden die für andere Arbeiten herangezogen.

Armut ist nicht zu akzeptieren, meine Damen und Herren, sie ist nicht zu akzeptieren. Ich wünsche mir eine seriöse Auseinandersetzung mit dem Thema und ich bin sehr, sehr glücklich, ohne dass ich die Zeit noch habe, auf bundespolitische Themen einzugehen oder auch alle landespolitisch möglichen Ansätze wirklich komplett abzubilden, und es freut mich, dass es auf Ebene der Bundespolitik einen guten Ansatz gibt, und zwar den – heute auch schon genannt worden – der bedarfsorientierten Grundsicherung. Das ist überfällig. Ich bin wirklich glücklich, dass es hier ein Modell gibt, das viele Probleme zu lösen hilft, auch und besonders Probleme von Menschen, die zwischenzeitlich kein Einkommen haben. Das ist in diesem Sozialbericht eindeutig sichtbar und abgebildet. Wenn die Erwerbskarriere immer wieder unterbrochen wird, steigt das Armutsrisiko.

Ich bin glücklich, dass dieses Grundsicherungsmodell auch etwas anbietet für das immer beschworene, aber nie eingelöste lebenslange Lernen. So glücklich ich über PISA bin, weil die PISA-Studie bewirkt, dass wir in einem bisher nicht gelebten Ausmaß über Schule diskutieren, so unglücklich bin ich, dass der Erwachsenenbildungsbereich hier nicht einbezogen wird.

Es gibt zwar – und das ist auch eine positive Rückmeldung – eine gute Plattform für die Erwachsenenbildungseinrichtungen in der Steiermark. Grete Dorner leitet hier mit Ihrer Unterstützung, Frau Landeshauptfrau, sehr, sehr gute Arbeit, das halte ich für eine gute Basis, aber diese Bereiche gehören mehr einbezogen. Das ist ganz klar. Das Grundsicherungsmodell, das bedarfsorientierte Grundsicherungsmodell beinhaltet für

solche Phasen, auch längere Phasen einer Abwesenheit vom Beruf, einer Weiterbildung oder überhaupt Ausbildung eine finanzielle Absicherung. Abgesehen davon, dass es, wie ich weiß, 400.000 Menschen in Österreich gibt, die im Moment keinen eigenständigen Pensionsanspruch haben, für die auch bisher noch nie eine Antwort gefunden wurde, außer diesem bedarfsorientierten Grundsicherungsmodell. Ich bin einfach froh darüber, dass es hier einen konstruktiven Ansatz gibt und ich bin auch froh, dass der Herr Landesrat unlängst auch öffentlich gemacht hat, dass er dieses Modell unterstützt. Ich denke mir, es wäre an der Zeit diesem Modell insofern nahe zu treten, näher zu treten, dass die Bundesregierung sich damit befassen möge, wie ein solches Modell ausschauen soll.

Deswegen möchte ich auch gleich unseren Entschließungsantrag einbringen.

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, damit diese in Zusammenarbeit mit den Ländern alle notwendigen Schritte zur Einführung einer bedarfsorientierten Grundsicherung einleitet.

Ich glaube, das wäre ein konkreter konstruktiver Schritt. Ich möchte Sie einladen, dass wir diesen Schritt – es ist nur eine Aufforderung, keine Sorge – es ist nur eine Aufforderung, dass die Bundesregierung sich damit befassen möge. Wir könnten diesen Schritt miteinander gehen und dann könnte diese Debatte, diese Landtagssitzung, diese Dringliche Anfrage zum Thema Armut ein Ergebnis haben, das sich manifestiert. Denn bei allem Respekt, meine Damen und Herren, ein anderes habe ich heute noch nicht gesehen. Danke! (Beifall bei den Grünen. – 17.37 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Ad hoc zu Wort gemeldet hat sich Herr Landesrat Schöpfer bitte.

Landesrat DDR. Schöpfer (17.37 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Frau Landeshauptmann, liebe Regierungskollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Passagenweise hatte ich bei den bisherigen Beiträgen das Gefühl, bei einer Versammlung der Stammeshäuptlinge der Sahelzone zu sein. Es ist mitunter dargestellt worden, wie arm unser Land ist und wie schlecht die wirtschaftliche Performance ist. Da muss man schon sagen – und es ist ja auch in einem Beitrag vorgekommen –, dass Österreich zu den reichsten Ländern Europas gehört. Man kann jetzt streiten, ob es das dritt- oder viertreichste Land der EU ist. Österreich ist das sechstreichste Land der Welt. (Abg. Kröpl: „1,044.000 Arme!“) Dass es in Österreich Armut gibt und das hat der Armutsbericht gezeigt, ist natürlich bedrückend und ich glaube, man soll sehr seriös und sehr ernsthaft darüber diskutieren und darüber eine tiefgründige Diskussion führen. Ich habe auch Herrn Küberl eingeladen, bereits vor 14 Tagen und wir treffen uns übermorgen, darüber gemeinsam zu diskutieren. Ich glaube, dieser Diskussion muss man sich stellen. Es ist nur angeklungen im Beitrag von der Frau Lechner-Sonnek, dass das Land eigentlich zu wenig tut und dass sozusagen hier halbherzige Politik gemacht wird. Ich möchte das auch ein bisschen zurechtrücken und darf Folgendes sagen.

Schauen Sie sich die Verteilung im Landesbudget an. Es gibt 400 Millionen für Soziales und ich gönne diese 400 Millionen, sie sind wichtig. Es gibt für Wirtschaft und Technologie ein Budgetvolumen von 53 Millionen, also ein Achtel etwa von dem, was für Soziales zur Verfügung steht. Nachdem Kollege Flecker gesagt hat, dass also bei mir die gesamte Qualifizierung liegt, würde ich bitten, dass man Teile vom Sozialen zu mir herüber transferiert oder wie immer. Ich darf nur sagen, wir erfüllen insofern unsere Aufgaben, also wenn Sie von diesen 53 Millionen die EU-Kofinanzierungsmittel wegnehmen, dann bleibt ein Betrag von etwas mehr als 30 Millionen Euro übrig und davon in etwa über den Daumen gepeilt, die Hälfte geht in die Richtung, die eigentlich gezielt der Armutsbekämpfung dient, nämlich der Qualifikation von Frauen, der Qualifikation von Menschen, die aus irgendwelchen Gründen im Arbeitsplatz nicht ihre richtige Stellung gefunden haben. Langzeitarbeitslose, Leute, die sozusagen ein soziales Verhaltensproblem haben. Es sind alleine 11 Millionen auf der einen Seite, die zur zukunfts- und bedarfsorientierten Höherqualifizierung verwendet werden und im Rahmen des steirischen Ziel-2-Programmes werden jährlich 3,7 Millionen Euro verwendet in Zusammenarbeit mit dem europäischen Sozialfonds, um sehr gezielt älteren, ungelerten Leuten, die gewisse Behinderungen haben, in den Arbeitsmarkt zu verhelfen.

Also ich darf sagen, es wird einiges getan. Mir ist klar, dass es zu wenig ist, dass wir mehr tun könnten. Ich darf sagen, wir sollten diese Diskussion über Armut wirklich ernsthaft führen, und nicht zu einer billigen Polemik benutzen. Das wäre mein Aufruf. (Beifall bei der ÖVP. – 17.40 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächster am Wort ist Herr Abgeordneter Hammerl.

Abg. Hammerl (17.40 Uhr): Sehr geehrte Frau Landeshauptmann, Frau Präsident, Herr Landeshauptmannstellvertreter, meine Herren Landesräte, geschätzte Damen und Herren!

Ich möchte heute in meinen Ausführungen zum Sozialen kommen, Frau Sonnek hat es schon erwähnt, und zwar die Armut. Herr Klubobmann, ich darf Sie korrigieren – wo ist er? (Abg. Bittmann: „Nicht da!“) – der Herr Staatssekretär und die Frau Ursula Haubner haben sehr wohl an der Titelseite des Berichtes ihre beiden Bilder und die Namen. Ich möchte auch festhalten, wenn der Herr Klubobmann gelesen hat, dann ist es ein guter Bericht und ein ehrlicher Bericht und dieser Bericht wäre heute die Grundlage, die wir diskutieren sollten. (Abg. Gross: „Darum haben wir die Dringliche eingefordert. Das ist der Grund!“)

Das ist der Grund, jawohl. Hohes Haus, der Bericht über die soziale Lage 2003/2004 ist ohne Zweifel eine Herausforderung für die Politik, für die Gesellschaft, aber auch für unser Haus hier. Er eignet sich aber nicht als Wahlkampfinstrument, das wurde heute schon wiederholt, sondern er stellt eine Aufforderung zur Zusammenarbeit dar, weil es muss uns gemeinsam um die gehen, die am Rande der Gesellschaft stehen und in Gefahr sind, an den Rand gedrängt zu werden. Herr Landesrat Flecker, machen wir uns nicht selbst schlecht. Gemeinsam, Herr Landesrat Flecker, haben SPÖ und ÖVP und auch die anderen Fraktionen bei einzelnen Punkten in den letzten Jahren und Monaten viel Positives zum Thema Verhinderung der Armut beigetragen. Ich erwähne unser Sozialhilfe-, Behinderten-, Pflegeheim-, Jugendwohlfahrts-, Seniorengesetz und auch das Gewaltschutzgesetz.

Und am 3. März, Herr Landesrat, eröffnen wir in Kapfenberg das neue Frauenhaus. Herr Landesrat Schöpfer hat hier das Sozialbudget erwähnt. 2004 377 Millionen Euro, 2005 400 Millionen Euro, das heißt eine Steigerung von rund 6 Prozent. Eine Veränderung von 2000 bis 2005, ein Plus von 61 Prozent, das hat kein Bundesland in ganz Österreich.

Zu den Sozialleistungen der Steiermark: Sozialhilfe für Alleinstehende, Unterstützte im Bundesländervergleich: In Wien gibt es 401,61 Euro im Monat, in der Steiermark 479 Euro. Das heißt, Sozialausgaben je Einwohner in der Steiermark 241,6 Euro. Hier sind wir das beste Bundesland in Österreich im Bereich der Sozialleistungen. Da brauchen wir uns nicht zu schämen und uns hier gegenseitig in diesem Hause schlecht zu machen. Trotzdem, meine Damen und Herren, der Bericht über die soziale Lage ist ein sehr ehrliches Dokument, das die Probleme beim Namen nennt und damit eine Voraussetzung zur Bekämpfung des Problems darstellt. Es bringt nichts, hier Tatsachen zu verschleiern oder zu verstecken. Es geht auch in Zukunft um eine richtige Verteilung von Geld, aber auch um den Ausbau von Beziehungsnetzen. Diese Beziehungsnetze fehlen uns hier in der Politik, auch in diesem Haus. Wir haben heute, glaube ich, viele Fehler gemacht.

Das Soziale, meine Damen und Herren, Thema Armut ist ein Bereich, der nicht auf eine Legislaturperiode ausgelegt werden darf, sondern in eine Langzeitstruktur eingebaut werden muss. Auf diesem Hintergrund verdient es der Bericht über die soziale Lage, ernst genommen zu werden. So ist der Dringlichen Anfrage nur zuzustimmen, wenn sie vom Willen getragen ist, die Ergebnisse des Berichtes über die soziale Lage auf die Politik in der Steiermark anzuwenden. (Beifall bei der ÖVP.)

Gerade auf diesem Hintergrund muss aber vor Dramatisierungen dieses Berichtes gewarnt werden, weil daraus sonst zu einseitige Konsequenzen gezogen werden könnten. Es sind nämlich verschiedene Momente, die die im Sozialbericht angesprochenen Probleme verursachen. Ich will nur einige andeuten. Die Zahl der alten und damit auch kranken Menschen steigt, die Pflegebedürftigkeit wird höher. Wir haben in der Steiermark schon jetzt keine Frauen und Männer mehr im Pflegeberuf.

Die Arbeitslosigkeit wird bei steigenden Beschäftigungszahlen höher. Herkömmliche Sicherungssysteme, wie die Familie, werden schwächer beziehungsweise sind auch im Umbau begriffen. Der Zuzug von Asylwerbern hat ein sehr hohes Niveau erreicht. Die Gesellschaft ist für Schwache nicht sehr sensibel. Ich wiederhole, unsere Gesellschaft ist für Schwache nicht sehr sensibel. Und dieser Diskussionsbericht dient dazu, damit wir auch ein bisschen in der Bevölkerung das Verständnis für die Armen bringen. Vor diesen Fakten, meine Damen und Herren, kann keiner fliehen und jeder muss diese Rahmendaten wahr- und ernst nehmen.

Aus diesem Hintergrund ist auch die Tatsache, dass über 1 Million Österreicherinnen und Österreicher armutsgefährdet sind, zu sehen. Es sind nicht nur politische Entscheidungen für das Phänomen ausschlaggebend, sondern auch demografische und soziale Entwicklungen, die im Hintergrund dieser Zahl stehen.

Die Quote der Armutsgefährdung beträgt nach diesem Bericht an die 13 Prozent. Das ist eine Zahl, die uns zu denken geben muss, keine Frage, und wir müssen die betroffenen Menschen hinter den Zahlen sehen, Menschen mit Würde, die unter dieser Armut leiden. Es muss alles getan werden, dass die Gefahr der Armut nicht Wirklichkeit wird.

Es ist auch deutlich zu machen, dass Armut nicht nur eine Beschränkung der finanziellen Möglichkeiten bedeutet, sondern auch eine Verringerung der Teilnahmechancen in unserer Gesellschaft. Arme drohen auch ausgeschlossen zu werden. So ist die ökonomische Betrachtungsweise wichtig, sie ist in vielen Punkten aber auch beschränkt. So ist es problematisch, die Armutsgrenze rechnerisch, so wie in diesem Bericht, damit festzulegen, dass einem Menschen weniger als 60 Prozent des Monatseinkommens von 758 Euro pro Monat zur Verfügung stehen. Was für den einen Menschen, der in intakten Beziehungen lebt, ein relativ gutes Leben gewährleistet, ist für einen Isolierten oder Einsamen sehr oft wenig für ein würdiges Leben. Hier müssen wir in Zukunft auch ansetzen. So heißt es im Sozialbericht selbst, weder die Armutsgefährdungsschwelle noch die Armutsgefährdungsquote sagen etwas darüber aus, in welchem Ausmaß Menschen von Einkommensarmut betroffen sind. Das gilt in Bezug auf das Gesamtkonzept Armut noch viel mehr.

Oder, meine Damen und Herren, es heißt an anderer Stelle, Armut ausschließlich über ein niedriges Einkommen zu definieren, berücksichtigt nicht die unterschiedlichen Kostenstrukturen und Lebenslagen. Noch deutlicher heißt es, niedriges Einkommen ist folglich ein guter Indikator für die finanzielle Situation eines Haushaltes, aber kein hinreichender Indikator für die Armut. Hier müssen wir ansetzen, nicht denken, alles, was hier in diesem Bericht steht, kann nicht hinterfragt werden.

Wir müssen also, meine Damen und Herren, mit dem Begriff Armut sehr sorgsam umgehen, um den wirklich Armen gegenüber nicht ungerecht zu werden.

Es wäre in der Folge eines solchen Armutsbegriffes also zu wenig, die Probleme in diesem Bericht nur ökonomisch zu betrachten und die Lösungen auf das Ökonomische zu beschränken. Sozialpolitik, meine Damen und Herren, mit Geld ist sehr wichtig, aber das ist zu wenig. Wir müssen außerdem auch die Betroffenen zu Beteiligten machen und das geht nur mit einer umfassenden Strategie, die auf verschiedenen Ebenen ansetzt – auch in unserem Haus. Keiner soll so tun – keine Partei –, als hätte er eine Lösung, auch hier nicht im Haus. Die Lösung gibt es nicht, es gibt nur verschiedene Schritte zu einer Lösung.

Wir sollten uns auch vor einer Schwarzweißmalerei hüten. Diese verhindert nämlich sehr oft realistische Ansätze für eine Lösung, so wie wir es heute am Beginn hier gemacht haben. Wenn gewisse Politikerinnen und Politiker – auch hier im Haus – so tun, als wäre unsere Gesellschaft die schlechteste, die denkbar ist, dann sollten sie einmal in andere Teile der Welt, aber auch Europas schauen. In Bezug auf die Arbeitslosigkeit, meine Damen und Herren, stehen wir in Europa noch immer sehr gut da. Schauen wir nur nach Deutschland, nach Frankreich, nach Holland, nach Italien, nach Norwegen und Schweiz, wir sind hier an zweiter Stelle in Europa. Wir brauchen uns nicht zu schämen. (Abg. Gennaro: „Von der Statistik haben die Arbeitslosen nichts!“)

Darauf können wir uns aber nicht ausruhen, sondern im Wissen, dass Menschen betroffen sind, müssen wir realistisch kleine Schritte beharrlich mit Leidenschaft und Augenmaß setzen.

In diesem Zusammenhang möchte ich nur auf ein Projekt eingehen, das vor kurzem unter der Überschrift „Land und AMS finanzieren Weiterqualifizierung für Pflegekräfte“ vorgestellt wurde. Das war ein Projekt. Pflegeheime suchen Pflegekräfte und Pflegekräfte, die eingestellt werden, verringern die Arbeitslosenzahlen. Damit sie aber eingestellt werden können, müssen die Pflegekräfte aus- und weitergebildet werden. Das Geld für diese Weiterbildung ist gut investiert, meine Damen und Herren, und ist ein Hinweis darauf, dass durch den Ausbau des sozialen Sektors auch Arbeitsplätze geschaffen werden können. Und das ist dem AMS und Herrn Landesrat Flecker – er ist jetzt nicht da –, das ist uns gemeinsam auch gelungen.

Besonders, meine Damen und Herren, die Arbeitslosigkeit birgt auch ein hohes Verarmungsrisiko. Deswegen müssen wir auch alles tun, um Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Das bedeutet aber, an verschiedenen Punkten auch anzusetzen. Bei der Schaffung von Arbeitsplätzen in der Steiermark, und wir wissen es, ist hier bezüglich der Arbeitsplätze sehr, sehr viel geschehen. Ein Danke unserer Frau Landeshauptmann und ein Danke an Herrn Landesrat Schöpfer. (Beifall bei der ÖVP.)

Bei der Bekämpfung von Schwarzarbeit, die ein Verweigern der Solidarität in der Gesellschaft bedeutet, meine Damen und Herren, auch hier müssen wir ansetzen, denn hier gehen Arbeitsplätze verloren. Bei der Einbeziehung von Pflegearbeit in das Arbeitssystem, etwa durch einen Dienstleistungsscheck, was ich hier immer gesagt habe. Und der Herr Landesrat Flecker hat heute unter anderem auch eine Pflegeversicherung erwähnt. Da können wir ohnedies darüber diskutieren, gar keine Frage, weil in 15 Jahren wird es für die jüngeren Abgeordneten in diesem Haus kein Pflegegeld mehr geben, wenn wir hier nicht dabei ansetzen.

Durch Transferzahlen, meine Damen und Herren, kann viel erreicht werden. 36 Prozent des Einkommens eines österreichischen Haushaltes stammen aus sozialen Direktleistungen. In armutsgefährdeten Haushalten machen Leistungen der öffentlichen Hand 60 Prozent des Einkommens aus. Bei Beziehern von Sozialhilfe stammen 60 Prozent des Einkommens von der öffentlichen Hand, bei Haushalten mit einer behinderten Person sind das 74 Prozent. Hier sind wir in ganz Europa bei weitem führend, das hat kein Land. Man sieht also, und das kann man auch ehrlich sagen, der Staat und die öffentlichen Einrichtungen tun sehr viel.

Um einen Hinweis auf die dritte Frage der Dringlichen Anfrage des Herrn Flecker zu werfen, es ist natürlich ebenso wichtig, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, damit der Armut der Nährboden entzogen wird. Hier, meine Damen und Herren, sind wir im Haus alle gefragt. Es geht hier in diesem Projekt, was wir bekommen haben, um eine Konkurrenz der besseren Systeme, aber der Hintergrund muss das gemeinsame Bemühen um die Betroffenen sein, die zu Beteiligten gemacht werden sollen. Meine Damen und Herren, wir von der Politik sind gemeinsam gefordert.

Und ein Schluss noch, weil so viel gesprochen wurde, der Bund gibt nichts her, hier ist nichts vorhanden und dort ist nichts vorhanden. Eines, meine Damen und Herren, möchte ich schon festhalten, lieber Herr Gennaro, lieber Herr Kollege, da wirst du wieder rausschreien, die ÖVP-Regierung hat 1970 3,4 Milliarden Staatsschulden übergeben. In kurzer Zeit hat unser Herr Bundeskanzler Kreisky das Ganze auf 100 Milliarden steigen lassen. Und das hat wiederum eine ÖVP- und FPÖ-Regierung übernommen. Das sind 1800 Milliarden – in Schilling – Staatsschulden. Hätten wir diese Schulden zu 50 Prozent nicht, könnten wir bezüglich der Armut voll die Hände ausschütteln und allen Armen ein hohes Gehalt morgen schon geben. Aber der Staat ist natürlich verpflichtet, diese Schulden abzubauen. Sind wir froh, dass wir eine Pensionsharmonisierung (Präsidentin Dr. Rieder: „Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist zu Ende!“) haben, meine Damen und Herren, sind wir froh, dass sich diese Regierung getraut hat, auch dieses Thema anzugreifen.

Danke schön! (Beifall bei der ÖVP. – 17.53 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächste am Wort ist Frau Abgeordnete Gross. Bitte.

Abg. Gross (17.54 Uhr): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren!

Kollege Drexler ist augenblicklich nicht da. (Abg. Stöhrmann: „Er geht nicht ab!“ – Abg. Riebenbauer: „Er ist schon da!“)

So viel zum Wort Präsenz.

Aber der Kollege Drexler hat es geschafft, in seiner ganzen Redezeit nicht ein Wort zum Sozialbericht zu sagen. Das wird er wahrscheinlich auch dort, wo er jetzt ist, hören oder es wird ihm ausgerichtet werden und das möchte ich ihm schon vorwerfen.

Meine Damen und Herren, wer einmal in Armut stürzt, der findet ohne Hilfe kaum mehr heraus. Wer kein Geld hat, der befindet sich im Dauerstress, einer Spirale aus Stress, aus Kälte, aus Ausgrenzung und Einsamkeit, ganz einfach, einer Spirale nach unten.

Denn schon beim Begriff Armut gehen die meisten Menschen auf Distanz, zumal er Unangenehmes auslöst. Von Mitleid über Schuldgefühle und Unbehagen bis zu Aggression, Angst und Verachtung. Kollege Hammerl, ich habe dir gut zugehört. Wir schauen schon nach Europa, wir schauen auch in die Welt, aber wer will denn eigentlich schon hören, dass 20 Prozent der Weltbevölkerung unterernährt sind und 50 Prozent an Mangelerscheinungen leiden und dass sogar im reichen Europa, von dem du gesprochen hast, 25 Millionen Menschen in ständiger Armut leben? Aus einer unbewussten Angst vor Ansteckung werden Grenzen gezogen bis hin zur Ausgrenzung. Meine Damen und Herren, das Kinderspiel „Ene, mene, muh und drauß' bist du“ ist schon lange zu einem Gesellschaftsspiel geworden. Jeder und jede kann jederzeit aus der heilen Welt hinausgestoßen werden, sei es als Folge von Krankheit, von wirtschaftlichen oder privaten Krisen oder auch durch eine Naturkatastrophe.

Ein Wort zur Frau Kollegin Graf, die jetzt leider auch nicht da ist. Bei einer Sozialdebatte, Frau Kollegin Graf, Sozialmärkte, die angeblich abgelaufene Lebensmittel verkaufen dürfen, so positiv darzustellen, das stimmt mich eigentlich bedenklich. Nicht ein Ansatz, Frau Kollegin Graf, dass wir auf die Wirtschaft einwirken sollten oder es mit sozialen Begünstigungen schaffen müssten, dass sich auch Menschen, die armutsgefährdet sind oder in Armut leben müssen, Lebensmittel leisten können in Geschäften, wo wir auch einkaufen. Frau Kollegin Graf, meinen Sie wirklich, diese Menschen haben kein Recht darauf, qualitativ gleichwertige Lebensmittel zu konsumieren wie Menschen, die es sich leichter leisten können? Und darum sind wir gegen diese Sozialmärkte, nicht mit Feuer und Flamme (Abg. Wiedner: „Liebe Frau Gross, du bist so weit von der Realität weg. Du tust mir Leid!“), sondern darum sind wir gegen diese Sozialmärkte in der Form, wie sie jetzt bestehen müssen. Wir müssen den zweiten Ansatz suchen und finden. (Abg. Wiedner: „Ihr braucht nur ein Thema!“)

Meine, Damen und Herren, bei der Caritas, nachdem Herr Präsident Küberl schon zitiert wurde und auch bei der Volkshilfe und ähnlichen Sozialvereinen finden sich immer mehr Menschen ein, Menschen, die nie daran gedacht haben, je zu einem Sozialverein, zu einem Kontakt zu kommen. Meine Damen und Herren, es wird immer augenscheinlicher, die Armut ist weiblich. Und ein Grund dafür ist die Tatsache, dass der Anspruch auf gleichen Lohn für gleiche Arbeit de facto noch immer nicht umgesetzt ist. Darum werden wir auch nicht müde werden in diesem Haus darauf hinzuweisen, dass die viel häufiger geringfügig Beschäftigten beziehungsweise Teilzeit arbeitenden Frauen sowohl hinsichtlich der Armutsgefährdung – (Abg. Wiedner: „Viele wollen das selber!“) – ich sage dir zum Selberwollen noch etwas – als auch der akuten Armut deutlich stärker betroffen sind als Männer. Die Gruppe der working poor, das sind Menschen, die zwar eine Arbeit haben, die aber kaum ein Einkommen, mit dem sie auskommen können, wirklich haben, nimmt ständig zu. Und ihre Gefährdung, meine Damen und Herren, den Absprung aus der – (Abg. Wiedner: „Wie viel Teilzeit hat die Volkshilfe?“) Ich gebe dir nachher die Zahlen. (Abg. Wiedner: „Wie schaut das bei der Volkshilfe aus mit den Teilzeitkräften?“)

Meine Damen und Herren, oft nimmt die soziale Situation den Betroffenen jede Aussicht auf ein besseres Leben. Auch wer keinen ausreichenden Zugang zur Bildung hat, meine Damen und Herren, muss mit einem hohen Risiko der Verarmung und sozialen Ausgrenzung rechnen. Und auch hier finden vorrangig Frauen – (Abg. Wiedner: „Gib' eine Antwort. Es ist ja keine Vorlesung!“ – Präsidentin Dr. Rieder: „Sie können sich zu Wort melden, wenn Sie glauben!“ – Abg. Wiedner: „Ist schon aus?“)

In Österreich rekrutieren sich 90 Prozent, meine Damen und Herren, der armutsgefährdeten Bevölkerungsgruppen aus niedrig qualifizierten Gruppen und die Betroffenen haben immer mehr Probleme mit psychischen Belastungen. (Abg. Wiedner: „Geh bitte, 14 Minuten noch, das gibt es nicht, Frau Präsidentin!“)

Auch hier sind immer mehr Frauen, die Betroffenen. (Abg. Wiedner: „Wo sind die 14 Minuten jetzt her?“) Wollen Sie sich bitte zu Wort melden? Wenn Sie sich zu Wort melden wollen, dann melden Sie sich zu Wort! (Abg. Wiedner: „So geht das nicht! Bitte, du hast zehn Minuten Redezeit, wo sind die 14 Minuten jetzt her? Bitte, so geht das nicht!“ – Abg. Kröpfel: „Herr Kollege, schauen Sie sich die Geschäftsordnung des Landtages an, bei der Dringlichen Anfrage hat jeder Redner 20 Minuten!“ – Abg. Wiedner: „Sie hat ja schon zehn Minuten geredet. Aber wo hat sie jetzt 14 Minuten her?“)

Frau Präsidentin, nachdem mich Herr Kollege Wiedner wieder unterbrochen hat, fordere ich noch zwei Minuten nach. (Präsidentin Dr. Rieder: „Moment bitte. Nach der Geschäftsordnung – wenn Sie sich die durchschauen würden – hat jeder Redner und jede Rednerin 20 Minuten. Die Uhr ist auf 20 Minuten eingestellt gewesen, davon verbleiben jetzt noch 13 Minuten aktuell. Und ich würde bitten, dass Sie das zur Kenntnis nehmen! Die Frau Abgeordnete ist am Wort bitte!“)

Ich danke, ich werde keine Minute überziehen. Meine Damen und Herren, „ich schaffe es nervlich nicht mehr“, das ist ein Satz, den ich auch bei meinen Gesprächen mit Menschen immer wieder höre. Ein Beispiel, das erst vor ein paar Tagen an mich herangetragen wurde. Eine Alleinerzieherin, etwa 35 Jahre alt, geschieden, fünf Jahre war sie als qualifizierte Sekretärin angestellt und hat so für ihre Töchter gesorgt. Dann wurde

in ihrer Firma rationalisiert. Das bedeutet, immer weniger Leute müssen immer mehr arbeiten. Auf Kritik, die dann an sie herangetragen wurde, reagierte sie mit stärkeren Konzentrationsschwierigkeiten. Die Firma ihrerseits reagierte mit einer Kündigung. Meine Damen und Herren, sie erhielt Arbeitslose, später die Notstandshilfe, sie musste die Wohnung aufgeben und verbrachte, da ihre Depression nun offensichtlich wurde, vier Wochen in der Psychiatrischen Klinik. Die Chancen auf einen neuen Job sind seither auf null gesunken. Die Töchter werden von den Freunden immer gemieden. Wahrscheinlich auch, weil der Zeitgeist behauptet, wer arm ist, ist ein Loser und hat das Leben nicht gecheckt und mit solchen Menschen gesehen werden, allein nur gesehen werden, ist nicht in.

Meine Damen und Herren, Bewusstsein schaffen für Armutsgefährdete und sozial Ausgegrenzte, für diese Mechanismen, die da stattfinden, ist auch eine Aufgabe des Steiermärkischen Landtages. Die Veröffentlichung des Sozialberichtes verpflichtet zur Stellungnahme. Darum auch heute diese Dringliche Anfrage an unseren Soziallandesrat. Soziale und kulturelle Ausgrenzung, wen immer sie betrifft, muss bekämpft werden, weil sie den sozialen Zusammenhalt einer Gesellschaft gefährdet. Es gilt daher, verstärkt konkrete Projekte zu entwickeln, die über reine Lippenbekenntnisse hinausgehen und exemplarisch zeigen, dass Integration von sozialen Randgruppen möglich ist und dass diese Projekte wichtige Ergebnisse für den Zusammenhalt der Gesellschaft bringen können. Aber nicht nur bei uns in der Steiermark, wo Soziallandesrat Flecker sehr viele Projekte initiiert und auch unterstützt hat, sondern wir fordern in unserem Entschließungsantrag auch die Bundesregierung, die durch ihre Bundespolitik immer mehr Menschen einer neuen Armut zuführt, dazu auf. Meine Damen und Herren, nach Ansicht unserer Fraktion können auch Vergünstigungsregelungen für Menschen mit geringem Einkommen, insbesondere die Befreiungen von Gebühren, derart verändert werden, dass bei geringfügiger Überschreitung der Einkommensgrenze die Vergünstigung nicht völlig wegfällt, sondern angemessen gekürzt wird.

Und darum bringe ich namens unserer Fraktion folgenden Unselbstständigen Entschließungsantrag der Abgeordneten Gross und Kröpl ein:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung mit dem Ersuchen heranzutreten, Gesetzesänderungen zu initiieren, damit Vergünstigungsregelungen für Menschen mit geringem Einkommen, insbesondere die Befreiungen von der Rezeptgebühr, von der Rundfunk- und Fernsehgebühr und die Gewährung eines Fernsprechentgeltzuschusses derart geändert werden, dass bei geringfügiger Überschreitung der Einkommensgeringfügigkeitsgrenze die Vergünstigung nicht völlig wegfällt, sondern diese angemessen gekürzt wird sowie in Abstimmung mit Bundesvorhaben entsprechende Änderungen landesgesetzlicher Begünstigungsregelungen in die Wege zu leiten.

Ich möchte noch ein Wort zum Herrn Wirtschaftslandesrat Schöpfer sagen. Er hat gerade früher gesagt, es gibt 400 Millionen Euro für Soziales. Aber – Herr Wirtschaftslandesrat, ich würde Sie bitten, mir zuzuhören – trotz dieser 400 Millionen für Soziales gibt es in der Steiermark 160.000 armutsgefährdete Menschen in 60.000 Haushalten, 70.000 Menschen leben in der Steiermark unter der Armutsgrenze. Und da verlangen Sie wirklich allen Ernstes, dass Geld von Ihrem Wirtschaftsressort umgeschichtet wird? Ich glaube, da soll sich jeder selber seinen Reim darauf machen.

Meine Damen und Herren, das Gesicht der Armut hat sich verändert und wenn diese Bundesregierung die sozialen Standards weiterhin so nivelliert, dann wird die Anzahl der betroffenen Menschen sich verdoppeln und verdreifachen. Armut trifft jeden! Arme sind nicht mehr nur unter allen Anführungszeichen obdachlose Menschen, Flüchtlinge, Bettler, sondern es gibt die neuen Armen, Menschen, die in der Öffentlichkeit nicht unbedingt als arm wahrgenommen werden.

Auf eines möchte ich unbedingt noch eingehen – ich habe noch sieben Minuten, Kollege Wiedner –, die Position von Frauen am Arbeitsmarkt ist von zahlreichen Benachteiligungen gekennzeichnet. (Abg. Wiedner: „Aber vergiss nicht die Teilzeitkräfte bei der Volkshilfe!“) Ich gebe dir nachher die Statistik und mehr kann ich dir heute nicht anbieten.

Laut Sozialbericht leben 418.000 Armutsgefährdete in Haushalten mit einer Frau als Hauptverdienerin und diese haben damit ein beinahe doppelt so hohes Risiko, nämlich 20 Prozent, als Haushalte, die einen Mann als Hauptverdiener haben; hier sind es immerhin noch 11 Prozent.

Meine Damen und Herren, die Einkommensschere zwischen Frauen- und Männereinkommen in Österreich klafft unverändert weit auseinander. Das mittlere Jahreseinkommen von Frauen liegt um 40 Prozent unter jenem von Männern. Man kann das nicht einfach ausblenden, wie es die ÖVP in diesem Haus immer wieder versucht, denn Fakt ist, meine Damen und Herren, dass die Teilzeitbeschäftigungen ansteigen und die Einkommensschere nicht zusammengeht. Wir werden nicht müde werden, auch im Steiermärkischen Landtag zu fordern, dass die Rahmenbedingungen für Frauen verbessert werden müssen, damit sie gleichberechtigt am Arbeitsmarkt teilhaben können, denn trotz aller Anstrengungen konnte die Kinderbetreuung für Kinder unter drei Jahren nur im geringen Ausmaß ausgebaut werden. Auch die Einführung von flexiblen Öffnungszeiten in den Kinderbetreuungseinrichtungen ist noch immer unbefriedigend, denn auch im Sozialbericht wird eine Diskriminierung der Frauen konstatiert. Ich zitiere: „Teilzeitarbeit wird von Frauen zwar meist freiwillig angenommen, aber in zahlreichen Fällen steht Frauen mit Kindern und Betreuungspflichten die Wahl eines Vollarbeitsplatzes gar nicht frei.“ Ich hoffe, Kollege Wiedner, du hast mir jetzt zugehört, was ich aus dem Sozialbericht zitiert habe.

Darum bringe ich namens unserer Fraktion folgenden Unselbstständigen Entschließungsantrag der Abgeordneten Gross und Gennaro ein:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, um eine der seinerzeitigen Kindergartenmilliarde vergleichbare Bundesförderung für den notwendigen Ausbau des Steiermärkischen Kinderbetreuungssystems sicherzustellen.

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, „teilen“ sollte das Wort des Jahres 2005 werden. Viele werden etwas nachgeben müssen, damit alle etwas haben. Frau Landeshauptmann, ich ersuche dich, nein, wir fordern dich auf, bringe dich in Wien bei dieser Bundesregierung stärker ein. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten werden immer die Armut bekämpfen, und nicht die Armen. (Beifall bei der SPÖ.)

Viele Menschen haben allerdings schon den Eindruck, dass diese Bundesregierung drauf und dran ist, Österreich von einem Wohlfahrtsstaat zu einem Almosenstaat zu machen. Teilen heißt auch verteilen, aber nicht immer nur zum Vorteil einiger, und nicht immer von unten nach oben. Meine Damen und Herren, 1,044.000 armutsgefährdete Menschen sind 1,044.000 Argumente gegen diese blau-schwarze Bundesregierung. (Beifall bei der SPÖ. – 18.11 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächster am Wort ist der Herr Abgeordnete Tschernko.

Abg. Tschernko (18.11 Uhr): Frau Präsidentin, Frau Landeshauptmann, geschätzte Landesräte, Kolleginnen und Kollegen!

Wenn es heute die Weltmeisterschaften mit den Disziplinen Schuldzuweisung und Polarisierung geben würde, dann, Herr Klubobmann Kröpfl (Abg. Stöhrmann: „Musst aber schon beim Herrn Drexler anfangen!“), hättest du die Goldmedaille erhalten. Daher schöpfe ich den Verdacht, dass dieser Antrag, der heute für die Dringliche eingebracht worden ist, wirklich nicht so ernst gemeint ist, wie er sein sollte.

Die Armut in Österreich ist eine Diskussion, die uns alle beschäftigt, so dachte ich oder denke ich. Aber für mich ist es auch unbestritten, dass jeder Mensch in dieser Welt das Recht auf ein menschenwürdiges Leben hat. Dass das aber nicht selbstverständlich ist, wissen wir und dass wir diese soziale Gerechtigkeit hier, in Österreich, in Europa und in der Welt auch nicht erreichen können, wissen wir auch.

Aber ich möchte nun kurz zum Bericht zurück, zu dem Sozialbericht über die soziale Lage in Österreich, der nunmehr schon zwei Jahre zurückliegt.

Im EU-Vergleich – und der ist heute auch schon erwähnt worden – liegt Österreich in den letzten Jahren immer unter dem Durchschnitt. Die niedrigste Armutsquote hat natürlich Schweden mit 9 Prozent, die höchsten Griechenland und Portugal mit 20 Prozent und Irland 21 Prozent. Soweit der Vergleich in Europa.

Was hat unsere Bundesregierung gegen diese Armut getan oder welche Unterstützung gibt diese Bundesregierung, so in der Dringlichen Anfrage, was unternimmt sie gegen diese Armut? Ich frage mich, hätte diese Bundesregierung dagegen nichts gemacht, wäre dann die Armut höher in Österreich, hätte sie keine Maßnahmen getroffen?

Daher halte ich es auch für wichtig, dass wir die Leistungen hier sehr wohl aufzählen – ob im Bund oder im Land –, weil wir ja damit überprüfen können, ob diese Maßnahmen greifen und wirken in Zukunft. Sonst müssten wir in der Sozialpolitik einen Paradigmenwechsel vornehmen, und da bin ich mit dabei.

Bereits in der ersten Legislaturperiode unter Wolfgang Schüssel hat es eine Menge von Reformprojekten gegeben und sie sind auch auf den Weg gebracht worden. Die Kollegin Graf hat das auch schon aufgezählt. Das Kinderbetreuungsgeld, die Erhöhung der Familienbeihilfe, die Anhebung des Mehrkindzuschlages, die Einführung der Familienhospizkarenz, die betriebliche Mitarbeitervorsorge, Abfertigung neu, die Umsetzung der Pensionsreform und ein großes Paket noch zur Unterstützung behinderter Mitmenschen und einiges mehr.

Punkt Pensionsharmonisierung: Auch hier hat die ÖVP die Sicherung der heutigen wie auch der künftigen Pensionen versprochen. Aufbauend auf der Reform 2003 schaffen wir ein gerechtes, faires, solidarisches, aber auch ein leistbares Pensionssystem für alle.

Oder ein weiterer Punkt in diesem Maßnahmenpaket, die Steuerreform 2004/2005.

Mit diesen Maßnahmen stärken wir die Einkommen der Familien und das macht auch eine stattliche Summe von 250 Millionen Euro aus. Oder die Anhebung der Zuverdienstgrenze, gerade beim Alleinverdienerabsetzbetrag mit Kind von 4400 Euro auf 6000 Euro. Das trifft ja natürlich auch und Gott sei Dank die Alleinerzieherinnen. Auch hier eine Entlastung von 30 Millionen Euro. Die zusätzliche Einführung von Kinderzuschlägen zum Alleinverdienerabsetzbetrag für das erste, zweite, dritte und für weitere Kinder. Entlastung von über 200 Millionen Euro. Heute wurde die Elternteilzeit noch nicht angesprochen. Auch diese Elternteilzeit hat uns nach dem Kinderbetreuungsgeld ein großes Stück weiter gebracht in der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, denn hier haben Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in einem Betrieb mit mehr als 20 Mitarbeitern nach der Geburt des Kindes bis zu dessen Alter von sieben Jahren oder bis zu dessen Schuleintritt einen Rechtsanspruch auf eine Teilzeitbeschäftigung. Bei weniger Mitarbeiterinnen kann eine Betriebsvereinbarung auf eine Teilzeit bis zum vierten Lebensjahr abgeschlossen werden. Eine Kann-Bestimmung, leider noch kein Rechtsanspruch.

Oder der Dienstleistungsscheck. Der wurde heute überhaupt noch nicht angesprochen. Der ist wohl sicher einer unserer größten arbeits- und sozialpolitischen Meilensteine dieser Legislaturperiode, geht zurück auf die Initiative unserer Kollegin und Familiensprecherin Ridi Steibl, bereits auf 1997 schon. Dank der SPÖ

wurde aber auch dieser jahrelang verhindert, die aber jetzt in einer Presseaussendung zugeben muss, dass mit diesem Dienstleistungsscheck überaus günstig ein Sozialversicherungsnetz erworben werden kann. Der Dienstleistungsscheck stellt eine entscheidende Erneuerung im Dienstleistungsbereich dar und ermöglicht es unserer Bevölkerung von großem Tätigkeitsfeld „Haushalt“ nun auch „arbeitsmarkttechnisch“ zu profitieren. Das heißt, für den Dienstgeber funktioniert der Kauf von haushaltsüblichen Dienstleistungen einfach und unbürokratisch. Die Dienstleistungsschecks sind jetzt in Postämtern, Banken und Trafiken um 10,20 Euro erhältlich und in diesem Betrag sind sowohl das Entgelt für den Auftragnehmer als auch die Sozialabgaben enthalten, damit sind die Verpflichtungen des Dienstgebers erfüllt. Die Vorteile für beide Seiten liegen auf der Hand. Unbürokratisch und unkompliziert, Bündelung stundenweiser Beschäftigung in mehreren Privathaushalten kann zu einem vollwertigen Beschäftigungsverhältnis werden und steuerliche Erleichterung für beide, für Arbeitnehmerin und Dienstgeber.

Aber das war noch längst nicht alles an Reformschritten, die auch zu Verbesserungen führten. Jetzt muss ich noch ein paar Punkte aufzählen, wie zum Beispiel die Anhebung der Ausgleichszulagenrichtsätze. Für alleinstehende Personen hat es seit dem Jahr 1999 – ich sage jetzt den Betrag nicht dazu – eine Erhöhung von 12,5 Prozent gegeben. Hingegen hat aber in den Jahren zuvor die SPÖ den Richtsatz für Alleinstehende nur um 5,2 Prozent angehoben. Ebenso ist der Ausgleichszulagenrichtsatz für Ehepaare erhöht worden auf 22,5 Prozent, in den letzten sechs Jahren davor auf 189,11 Euro.

Oder die Verbesserung bei Mehrlingsgeburten ist heute schon angesprochen worden, allerdings nicht die Anrechnung von fünf statt vier Jahren für das Pensionskonto. Die Anhebung des Pflegegeldes. Auch das Pflegegeld wurde in jeder Stufe um 2 Prozent angehoben. Diese Valorisierung ist und war ein wichtiger Schritt, damit auch das Pflegegeld weiterhin gewährleistet bleibt in Österreich. Die Anhebung der Zuverdienstgrenze beim Kinderbetreuungsgeld. Auch hier geht es wieder um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, ein Stück weiter an Verbesserung für die Familien und hier konnte diese Zuverdienstgrenze auf das Vierfache pro Jahr, das heißt auf 14.600 Euro angehoben werden.

Das heißt, wenn diese Regierung jetzt kalt ist und nicht den richtigen Weg gegangen wäre, dann wären nicht so viele Maßnahmen und Reformschritte gesetzt worden. Und Verbesserungen im Sozialbereich, die ja auch Auswirkungen zeigen, sind überprüfbar und nachvollziehbar.

Jetzt habe ich noch gar nicht die Sozialtransfers aufgezählt. Gott sei Dank leisten wir es uns in Österreich, dass wir aus Steuermitteln Sozialtransfers bei stärker gefährdeten Gruppen, staatliche Sozialtransfers mit einem doppelten Beitrag ihr Einkommen erhöhen, beim Durchschnittsösterreicher.

Hier auch einige Beispiele: 36 Prozent des Einkommens eines österreichischen Haushaltes stammen aus sozialen Direktleistungen. Oder ohne Sozialtransfers wären bei Pensionen nicht 13 Prozent der Bevölkerung, sondern rund 42 Prozent der Bevölkerung armutsgefährdet. Oder bei den Haushalten mit einem Kind, heute schon oft angesprochen, reduziert sich die Armutsgefährdung von 22 auf 7 Prozent. Bei Haushalten mit zwei Kindern reduziert sich die Armutsgefährdung von 32 auf 12 Prozent, bei drei Kindern von 50 Prozent auf 18. Man könnte noch viele, viele Beispiele hier aufzählen.

Meine Damen und Herren, wenn ich nachdenke, dann kann ich Armut bekämpfen, indem für mich zwei wichtige Faktoren eine bedeutende Rolle spielen. Das ist einerseits die Bildung und das ist aber andererseits auch unser Wirtschaftswachstum. Wir haben auch im Sozialbericht gelesen, dass Personen mit einer maximalen Pflichtschulausbildung oder mit einem maximalen Pflichtschulabschluss um das Eineinhalbfache stärker armutsgefährdet sind als der österreichische Durchschnitt. Daher denke ich, ist es wichtig, dass wir den Menschen in Zukunft – und vielleicht passt jetzt die Diskussion der Schulreform und der PISA-Studie sehr gut dazu – Bildung zukommen lassen.

Oder Wachstum. Heute ist von den Arbeitslosenzahlen und von der Arbeitslosenrate gesprochen worden. Wenn ich jetzt das Jahr 2004 dazu vergleiche, so hatten wir den höchsten Beschäftigungsstand in der Steiermark. Über 450.000 Beschäftigte und wir waren im Beschäftigtenbereich vor Wien, Burgenland, Salzburg und den anderen Bundesländern. Oder auch bei den unselbstständig beschäftigten Frauen. Auch hier waren wir vor Wien, Burgenland und Salzburg. Detto bei der Arbeitslosigkeit, detto auch bei den Lehrstellensuchenden nach den Bundesländern wie schon aufgezählt. Hier waren wir auch im vorderen Ranking mit dabei.

Und wenn es um die Armut geht, dann möchte keinen Geringeren zitieren als den, der im „Profil“ vorige Woche gesagt hat: „Die Reichen müssen einen Beitrag leisten!“, Herr Prof. Aiginger, und ich zitiere, er sagt nämlich, ohne Wachstum gäbe es eine noch größere Armut. Sein Zitat hier im „Profil“ lautet: „Wirtschaft ist wirtschaftspolitisch deswegen so wichtig, weil unsere Gesellschaft Mechanismen hat, nach denen Wachstum die Voraussetzung für die Erfüllung wichtiger anderer Ziele ist. Wenn jemand zum Beispiel nicht auf Wachstum setzt, aber in einem möglichst hohen Beschäftigungsgrad seine höchste Priorität sieht, so muss er konsequenterweise auf Wachstum setzen. Die Alternative, alle weniger arbeiten zu lassen, würde einen staatlichen Dirigismus bedeuten, den in unserer Gesellschaft niemand haben möchte. Die Wohlhabenden würden gleich viel arbeiten, die Unqualifizierten weniger arbeiten und weniger verdienen. Dasselbe gilt für die Ökologie. Wenn die Wirtschaft nicht wächst, wird als Erstes an ökologischen Vorhaben gespart. Auch das ist theoretisch notwendigerweise nicht so, de facto aber sehr wohl. De facto sind die Kyoto-Ziele mit kräftigem Wachstum sogar eher erreichbar als ohne. Daraus folgt, dass Wachstum an der Spitze der Prioritätenskala stehen muss.“ So Prof. Aiginger, Zitat aus dem „Profil“.

Noch einmal, Aiginger meint, ohne Wachstum noch größere Armut. Ich wünsche mir für die Zukunft, weil es arme Menschen betrifft, weil es um eine nicht geringe Bevölkerungsgruppe geht, eine sensiblere und wirklich eine seriösere Diskussion, denn dieses Thema ist ernst genug. Und ich wünsche, dass wir in Zukunft mit diesem Thema nicht Wahlkampfauftakt betreiben auf Kosten der Armen. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 18.24 Uhr.)

Präsidentin Beutl: Als Nächste zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Gruber Margarethe.

Abg. Margarethe Gruber (18.24 Uhr): Frau Präsidentin, Frau Landeshauptmann, sehr geehrte Damen und Herren!

Was heißt es, Wahlkampfthema, und was heißt es, auf dem Altar zu opfern?

Es heißt aufzeigen, was dieser Sozialbericht – (Abg. Wiedner: „Wo ist der Herr Landesrat?“ – Abg. Bittmann: „Eurem Landesrat ist die Anfrage Wurscht!“ – Präsidentin Beutl: „Die Frau Kollegin Gruber ist am Wort!“ – Abg. Wiedner: „Zur Geschäftsordnung, bitte!“ – Präsidentin Beutl: „Zur Geschäftsordnung, bitte. Frau Kollegin Gruber, ich darf Sie bitten!“)

Was es heißt aufzeigen. Es heißt nicht, einen Bericht, so wie er uns vom Sozialministerium gezeigt wurde, unter den Teppich zu kehren.

Wer hat „Offen gesagt“ gesehen am Sonntag, meine Damen und Herren? (Präsidentin Beutl: „Frau Kollegin Gruber, der Herr Kollege Wiedner möchte zur Geschäftsordnung ein Wort sagen. Bitte! Der Herr Landesrat ist inzwischen hier und der Herr Kollege Wiedner hat keinen Bedarf mehr, sich zur Geschäftsordnung zu äußern. Ich bitte die Frau Abgeordnete Gruber, fortzufahren. Danke!“)

Ist das die Wechselrede jetzt zwischen den Bänken? (Beifall bei der SPÖ.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich beginne noch einmal.

Nicht opfern auf dem Altar, sondern aufzeigen eines Sozialberichtes, der vom Sozialministerium präsentiert wurde und auch nicht als Vorwahlkampf gedacht ist.

Wenn Sie „Offen gesagt“ im Fernsehen am Sonntag gesehen haben, dann hat der Industrielle Kovats auf die Frage, ob er reich wäre, gesagt, er wäre nur wohlhabend. Er hat auch gesagt – und der Herr Landesrat hat es ausgeführt –, Österreich ist unsozial und Österreich befindet sich in einer Sackgasse.

Meine Damen und Herren, ein Prozent der Bevölkerung hat ein Drittel der Vermögenswerte, 10 Prozent haben 68 Prozent Werte, und dann braucht man nur umrechnen, 90 Prozent teilen sich 32 Prozent. Das zur Armut.

Wann ist jemand arm und wie kann man Armut messen? Mit 785 Euro im Monat oder 21 Euro pro Tag, das ist die Grenze. Ich weiß nicht, wie viele von uns mit 21 Euro pro Tag auskommen würden. (Abg. List: „Ein Prozent!“) 22 Euro. Ob ein oder 2 Euro mehr. Ich finde es großartig, wie Sie mit einem Euro die Menschen glücklich machen.

Das bedeutet nämlich, kein Geld für Sonderausgaben, kein Geld für Urlaub. Das bedeutet, jeden Cent umzudrehen, was man sich leisten kann.

Wie sieht das bei den Familien aus? Ein Kollege mit drei Kindern hat mir unlängst gesagt, er gehört zwar zu den Besserverdienenden, aber mit seinen drei Kindern und den Aufwendungen, die er hat, muss er sich genau überlegen, was er sich leisten kann.

Was geschieht mit jemandem, der weniger verdient und was ist mit jemandem, der arbeitslos ist und eine Familie zu ernähren hat? Wir wissen, in Österreich gibt es 364.000 Arbeitslose. Das bedeutet den Wegfall von Zusatzangeboten für die Kinder, wie zum Beispiel eine Musikschule, Schikurse. Das bedeutet aber auch den Wegfall des Zuganges zur höheren Bildung und das bedeutet zugleich ausgeschlossen zu sein.

Familien mit drei oder mehr Kindern sind zu 18 Prozent von der Einkommensarmut betroffen.

Und wie sieht die Vereinbarkeit von Familie und Beruf aus? Es gibt immer mehr Frauen und auch Männer als Alleinerzieher. Eine Aussage im Sozialbericht ist, dass für 48.000 Kinder unter 15 Jahren ein Betreuungsplatz fehlt. Länder wie Frankreich zeigen uns vor, dass es möglich ist, mit flächendeckenden Betreuungseinrichtungen die Erwerbstätigkeit zu steigern und auch gleichzeitig die Geburtenrate zu erhöhen.

Im Sozialbericht wird weiter ausgeführt, dass es zu Einschränkungen im Gesundheits- und im Wohnungsbereich kommt. Hier gibt es auch eine Aussage bei „Offen gesagt“, dass sich die Menschen das Heizen nicht mehr leisten können. Und deshalb hat Herr Landesrat Flecker es auch für wichtig erachtet, den Heizkostenzuschuss durchzudrücken.

Meine Damen und Herren, Armut hat erschütternde Schicksale. Wir erleben sie in den Sprechstunden. Aber viele Schicksale bleiben verborgen, weil mit dem Stigma Armut auch die Scham verbunden ist, eben arm zu sein.

Ich darf nun den Unselbstständigen Entschließungsantrag der Abgeordneten Gruber und Detlef Gruber einbringen:

Derzeit ist die Sozialhilfe von Bundesland zu Bundesland verschieden. Das betrifft sowohl die Höhe der Sozialhilfe als auch das Ausmaß zusätzlicher Leistungen. Nach einhelliger Auffassung von SozialexpertInnen verfehlt die Sozialhilfe mittlerweile ihre eigentliche Aufgabe, armutsvermeidend zu wirken beziehungsweise aktiv aus der Armut herauszuhelfen.

Ein großer Teil armutsgefährdeter und akut armer Menschen nimmt derzeit keine Sozialhilfe in Anspruch, weil es als „Schande“ empfunden wird, von der Sozialhilfe abhängig zu sein. Eine Verrechtlichung in diesem Bereich soll auch eine Versachlichung nach sich ziehen. Entwürdigende Behördenwege und willkürliche Entscheidungen sollen der Vergangenheit angehören.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, an den Bund mit der Forderung heranzutreten, anstelle der derzeit unterschiedlichen Höhe der Sozialhilfe, in den einzelnen Bundesländern eine bedarfsorientierte Grundsicherung einzuführen. Als Richtwert ist ein erhöhter Ausgleichszulagenrichtsatz heranzuziehen.

Meine Damen und Herren, der Sozialbericht wurde nicht stolz angekündigt, er wurde nicht farbenfroh präsentiert und zeigt auch keine lächelnden Politiker. Und auch uns ist schon längst das Lachen vergangen. (Beifall bei der SPÖ. – 18.32 Uhr.)

Präsidentin Beutl: Als Nächste zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Zierler. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Zierler (18.32 Uhr): Frau Präsidentin, Frau Landeshauptmann, Hohes Haus!

Wenn der Herr Landesrat Flecker vorher gemeint hat, ich lebe meine letzten Tage im Landtag hier noch richtig aus, Herr Landesrat, ich würde es gerne tun. Ich würde wirklich gerne den Landtag so in Erinnerung behalten, wie man sich einen Landtag vorstellt, wo gearbeitet wird, wo diskutiert wird, wo konstruktive Diskussionen stattfinden. Heute habe ich manchmal das Gefühl gehabt, und ich weiß nicht, wer es zugibt, aber wenn man die Augen zugemacht hat, habe ich mir gedacht, irgendwie erinnert mich das an meine Kindheit. Ich war irgendwie geneigt mich umzudrehen und zu schauen, wo ist das Krokodil, denn wo ein Kasperl, da muss auch ein Krokodil sein. (Beifall bei der FPÖ.)

Oder eine andere sehr schöne Kindheitserinnerung: Da gab es den Emil Breisach. Der war viele, viele Jahre lang der Märchenerzähler in der Steiermark. Viele von uns haben, glaube ich, seine Fünf-Minuten-Märchen im Radio gekannt. Aber die Märchen damals, um Emil Breisach, die waren sehr viel realistischer als die Märchen, die ich heute hier in diesem Raum gehört habe.

Also, Herr Landesrat, ich kann meine letzten Tage im Landtag nicht ganz so ausleben und nicht ganz so genießen, wie ich es gerne würde. Aber eines kann ich garantieren, ich werde, wenn auch nicht dem steirischen, so doch dem österreichischen Arbeitsmarkt erhalten bleiben. Ich werde nicht als Hofrat in Pension gehen und als Landesrat weiter aktiv sein. Ich gehöre nicht einer sozialdemokratischen Regierung an, wo es um eine Frühpensionierung des Herrn Landesrates geht.

Wenn man sich anschaut, der Hauptgrund Fleckers für diese Art der Frühpensionierung ist auch politisch relevant. Da er jetzt gegangen ist, ist er ab seinem 60. Geburtstag voll pensionsberechtigt. Hätte er nicht angeht, dann wäre sein Pensionsantrittsalter mit Jahresbeginn auf 61,5 Jahre angehoben worden.

Er hätte also im Maximalfall viereinhalb Jahre warten müssen, bis er eine Pension bekommen hätte. Das ist sozialistisch, das ist solidarisch. (Abg. Wiedner: „Das ist Flecker!“) Ich glaube, das ist Flecker, braucht man nicht mehr dazu zu sagen. (Beifall bei der FPÖ.)

Wenn wir heute über den Armutbericht diskutieren, über die Zahlen, dann kann man diese Zahlen nicht schön reden – da bin ich ganz bei Ihnen. Es geht nicht um die Zahl, denn wir wissen ganz genau, dass hinter all diesen Zahlen Menschen stehen und hinter diesen Menschen Schicksale stehen.

Aber vergessen wir auch nicht, wie war die Zahl im Jahr 2000? Sie, Frau Kollegin Gross, haben gesagt, für diese Zahlen ist nur die schwarz-blaue Bundesregierung verantwortlich. Im Jahr 2000, als wir an die Regierung kamen, ich kann es Ihnen nicht auf den Tausender genau sagen, aber über eine Million Menschen an der Armutsgrenze. Ich rede das jetzt überhaupt nicht schön, weil es ist schlimm, dass wir immer noch mit diesen Zahlen konfrontiert sind und da bin ich ganz bei Ihnen. Aber bitte, hören wir auf mit diesem politischen Kleingeld, als ob das alles jetzt in den letzten Jahren passiert wäre. Wir haben versucht gegenzusteuern, aber ich bin bei Ihnen, es gibt noch sehr vieles zu tun. Schauen wir uns den Bericht auch genauer an. Österreich liegt seit dem Jahr 2000 mit seinen familienpolitischen Leistungen auf dem zweiten Platz in der EU, hinter Luxemburg und gilt damit als ein Vorreiter in Sachen der Familienpolitik in der EU.

Sie sagen, Armut ist weiblich. Familienpolitik trifft in erster Linie oder hilft in erster Linie Frauen. Ich glaube, da sind wir uns einig. Die Schere zwischen Arm und Reich ist vorhanden, wurde aber deutlich eingedämmt. Es ist bei uns auch nicht ganz so schlimm wie in Deutschland oder in der Schweiz. Auch keine Entschuldigung, aber es ist etwas passiert. Verbessert wurde auf Grund unserer Maßnahmen auch das Verhältnis der Einkommen von Frauen zu jenen der Männer. Trotz einer Zunahme der Teilzeitbeschäftigung von Frauen um 150 Prozent in den vergangenen 20 Jahren hat das Frauenmedianeinkommen, gemessen an jenem der Männereinkommen, zugelegt. Oder ein Vergleich: 1980 erreichte das Frauenmedianeinkommen 71,2 Prozent, 2001 81,2 Prozent und 2002 schließlich 82,2 Prozent. Im Jahr 2002 wurden in Österreich 29,1 Prozent Sozialquote der jährlichen wirtschaftlichen Wertschöpfung für soziale, gesundheitsbezogene Leistungen im öffentlichen Bereich ausgegeben und gerade diese Sozialquote wurde von Jahr zu Jahr erhöht. Wenn wir davon sprechen, wo ist die Armutgefährdung ganz besonders groß, dann ist sie es in erster Linie in den Städten, in Wien, in Graz, in Linz, in Salzburg. Aber auch nicht zu vergessen, Wien hat mit fast 15 Prozent

eine überdurchschnittlich hohe Armutsgefährdungsquote. Gründe dafür unter anderem doppelt so hoher Ausländeranteil als bundesweit, steigende Arbeitslosenzahlen und meiner Meinung nach eine sozialdemokratische Regierung. (Beifall bei der FPÖ.)

Frau Kollegin Lechner-Sonnek, ich habe mir Ihre Worte zu Herzen genommen, ich habe es nicht so umsetzen können, wie Sie es gesagt haben, aber Sie waren wirklich die Einzige, die hier auch wirklich ganz konkret eine Diskussionsgrundlage gelegt hat beziehungsweise einen Vorschlag eingebracht hat, die bedarfsorientierte Grundsicherung. Das ist ein Thema, das von den Grünen schon sehr lange eingefordert wird, wo schon viel darüber diskutiert wurde, wo Sie auch wissen, wie unser Standpunkt dazu ist, aber ich sage zumindest, es ist ein Thema, worüber man diskutieren sollte und vor allen Dingen der Sinn ist – und da bin ich bei Ihnen –, dass wir einfach versuchen, hier auch eine Ebene zu finden, miteinander zu diskutieren und miteinander auch einen Weg zu finden und hier eben auch wirklich entgegenzuwirken. Ich kann Ihnen nur sagen, was Pläne für das Jahr 2005, für das Jahr 2006 der Bundesregierung sein werden. Die Ausgaben für die Familien am Gesamtbudget werden auch im Jahr 2005 weiter erhöht auf nunmehr 8,5 Prozent am Gesamtbudget, also nur für Familien. Und wenn man sich anschaut 1999 waren es 6,5 Prozent.

Ein weiteres Ziel, die Behindertenmilliarde soll bis 2006 weitergeführt werden. Bundespflegegelderhöhung für 2006 ist in Verhandlung. Und wenn ich mir die Anträge anschau, die von der sozialdemokratischen Fraktion zu dieser heutigen Dringlichen eingebracht wurden, dann sehe ich sehr viele nur politisch motivierte Forderungen von Ihnen, also ich meine Studiengebühr, glaube ich, brauchen wir nicht mehr zu diskutieren und viele Vorschläge von Ihnen – und da weiß ich jetzt nicht, fehlt die Information oder geht es einfach nur darum, Wirbel zu machen –, viele Ihrer Vorschläge sind von der Bundesregierung bereits in Arbeit oder bereits in Planung. Also daher tut es uns Leid, dass wir da sicher nicht zustimmen können, weil für uns einfach wirklich eine gewisse Scheinheiligkeit hinter diesen Anträgen steckt, weil ich nicht glaube, dass man einen Antrag stellen muss, wenn man ganz genau weiß, dass die Österreichische Bundesregierung genau diese Themen und genau diese Kapitel bereits bearbeitet.

Zum Schluss gesagt, diese heutige Dringliche hat für mich nicht die Motivation, über Armut in Österreich zu diskutieren, über Armut in der Steiermark zu diskutieren, sondern eher über den Leidensweg der SPÖ zu diskutieren, über eine Partei, die nicht mehr in der Regierung ist und daher einfach versucht, alles schlecht zu machen, alles mies zu machen und das Land weiterhin schlecht zu machen, zu vernadern, wie wir das ja schon im Jahr 1999 gehabt haben. Vielleicht ist es auch einmal notwendig über den Rand der Suppenschüssel hinauszuschauen. Ich darf da etwas zitieren aus der „Neuen Zürcher Zeitung“: „Der konstruktive Beitrag von Schwarz-Blau besteht in einer seit Jahrzehnten nicht mehr erlebten Reformbereitschaft. Mit Schwarz-Blau kam jedenfalls in die Mikado-Republik“ – Sie erinnern sich, wer sich zuerst bewegt, der hat verloren – „für viele gar ungeheuerliche Bewegung. Die Folge war eine von relativ einseitigen Medienpräferenzen geschürte Konfrontation zwischen dem vermeintlichen Bürgerblock von Schwarz-Blau und Rot-Grün, obwohl sich rasch zeigt, dass die FPÖ sozialdemokratischer war und ist, als es die SPÖ jemals war.“ Die „Neue Zürcher Zeitung“! (Beifall bei der FPÖ.) Und ein internationales Abschlusszitat: „Wenn nach fünf Jahren Schwarz-Blau da und dort Rufe nach einer großen Koalition laut werden, ist daran zu erinnern, dass diese Ursache fast aller Probleme war. Rechnet man die Kosten der Konkordanz und die strukturpolitische Verwerfung ein, wäre es – im Blick zurück – eher angebracht, bei einem Rückfall in eine große Koalition SPÖ-ÖVP in Brüssel Sanktionen zu bestellen.“ (Beifall bei der FPÖ. – 18.42 Uhr.)

Präsidentin Beutl: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Gennaro. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Gennaro (18.42 Uhr): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren!

Frau Kollegin Zierler, Sie brauchen keine Sorge haben, dass wir uns über einen Leidensweg der SPÖ unterhalten. Sie werden aber den Leidensweg bald antreten müssen mit Ihrer Partei, die Zeichen stehen so weit, das ist das Andere. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich weiß nicht, wie es euch geht, es ist zwar auf der einen Seite sehr bedauerlich, dass auf der Medienbank keine Leute mehr da sind, weil Armut interessiert in Österreich wahrscheinlich niemand. (Abg. Wiedner: „Kurtl, warum brüllt der Voves dann so?“) Du kannst dann herausgehen. Die Redezeit ist knapp bemessen. Lieber Freund, ich unterhalte mich mit dir dann privat. Auf der anderen Seite ist es auch bezeichnend, dass die Zuschauertribüne leer ist. Auf der einen Seite Gott sei Dank, weil da würden sich viele ihren Teil denken, was hier heute gegeben wird. Ich weiß nicht, wie es euch geht, mich hat der Bericht, wenn man ihn wirklich gelesen hat, sehr betroffen gemacht. Und, meine Damen und Herren, ich sage das in aller Offenheit. Es hat überhaupt keinen Sinn herzugehen und zu sagen, die SPÖ tut immer Schwarzmalen. Ihr tut nur Schönfärbeln und Zudecken. Der Bericht hat uns allen miteinander die Augen aufgemacht. Und wenn man das ernst nimmt, vergeht mir das Lachen dabei und da vergeht mir eine Polemik, sondern da haben wir ein Ziel zu haben, alle gemeinsam (Abg. Riebenbauer: „Hör auf mit der Polemik!“):

Darauf hinarbeiten, dass es Armut gar nicht erst gibt, dass sie gar nicht entsteht in der Form, meine Damen und Herren. Das wäre unsere Aufgabe! (Beifall bei der SPÖ.)

Und wenn heute der Kollege Drexler von dunklen Stunden gesprochen hat. Das ist alles bezeichnend. Auf der einen Seite muss ich sagen, es ist fast eine Genugtuung, dass man einmal hört, dass es sehr wohl auch eine andere Seite gibt. Dort, wo die Sonne hinscheint, gibt es auch einen Schatten. Und bis jetzt habt

ihr den Schatten immer zugedeckt und nicht darüber gesprochen, ihr habt immer nur darüber gesprochen, wo die Sonne hinleuchtet. Herr Landesrat Schöpfer – er ist jetzt nicht da –, hat er es wirklich notwendig, dass er als so genannter Wirtschaftskompetenter und zweitens mit seiner Intelligenz hergeht und sagt, ihm kommt die Debatte vor wie eine Standesversammlung in der Sahelzone? Das spricht für sich. Das hat er nicht notwendig. Da ist er der erste Stammeshäuptling, der sich auf das Niveau begibt. Kabarett da herinnen zu machen, ist nicht in Ordnung, meine Damen und Herren. Auch ein Landesrat sollte sich einer anderen Wortwahl bedienen und schauen, was er sagt. (Beifall bei der SPÖ.)

Von billiger Polemik reden. Immer dann, wenn es euch nicht hineinpasst, wird billige Polemik gemacht. In Wahrheit ist das eine Katastrophe. Und all diejenigen, die da reden, Österreich ist der drittreichste Staat in Europa, uns geht es so gut, sagen Sie das bitte – und ich höre nicht auf, das zu sagen – den 350.000 Arbeitslosen, dass die Statistik so gut ist. Der hat nichts davon. Mir kommt das so vor, als ob man immer vergleicht, der eine Nachbar bei seinem Häusel, dem geht es gut, dem geht sein Glascontainer mit den leeren Sektflaschen über, aber der andere mit seinen fünf Kindern weiß nicht, wie er die Milch kaufen soll. Und da sagt man, schauts her, uns geht es gut, der haut die Sektflaschen in den Kübel. Denkt einmal bitte nach, wir haben Aufgaben auch für die zu erfüllen, die nicht in diesem Haus vertreten sind. (Beifall bei der SPÖ.)

Wir sollen nicht wegschauen, wir dürfen nicht wegschauen.

Kollege Hammerl, ja, bist eh da, ich borg dir dann oder ich schenk dir dann diese Statistik. Man muss nur sagen, wenn man so lange im Haus da ist, die Frau Kollegin Lechner-Sonnek hat gesagt, sie ist vielleicht schon zu lange schon da, sie hat viel gelernt in viereinhalb Jahren. Sie ist jetzt auch nicht da. (Abg. Lechner-Sonnek: „Ich bin da!“) Wohl, Sie sind eh da. Ich möchte Ihnen ehrlich und aufrichtig gratulieren, Sie haben in den viereinhalb Jahren als Politikerin im Land viel gelernt, Sie haben heute auch wieder viel geredet und nichts gesagt, gratuliere, das ist Ihnen gelungen, keine Frage. (Abg. Riebenbauer: „Das ist auch polemisch!“)

Nein, das ist nicht polemisch. Das ist das Gleiche, wie sie gesagt hat, sie sind bestürzt über die Diskussion. In Wahrheit haben Sie an Lösungsvorschlägen auch null gebracht. Deswegen habe ich das gesagt.

Lieber Kollege Hammerl, schau her, weil du gesagt hast, die Staatsschulden Kreisky. Da war ich ein junger Gewerkschafter – 30 Jahre an Lenzen habe ich gezählt –, wo der Kreisky immer gesagt hat, Staatsschulden machen mir weniger Kopfzerbrechen als Arbeitslose. Da hat er Recht gehabt. Und schau, die Statistik, weil du wirst sie nicht kennen, du bist zwar immer groß im Austeilen, aber im Einstecken schwach, da vorne siehst nämlich die SPÖ-Regierung mit dem Schuldenstand. Dann seid ihr wieder dazugekommen, das ist auch gestiegen. Und dann haben wir ÖVP-SPÖ-Koalition gehabt. Schau, wie sie angestiegen sind. Du weißt ganz genau, dass alle – und ich bekenne mich dazu – Beschlüsse in der Regierung einstimmig waren, also mit euren Stimmen. Dann tut nicht so, als ob ihr nichts gewusst hättet. Ihr habt das mitgetragen, sicherlich aus Überzeugung. Das ist echte Kindesweglegung. Du kannst das haben, ich schenke sie dir dann, damit du endlich auch einmal etwas dazulernst.

Meine Damen und Herren, und dann redet ihr vom Sozialen. Habt ihr das schon vergessen? Wenn wir die Pensionsreform heute auch diskutiert haben, mit 10,30 Euro sind die Pensionisten abgespeist worden, jahrelang schon unter der Inflationsrate. Da wundern wir uns, wenn der Armutsbericht, wenn der Sozialbericht so aussieht? Ja, die haben einen Nachholbedarf.

Wir da herinnen werden kein Problem haben und die schon gar nicht, die einen Pensionsanspruch haben, aber die, die immer mehr an die Grenze der Ausgleichszulagenbezieher kommen, haben ein Problem, weil mit 690 Euro und du musst noch 250/270 Euro Miete zahlen, das schaue ich mir an, wie dann da von uns einer lebt, der einen anderen Lebensstandard gewöhnt ist, meine Damen und Herren. Das sind die Leute, die betroffen sind, für die wir uns raufhauen müssen, nicht für die, die eh viel an Pensionen kriegen. (Beifall bei der SPÖ.)

Es geht darum, auch Finanzierungssysteme zu finden.

Einer, auf den ich immer aufgeschaut habe im Landtag, obwohl er nicht meiner Fraktion angehört hat, der war ein Vordenker. Das war ein Mann mit Erfahrung. Sie haben ihn immer bezeichnet als „der alte Kämpfer“. Der hat vor Jahren – 1988 – gesagt – (Abg. Wiedner: „Aber geh!“)

Das ist schon lange zurück, da hast du noch gar nicht gewusst, dass du in die Politik kommen wirst. 1988 hat er sich bereits dazu bekannt und hat die Ideen der linken Sozialisten aufgegriffen, indem er gesagt hat, wenn das so weitergeht, das System, immer mehr rationalisieren, immer weniger Leute beschäftigt, immer mehr Roboter werden in den Betrieben eingesetzt, dann müssen wir überlegen, wie wir unseren Sozialstaat, wie wir das soziale Gefüge finanzieren. Der hat damals uns Recht gegeben und gesagt, Maschinensteuer haben wir damals gesagt, heute sagen wir Wertschöpfungsabgabe, und der hat auch gleich dazugesagt, ich werde wahrscheinlich geprügelt werden von meinen Eigenen, aber es ist so, er hat sich Sorgen gemacht. Und wisst ihr, wer das war? Der ehemalige Präsident, Landesrat und ÖAAB-Vorsitzende Franz Wegart. Der hat damals schon diese Situation, in der wir uns heute befinden, erkannt. Und ich liege vor ihm, vor dieser Aussage, weil er ein Mensch mit Erfahrung ist. Er hat damals schon gesagt, als er Wolfsburg besichtigt hat, ich mache mir nur Sorgen, wer das alles überhaupt kaufen wird. Wenn lauter Roboter sind, dann müssen wir uns unterhalten, dass wir das System anders finanzieren.

Das war für euch immer ein Tabuthema. Und wir werden langfristig dort hinkommen müssen, wenn immer weniger Leute beschäftigt werden, immer modernere Betriebe. Viele sind stolz, schaut hinein, siehst keine Leute mehr, eine gute Produktion. Dann müssen wir uns überlegen, wie wir das Sozialsystem dementsprechend absichern und auch schauen, wie wir es finanzieren können.

Wir können uns nicht rühmen, dass wir die Drittreichsten sind und die Sechstreichsten in der Welt sind und dann haben wir das Geld nicht mehr, dass wir ein Netz knüpfen, dass bei uns keiner durchfällt.

Auf der anderen Seite muss ich euch noch etwas anderes sagen zu euren Fakten der Wohlstandsbilanz der ÖVP, in aller Kürze.

Die ÖVP behauptet immer, wir haben mehr Einkommen. Faktum ist, dass immer mehr Menschen gar kein Einkommen mit Erwerbstätigkeit haben, weil sie arbeitslos sind – das haben wir heute schon gesagt.

Frau Kollegin Zierler, ich war noch hauptamtlich Metallsekretär, wo wir für das Metallgewerbe – weil Sie die Einkommenssituation der Frauen angesprochen haben, wie gut sich das entwickelt hat –, also vor über zehn Jahren, schon in unserem Kollektivvertrag, dankenswerterweise mit der Sozialpartnerschaft, da stehe ich nicht an das zu sagen, die Lohngruppe der Frauen abgeschafft haben. Da hat es das nicht mehr gegeben. Die sind gleich integriert worden. Und das ständige Bemühen, die Einkommensschere zwischen Frauen und Männern nicht auseinander klaffen zu lassen, war und ist nach wie vor Aufgabe der einzelnen Gewerkschaften, der Branchen. Nur, immer geht es nicht so leicht, weil es nicht so eine starke Organisation gibt wie im Metallbereich. Aber auch da müssen wir noch einiges tun. Es ist noch immer nicht das erreicht, was wir wollen. Aber das war, bitte, nicht Verdienst der Regierung, dass die Einkommen der Frauen steigen.

Wir müssen gleichzeitig aber aufpassen – und das geht auch aus diesem Bericht hervor –, dass die Armutsgrenze nicht insofern steigt dadurch, dass immer mehr Ausgleichszulagenempfänger sind. Und ich werde das immer wieder sagen, weil ich überzeugt bin, überlegt euch bitte, mit welchem System oder mit welcher Pension Frauen später einmal in Pension gehen müssen – sie müssen eh länger arbeiten –, und sie haben nicht immer aus Eigenem, aus Freiwilligem das Problem, dass sie teilzeit- oder geringfügig beschäftigt sind.

Wir können uns heute ausrechnen auf Grund der ständig steigenden Teilzeit, wie viel Ausgleichszulagenempfängerinnen in Zukunft sein werden. (Abg. Wiedner: „Gibt es auch Teilzeit bei der Volkshilfe? Weißt du das? Weil die Barbara sagt es mir nicht!“) Ich habe gesagt, es gibt teilweise Leute, die selbst Teilzeit wollen, aber es gibt Leute, die in den Betrieben zur Teilzeit gezwungen werden mit dem Argument, da sind Doppelverdiener drinnen und da muss – und gegen das habe ich immer angekämpft – einer in Teilzeit gehen, wenn der Mann auch dort arbeitet. Aber wenn deine Frau woanders arbeitet und du auch woanders arbeitest, bist auch ein Doppelverdiener, nur wird sie nicht in die Teilzeit gezwungen. (Abg. Wiedner: „Weißt du, wie viel Teilzeit es bei der Volkshilfe gibt? Ich möchte es wissen!“)

Das musst du sie fragen, das weiß ich nicht. Das musst du dir mit ihr ausmachen.

Ich sage, meine Damen und Herren, das ist die Situation, Ausgleichszulagenempfängerinnen von morgen, wenn da nicht eine Absicherung für das Finanzielle passiert.

Immer mehr Sozialleistungen, wird von der ÖVP behauptet, auch heute wieder. Der Bericht sagt, immer mehr armutsgefährdet, das nimmt in Österreich drastisch zu. Mehr Konsumausgaben, wir verkaufen alles, wir diskutieren über Ladenöffnungszeiten. Weil die Leute so viel Geld zum Einkaufen haben, müssen wir am Sonntag und Feiertag auch noch aufmachen. Die, die nur ein paar Kröten zum Ausgeben haben, die können das unter der Woche auch machen, die brauchen den Sonntag nicht. Aber wahrscheinlich für andere, weil sie am Samstag und Sonntag am Tag Tennis spielen und am Abend noch schnell einkaufen wollen, muss ein Geschäft offen haben. Nur, mehr ausgeben können die Leute nicht, weil nicht mehr zur Verfügung steht.

Die Realeinkommen in Österreich stagnieren seit Jahren. Ihr behauptet immer, es gibt mehr Lohn, weniger Steuern – ich könnte dir die Liste aufzählen, was die Belastungen der Bundesregierung sind –, mehr Vermögen. Es ist schon richtig, dass ein paar mehr Vermögen haben. Aber 10 Prozent der Bevölkerung – das ist heute schon gesagt worden – besitzen knapp 70 Prozent des Vermögens und die restlichen 90 Prozent haben gerade ein Drittel des Vermögens, das die anderen besitzen.

Also, ihr tut immer so schönfärben, mehr Export, Investitionen der Zukunft. Es geht alles nachweislich zurück. Es gibt Quellen, die nicht sozialdemokratisch sind. Österreich hat immer mehr Schulden. Weil du die Schuldenpolitik gesagt hast, das kriegst du dann von mir, kannst nachschauen. Also, tut bitte nicht so, dass alles Liebe und Waschtrog ist. Gehen wir in aller Ehrlichkeit her und sagen, jawohl, Gott sei Dank ist es in vielen Bereichen besser geworden. Das heißt aber noch lange nicht, dass wir nicht alle zu tun haben, dass die, denen es nicht gut geht, auch in den Genuss kommen besser zu werden. Das ist das Um und Auf.

Ich darf gleich einen Unselbstständigen Entschließungsantrag zur viel diskutierten – und ich will die Zahlen nicht wiederholen – Arbeitsmarktpolitik einbringen.

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung mit dem dringenden Ersuchen um Umsetzung des folgenden Maßnahmenpaketes für eine aktive Arbeitsmarktpolitik heranzutreten: erstens eine umgehende, deutliche Aufstockung der Mittel für aktive Arbeitsmarktpolitik von zumindest 250 Millionen Euro, zweitens mehr Investitionen für ein höheres Wirtschaftswachstum, vor allem auch im Bereich der Infrastruktur – wir hätten heute noch diskutieren können, was uns in der Steiermark blüht, drittens eine infrastrukturelle und personelle Aufstockung des AMS von zumindest 500 zusätzlichen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen, um hier Abhilfe leisten zu können, viertens eine stärkere Bekämpfung der Frauenarbeits-

losigkeit, fünftens eine Qualifizierungsoffensive für Wiedereinsteigerinnen und niedrig qualifizierte Arbeitskräfte, sechstens die kurzfristige Verdoppelung der Zahl der sich in AMS-Schulungsmaßnahmen befindlichen Menschen, weil da gibt es noch einige, die draußen stehen, die auch eine Beschäftigung brauchen, siebentens die Schaffung von mehr Lehrplätzen als Priorität der Wirtschaftspolitik – wir haben noch immer die gleiche Situation, es hat sich nichts verändert, achtens eine Aufstockung der Plätze in den Lehrgängen des Auffangnetzes, neuntens die Schaffung von mehr Kapazitäten in überbetrieblichen Lehrwerkstätten sowie zehntens die Schaffung eines Lastenausgleiches zwischen ausbildenden Betrieben und nicht ausbildenden Betrieben, weil selbst die Bemühungen, die man im Herbst gemacht hat, in der Wirtschaft nicht greifen.

Ich bitte um Annahme. Und jetzt könnt ihr zeigen, ob ihr eure Diskussion ernst meint. (Beifall bei der SPÖ. – 18.56 Uhr.)

Präsidentin Beutl: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Klubobmann Kröpfl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Kröpfl (18.57 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Frau Landeshauptmann, Herr Landesrat, verehrte Kolleginnen und Kollegen!

Es war teilweise ein bisschen beschämend, wie die ÖVP mit dieser Debatte umgegangen ist. Wenn man sich nämlich da hinstellt und polemische Äußerungen macht, wenn man dann ein Taferl herauszieht, wo eine Yacht drauf ist, was mit der ganzen Geschichte gar nichts zu tun gehabt hat, das ist wirklich ein Armutszeugnis für euch von der ÖVP-Fraktion. Wenn man in diesen ganzen Debattenbeiträgen keine einzige Wortmeldung von der ÖVP hört, die vielleicht noch in eine Richtung geht, dass man einen Lösungsansatz hätte, wie man diesem Problem beikommen kann, dann zeigt das auch sehr viel, was ihr für ein soziales Verständnis und was ihr für ein Einfühlungsvermögen habt für jene Leute, die wirklich an der Armutsgrenze leben oder schon unter der Armutsgrenze sind.

Dass wir das ernster nehmen, das zeigen wir auch, indem wir sehr viele Entschließungsanträge eingebracht haben. Und ich werde jetzt diese Zeit nützen, um noch die restlichen Entschließungsanträge einzubringen.

Ich werde, nachdem alles zu diesem Thema gesagt ist, auf die Begründungstexte verzichten und Ihnen nur die Anträge vorlesen.

Entschließungsantrag, betreffend Abschaffung der Studiengebühren und den Verzicht auf deren Einhebung bei den steirischen Fachhochschulen. Der Antrag:

Der Landtag wolle beschließen, die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, erstens an den Bund mit dem Ersuchen heranzutreten, die Studiengebühren unverzüglich wieder abzuschaffen und zweitens dafür Sorge zu tragen, dass bis zur Abschaffung der Studiengebühren bei den steirischen Fachhochschulen keine Studiengebühren eingehoben werden.

Nächster Entschließungsantrag, betreffend Heizkostenzuschuss, nachdem das ja jedes Jahr ein Thema ist. Der Antrag:

Der Landtag wolle beschließen, die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, erstens dafür zu sorgen, dass Steirerinnen und Steirer, die in der Heizperiode 2005 und 2006 durch hohe Heizöl- und Heizgaspreise über Gebühr belastet werden, eine Unterstützung vom Land Steiermark erhalten, zweitens einen Heizkostenzuschuss in Höhe von 100 Euro für ölbefeuerte Heizungsanlagen und in Höhe von 50 Euro für gasbefeuerte Heizungsanlagen zu gewähren, drittens an den Bund heranzutreten, damit dieser den Zuschuss des Landes verdoppelt, viertens die Einkommensgrenzen für die Gewährung des Heizkostenzuschusses im erforderlichen Ausmaß zu erhöhen und fünftens die Anspruchsberechtigten so rechtzeitig und ausreichend darüber zu informieren, dass diesen die Inanspruchnahme unbürokratisch ermöglicht wird.

Der nächste Antrag, betreffend „Wohnbeihilfe neu“, weil auch diese Situation immer prekärer wird.

Es wird der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, erstens eine „Wohnbeihilfe neu“, a) die die Wohnnebenkosten (wie Heiz- und Energiekosten) mit einbezieht, b) die das tatsächliche Haushaltseinkommen und die tatsächlichen Wohnkosten als Basis nimmt und c) auf die ein Rechtsanspruch besteht, durch Novellierung der Durchführungsverordnung zum Wohnbauförderungsgesetz zu schaffen und damit die bisher in diesem Punkt nicht erfüllten Budgetvereinbarungen zu den Landesvoranschlägen 2003 und 2004 umzusetzen sowie zweitens in der Vollziehung des Landesvoranschlages 2005 im Wege von Umschichtungen, außer- oder überplanmäßigen Ausgaben für die notwendige Bedeckung für diese „Wohnbeihilfe neu“ zu sorgen.

Ein weiterer Antrag betrifft ein Gesetz zur Absicherung der mit der Bekämpfung von Armut beschäftigten NGO's.

Der Antrag wird gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, dem Landtag raschestmöglich als Regierungsvorlage ein Gesetz vorzulegen, das die Existenz von Sozialinitiativen beziehungsweise Non-Government-Organisationen, die sich mit der Bekämpfung der Armut beschäftigen, sichert.

Und letzter Antrag, betreffend Anhebung der Ausgleichzulagenrichtsätze sowie Anhebung der Pensionen. Hier wird der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, an den Bund mit der Forderung heranzutreten, dass erstens der Ausgleichszulagenrichtsatz von derzeit 663 Euro auf 678 Euro angehoben wird; zweitens eine zusätzliche Teuerungsabgeltung (rückwirkend mit 1. Jänner 2005) für Pensionen bis zu 1000 Euro um 15 Euro pro Monat gewährt wird und drittens für Pensionen unter 1000 Euro eine Negativsteuer, wie es sie für Erwerbstätige schon gibt, eingeführt wird.

Ich ersuche euch jetzt im Zeichen, dass wir etwas gegen diese Armut in diesem Land unternehmen können, unseren Entschließungsanträgen zuzustimmen.

Des Weiteren möchte ich sagen, dass wir dem Antrag der FPÖ zustimmen werden, wo es darum geht, Sozialmärkte zu errichten. Ich kann allerdings aus dem Antrag nicht ganz herauslesen, welche Voraussetzungen die Landesregierung schaffen soll. Aber nachdem wir ja niemanden hindern daran, solche Märkte zu errichten, soll jeder sich darum bemühen, solche Märkte aufzumachen. Wir werden diesem Antrag zustimmen.

Dem zweiten Antrag der FPÖ, Kostenrückersätze im BHG, werden wir nicht zustimmen. (Beifall bei der SPÖ. – 19.02 Uhr.)

Präsidentin Beutl: Als Letzter zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Hagenauer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Hagenauer (19.02 Uhr): Danke. Ich wollte nur für die Grünen zu zwei Entschließungsanträgen der Sozialdemokratie kurz Stellung nehmen. Wir werden diesen beiden Anträgen nicht zustimmen. Es ist einfach erstens nicht möglich, sich einer derartig ernsten Materie nur einigermaßen qualifiziert zu widmen, wenn man die nur Minuten vorher auf den Tisch bekommt. Das ist Grund genug. Und zwar betrifft das die beiden Entschließungsanträge Heizkostenzuschuss und „Wohnbeihilfe neu“. Ich habe nur beim ersten Drüberlesen sofort festgestellt, dass etwa beim Heizkostenzuschuss hier öl- und gasbefeuerte Heizungsanlagen erwähnt sind. Ich frage Sie, warum die Kohle nicht? Die Preise für Kohle und Koks sind auch gestiegen. Sagen Sie mir jetzt nicht, dass die beiden nicht so umweltfreundlich sind. Von Umweltfreundlichkeit von Heizmaterialien verstehe ich etwas, dann gehen wir über die Ölheizung und andere auch gleich weiterdiskutieren. Es tut uns also Leid, ist unter diesen Umständen nicht möglich.

Die zweite Geschichte „Wohnbeihilfe neu“, da gibt es ja einen laufenden Unterausschuss. Ich denke, dort ist die Materie gut aufgehoben. Wir werden uns morgen um 9 Uhr unter anderem auch mit dieser Materie befassen. Es handelt sich daher nur mehr um Stunden und wir werden es erwarten können. Die Sache ist, wie gesagt, sehr komplex. Tut uns Leid, wir hätten uns mit dieser Materie gerne befasst, aber unter diesen Umständen geht das nicht. Danke! (19.04 Uhr.)

Präsidentin Beutl: Es liegt nun keine weitere Wortmeldung vor, so dass wir nun zur Abstimmung kommen.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ, betreffend Anhebung des Ausgleichszulagenrichtsatzes sowie Anhebung der Pensionen, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Der Antrag ist in der Minderheit geblieben.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ, betreffend Bundesförderung für Kinderbetreuungseinrichtungen, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Der Antrag ist in der Minderheit geblieben.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ, betreffend ein Gesetz zur Absicherung der mit der Bekämpfung von Armut beschäftigten NGOs, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Der Antrag ist in der Minderheit geblieben.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ, betreffend die Abschaffung der Studiengebühren und den Verzicht auf deren Einhebung bei den steirischen Fachhochschulen, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Der Antrag ist in der Minderheit geblieben.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ, betreffend gerechtere Vergünstigungen für Menschen mit geringem Einkommen, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Der Antrag ist in der Minderheit geblieben.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ, betreffend Heizkostenzuschuss, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Der Antrag ist in der Minderheit geblieben.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ, betreffend eine aktive Arbeitsmarktpolitik, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Der Antrag ist in der Minderheit geblieben.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ, betreffend „Wohnbeihilfe neu“, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Der Antrag ist in der Minderheit geblieben.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ, betreffend bedarfsorientierte Grundsicherung, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Der Antrag ist in der Minderheit geblieben.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ, betreffend Errichtung von Sozialmärkten, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ, betreffend Kostenrückerstattung im BHG, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Der Antrag ist in der Minderheit geblieben.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der Grünen, betreffend bedarfsorientierte Grundsicherung, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Der Antrag ist in der Minderheit geblieben.

Damit ist die Behandlung der Dringlichen Anfrage beendet und wir setzen mit der Tagesordnung fort. Wir waren beim Tagesordnungspunkt 12. Ich darf als Nächstes den Herrn Abgeordneten Gödl um sein Wort bitten.

Abg. Gödl (19.08 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Frau Landeshauptmann!

Ich will nur in aller Kürze auf die letzte Rede vor der Dringlichen Anfrage antworten. Da hat sich jemand herausgestellt, aufgeregt, dass man fast Angst haben musste, man muss einen Krankenwagen anschaffen, weil er vor lauter Impulsivität fast explodiert wäre da vorne, nämlich der Bernd Stöhrmann, der offensichtlich – und das muss ich leider sagen – an einem kleinen Verfolgungswahnsyndrom leidet, dass nur bei den roten Gemeinden eingespart wird und bei anderen nicht. Ich kann dich beruhigen, auch der Gendarmerieposten, der für unsere Gemeinde ist, der Gendarmerieposten Wundsuh, ebenfalls eine schwarze Gemeinde, wurde genauso, in diesem gesamten Bestreben, die Polizei und Gendarmerie effizienter zu machen, geschlossen, wie zum Beispiel unser zuständiges Postamt in der Gemeinde Dobl, ebenso eine schwarze Gemeinde. Also, ich kann dich beruhigen, das ist ein Verfolgungswahnsyndrom. (Abg. Stöhrmann: „Zu welchem Tagesordnungspunkt redet der Kollege?“) Zu dem, weil du dich vorher so aufgeplustert hast, rede ich. Daher, lieber Bernd, diese Aussagen kannst du dir sparen, dass es eine politische Motivation gibt, derartige Umstrukturierungen durchzuführen, sondern das ist nach sachlichen Kriterien, nach sachlichen Gründen vor sich gegangen. Ich diene gerne als Beispiel, dass wir davon genauso betroffen waren wie du in deiner Gemeinde.

Danke schön! (Beifall bei der ÖVP. – 19.10 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung, Herr Abgeordneter Hamedl. Herr Abgeordneter, bitte.

Abg. Hamedl (19.10 Uhr): Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, sehr geehrte Damen und Herren!

Kollege Stöhrmann, ich muss einiges dazusagen. Du bist anscheinend noch am Stand von vor zwei, drei Jahren. Ich sage, genauso wie der Schelm ist, so denkt er, und das ist bei dir genau zutage gekommen. (Abg. Stöhrmann: „Es freut mich, dass du dich mit mir beschäftigt hast!“)

Warte, Herr Kollege. Als ich deine Wortmeldung gehört habe, habe ich mir gedacht, ich bin bei einer Wahlveranstaltung. Bernd, ich habe mir gedacht, ich bin bei einer Wahlveranstaltung. Es hat nur noch das Wort Genosse und Genossinnen gefehlt. Da hinten sind ein paar Leute gesessen, deswegen hast du so aufgetrumpft. Das hast du einfach wirklich nicht notwendig. Ich denke mir, Kollege, im Landtag erwarten die Menschen, auch die auf der Zuschauerbank, dass gearbeitet wird und nicht immer wieder von euch, ganz gleich wo, dass nur polemisch Politik gemacht wird. Das war die ganze Dringliche Anfrage so, so ernst dieser Sozialbericht zu nehmen ist. Es ist eine Schande, wenn man euch zuhört, sage ich dir.

Ich sage dir, wir haben nichts gegen Reformen und gegen Fortschritt. Sie sind notwendig. Ich will jetzt nicht wieder anfangen, was in der SPÖ-Politik, im Innenministerium, alles passiert ist, wie viele Posten geschlossen worden sind und, und, und. Aber du weißt es ganz genau, wir haben uns gewehrt. 47 Posten wollte der Landesgendarmeriekommandant zusperrern, 47, bei 23 ist zugestimmt worden. Und das ist ein Verdienst unserer Frau Landeshauptmann und vom Herrn Landesrat Schützenhöfer, meine Damen und Herren. (Beifall bei der ÖVP.)

Bernd, ich sage dir auch, es war vorher der Herr Hofrat Archan von der Sicherheitsdirektion, der stellvertretende Sicherheitsdirektor, da. Du hast von der Kriminalstatistik geredet. Auch da bist du nicht am neuesten Stand, also du redest von alten Zahlen.

Kriminalität kann nicht nur mit Wachzimmern bekämpft werden. Da ist eine Analyse, da sind Strategien notwendig, die zurzeit stattfinden. Ich darf dir die neueste Kriminalstatistik vom Jänner 2005 geben. Ich gebe sie dir, weil es eine Presseaussendung ist und ich habe nichts Verbotenes in der Hand.

Ich sage nur, insgesamt gibt es einen Rückgang gegenüber 2004 in ganz Österreich um 13,1 Prozent. Tatsache ist, dass wir vom Jahr 2003 auf 2004 eine enorme Steigerung gehabt haben, mit der wir nicht glücklich waren. Wir sehen die Überfälle in Graz, jeden Tag fast. Aber man muss da ein bisserl mit Fachlichkeit an dieses Thema herangehen. Und darum bitte ich euch, dass ihr das macht. Es wird von einer Aushöhlung im Land gesprochen. Du hast gesagt oder irgendwer von euch hat gesagt, wir gehen durch ein Land, wo alles menschenleer ist. Ich glaube, ihr lebt ganz woanders. (Unverständlicher Zwischenruf.)

Nein, das hat die Kollegin gesagt. Dann soll sie einmal durch Graz und durch die Steiermark gehen. Wir leben in einem gesegneten Land und wir müssen schauen, dass wir uns das erhalten. Aber wenn ihr weiterhin nicht Politik für die Menschen macht, sondern nur schreit, dann werden wir nichts zusammenbringen. (Abg. Kröpfel: „Schau dir die Entwicklung an, dann weißt du, was sich abspielt!“) Ja, schau es dir an. Du kennst sie aber nicht, die Entwicklung. (Abg. Kröpfel: „Rede mit deinen Kollegen. Die werden dir sagen, was sich alles abspielt!“)

Herr Klubobmann, euer Landeshauptmannstellvertreter am letzten Donnerstag, wer ihn gesehen hat, mit was für einem Missmut er da geredet und gesagt hat, das ist eh alles schlecht, ich stimme halt zu, war eine Zumutung. Er stimmt nicht zu. Am nächsten Tag steht wieder alles gleich in der Zeitung. Bemüht euch, eine Politik des Miteinanders zu machen und tut nicht schon Wahlkampf machen. Die Leute werden euch das nicht honorieren.

Lieber Herr Bernd Stöhrmann, ich darf dir jetzt die Kriminalstatistik geben, damit du dich in Zukunft auskennst. Alles Gute!

Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 19.13 Uhr.)

Präsident: Danke.

Der Herr Abgeordnete Stöhrmann hat sich soeben noch einmal kurz gemeldet.

Abg. Stöhrmann (19.14 Uhr. – Abg. Hamedl: „Darf ich dir die Kriminalstatistik geben, damit du dich auskennst, weil da steht alles oben!“):

Ich werde gerne etwas vorlesen.

Sehr verehrter Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen!

Ich nehme gerne zur Kenntnis, dass die schwarz-blauen Zusperrer des Bundes auch vor ÖVP-Gemeinden nicht Halt gemacht haben. Danke schön, Kollege Gödl, ich nehme das zur Kenntnis. Nur, die Entrüstung deiner Partei war damals bei Weitem nicht so groß als sie heute ist. Ich nehme auch gerne zur Kenntnis, dass es nicht richtig ist und dass ich mit alten Zahlen operiert habe. Im Internet nachzulesen vom 4. Februar 2005: „Die Zahl der strafbaren Handlungen ist von 493.246 – 1999 – auf 643.648 – 2004 – gestiegen. Das ist ein Plus von mehr als 30 Prozent.“

Gleichzeitig ist die Aufklärungsrate von 51,4 Prozent auf 38,1 Prozent gesunken, das ist beinahe ein Drittel weniger. Unter sozialdemokratischen Innenministern betrug die jährliche Kriminalitätsrate unter 500.000 Delikte, nämlich 493.246 im Jahre 1999 und die Aufklärungsrate deutlich über 50 Prozent, im Jahre 1999 51,4 Prozent. Von der verheerenden Sicherheitspolitik der letzten Jahre war zunächst Wien mit einem Anstieg in fünf Jahren um 66 Prozent betroffen. Nun sind auch die Bundesländer Steiermark, Niederösterreich und Burgenland betroffen, wo die Kriminalität überproportional steigt und so weiter und so weiter.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, so schaut es aus. Und meine Aussage, dass bei Ihnen die Sicherheit bei den Abfangjägern anfängt, weil man da scheinbar mehr verdienen kann, hat sich mit dieser Statistik wieder bewahrheitet. (Abg. Mag. Drexler: „Das ist eine unerhörte Unterstellung. Ganz nahe am Ordnungsruf!“)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das gleiche Problem, das wir bei dieser Sicherheitsdebatte und bei dem Zusperrern von Bezirksgerichten, Gendarmerieposten und so weiter haben, das gleiche Problem hatten wir auch vorher in der so genannten Armutsdebatte. Lieber Klubobmann Drexler, ich sehe ein, dass für dich das kein Problem ist, denn du wirst ja wahrscheinlich mit diesen Dingen des Öfteren im Laufe deiner Berufserfahrungen konfrontiert gewesen sein. Ich hätte nur gedacht, wir hätten wahrscheinlich eine bessere Debatte abgehalten, wenn du gleich dem Kollegen Hammerl das Wort überlassen hättest, denn der weiß, wovon er spricht, der kennt sich in dieser Materie aus. (Beifall bei der SPÖ. – 19.17 Uhr.)

Präsident: Damit, meine Damen und Herren, kommen wir zur Abstimmung über den Tagesordnungspunkt 12.

Wenn Sie, meine Damen und Herren, dem Antrag der Berichterstatterin ihre Zustimmung geben, ersuche ich um Ihr Handzeichen.

Ich stelle dazu die einstimmige Annahme fest.

Damit sind wir heute schon bei Tagesordnungspunkt 13 angelangt.

13. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 2113/1, betreffend Neustrukturierung des Verkehrsverbundes, Abschluss eines neuen Grund- und Finanzierungsvertrages.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Karl Wiedner. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Wiedner (19.17 Uhr): Herr Präsident, sehr verehrte Frau Landeshauptmann, liebe Kollegen!

Ich berichte zur Vorlage der Landesregierung, betreffend Neustrukturierung des Verkehrsverbundes, Abschluss eines neuen Grund- und Finanzierungsvertrages.

Mit Beschluss der Landesregierung vom 15. Dezember 2003 wurde auf Grund der neuen gesetzlichen Rahmenbedingungen der bisherige Grund- und Finanzierungsvertrag per 31. Dezember gekündigt. Daher war es notwendig, einen neuen abzuschließen.

Er liegt Ihnen vor. Wir haben im Ausschuss ausreichend diskutiert. Es sind alle Zahlen drinnen, was in den nächsten Jahren in den öffentlichen Verkehr fließt. Ich ersuche um Annahme. (19.18 Uhr.)

Präsident: Ich danke für die Berichterstattung, Wortmeldungen habe ich zu diesem Tagesordnungspunkt keine. Deshalb schreite ich nunmehr zur Abstimmung.

Meine Damen und Herren, wenn Sie dem Antrag des Berichterstatters Ihre Zustimmung geben, ersuche ich Sie um ein Handzeichen.

Ich stelle dazu die einstimmige Annahme fest.

Damit komme ich zu den Tagesordnungspunkten 14 und 15.

Bei den Tagesordnungspunkten 14 und 15 ist ein innerer sachlicher Zusammenhang gegeben. Ich schlage daher im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, diese zwei Tagesordnungspunkte gemeinsam zu behandeln, jedoch über jeden einzelnen Tagesordnungspunkt getrennt abzustimmen.

Falls Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

14. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 2141/1, der Abgeordneten Petinger und Walter Kröpf, betreffend Sanierung der L 341, Kainacher Straße.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Karl Petinger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Petinger (19.19 Uhr): Meine Damen und Herren!

Antrag 2141/1 betreffend L 341, Kainacher Straße.

Es wird der Antrag gestellt, die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, die L 341, Kainacher Straße speziell im Abschnitt vom Bereich Neukambrücke bis nach Graden schnellstens zu sanieren und auf einen den modernen Verkehrs- und Sicherheitserfordernissen entsprechenden Standard zu bringen. Danke! (19.19 Uhr.)

Präsident: Danke für die Berichterstattung. Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

15. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 2078/1, betreffend Grundeinlösungen für das Bauvorhaben „Ortsumfahrung Hausmannstätten“ der Landesstraße B 73, Kirchbacher Straße.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Kurt List. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. List (19.20 Uhr): Danke, Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren!

Ich darf über diese Regierungsvorlage berichten. Wiederum handelt es sich um eine Grundeinlösung für das Bauvorhaben Ortsumfahrung Hausmannstätten.

Die Entschädigung ist angemessen. Das wurde vom Sachverständigen bestätigt. Angewandt wurde das Eisenbahnteilungsgesetz. Die bevorzugten Empfänger sind die Familien Kemmer und Matzer.

Diese Regierungsvorlage wurde in der Landesregierung einstimmig und im letzten Finanz-Ausschuss ebenfalls beschlossen. Der Antrag lautet:

Der Landtag wolle beschließen:

Der Kostenbeitrag zur Grundeinlösung für das Bauvorhaben „Ortsumfahrung Hausmannstätten“ der Landesstraße B 73, Kirchbacher Straße im Betrag von 1,400.115,81 Euro zu Lasten der angeführten Voranschlagsstelle wird genehmigt.

Ich ersuche die Damen und Herren um Ihre Unterstützung. (19.20 Uhr.)

Präsident: Ich danke für die Berichterstattung. Wortmeldungen zu beiden Tagesordnungspunkten habe ich keine, deshalb schreite ich nunmehr schon zur Abstimmung.

Wenn Sie, meine Damen und Herren, dem Antrag des Herrn Berichterstatters mit der Einl.-Zahl 2141, das ist der Tagesordnungspunkt 14, Ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen und stelle dazu die einstimmige Annahme fest.

Wenn Sie, meine Damen und Herren, zum Tagesordnungspunkt 15, Einl.-Zahl 2078, Ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen.

Ich stelle dazu die mehrheitliche Annahme fest.

Meine Damen und Herren, wir sind schon beim Tagesordnungspunkt

16. Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Spitäler über den Antrag, Einl.-Zahl 2145/1, der Abgeordneten Lafer, Gennaro, Zierler und Böhmer, betreffend Pflichtfach Gesundheitsförderung.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Franz Lafer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Lafer (19.21 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Hoher Landtag!

Ich bringe den Antrag, Einl.-Zahl 2145/1, der Abgeordneten Lafer und Zierler, betreffend Pflichtfach Gesundheitsförderung.

Wir haben diesen Antrag in der letzten Ausschusssitzung behandelt. Der Antrag liegt Ihnen vor mit einigen Punkten.

Ich ersuche, diesem Antrag zuzustimmen und bitte um Beschlussfassung. (19.21 Uhr.)

Präsident: Danke für die Berichterstattung. Herr Abgeordneter Detlef Gruber hat sich zu Wort gemeldet. Sie sind schon am Wort, Herr Abgeordneter.

Abg. Detlef Gruber (19.22 Uhr): Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Zum Tagesordnungspunkt 16, zum Antrag Einführung des Pflichtfaches Gesundheitsförderung möchte ich nicht unbedingt auf das Zustandekommen des vorliegenden Antrages eingehen, das wird meine Kollegin später machen, auf den Inhalt sehr wohl. Das Pflichtfach Gesundheitsförderung, meine Damen und Herren, gehört als Grundprinzip in unser Bildungssystem. Da könnte man einen dicken Punkt hinsetzen und das so stehen lassen. Ich möchte trotzdem ein paar Erklärungen dazu noch abgeben.

Dem Beispiel der Abfallwirtschaft folgend, wo die Vermeidung des Anfalles von Müll und die Einführung der getrennten Sammlung fast ausschließlich über die Schüler und Schülerinnen, über die Schulen getragen wurden, wirklich erfolgreich transportiert wurden, kann das Thema Gesundheitsförderung bei Einführung als Pflichtgegenstand in unseren Schulen eine ähnliche Erfolgsgeschichte werden. Allerdings nur dann, wenn sich das fernab der Tagespolitik bewegt und wenn man bereit ist, langfristig zu denken und auch dementsprechend zu handeln und zu investieren. Der Erfolg einer derartigen Maßnahme ist auch sicherlich nicht innerhalb einer Legislaturperiode ablesbar, erkennbar oder bewertbar. Ja, das kann sogar Jahrzehnte dauern, bis sich das so durchsetzt, wie wir uns das vorstellen, bis sich dieser Erfolg messen lässt. Und gerade deswegen ist es jetzt an der Zeit, ernsthaft darüber nachzudenken und die notwendigen Schritte ins Leben zu rufen. Gesundheitsförderung gehört verpflichtend eingeführt!

Jetzt, wo die ÖVP endlich auch – so scheint es zumindest – für die Reform unseres Schulsystems ist, wäre die Gelegenheit, diesen politischen Willen auch kundzutun, wirklich gegeben. Das könnte man mit der Einführung eines solchen Pflichtgegenstandes ausdrücken und mit dem Herantreten an die Bundesregierung oder an die zuständigen Stellen im Land. Und damit, meine Damen und Herren, wäre ein Meilenstein in der Gesundheitsförderung, in der Gesundheitsvorsorge in unserem Land zu setzen.

Es darf nicht sein, dass die Gesundheitsvorsorge, die Gesundheitsförderung auf mehr oder minder zufällig engagierte Pädagoginnen oder Pädagogen beschränkt ist. Ich betone, dass ich den hundert, ja, man könnte eigentlich sagen tausenden von Lehrerinnen und Lehrern in unserem Land – es sind immerhin über 14.000 –, die wirklich pflichtbewusst gesundheitsfördernde Maßnahmen in zahlreichen Projekten mit den unterschiedlichsten Schwerpunkten durchführen, dass ich diesen Leuten auch meine Hochachtung zolle. Alle diese Projekte sind wichtig und nicht wegzudenken aus unserem Gesundheitssystem. Sie sind auch deswegen in den verschiedensten Lehrplänen verankert.

Aber was mir Sorge bereitet, es gibt keine Norm für all diese Projekte. Es passiert leider immer wieder, dass Schülerinnen und Schüler, die zwar im gleichen Ort wohnhaft sind, aber innerhalb dieses Ortes verschiedene Schulen besuchen, auch einen ausgesprochen unterschiedlichen Zugang zu Gesundheitsthemen vermittelt bekommen. Das hängt vom jeweiligen Engagement der einzelnen dort agierenden Personen ab. Das kann kein Zustand sein, den wir uns für die Vorsorge für eine gesundheitsbewusste Generation wünschen können. Das kann kein Zustand sein.

Zahlreiche Maßnahmen, natürlich begleitet von den gut funktionierenden, aber in manchen Bereichen doch auch noch zu verbessernden schulärztlichen Untersuchungen, gehören gebündelt, gehören vernetzt und sie gehören in einen Pflichtgegenstand eingebunden. Nur durch das frühzeitige Kennenlernen – und ich gehe jetzt wirklich auf die Grundschule schon zurück – des Körpers, seiner Funktionen, durch den bewussten Umgang mit allen Belangen der Gesundheit, die über die wirklich zahlreichen und sehr, sehr ambitionierten Projekte hinausgehen, kann auch nachhaltiger Gesundheitsvorsorge erfolgreich gestaltet werden.

Ich verweise noch einmal zum Abschluss auf das wirklich einzigartige Geschehen im Zusammenhang mit der Abfallwirtschaft, wo Kinder praktisch die Erwachsenen erzogen haben. Ich verweise noch einmal auf dieses System zurück. Das sollte gerade auch in der Gesundheitserziehung beispielgebend dafür sein, dass man rechtzeitig beginnen muss und dass so ein Erziehungsprozess eingeleitet werden kann, der uns dann viel, viel Geld erspart. Aber, wie ich schon eingangs erwähnt habe, das ist nicht innerhalb einer Legislaturperiode messbar.

In diesem Sinn ersuche ich Sie natürlich um Unterstützung für diesen Antrag, der hier eingebracht wurde, im Sinne einer wirklich nachhaltigen Entwicklung im Gesundheitsbereich in unserem Land.

Danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der SPÖ. – 19.29 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung, Herr Abgeordneter Köberl. Bitte.

Danach Frau Abgeordnete Lackner.

Herr Abgeordneter Köberl, bitte.

Abg. Köberl (19.29 Uhr): Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, geschätzte Mitglieder der Landesregierung, werte Kolleginnen und Kollegen!

Das Thema Gesundheitserziehung, das sich aus, ich glaube, vier Anträgen, die an den Landtag herangegangen sind, heute zur Diskussion stellt, ist eines, das uns ob der Wichtigkeit der Vorsorge für unsere Kinder und Kindeskindern hier und jetzt eint. Ich glaube, dass dieser gemeinsame Schulterschluss mit dem Pflichtfach Gesundheitsförderung, wie es ja auch schon im Ausschuss beschlossen wurde, ein Signal in die richtige Richtung ist.

In diesen Antrag hineinverpackt sind ja auch Bereiche, wie das Ausdehnen des Unterrichtsprinzips Gesundheitserziehung, die Einbindung der Schulärzte als so genannte Gesundheitsmediatoren, das generelle Rauchverbot an Schulen, aber auch die entsprechende Ausrichtung der Schulbüfets. Hiezu gibt es auch einen Entschließungsantrag der SPÖ und ich darf an dieser Stelle betonen, dass wir diesem Entschließungsantrag zustimmen werden. Es geht darum, dass eine sinnvolle Anbotspalette in diesen Schulbüfets vorherrschen soll. Sie soll erstellt werden durch eine entsprechende Fachkommission. Ich sage es nur als kleinen Seitenhieb, es hätte uns auch bisher niemand gehindert, dass das schon passiert wäre. Aber ich verweise auch auf einen Bezug zur heute schon geführten Agrardebatte, weil es in diesem Antrag heißt, dass es sich vorrangig um attraktive und preiswerte Produkte, vor allem aus heimischer Produktion, handeln soll. Und da sehe ich doch eine Chance für unsere Bauern.

Einiges zu dem, was der Kollege Detlef Gruber vorhin gesagt hat. Ich bin bei dir, wenn du sagst, es geht um ein langfristiges Denken, es ist eine Investition in die Zukunft, die sich nicht sofort, sondern mittelfristig und langfristig bezahlt machen wird. Dafür dort umso mehr, wenn das aufgeht, was man sich davon erwartet.

Dass es bisher schon passiert ist und dass es an engagierten Lehrerinnen und Lehrern gelegen ist, wurde auch schon genannt. Es gibt zahlreiche Projekte, wo über Eigeninitiative das im Unterrichtsprinzip Gesundheitserziehung gestartet wurde. Hier geht es darum, dass man jetzt sagt – und da habe ich ein bisschen Sorge –, dass diese Zuteilung auf ein so genanntes Pflichtfach dann jene Bemühungen ein bisschen untergräbt, die auf Basis eines Unterrichtsprinzips, und es heißt ja, dass es in allen Gegenständen diese Thematik geben soll, dann etwas zurückgenommen wird. Es kann nur dann gelingen, wenn in vielen Bereichen das Bewusstsein für die Gesundheit der jungen Damen und Herren geschärft wird.

In der Begründung des Antrages der Freiheitlichen werden vor allem drei Risikofaktoren auch genannt, das sind der Bewegungsmangel, Ernährungsfehler und das Suchtverhalten, die ihren Ursprung bereits im Kindesalter haben. Wir wissen, ein Drittel unserer Schülerinnen und Schüler sind zu dick. Es geht hier auch um den Bewegungsmangel. Wenn ich aber von einer Verordnung beziehungsweise Einführung eines Pflichtfaches Gesundheitserziehung spreche, dann muss uns auch bewusst sein, dass für diese Stunden andere Stunden wieder gekürzt werden. Ich möchte nicht haben – das sage ich von dieser Stelle aus –, dass dafür eine Turnstunde zum Beispiel geopfert wird (Landesrat Mag. Erlitz: „Sicher nicht!“), denn hier ist es eine Frage, wie ich die Gewichtung setze.

Ein bisschen – und das sage ich aus Erfahrung, aus der Praxis – sind wir auch mit schuld, wenn ich das Thema Bewegungsmangel anspreche und ich Kinder kenne und davon weiß, die lieber eine halbe Stunde oder eine Stunde auf den Bus warten, anstatt 500 Meter zu Fuß nach Hause zu gehen. Das ist also auch ein Aspekt, der ein Überangebot letzten Endes zu einem Defizit hin begleitet.

Die Frage wird auch sein, wie wird es dort mit der Benotung? In diesem Pflichtfach werden nur diejenigen sehr gut abschneiden, die auch diesen Vorstellungen entsprechen. Aber diese Dinge werden sich aus der Praxis zeigen.

Etwas Erschreckendes ist uns auch bewusst, und das ist der dritte Punkt, der in diesem Antrag genannt wurde, das Suchverhalten. Wir alle kennen aus Umfragen die Werte oder die Angaben von bereits Volksschulkindern zum Thema Alkohol-, Zigaretten- und sogar Drogenkonsum. Es sind erschreckende Zahlen, die uns zu denken geben müssen, und auch hier ist dieser Ansatz richtig.

Wir sprechen im Schulbereich immer von einem Dreieck, das letzten Endes für unsere Kinder da sein soll. Zum einen ist es die Schule, zum anderen sind es die Kinder, aber auch die Eltern und Erziehungsberechtigten sind angesprochen. Auch sie gehören im Sinne dieser Gesundheitserziehung verstärkt mit eingebunden. Es gibt heute schon Diskussionen, auf Basis von Schulforen, von Schulgemeinschaftsausschüssen, dass hier auch in diese Richtung richtig gehandelt wird, nämlich die Gestaltung des Unterrichtsbüfets, des Pausenbüfets.

Wir wissen aber auch, dass etwa ein Drittel der Kinder im Volksschulalter heute ohne Frühstück, ohne Frühstück in die Schule geht! Weil sie einfach keine Lust haben auf ein Frühstück oder weil oft – und das ist auch Tatsache – niemand da ist, der ihnen ein vernünftiges Frühstück macht. Das heißt, hier diesen Ansatz nur zu wählen „ist in ein Pflichtfach umzuwandeln“, das alleine kann es nicht sein. Es muss begleitend dazu, und, Kollege Gruber, wir sind da gemeinsam, glaube ich, auf der richtigen Spur, die Einbindung auch der Eltern und Erziehungsberechtigten geben, die hier eine ganz, ganz entscheidende Rolle auch spielen.

Zum Abschluss darf ich noch sagen, weil du es angeführt hast, die Reformen des Schulsystems, wo es jetzt eine Bereitschaft gibt, scheinbar von dir so genannt, darf ich von dieser Stelle aus sagen, gegen sinnvolle Reformen hat es von Seiten der steirischen Volkspartei nie Einwände gegeben. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 19.36 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Frau Abgeordnete Lackner bitte, womit ich die Rednerliste dann schon abschließen kann.

Abg. Mag. Lackner (19.36 Uhr): Herr Präsident, geschätzte Regierungsmitglieder, Kolleginnen und Kollegen!

Der Antrag, der hier vorliegt, scheint ja eine breite Zustimmung heute zu bekommen. Das freut mich schon sehr. Auch die Debatte oder die Zustimmung im letzten Gesundheits-Ausschuss hat schon gezeigt, dass es da eine breite Mehrheit geben wird, was mich besonders auch von der ÖVP freut, weil wir haben ja im Gesundheits-Ausschuss bereits mehrere Male über diese Anträge diskutiert haben und die wurden zumindest einem Unterausschuss zugewiesen, der noch nicht getagt hat.

Der Antrag hat leider einen sehr FPÖ-eigennützigen Weg genommen, wenn ich an die Geschichte dieses Antrages denke. Wir haben fast ident Anträge eingebracht, die SPÖ und die FPÖ. Diese Forderungen sind nach wie vor ident. Schade, dass nicht dieser gemeinsame Antrag vorliegt, den wir eigentlich miteinander verfasst haben, aber vielleicht liegt einfach Profilierungsnotwendigkeit bei der FPÖ vor und sie musste da diesen Weg zumindest einmal phasenweise alleine gehen. Er soll heute zu einem guten Ende führen. Pädagogische schulpolitische Ausführungen dazu haben wir schon gehört. Ich möchte noch kurz dazu sagen, dass wir diesen Antrag als grundsätzliches Bekenntnis des Landes Steiermark zu diesem Unterrichtsfach sehen und auch die Notwendigkeit, Gesundheitserziehung in einer neuen Qualität ab Herbst in unseren Schulen darbringen zu können. Ich bin auch zuversichtlich gestimmt, dass jetzt nach langen Diskussionen, die akut geworden sind nach der PISA-Studie, letztlich auch der schulpolitische Boden dafür aufbereitet ist, dass diese Reformschritte umgesetzt werden können. Gesundheitsbewusstsein ist schon lange kein Thema allein des Gesundheitsressorts. Es ist vielmehr mit all seinen Facetten ein gesellschaftspolitischer Mainstream, den wir hier auf einen guten Weg schicken können.

Wir richten uns aber nicht nur an den Bund mit unseren Forderungen, sondern wir haben auch ein Stück selbst beizutragen. Zum Beispiel möchte ich erwähnen, was noch nicht gesagt worden ist, dass es am Land Steiermark liegt, auch die gesundheitsfördernden Umfeldler von Schulen untersuchen zu lassen. Es geht darum, endlich das Rauchverbot in den Schulen durchzusetzen und, wie mein Vorredner schon gesagt hat, ein gesundes und preisgünstiges und somit auch steuerbares Schulbüfett zu installieren.

Deswegen bringe ich jetzt abschließend diesen unseren Unselbstständigen Entschließungsantrag ein:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, erstens gemeinsam mit den Ernährungsexpertinnen und -experten der Fachabteilung für das Gesundheitswesen sowie der Akademie für den Diät-dienst und dem ernährungsmedizinischen Beratungsdienst eine Angebotsliste für Schulbuffets nach ernährungsmedizinischen Richtlinien zusammenzustellen (dabei soll auf ein gesundes, aber auch attraktives und preiswertes Angebot geachtet werden, Angebote aus heimischer Produktion sind so weit als möglich zu bevorzugen) und zweitens die Bundesregierung zu ersuchen, dafür Sorge zu tragen, dass der Landesschulrat für Steiermark diese Richtlinien in seine Vergabep Praxis in Bezug auf Schulbüfett übernimmt.

Ich bedanke mich schon im Vorhinein für die Zustimmung sowohl für den grundsätzlichen Antrag als auch für diesen Unselbstständigen Entschließungsantrag. (Beifall bei der SPÖ. – 19.41 Uhr.)

Präsident: Keine weitere Wortmeldung zu diesem Tagesordnungspunkt, meine Damen und Herren.

Somit komme ich schon zur Abstimmung. Wenn Sie dem Antrag des Berichterstatters Ihre Zustimmung geben, ersuche ich Sie nunmehr um ein Handzeichen.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ, betreffend Richtlinien für Schulbüfett, ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen.

Ich stelle ebenfalls dazu die einstimmige Annahme fest.

Womit wir schon bei Tagesordnungspunkt 17 sind.

17. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 2124/1, über die Bedeckung über- und außerplanmäßiger Ausgaben für das Jahr 2004 (achter Bericht für das Rechnungsjahr 2004).

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Josef Straßberger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Straßberger (19.41 Uhr): Verehrter Herr Präsident, geschätzte Regierungsmitglieder, verehrte Damen und Herren Abgeordnete, Hohes Haus!

Ich bringe den Bericht über die Vorlage der Steiermärkischen Landesregierung über die Bedeckung über- und außerplanmäßiger Ausgaben für das Jahr 2004, achter Bericht für das Rechnungsjahr 2004.

In diesem Sinne wird nunmehr berichtet, dass in der Zeit vom 8. November bis 20. Dezember 2004 dringende und im offensichtlichen Interesse gelegene über- und außerplanmäßige Ausgaben gegenüber dem ordentlichen Haushalt von 21,609.346,39 Euro und dem außerordentlichen Haushalt von 4,736.657,12 Euro, insgesamt somit 26,346.003,51 Euro beschlossen wurden.

Dieser Mehraufwand wurde wie folgt bedeckt:

Ordentlicher Haushalt: Bindung von Ausgabenersparungen 20,458.695,49 Euro, Mehreinnahmen 1,150.650,90 Euro, in Summe 21,609.346,39 Euro.

Außerordentlicher Haushalt: Bindung von Ausgabenersparungen 4,736.657,12 Euro.

Die Steiermärkische Landesregierung stellt zufolge ihres Beschlusses vom 10. Jänner 2005 den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der achte Bericht für das Rechnungsjahr 2004 der Steiermärkischen Landesregierung über die Bedeckung der in der beiliegenden Liste samt Kopien der zugrunde liegenden Regierungssitzungsanträge der zuständigen Abteilungen angeführten über- und außerplanmäßigen Ausgaben in der Gesamthöhe von 26,346.003,51 Euro wird gemäß Paragraf 32 Absatz 2 des L-VG 1960 zur Kenntnis genommen und hinsichtlich der Bedeckung genehmigt. Ich bitte um Annahme. (19.43 Uhr.)

Präsident: Danke für die Berichterstattung. Wortmeldungen gibt es zu diesem Tagesordnungspunkt keine, womit ich zur Abstimmung komme.

Meine Damen und Herren, wenn Sie dem Antrag des Berichterstatters Ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme fest.

Damit komme ich zu den Tagesordnungspunkten 18 und 19.

Bei den Tagesordnungspunkten 18 und 19 ist ein innerer sachlicher Zusammenhang gegeben. Ich schlage daher im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, diese zwei Tagesordnungspunkte gemeinsam zu behandeln, jedoch über jeden einzelnen Tagesordnungspunkt getrennt abzustimmen.

Falls Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

18. Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Spitäler über den Antrag, Einl.-Zahl 2091/1, der Abgeordneten Mag. Lackner und Gross, betreffend Zweckbindung der Tabaksteuer.

Berichterstatterin ist Frau Landtagsabgeordnete Mag. Ursula Lackner. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Mag. Lackner (19.44 Uhr): Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Ich berichte über den Antrag, Einl.-Zahl 2091/1, der Abgeordneten Lackner und Gross, betreffend Zweckbindung der Tabaksteuer.

Zirka 16 Prozent der Steirerinnen und 25 Prozent der Steirer sind Raucher. Der Prozentsatz der täglichen Raucher steigt ab dem 15. Lebensjahr und ist am stärksten bei den 17- bis 18-Jährigen.

In der Steiermark sind im Jahr 2003 3800 Menschen mit einer Diagnose in Zusammenhang mit Tabak in einem Landeskrankenhaus aufgenommen worden. Fünf Krankheitsgruppen können mit Rauchen in Verbindung gebracht werden: einige Krebserkrankungen, Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Erkrankungen der Atemwege, nikotinbedingte Todesfälle bei Neugeborenen und Tote durch Brandverletzungen.

Tabakkonsum ist in Europa somit der wichtigste Einzelrisikofaktor für Krankheit und eine Eindämmung des Tabakkonsums gehört zu den wichtigsten Public-Health-Maßnahmen.

Die Zweckbindung der Tabaksteuer für gesundheitsbezogene Maßnahmen ist eine langjahrigere Forderung der SPÖ, die bis jetzt noch nicht umgesetzt wurde. Lediglich im Rahmen der Gesundheitsreform wurde nun auf Bundesebene beschlossen, die Tabaksteuer um 18 Cent pro Packung zu erhöhen und diese Mehreinnahmen zur Finanzierung des Gesundheitswesens in Österreich bereitzustellen.

Die Mittel sollen zweckgewidmet und den Bundesländern entsprechend ihrem Bevölkerungsanteil zur Verfügung gestellt werden. Das ist unsere Forderung.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung mit dem Ersuchen heranzutreten, die Einnahmen aus der Tabaksteuer ab 1. Jänner 2005 für die Gesundheit zweckzubinden und diese Mittel den Ländern für die Gesundheitsressorts entsprechend dem Bevölkerungsanteil zur Verfügung zu stellen.

Ich ersuche um Zustimmung. (19.46 Uhr.)

Präsident: Danke für die Berichterstattung.

19. Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Spitäler über den Antrag, Einl.-Zahl 2092/1, der Abgeordneten Mag. Lackner und Margarethe Gruber, betreffend Sondersteuer für Alcopops.

Berichterstatterin ist Frau Landtagsabgeordnete Mag. Lackner. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Mag. Lackner (19.46 Uhr): Ich berichte über den Antrag, Einl.-Zahl 2092/1, der Abgeordneten Lackner und Margarethe Gruber, betreffend Sondersteuer für Alcopops.

In Österreich wurden laut Medienberichten im Jahr 2003 8 bis 9 Millionen Flaschen Alcopops, das sind Mischgetränke aus Limonade und Alkohol, verkauft. So harmlos wie die Namen dieser Getränke sind, so gefährlich ist der Inhalt. Der Gehalt an Spirituosen liegt in der Regel bei 13 bis 15 Prozent, so dass das fertige Mixgetränk etwa 5,5 Prozent Alkohol enthält.

Diese Form von Getränken ist besonders bei Jugendlichen sehr beliebt: Nach Angaben der WHO trinken bereits Elfjährige derartige Mixgetränke. Genauere Untersuchungen gibt es aus Deutschland.

Nach Ansicht der sozialdemokratischen Fraktion im Steiermärkischen Landtag wäre es äußerst wichtig, dass diese Getränke entsprechend gekennzeichnet werden, um auf die Gefährlichkeit des Alkoholinhalts aufmerksam zu machen. Zudem wird vorgeschlagen, auf Mixgetränke mit Alkoholanteil eine Sondersteuer einzuführen und die daraus erzielten Einnahmen zweckgewidmet für Maßnahmen der Suchtprävention zu verwenden.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung mit dem Ersuchen heranzutreten, erstens auf alle industriell hergestellten Mixgetränke mit Alkoholanteil eine wirksame Sondersteuer einzuführen und die daraus erzielten Mehreinnahmen den Bundesländern für Maßnahmen im Bereich der Suchtprävention zweckgewidmet zur Verfügung zu stellen sowie zweitens eine entsprechende Verpflichtung zur Kennzeichnung dieser Mischgetränke vorzusehen, um auf die Gefährlichkeit des Alkoholinhalts aufmerksam zu machen.

Ich ersuche auch hier um Zustimmung und Annahme. (19.48 Uhr.)

Präsident: Danke für die exakte Berichterstattung.

Frau Abgeordnete Lackner, Sie haben sich zu beiden Tagesordnungspunkten gemeldet. Sie sind schon am Wort. Frau Abgeordnete, bitte.

Abg. Mag. Lackner (19.48 Uhr): Er hat sich heute schon so aufgereggt. Er hängt ein bisschen müde in den Seilen. Aber ich glaube, dass es trotzdem wichtig ist, auch über dieses gesundheitspolitische, letztlich gesellschaftspolitische Thema ein paar Worte zu verlieren.

Zum Rauchen: Wie gesagt, der Antrag weist bereits aus, dass der Tabakkonsum in Österreich der wichtigste Einzelrisikofaktor für Krankheit ist und eine Eindämmung des Tabakkonsums daher zu den wichtigsten Maßnahmen im Gesundheitswesen, nicht nur von Österreich, sondern von ganz Europa, zählt.

Es gibt eine Tabakcharta aus dem Jahr 1988, wo auch Österreich seinerzeit mitgestimmt hat. Das ist ein Aktionsplan für ein rauchfreies Europa. Es wird unter anderem das Recht auf eine rauchfreie Umwelt gesetzlich verankert, wird Werbung für Tabakprodukte verboten, aber – und das ist das Besondere an dieser Charta – werden Einnahmen aus dieser Tabaksteuer für die Finanzierung von Tätigkeiten zur Bekämpfung des Tabakkonsums und für die Gesundheitsförderung definiert. So ist die Formulierung dieser Charta.

Wenn ich von der Europadimension jetzt auf die Steiermark komme, kann ich auf den Gesundheitsbericht 2000 verweisen, der sehr detaillierte Fakten anführt über das Rauchverhalten der Steirer und Steirerinnen, sowohl was die geschlechtsspezifische Facette ist als auch die regionalpolitische betrifft.

Tatsache ist, dass besonders die Jugendlichen eine sehr sensible Bevkerungsgruppe sind, was die Tabakproblematik betrifft und dass der Prozentsatz bei manchen Altersgruppen zwar zurückgeht, aber ab dem 15. Lebensjahr und am stärksten zwischen dem 17. und 18. Lebensjahr ansteigt, dass diese Zielgruppe eine sehr große geworden ist.

Die entsprechenden Spitalsdiagnosen sind vorhanden und es gibt auch sehr gute Strategien im Gesundheitsressort, die man anführen kann, um die Wichtigkeit unseres Antrages auch zu untermauern.

Es gibt zum Beispiel im ISGS Kapfenberg eine Raucherberatung, wo Menschen, die von dieser Sucht loskommen wollen, diese Beeinträchtigung ihrer tagtäglichen Lebenssituation hinter sich lassen wollen, die wieder zukunftsprospektiv denken wollen, unterstützt und beraten werden. Es geht in diesem Antiraucher/Nichtraucherberatungszentrum darum, dass vor allem die Vorteile eines Nichtrauchens und Nichtrauchen-

müssens bewusst gemacht werden und dass die Nachteile zu Tage kommen, vor allem auch im Unterbewusstsein. Das ist eine herausfordernde Arbeit, die hier geleistet wird. Es gibt aber auch die Projektberatungen, Vorträge an Schulen und in Firmen und in Gemeinden, die alle von diesem Raucherzentrum ausgeführt werden. Kosten viel Geld, sind dringend notwendig.

Eine andere Initiative nennt sich „Lebenslust statt Lebensfrust“. Da geht es ebenfalls um Raucherentwöhnung. Workshops an Schulen, Nichtraucherurse, Elternabende et cetera werden durchgeführt.

Eine neuere Initiative stellt die „Plattform Nikotin“ dar, wo die Suchtkoordination des Landes Steiermark und der Stadt Graz, die Bergarbeiterversicherung, eine Privatperson als Expertin und Ärzte und Ärztinnen miteinander arbeiten, um eine Lobby zu schaffen für das Nichtrauchen und für jene, die aufhören wollen zu rauchen.

Es geht darum, die Menschen zu unterstützen im Loskommen von ihrer Sucht und präventiv zu arbeiten, um die Dimension dieses Themas entsprechend auch behandeln zu können. Dafür ist zusätzliches Geld notwendig. Wenn unsere Forderung umgesetzt werden würde, würde das bedeuten, dass zusätzlich 200 Millionen Euro in die Steiermark fließen würden, um solche Präventivmaßnahmen oder Hilfe in der aktuellen, akuten Situation durchführen zu können. Deswegen erbitte ich um Zustimmung zu diesem Antrag.

Was die Alcopops betrifft: Limonade, Spirituosen und Chemie, das steckt hinter diesem Begriff: süße Drinks mit hochprozentigem Inhalt.

Dieser Antrag ist kein neuer, wie Sie alle wissen, aber er ist wieder aktuell geworden. Wir haben in diesem Haus voriges Jahr zwei Beschlüsse herbeigeführt, um diese Sonder- oder Zusatzsteuer für diese Getränke, genannt Alcopops, einzuführen.

Das Dramatische daran ist, dass diese Getränke genau für die Zielgruppe der Jugendlichen zurechtgeschnitten sind, auch was die Bewerbung betrifft.

Dieser Antrag ist deswegen wieder aktuell und notwendig geworden, weil auf Bundesebene ein entsprechender Antrag der SPÖ im November und Dezember vertagt worden ist. Dieser Antrag auf Bundesebene entspricht eigentlich den Intentionen des Steiermärkischen Landtages. In diesem Antrag wurde die Notwendigkeit eines Gesamtkonzeptes formuliert, das die Sondersteuer, die Vereinheitlichung von Jugendschutzbestimmungen der Länder, die Änderung der Lebensmittelkennzeichnungsverordnung oder der Gewerbeordnung umfasst.

Und genau dieser Antrag, der alles das umfasst, was wir eigentlich als Steiermärkischer Landtag für die Bevölkerung wollen, wurde vertagt. Wir sagen, es ist der Handlungsbedarf auf alle Fälle da, die Fakten liegen am Tisch. Wir wissen auch aus den Protokollen, dass sowohl die ÖVP als auch die FPÖ im Grund für diesen Antrag sind und wir wollen mit unserer nochmaligen Einbringung dieses Antrages das Sensorium auch auf Bundesebene noch einmal stärken und damit das Ziel erreichen, wirksame Präventionsmaßnahmen ehebaldigst umzusetzen. Unsere Schritte sind bereits nachweislich und glaubhaft gemacht.

Ich ersuche Sie trotzdem noch einmal um eine Zustimmung für dieses doch auch sehr gesellschaftspolitische und jugendrelevante Thema und ich danke Ihnen jetzt bereits, wenn Sie dafür bereit sind, für Ihre Zustimmung. (Beifall bei der SPÖ. – 19.56 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung, Frau Abgeordnete Gruber, bitte.

Abg. Margarethe Gruber (19.56 Uhr): Herr Präsident, meine Herren auf der Regierungsbank, sehr geehrte Damen und Herren!

Ich kann nur unterstützen, was Frau Kollegin Lackner gesagt hat und es untermauern, und zwar durch eine Aussage des Finanzministers Karl-Heinz Grasser, der im Jänner gemeint hat, ohne nämlich Zahlen vorlegen zu können, dass die Einführung einer Sondersteuer nicht den gewünschten Zweck erfüllen würde und er hat das Ganze abgeschoben auf das Jugendschutzgesetz. Jetzt wissen wir aber, dass der Vollzug des Jugendschutzgesetzes nicht immer so erfolgen kann, weil eben zu wenig Überwachungsorgane in den Lokalen herumgehen.

Das Zweite ist, die Ministerin Rauch-Kallat hat sich ebenfalls skeptisch darüber geäußert, meinte, es wäre eine Bagatellsteuer und hat außerdem gemeint, auch nicht durch Zahlen untermauert, dass der Verbrauch der Getränke im Abklingen wäre und dass die Jugendlichen kaum mehr Interesse an derartigen Getränken haben. Meine Damen und Herren, jeder der von uns auf Bällen unterwegs war, hat sicherlich sehr viele Jugendliche gesehen, die mit dem einen oder anderen Mixgetränk herumgegangen sind. Ich möchte Sie trotzdem bitten, unseren Antrag zu unterstützen. Wir hatten ihn bereits im Landtag, wir möchten ihn noch einmal untermauern, weil die Schweiz diese Sondersteuer bereits eingeführt hat und es dort sehr sinnvoll und sehr zweckvoll gewesen ist.

Ich bitte auch Sie um die Unterstützung! (Beifall bei der SPÖ. – 19.58 Uhr.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung, meine Damen und Herren, liegt nicht vor. Somit schreite ich zur Abstimmung.

Wenn Sie, meine Damen und Herren, dem Antrag der Berichterstatterin Lackner zum Tagesordnungspunkt 18 Ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen.

Ich stelle dazu die einstimmige Annahme fest.

Wenn Sie der Berichterstatterin Lackner zum Tagesordnungspunkt 19 Ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen.

Ich stelle dazu ebenfalls die einstimmige Annahme fest.

Wir kommen zu Punkt

20. Bericht des Ausschusses für Generationen und Bildung über den Antrag, Einl.-Zahl 2081/1, der Abgeordneten Kröpfl und Dr. Reinprecht, betreffend die Abschaffung der direkt gewählten Bundesvertretung der Österreichischen Hochschülerschaft.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Walter Kröpfl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Kröpfl (19.58 Uhr): Werter Herr Präsident!

Ich berichte über den Antrag der Abgeordneten Walter Kröpfl und Dr. Ilse Reinprecht, betreffend die Abschaffung der direkt gewählten Bundesvertretung der Österreichischen Hochschülerschaft.

Nachdem die ÖVP erkannt hat, dass sie mit ihrem jetzigen System die Hochschülerschaftswahlen nicht mehr gewinnen kann, hat sie ein neueres System eingeführt, mit dem ihr die Mehrheit wieder gesichert wird.

Daher wird der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung mit dem Ersuchen heranzutreten, sie möge erstens die Direktwahl der Bundesvertretung der österreichischen Hochschülerschaft wieder herstellen, zweitens ihre ausreichende Finanzierung gewährleisten sowie drittens die Österreichische Hochschülerschaft als Selbstverwaltung der Studierenden anerkennen und viertens in der Bundesverfassung verankern.

Ich ersuche um Annahme. (19.59 Uhr.)

Präsident: Danke für die Berichterstattung. Ich habe hier Wortmeldungen dazu. Herr Abgeordneter Prof. Rauch bitte, danach Frau Dr. Reinprecht.

Abg. Dr. Rauch (20.00 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Herren Landesräte, Hohes Haus!

In aller Kürze. Es gibt einfach mehrere Methoden demokratischer Wahlen, meine Damen und Herren. Es gibt die Möglichkeit der Direktwahl in den Nationalrat oder bei uns in den Landtag und es gibt die Möglichkeit der Delegation in Bundesvertretungen. Beide Formen, ob direkt oder indirekt, sind demokratische Vorgänge. Die Arbeiterkammer, wie wir alle wissen, hat zum Beispiel das Prinzip der Delegation. Es kommt auf die Randbedingungen an und diese Randbedingungen haben sich beim Universitätsgesetz 2002 geändert. Es war immer so, dass die Österreichische Hochschülerschaft ein Abbild der Universitätslandschaft war. Ursprünglich war die Hochschülerschaft sehr zentralistisch aufgebaut. Daher gab es auch die direkt gewählte Bundesvertretung.

Mit dem UG 2002 ist jetzt die einzelne Universität ins Zentrum der Entscheidung gerückt und daher haben wir seit 1. Jänner 2002 Universitäten, die ihre Aufgaben selbstständig erfüllen. Dieser neuen Verantwortung der Universitäten entspricht die neue Wahlordnung. Deswegen wurden durch das neue Hochschülerschaftsgesetz die Hochschülerschaft vor Ort an den Universitäten in den Bundesländern gestärkt. Diese entsenden die Vertreter in die Bundesvertretung, genauso wie es viele andere Kammerorganisationen machen, genauso wie es die Arbeiterkammer macht. Damit ist die demokratische Legitimation der Bundesvertretung auch weiterhin sichergestellt. Eine Direktwahl ist nicht mehr erforderlich. Diese neue Regelung ist eine Stärkung der direkten Universitätsvertretung in den lokalen Universitäten und damit – und das ist mir ganz wichtig – ist diese neue Regelung eine Stärkung der Steiermark. (Beifall bei der ÖVP.) So viel zum Punkt eins, Direktwahl.

Punkt zwei in aller Kürze, Finanzierung. Der ÖH wurde kein Geld weggenommen. Das Geld bleibt gleich.

Der ÖH stehen 2004 und 2005 rund 6,26 Millionen Euro zur Verfügung. Die ÖH-Beiträge von etwa 15 Euro pro Studierenden und Semester gehen auch in Zukunft in voller Höhe an die ÖH. Was hat sich geändert? Die Universitätsvertretungen im Land Steiermark haben früher 70 Prozent der ÖH-Beiträge bekommen und bekommen in Zukunft mit einer moderaten Erhöhung 85 Prozent. Die Bundesvertretung, die Zentrale in Wien, bekommt statt bisher 30 nur noch 15 Prozent. Was war der Zweck dieser Regelung? Erstens können damit die Universitätsvertretungen vor Ort ihre Aufgaben besser wahrnehmen. Zweitens, es gewinnen die Studierenden. Es bleibt mehr Geld am Studienort für Service, für Studium. Der Studierende erhält die Möglichkeit, die Verwendung seines Geldes zu überprüfen und die Anhörung im Universitätsrat ist sichergestellt.

Zu Punkt drei, Anerkennung der ÖH als Selbstverwaltung ist in keiner Weise angetastet. Auch in der Praxis wurde sie in letzter Zeit sehr ausgebaut. So fand zum Beispiel monatlich im Jahr 2004 eine Zusammenkunft zwischen dem Leiter der Hochschulektion und dem Vorsitzenden der ÖH statt. Die Tagesordnung wird immer von der ÖH vorgegeben. Die Termine finden regelmäßig statt. Das hat es früher alles nicht gegeben. Von wegen überfallsartiger Änderungen, am 1. Oktober 2003 wurde diese Anpassung von Frau Bundesministerin Gehrler mit der ÖH-Spitze besprochen und diese Anpassung ist nach etwas mehr als zwei Jahren erfolgt.

Punkt vier, ich komme schon zum Schluss. Der Antrag der SPÖ, die Hochschülerschaft in der Bundesverfassung zu verankern, ist angesichts der Debatte um eine Kürzung und Vereinfachung der Bundesverfassung nicht ganz auf der Höhe der Zeit.

Ich fasse zusammen. Die neue Wahlordnung der ÖH stärkt die steirischen Universitäten. Sowohl in ihrer Entscheidungskompetenz als auch in finanzieller Hinsicht. Es ist mir vollständig unklar, meine Damen und Herren, warum der Steiermärkische Landtag den Bund bitten soll, den steirischen Universitäten Geld wegzunehmen, Kompetenzen wegzunehmen und nach Wien zu verlagern. Ich wüsste wirklich nicht, wie ich den steirischen Studierenden so etwas erklären sollte.

Der Antrag der SPÖ ist gegen die Interessen der Steiermark gerichtet. Wir Abgeordnete der steirischen ÖVP werden daher dem ablehnenden Ausschussantrag selbstverständlich unsere Zustimmung geben. Vielen Dank! (Beifall bei der ÖVP. – 20.05 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung, Frau Abgeordnete Reinprecht.

Frau Abgeordnete Reinprecht, der Herr Abgeordnete Kröpfl möchte eine Ergänzung zur Berichterstattung bringen.

Herr Abgeordneter, bitte.

Abg. Kröpfl (20.05 Uhr): Ergänzung zur Berichterstattung: Bei der Abstimmung am 1. Februar 2005 fand der Antrag, über den ich früher berichtet habe, leider keine erforderliche Mehrheit. (20.05 Uhr.)

Präsident: Danke, Herr Abgeordneter.

Jetzt, bitte, Frau Abgeordnete Reinprecht. Wenn Sie die gesamte Redezeit nützen wollen, dann stehen Ihnen zehn Minuten zur Verfügung.

Abg. Dr. Reinprecht (20.06 Uhr): Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Herr Prof. Rauch, lassen Sie doch die Kirche im Dorf. Ich meine, diese Frage zu einer faktisch nationalen Frage der Steiermark zu erklären, ist doch wohl einigermaßen lächerlich.

Die Opposition in Wien spricht hier eine andere Sprache. Das Argument der gestärkten Autonomie der Unis wies die Opposition zurück. Die Regierung entscheide weiter alles für die Unis Relevante. Das ist auch wahr, betonte Brokal. Die Regierung argumentiere hier mit der groben Unwahrheit, meinte der grüne Nationalrat Kurt Grünwald, denn sie habe die Senate geschwächt, dem Rektor einen übermächtigen Uni-Rat gegenübergestellt, der zu 50 Prozent von der Regierung besetzt wird und alle kritischen Vertretungen an den Unis abgeschafft. Diese hochgerühmte Uni-Autonomie ist in Wirklichkeit ganz etwas anderes. Sie bekommen ihr Geld zugeteilt, um das sie dann untereinander raufen können. Das ist im Grunde genommen die ausgelagerte Mängelverwaltung an den Universitäten.

Das ist Faktum, Herr Prof. Rauch, und mit der Steiermark als solcher hat das nicht so viel zu tun.

Wie Sie wissen, kann in Zukunft die Bundesvertretung der Studenten nicht mehr direkt gewählt werden. Novelliert wurde kurz vor den Wahlen, die voraussichtlich Ende Mai, Anfang Juni stattfinden werden.

Diese Novelle hat nur einen Grund, und auch hier soll man ehrlich sein: Derzeit gibt es eine Mehrheit von Rot-Grün in der Bundesvertretung der ÖH. Bei der indirekten Wahl, wie vorgesehen, wo die Mandate gemäß der Mandatsstärke der Fraktionen der einzelnen Hochschulen, Universitäten und Akademien vergeben werden, würden die ÖVP-nahen Organisationen faktisch automatisch eine Mehrheit haben. Und das ist der Grund für diese Novelle und nicht der Autonomiegedanke oder Sonstiges. Dafür genau auch die finanzielle Ausblutung der Bundesvertretung der ÖH.

Ein weiterer Grund: Sie können sich gut erinnern, dass es gerade die ÖH war, die in den letzten Jahren häufig gegen die studentenfeindliche Politik der Bundesregierung protestiert hat. Auch hier will man offenbar die Bundesvertretung der ÖH schwächen, weil dort die Parteien, die nicht der Regierung angehören, eine Mehrheit haben.

Es ist überhaupt sehr interessant, wenn gerade die ÖVP plötzlich indirekte Wahlen für so demokratisch und interessant hält, wo sie doch sonst überall für Direktwahlen plädiert. (Präsident: „Meine Damen und Herren, etwas mehr Disziplin ist erwünscht. Es ist die Frau Abgeordnete Reinprecht am Wort. Wenn Sie Wortmeldungen wünschen, bitte, ich nehme sie entgegen!“) Die Wahrheit ist einfach die, wenn nach den derzeitigen demokratischen Regeln keine Mehrheit zu finden ist, dann ändert man ganz einfach die Regeln. Früher nannte man so etwas Bananenrepublik.

Man kann natürlich die Regeln ändern, aber das nach einer langen Diskussion und nicht nur einzelne Punkte aus dem ÖH-Wahlgesetz herauspicken, sondern das gesamte Gesetz ändern und auf eine neue Basis stellen. Das wäre die richtige Vorgangsweise gewesen. (Beifall bei der SPÖ. – 20.09 Uhr.)

Präsident: Weitere Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt liegen nicht vor.

Ich komme somit zur Abstimmung. Ich ersuche Sie um Aufmerksamkeit.

Wenn die Damen und Herren dem Antrag des Berichterstatters die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme fest.

Wir kommen damit zu den Tagesordnungspunkten 21 bis 24. Es ist ein innerer sachlicher Zusammenhang gegeben. Die vier Tagesordnungspunkte werden gemeinsam behandelt und über jeden einzelnen Tagesordnungspunkt getrennt abgestimmt.

Wenn Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich Sie um ein Handzeichen.

Danke! Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Ich komme somit zu Tagesordnungspunkt

21. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 2083/1, betreffend den Verkauf der Liegenschaft Grundstück Nr. .96/15 und Teilflächen des Grundstückes 596/1 im Flächenausmaß von rund 800 Quadratmeter der EZ. 267, KG. 67412 Weng um einen Kaufpreis von 71.000 Euro an die Ehegatten Annemarie und Franz Knappitsch, 8913 Gstatterboden 5.

Berichterstatter ist der Herr Landtagsabgeordnete Kurt Tasch. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Tasch (20.10 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich glaube, ihr habt die Vorlage vor euch liegen und habt sie genau durchgesehen. Der Landtag wolle beschließen:

Der Verkauf der Liegenschaft Grundstück Nr. .96/15 und Teilflächen des Grundstückes 596/1 im Flächenausmaß von rund 800 Quadratmeter der EZ. 267, KG. 67412 Weng um einen Kaufpreis von 71.000 Euro an die Ehegatten Annemarie und Franz Knappitsch, 8913 Gstatterboden 5 wird genehmigt.

Ich bitte um Annahme. (20.11 Uhr.)

Präsident: Danke für die Berichterstattung.

22. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 2115/1, betreffend den Verkauf von in Kapfenberg gelegenen landeseigenen Grundstücken an die Firma Böhler Edelstahl GesmbH. um einen Pauschalkaufpreis von einer Million Euro.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Josef Straßberger. Herr Abgeordneter, bitte.

Abg. Straßberger (20.11 Uhr): Verehrter Herr Präsident, Herr Landeshauptmannstellvertreter, verehrte Damen und Herren Abgeordnete, geschätztes Hohes Haus!

Ich bringe den Bericht über die Vorlage der Steiermärkischen Landesregierung, betreffend den Verkauf von in Kapfenberg gelegenen landeseigenen Grundstücken an die Firma Böhler Edelstahl Ges.m.b.H. um einen Pauschalkaufpreis von einer Million Euro.

Die Vorlage liegt Ihnen vor.

Die Steiermärkische Landesregierung stellt zufolge ihres Beschlusses vom 20. Dezember 2004 den Antrag, der Landtag wolle beschließen: erstens der Verkauf der landeseigenen Grundstücke Nr. 376/2, 414/1 der EZ. 333, KG. 60025 Kapfenberg, Teilfläche des Grundstücks Nr. 717, Grundstück Nr. 169, Grundstück Nr. 170, Grundstücke Nr. 171, 172, .174, 388/1, 384, alle EZ. 1001, Teileinlage für die KG. 60025 Kapfenberg, Grundstück Nr. 416, EZ. 1002, KG. 60054 Sankt Martin, Teilfläche Grundstück Nr. 676/1 der EZ. 1003, KG. 60073 Winkl an die Firma Böhler Edelstahl Ges.m.b.H. um einen Pauschalkaufpreis von einer Million Euro; zweitens die Einräumung des Vorkaufsrechtes an die Firma Böhler Edelstahl Ges.m.b.H. ob der Liegenschaft EZ. 333, KG. 60025 Kapfenberg; drittens die Einräumung einer Dienstbarkeit des Gehens und Fahrens über das landeseigene Grundstück Nr. 388/4 der EZ. 333, KG. 60025 Kapfenberg zu Gunsten der Firma Böhler Edelstahl Ges. m.b.H. und ob der zu Punkt eins bezeichneten Liegenschaft Grundstück Nr. 717 der KG. 60025 Kapfenberg zu Gunsten des Landes Steiermark wird genehmigt.

Ich bitte um Annahme. (20.14 Uhr.)

Präsident: Danke für die Berichterstattung.

23. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 2118/1, betreffend den Verkauf des landeseigenen Personalwohnhauses des LKH Fürstenfeld (¹⁰⁰⁰/_{13.060}-WE-Anteile an der EZ. 2491, KG. 62212 Fürstenfeld, 8280 Fürstenfeld, Dr.-W.-Taucher-Straße 11) zum Kaufpreis von 260.500 Euro an Werner und Andrea Brugner, 8264 Hainersdorf 50.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Josef Straßberger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Straßberger (20.14 Uhr): Ich bringe den Bericht über die Vorlage der Steiermärkischen Landesregierung, betreffend den Verkauf des landeseigenen Personalwohnhauses des LKH Fürstenfeld, ¹⁰⁰⁰/_{13.060}-WE-Anteile an der EZ. 2491, KG. 62212 Fürstenfeld, 8280 Fürstenfeld, Dr.-W.-Taucher-Straße 11 zum Kaufpreis von 260.500 Euro an Werner und Andrea Brugner, 8264 Hainersdorf 50.

Die Steiermärkische Landesregierung stellt zufolge ihres Beschlusses vom 20. Dezember 2004 den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Verkauf des landeseigenen Personalwohnhauses des LKH Fürstenfeld, ¹⁰⁰⁰/_{13.060}-WE-Anteile an der EZ. 2491, KG. 62212 Fürstenfeld, 8280 Fürstenfeld, Dr.-W.-Taucher-Straße 11 zum Kaufpreis von 260.500 Euro an Werner und Andrea Brugner, 8264 Hainersdorf 50 wird genehmigt.

Ich bitte um Annahme. (20.15 Uhr.)

Präsident: Danke für die Berichterstattung. Wir kommen damit zum Bericht Tagesordnungspunkt

24. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 2126/1, betreffend den Verkauf der Liegenschaft „Bauhof Kärntner Straße“, EZ. 864, KG. 63128 Wetzelsdorf, Grundstücksadresse Kärntner Straße 110, 110 a an die Grazer Stadtwerke AG., 8010 Graz, Andreas-Hofer-Platz 15.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Wolfgang Kasic. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Kasic (20.15 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich darf Ihnen den Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, betreffend Verkauf der Liegenschaft Bauhof Kärntner Straße an die Grazer Stadtwerke AG., Andreas-Hofer-Platz 15 zur Kenntnis bringen.

Die Unterlage liegt Ihnen vor. Ich darf daher folgenden Antrag stellen:

Die Steiermärkische Landesregierung stellt zufolge ihres Beschlusses vom 10. Jänner 2005 den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Verkauf der Liegenschaft EZ. 864, KG. Wetzelsdorf, Grundstücksadresse Kärntner Straße 110 und 110 a, im Flächenausmaß von 4309 Quadratmeter an die Grazer Stadtwerke AG., 8010 Graz, Andreas-Hofer-Platz 15 zu einem Gesamtkaufpreis von 1,250.000 Euro wird genehmigt. Ich bitte um Zustimmung. (20.16 Uhr.)

Präsident: Danke für die Berichterstattung. Meine Damen und Herren, es ist mir auffallend, dass mir keinerlei Wortmeldungen vorliegen, so dass ich sofort zur Abstimmung gelange.

Meine Damen und Herren, wenn Sie dem Antrag des Berichterstatters zum Tagesordnungspunkt 21, Einl.-Zahl 2083 Ihre Zustimmung geben ersuche ich um ein Handzeichen.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Wenn Sie zum Tagesordnungspunkt 22, Einl.-Zahl 2115 Ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen.

Ich stelle ebenso die einstimmige Annahme fest.

Wenn Sie zum Tagesordnungspunkt 23, Einl.-Zahl 2118 Ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Wenn Sie zum Tagesordnungspunkt 24, Einl.-Zahl 2126 Ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen.

Ich stelle auch dazu die einstimmige Annahme fest.

Bei den Tagesordnungspunkten 25 bis 28 ist ein innerer sachlicher Zusammenhang gegeben. Ich schlage daher im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, diese vier Tagesordnungspunkte gemeinsam zu behandeln, jedoch über jeden einzelnen Tagesordnungspunkt getrennt abzustimmen.

Falls Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

25. Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Spitäler über die Regierungsvorlage Einl.-Zahl 2119/1, betreffend Vereinbarung gemäß Artikel 15 a B-VG über die Organisation und Finanzierung des Gesundheitswesens und über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 2119/2, Beilage Nr. 232, Gesetz über die Fortführung des Fonds zur leistungsorientierten Finanzierung steirischer Krankenanstalten (Steiermärkisches Krankenanstalten-Finanzierungsfondsgesetz 2005).

Berichterstatterin ist Frau Landtagsabgeordnete Mag. Ursula Lackner. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Mag. Lackner (20.18 Uhr): Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Die Berichterstatterin meldet sich zu Wort und berichtet über die Vorlage, Einl.-Zahl 2119/1, der Steiermärkischen Landesregierung, betreffend erstens die Genehmigung einer Vereinbarung gemäß Artikel 15 a Bundesverfassungsgesetz zwischen dem Bund und dem Land Steiermark über die Organisation und Finanzierung des Gesundheitswesens, zweitens die Beschlussfassung über ein Gesetz über die Wiederinkraftsetzung des Gesetzes vom 23. Oktober 2001 über die Fortführung des Fonds zur leistungsorientierten Finanzierung steirischer Krankenanstalten.

Ad eins möchte ich kurz erläutern. Die für die Jahre 2001 bis 2004 abgeschlossene Vereinbarung gemäß Artikel 15 a B-VG über die Neustrukturierung des Gesundheitswesens und der Krankenanstaltenfinanzierung tritt mit 31. Dezember 2004 außer Kraft. Käme es zu keiner Einigung zwischen Bund und Ländern über eine neue Vereinbarung, würde am 1. Jänner 2005 die Rechtslage zum 31. Dezember 1977 wieder in Kraft treten und haben sich daher nach intensiven Verhandlungen die Vertragsparteien auf eine Organisations- und Finanzierungsreform geeinigt, die insbesondere zur besseren Kooperation zwischen den einzelnen Sektoren des Gesundheitswesens führen soll. In Entsprechung dieser Einigung im Rahmen der Finanzausgleichsverhandlungen wurde zwischen dem Bund und den Ländern als Vertragsparteien der Text einer neuen Vereinbarung gemäß Artikel 15 a B-VG über die Organisation und Finanzierung des Gesundheitswesens fixiert. Diese Vereinbarung tritt mit 1. Jänner 2005 in Kraft und mit Ablauf des 31. Dezember 2008 außer Kraft.

Alle zur Durchführung der vereinbarten notwendigen bundes- und landesgesetzlichen Regelungen sind mit 1. Jänner 2005 in Kraft zu setzen, mit Ausnahme der Bestimmungen über die Einrichtung der Landesgesundheitsfonds, die bis spätestens 1. Jänner 2006 in Kraft treten müssen.

Zum Zweiten: In der Vereinbarung gemäß Artikel 15 a B-VG über die Organisation und Finanzierung des Gesundheitswesens und der Krankenanstaltenfinanzierung kamen die Vertragsparteien Bund und Länder überein, das bisher bereits auf Grund von Vereinbarungen für die Jahre 1997 bis 2004 praktizierte leistungsorientierte Krankenanstalten-Finanzierungssystem weiter fortzuführen.

Ich berichte weiters über die Einl.-Zahl 2119/2, Vorlage der Steiermärkischen Landesregierung, Gesetz über die Fortführung des Fonds zur leistungsorientierten Finanzierung steirischer Krankenanstalten, im engen Kontext natürlich mit dem ersten Teil meines Berichtes zu sehen.

Eine kurze Erläuterung: Um das System der leistungsorientierten Krankenanstaltenfinanzierung im Jahr 2005 in der Steiermark aufrechterhalten zu können, ist es daher erforderlich, das Gesetz vom 23. Oktober 2001 über die Fortführung des Fonds zur leistungsorientierten Finanzierung von steirischen Krankenanstalten, das mit 31. Dezember 2004 außer Kraft tritt, mit 1. Jänner 2005 wieder in Kraft zu setzen, wobei einige Anpassungen an das neue Paktum vorzunehmen sind. Dieser Vorgriff auf die vollständige Umsetzung des neuen Paktums ist durch die Notwendigkeit, möglichst umgehend Rechtssicherheit im Bereich der leistungsorientierten Krankenanstaltenfinanzierung zu schaffen, gerechtfertigt.

Ich ersuche um Annahme. (20.20 Uhr.)

Präsident: Ich danke Ihnen für die Berichterstattung. Ich bitte Sie auch zum Tagesordnungspunkt 26 zu berichten.

26. Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Spitäler über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 2127/1, betreffend den Tätigkeitsbericht 2003 des Steiermärkischen Krankenanstalten-Finanzierungsfonds.

Berichterstatteerin ist Frau Landtagsabgeordnete Mag. Lackner. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Mag. Lackner (20.21 Uhr): Ich berichte nun über die Einl.-Zahl 2127/1, Vorlage der Steiermärkischen Landesregierung, betreffend den Tätigkeitsbericht 2003 des Steiermärkischen Krankenanstaltenfinanzierungsfonds. Es ist ein sehr umfassender, interessanter und aufschlussreicher Bericht, der uns vorliegt.

Ich darf jeden einladen, diesen genau zu recherchieren und zu studieren und stelle den Antrag, diesen Bericht anzunehmen. (20.21 Uhr.)

Präsident: Danke für die Berichterstattung, womit ich zum Tagesordnungspunkt 27 komme.

27. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 2129/1, betreffend das Diakonissenkrankenhaus Schladming, Betriebsabgangsdeckungsvereinbarung – Änderung der Abgangsrechnung beziehungsweise Haftungsübernahme.

Berichterstatteerin ist Frau Landtagsabgeordnete Margarethe Gruber. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Margarethe Gruber (20.22 Uhr): Ich berichte zur Einl.-Zahl 2129/1 der Steiermärkischen Landesregierung, betreffend das Diakonissenkrankenhaus Schladming, Betriebsabgangsdeckungsvereinbarung – Änderung der Abgangsrechnung beziehungsweise Haftungsübernahme.

Ich darf den Antrag verlesen. Der Landtag wolle beschließen:

Der vorstehende Bericht wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

Die Abgangsdeckungsvereinbarung zwischen dem Land Steiermark und dem Evangelischen Diakoniewerk Gallneukirchen ist im Bereich der Regelung über die Berechnung des vom Land zu ersetzenden Betriebsabganges dahin gehend abzuändern, dass das Produkt der Rechnung „(Einnahmen minus Ausgaben) mal 0,97“ der Abgangsdeckung zugrunde gelegt wird. Gleichzeitig ist vorzusehen, dass das Land Steiermark zur Verbesserung der Zinskonditionen die Haftung bis zum vereinbarten Maximalbetrag übernimmt.

Die Fachabteilung 8A wird beauftragt, im Einvernehmen mit dem Evangelischen Diakoniewerk Gallneukirchen die Betriebsabgangsdeckungsvereinbarung in diesem Sinne abzuändern und der Steiermärkischen Landesregierung zur Genehmigung vorzulegen. (20.23 Uhr.)

Präsident: Ich danke für die Berichterstattung.

Damit kommen wir zum Bericht von Tagesordnungspunkt

28. Bericht des Ausschusses für Kontrolle über den Bericht des Landesrechnungshofes, Einl.-Zahl 2177/1, betreffend Prüfung der Gebarung, der Organisation und der Auslastung des Landeskrankenhauses Hörgas-Enzenbach.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Peter Hagenauer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Hagenauer (20.24 Uhr): Der Ausschuss für Kontrolle hat in seiner Sitzung am 1. Februar 2005 über den Bericht des Landesrechnungshofes, laufende Nummer 138, betreffend Prüfung der Auslastung des Landeskrankenhauses Hörgas-Enzenbach, beraten.

Der Ausschuss für Kontrolle stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen, den Bericht zur Kenntnis zu nehmen.

Ich bitte um Annahme. (20.24 Uhr.)

Präsident: Ich danke für die Berichterstattung.

Meine Damen und Herren, zu den Tagesordnungspunkten 25 bis 28 gibt es keine Wortmeldungen.

Ich schreite nunmehr zur Abstimmung und darf in Erinnerung bringen, dass im vorliegenden Gesetzesbeschluss gemäß den Paragraphen 12 und 20 Verfassungsbestimmungen enthalten sind. Es kann ein Landesverfassungsgesetz nur bei Anwesenheit der Hälfte der Mitglieder des Landtages mit einer Mehrheit von zwei Drittel der abgegebenen Stimmen beschlossen werden.

Ich stelle fest, das erforderliche Anwesenheitsquorum ist gegeben.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin zur Einl.-Zahl 2119/1 und Einl.-Zahl 2119/2, Beilage Nr. 232 (Tagesordnungspunkt 25) ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 2127/1 (Tagesordnungspunkt 26) ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin zur Einl.-Zahl 2129/1 (Tagesordnungspunkt 27) ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 2177/1 (Tagesordnungspunkt 28) ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

29. Bericht des Ausschusses für Verfassung und Verwaltungsreform über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 2114/1, betreffend Vergabe des Dienstleistungsauftrages über die landesweite Betreuung und soziale Beratung von hilfs- und schutzbedürftigen Fremden in der Steiermark gemäß Artikel-15 a-B-VG-Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern an die Caritas der Diözese Graz-Seckau, 8010 Graz, Raimundgasse 16.

Berichterstatterin ist Frau Landtagsabgeordnete Dr. Ilse Reinprecht. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Dr. Reinprecht (20.26 Uhr): Ich berichte über die Vorlage der Steiermärkischen Landesregierung, betreffend Vergabe des Dienstleistungsauftrages über die landesweite Betreuung und soziale Beratung von hilfs- und schutzbedürftigen Fremden in der Steiermark gemäß Artikel-15 a-B-VG-Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern an die Caritas der Diözese Graz-Seckau, 8010 Graz, Raimundgasse 16.

Mit Beschluss Nr. 1355 vom 23. März 2004 wurde die Vereinbarung gemäß Artikel 15 a B-VG über gemeinsame Maßnahmen zur vorübergehenden Grundversorgung für hilfs- und schutzbedürftige Fremde in Österreich vom Steiermärkischen Landtag genehmigt.

Gemäß Artikel 6 der Grundversorgungsvereinbarung ist die Information, Beratung und soziale Betreuung der Fremden durch geeignetes Personal unter Einbeziehung von Dolmetschern sicherzustellen.

Im Rahmen der Kostenteilung werden vom Bund 60 Prozent der entstehenden Aufwendungen dem Land refundiert.

Im Zuge der öffentlichen Ausschreibung der landesweiten Betreuung und sozialen Beratung der hilfs- und schutzbedürftigen Fremden ist die Caritas der Diözese Graz Seckau als einziger Teilnehmer aufgetreten und wurde zur Anbotslegung eingeladen.

Das Anbot wurde im Juni 2004 vorgelegt und ein Leistungsvertrag mit der Caritas geschlossen. Der Leistungsvertrag ist in neun Bereiche gegliedert. Sämtliche inhaltliche und finanzielle Grundlagen wurden durch die Fachabteilung 11B in enger Zusammenarbeit mit der Fachabteilung 1F geprüft und als in Ordnung befunden.

Weiters finden wir eine Aufschlüsselung der Kosten für das Land. Die Bedeckung der Aufwendungen aus dem Leistungsvertrag ist bei der Voranschlagsstelle 1/426029 „Flüchtlingshilfe“ gegeben.

Die Steiermärkische Landesregierung stellt zufolge ihres Beschlusses vom 13. Dezember 2004 den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der vorliegende Bericht wird zur Kenntnis genommen und der Abschluss des Leistungsvertrages zwischen dem Land Steiermark und der Caritas der Diözese Graz-Seckau, betreffend die Betreuung und soziale Beratung von schutz- und hilfsbedürftigen Fremden in der Steiermark gemäß Artikel 15a B-VG-Vereinbarung ab 1. Mai 2004, wird genehmigt.

Ich bitte um Annahme. (20.29 Uhr.)

Präsident: Frau Abgeordnete, ich danke für die Berichterstattung.

Ich habe eine Wortmeldung. Frau Abgeordnete Zitz ist bereits am Wort.

Abg. Mag. Zitz (20.29 Uhr): Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Ich bringe einen Entschließungsantrag ein zu diesem Tagesordnungspunkt „Standards bei der Betreuung und sozialen Beratung von hilfs- und schutzbedürftigen Fremden in der Steiermark“.

Es schaut so aus, dass uns erstmals ein Leistungsvertrag in der Steiermark vorliegt. Dieser Vertrag und die vorangegangene Ausschreibung von Seiten der Landesregierung weist aus Sicht der Grünen mehrere Schwächen auf, die ich jetzt nennen möchte. Anschließend möchte ich Ihnen sechs Punkte bringen, wie man diese Schwächen oder Defizite nachbessern könnte.

Alle Bundesländer sind jetzt in der gleichen Situation wie die Steiermark, nämlich dass die Frage der Grundversorgung von Fremden zu lösen ist.

In anderen Bundesländern, konkret etwa in Wien, ist man aber – der Herr Landesrat ist jetzt nicht anwesend – den Weg gegangen, dass man die Ausschreibung von Seiten des Landes so formuliert hat, dass mehrere Anbieter und Anbieterinnen sich bewerben konnten und dass sich mehrere Anbieter und Anbieterinnen somit die Grundversorgung in diesem Bundesland aufteilen.

In der Steiermark ist die Ausschreibung so formuliert gewesen, dass sich nur eine Anbieterin, nämlich die Caritas, überhaupt bewerben hat können und andere Institutionen von diesem Vergabeverfahren de facto vom Formalistischen her ausgeschlossen waren, weil Teilangebote unzulässig waren.

Das zweite Defizit, das wir an der Ausschreibung wahrnehmen – und das ist einfach eine klare Rückmeldung an den Soziallandesrat, der jetzt nicht anwesend ist, was ich sehr bedauere –, wir haben beim Gegenstand der Ausschreibung eine Vermischung zwischen sozialarbeiterischen Betreuungsaufgaben und Aufgaben, die in den Bereich der hoheitlichen Verwaltung fallen.

Jetzt schaut es so aus, dass bei der Leistungsvereinbarung, die uns vorliegt, tatsächlich auch die gesamten Verwaltungssachen, die anstehen, die zentrale Verwaltung aller Asylwerber und -werberinnen, Verrechnungen und Auszahlungen vergeben wurden.

Wir halten das für ziemlich problematisch. In Wien sind diese Bereiche, nämlich Verwaltung und Betreuung, getrennt ausgeschrieben und getrennt vergeben worden.

Der dritte Mangel ist, dass wir davon ausgehen, dass die Verschwiegenheitspflicht nicht leicht gewährleistet werden kann, wenn man einerseits einen klassisch hoheitlichen Auftrag hat als Kontraktpartnerin der Landesregierung und gleichzeitig aber klarerweise die Verschwiegenheitspflicht hat, etwa wenn es um besondere Vorkommnisse in Unterkünften geht. Das ist für uns sehr schwer kompatibel.

Viertes Argument: Die Qualifikation von den Personen, die im Betreuungsbereich arbeiten, ist teilweise sehr niedrig und inhaltlich nicht ganz nachvollziehbar in dieser Ausschreibung von Seiten des Landesrates formuliert. Es wird da festgehalten, „Sozialarbeiterausbildung beziehungsweise Maturaniveau oder mehrjährige Erfahrung in einschlägiger Tätigkeit“. Das heißt, es würde reichen, dass jemand nur Maturaniveau hat, um in einer entsprechenden Einrichtung zu arbeiten, was ich für sehr problematisch halte.

Der nächste Punkt ist noch, dass bezüglich der Grundversorgung Ziele und Methoden vermischt wurden, wenn zum Beispiel in einem Zusammenhang „Controlling, Qualitätssicherung, Monitoring und Transparenz“ angeführt werden.

Der sechste Punkt ist der hohe Betreuungsschlüssel: Das ist der wirkliche Knackpunkt, weil wir von Seiten der Grünen befürchten, dass dadurch für Flüchtlinge die Qualität einfach nicht sichergestellt werden kann, die wir ihnen in Österreich anbieten wollen und andererseits für die Leute, die in solchen Einrichtungen arbeiten, also die Profis in diesem Bereich, der Betreuungsschlüssel auch unzumutbar ist und sie dadurch nicht in die Lage versetzt werden, ihre Arbeit gut zu machen: Der Betreuungsschlüssel, man würde es nicht für möglich halten, wurde in der Steiermark bei eins zu 170 festgelegt.

Ich weiß, dass das der Betreuungsschlüssel dieser Bundesregierung ist, aber Sie können sich vorstellen, dass man mit so einem Betreuungsschlüssel beim besten Willen keine adäquate Betreuungsarbeit anbieten kann, weder für die Flüchtlinge, die Asylwerber und -werberinnen noch für die Personen, die diese Arbeit in guter Art und Weise anbieten möchten, aber die das einfach auf Grund dieses Betreuungsschlüssels das bei aller Motivation, bei aller Professionalität sicher nicht gewährleisten können. Kleiner Vergleich: Im Bundesland Vorarlberg ist der Schlüssel wesentlich niedriger als in der Steiermark, nämlich bei eins zu 50 Personen, angesetzt.

Ich stelle daher einen Antrag, gedacht als Nachbesserung einer Ausschreibung, die Defizite hat und gedacht als Nachbesserung dieses Leistungsvertrages zwischen dem Land und der Caritas:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, erstens die Vergabe des Leistungsvertrages, betreffend die Grundversorgung in der Steiermark, ohne das Verbot der Abgabe von Teilangeboten erneut auszuschreiben, zweitens dabei auch die Verwaltung getrennt vom Beratungs- und Betreuungsbereich auszuschreiben oder diese überhaupt im Bereich der Hoheitsverwaltung zu belassen, drittens im Leistungsvertrag den sozialarbeiterischen Beratungs- und Betreuungsbereich von Kontrollaufgaben zu trennen, damit der sozialarbeiterische Grundsatz der Verschwiegenheitspflicht aufrechterhalten werden kann, viertens als Qualifikation für die Beratung und Betreuung „SozialarbeiterInnen Ausbildung oder mehrjährige Erfahrung in einschlägiger Tätigkeit, vorzugsweise Migrationsbereich“ festzulegen, fünftens Methoden und Ziele bei der Umsetzung der Grundversorgung zu unterscheiden und sechstens den Betreuungsschlüssel von eins zu 170 auf ein Niveau herabzusetzen, das aus sozialarbeiterischer Sicht fachlich gerechtfertigt werden kann.

Wir stellen diesen Antrag gerade aus der Logik einer hohen Wertschätzung der Arbeit von Migrationsinitiativen und Integrationsinitiativen in der Steiermark heraus. Ob das jetzt Helping Hands ist, ob das die DANAIDA ist, ob das ISOP ist oder auch die Caritas ist und wir wünschen deswegen, dass unser Antrag angenommen wird, um in dem Fall der Caritas tatsächlich einen qualitativ vollen Vollzug dieser Arbeit zu ermöglichen und aus unserer Sicht im Idealfall das auch in Kooperation mit anderen Anbietern in diesem steirischen Dienstleistungsbereich. Danke schön! (20.36 Uhr.)

Präsident: Bevor ich zur Abstimmung komme, erteile ich der Frau Abgeordneten Reinprecht das Wort.

Abg. Dr. Reinprecht (20.36 Uhr): Ich verstehe Ihre Ungeduld, Herr Präsident, aber ich werde mich äußerst kurz halten. Wir werden diesem Antrag der Grünen nicht zustimmen, und zwar aus folgenden Gründen.

Zu Punkt eins, zur Ausschreibung, Vergabe und Teilangeboten. Aus den Ausschreibungsunterlagen ist ersichtlich, dass Bewerbergemeinschaften zulässig sind, ebenso die Weitergabe von wesentlichen Leistungen an konkrete Subunternehmer möglich ist. Im Sinne einer effizienten Flüchtlingsbetreuung wurden Teilangebote nicht akzeptiert, um Probleme, wie zum Beispiel in Traiskirchen mit European Home Care, in der Steiermark auszuschließen.

Zu Punkt zwei, Trennung von Verwaltung und Beratung im Betreuungsbereich. Die Verwaltung, wie Aufnahmeverrechnung und so weiter, erfolgt gemäß Grundversorgungsvereinbarung durch Bedienstete des Landes, durch das Landesflüchtlingsbüro. Die Beratung und Betreuung ist gemäß Dienstleistungsauftrag durch die Caritas sichergestellt.

Drittens, zu Punkt Beratung, Betreuung und Verschwiegenheit. Die Berichtspflicht-Zusammenarbeit mit Behörden, Vorschläge und Dokumentation ist keinesfalls als hoheitliche Aufgaben zu betrachten.

Zum Punkt Verschwiegenheitspflicht hinsichtlich besonderer Vorkommnisse in den Unterkünften wird festgestellt, dass es sich hier um Mitteilungen zum Schutze beziehungsweise Hilfestellung bei Problemen der AsylwerberInnen handelt. Informationen, die unter die Verschwiegenheitspflicht der verschiedenen Berufsgruppen fallen, zum Beispiel Ärzte und andere, sind hievon naturgemäß nicht betroffen.

Qualifikation der Regionalbetreuer. Im Teilnehmerantrag ist festgehalten, dass als Anforderungsprofil nach Möglichkeit Migrationshintergrund, soziale Kompetenz und Sozialarbeiterausbildung beziehungsweise Maturaniveau oder mehrjährige Erfahrung in einschlägiger Tätigkeit erwünscht ist. Die im Antrag vorgebrachte Formulierung „Matura reicht aus“ ist daher auf Grund des Anforderungsprofils nicht nachvollziehbar.

Fünftens, Methode und Ziele bei der Umsetzung der Grundversorgungsvereinbarung. Die Methoden und Ziele der Umsetzung der Grundversorgungsvereinbarung haben sich seit 1. Mai 2004 bestens bewährt und werden laufend an aktuelle Entwicklungen angepasst. Außerdem ist die Zusammenarbeit zwischen Caritas und dem Land Steiermark seit langer Zeit vorbildlich.

Zum Betreuungsschlüssel eins zu 170, das entspricht etwa 25 Familien, entspricht dem Inhalt der Grundversorgungsvereinbarung. Für besondere Gruppen, wie zum Beispiel unbegleitete minderjährige Fremde, ist ein wesentlich höherer Betreuungsschlüssel vorgesehen, wie zum Beispiel Wohngruppen eins zu zehn und Wohnheime eins zu fünf.

Und noch etwas zu diesen Themen nur ganz kurz, weil ich kann mich hier nicht verschweigen. Ich möchte an die Diskussion im Jahre 2003 um die Firma European Home Care erinnern, wo wir verhöhnt wurden von der ÖVP, als wir sehr in Zweifel gezogen hatten, ob das eine richtige Entscheidung des Innenministers Strasser ist. Es war eine falsche Entscheidung, wie wir heute wissen. Ich hatte schon damals gesagt, wer billig kauft, kauft in Wirklichkeit teuer. Das hat sich bewahrheitet. So kann man hier lesen: „Bund stürzt Firmen und Flüchtlinge ins Chaos.“ Da kann ich nur an die ÖVP appellieren, das nächste Mal ein weniger selbstgerecht zu sein. (Beifall bei der SPÖ. – 20.40 Uhr.)

Präsident: Damit, meine Damen und Herren, kommen wir schon zur Abstimmung über den Tagesordnungspunkt 29. Wenn Sie dem Antrag der Berichterstatterin Ihre Zustimmung geben, ersuche ich Sie um ein Handzeichen. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme fest.

Die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der Grünen, betreffend Standards bei der Betreuung und sozialen Beratung von hilfs- und schutzbedürftigen Fremden in der Steiermark, ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen.

Der Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Damit komme ich zu Tagesordnungspunkt

30. Bericht des Ausschusses für Gemeinden und Sicherheit über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1646/2, zum Beschluss Nr. 1279 des Steiermärkischen Landtages vom 4. Dezember 2003 über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Bittmann und Gödl, betreffend Unfallversicherung für Sportfunktionäre.

Berichterstatterin ist Frau Landtagsabgeordnete Mag. Christine Koller. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Mag. Koller (20.41 Uhr): Ich berichte zur Einl.-Zahl 1646/2 zum Beschluss Nr. 1279 des Steiermärkischen Landtages vom 4. Dezember 2003 über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Bittmann und Gödl, betreffend Unfallversicherung für Sportfunktionäre.

Die Bundesregierung teilt zu diesem Beschluss des Landtages mit, dass die Aufnahme von Sportfunktionären in die kostenlose Unfallversicherung eine Abkehr vom System bedeute, da nicht nur die der unmittelbaren Lebensrettung beziehungsweise Gefahrenabwehr Verpflichteten versichert wären.

Die Steiermärkische Landesregierung stellt zufolge ihres Beschlusses vom 20. Dezember 2004 den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Beschluss Nr. 1279 des Steiermärkischen Landtages vom 4. Dezember 2003 über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Bittmann und Gödl, betreffend Unfallversicherung für Sportfunktionäre, Ausweitung des geschützten Lebensbereiches, die in der Unfallversicherung eine Verbesserung der Situation von Ehrenamtlichen im Sport ermöglicht, wird zur Kenntnis genommen.

Ich bitte um Kenntnisnahme. (20.42 Uhr.)

Präsident: Danke für die Berichterstattung. Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt 30 liegen nicht vor. Ich schreite somit zur Abstimmung.

Wenn Sie dem Antrag der Berichterstatterin, meine Damen und Herren, Ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Wir kommen damit schon zum Tagesordnungspunkt 31 und nähern uns allmählich einem absehbaren Ende.

31. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über den Antrag, Einl.-Zahl 1941/1, der Abgeordneten Kaufmann, Kröpfl und Stöhrmann, betreffend Breitbandinternet (ADSL) für alle Regionen der Steiermark.

Berichterstatterin ist Frau Landtagsabgeordnete Monika Kaufmann. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Kaufmann (20.42 Uhr): Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich bringe den Schriftlichen Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zum Antrag, Einl.-Zahl 1941/1, der Abgeordneten Kaufmann, Kröpfl und Stöhrmann, betreffend Breitband (ADSL) für alle Regionen der Steiermark.

Der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft hat in seiner Sitzung am 5. Oktober 2004 und 1. Februar 2005 über obgenannten Antrag die Beratungen durchgeführt.

Zum Antrag der SPÖ, betreffend Breitbandinternet für alle Regionen der Steiermark, liegt seitens der Landesregierung folgende Stellungnahme vor:

Im Einklang mit der eigens für den Ausbau der Breitbandinfrastruktur erlassenen Sonderrichtlinie wurde am 17. November 2004 eine erste Ausschreibung zur Erschließung von 282 so genannten Siedlungspunkten gestartet. Diese Ausschreibung endet Mitte Jänner 2005. Eine Bevorzugung der Telekom, wie es der Antrag der SPÖ fordert, ist aus wettbewerbsrechtlichen Gründen nicht möglich. Weiters ist für 2005 eine zweite Ausschreibung geplant.

Der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zum Antrag, Einl.-Zahl 1941/1, der Abgeordneten Kaufmann, Kröpfl und Stöhrmann, betreffend Breitbandinternet (ADSL) für alle Regionen der Steiermark, wird zur Kenntnis genommen.

Ich ersuche um Annahme. (20.44 Uhr.)

Präsident: Frau Abgeordnete, Sie haben sich auch zu Wort gemeldet. Sie sind schon am Wort, bitte.

Abg. Kaufmann (20.44 Uhr): Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich werde natürlich meine 20 Minuten ausnützen bis zur letzten Sekunde. Das war nur ein Spaß!

Ich bringe den Unselbstständigen Entschließungsantrag der Abgeordneten Kaufmann, Kröpfl, Bachmaier-Geltewa, Grabner, Detlef Gruber, Margarethe Gruber, Petinger, Prattes, Dr. Rieder, Schleich, Schrittwieser, Stöhrmann, Mag. Lackner, Dr. Reinprecht, Gennaro, Gross und Halper.

Ein schneller Internetzugang wird angesichts der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und touristischen Entwicklung immer wichtiger. Damit bildet sein Vorhandensein aber auch einen wichtigen Standortfaktor. Rund 45 Prozent der steirischen Haushalte verfügen über einen Internetzugang, wobei der Breitbandanteil zirka 24 Prozent beträgt. Von den steirischen Unternehmen verfügen 89 Prozent über einen Internetzugang, der Breitbandanteil beträgt dabei 54 Prozent. Vor allem Unternehmen mit zehn bis 49 Beschäftigten haben zu rund 20 Prozent noch keinen Internetzugang. Rund 14 Prozent der 60.000 steirischen Wirtschaftstreibenden stehen derzeit noch keine Breitbandversorgung zur Verfügung.

In Regionen ohne Breitbandanbindung wird es vermehrt zu Abwanderungen beziehungsweise keinen Neuansiedelungen von Betrieben kommen. Ohne Breitband wird es abseits der Ballungsräume kein wettbewerbsfähiges Wirtschaftsleben mehr geben können.

Nach Einbringung eines Antrages der SPÖ-Landtagsfraktion am 6. Juli 2004, der auf eine Breitbandversorgung für die gesamte Steiermark abzielte, hat das Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie am 19. August 2004 eine Sonderrichtlinie zur Förderung des Ausbaues der Breitbandinfrastruktur mit einem Förderungsvolumen von rund 10 Millionen Euro erlassen. Danach werden 372 Siedlungspunkte in der Steiermark als förderungswürdig erachtet. Das Land Steiermark hat daraufhin im November 2004 eine erste Ausschreibung, betreffend 282 Siedlungspunkte, gestartet. Laut Bericht des zuständigen Landesrates im Ausschuss hat es für alle Bereiche entsprechende Bewerbungen gegeben.

Im Interesse einer Chancengleichheit hat die Landesregierung für die verbleibenden 90 förderungswürdigen Siedlungsschwerpunkte raschestmöglich ebenfalls eine Ausschreibung durchzuführen.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, erstens raschestmöglich förderungswürdigen 90 Siedlungsschwerpunkte in der Steiermark, wo für den Ausbau deren Breitbandinfrastruktur noch nichts getan worden ist, ebenfalls einer Ausschreibung im Zuge der Förderung nach der Sonderrichtlinie zum Ausbau der Breitbandinfrastruktur zuzuführen, zweitens raschestmöglich und möglichst kurz befristet auf Grund der bereits durchgeführten diesbezüglichen Ausschreibung für 282 Siedlungsschwerpunkte den Ausbau der Breitbandinfrastruktur voranzutreiben sowie drittens den Ausbau der Breitbandinfrastruktur auch für die verbleibenden 90 Siedlungsschwerpunkte nach Beendigung der Ausschreibung gemäß Punkt eins durchzuführen.

Ich ersuche um Annahme. (Beifall bei der SPÖ. – 20.47 Uhr.)

Präsident: Meine Damen und Herren, die Frau Abgeordnete hat nicht, wie vorgesehen, die ganze Redezeit ausgenützt. Wir nehmen das zur Kenntnis und kommen nun bereits zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ, betreffend Breitbandinternet für alle Regionen der Steiermark, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

32. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über den Antrag, Einl.-Zahl 2138/1, der Abgeordneten Kröpfl, Genaro und Prattes, betreffend Verhinderung der Privatisierung der Post AG.

Berichterstatterin ist Frau Landtagsabgeordnete Margarethe Gruber. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Margarethe Gruber (20.48 Uhr): Ich berichte zur Einl.-Zahl 2138/2, Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zum Antrag, Einl.-Zahl 2138/1, der Abgeordneten Kröpfl, Gennaro und Prattes, betreffend Verhinderung der Privatisierung der Post AG.

Der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft hat in seiner Sitzung am 1. Februar 2005 über den obgenannten Antrag die Beratung durchgeführt.

Bei der Abstimmung am 1. Februar 2005 fand der gegenständliche Antrag nicht die erforderliche Mehrheit.

Der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zum Antrag, Einl.-Zahl 2138/1, der Abgeordneten Kröpfl, Gennaro und Prattes, betreffend Verhinderung der Privatisierung der Post AG., wird zur Kenntnis genommen. (20.49 Uhr.)

Präsident: Danke für die Berichterstattung.

Es gibt keine Wortmeldung.

Meine Damen und Herren, wenn Sie dem Antrag der Berichterstatterin ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme fest.

Damit, meine Damen und Herren, komme ich zum Tagesordnungspunkt 33. Das ist die Einl.-Zahl 2094/1.

33. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über den Antrag, Einl.-Zahl 2094/1, der Abgeordneten Kröpfl, Dr. Bachmaier-Geltewa, Böhmer, Breithuber, Gennaro, Dipl.-Ing. Grabner, Gross, Detlef Gruber, Margarethe Gruber, Halper, Kaufmann, Mag. Lackner, Petinger, Prattes, Dr. Reinprecht, Dr. Rieder, Schleich, Schrittwieser und Stöhrmann, betreffend Kauf von Tankstellen im ländlichen Raum, Errichtung von Nahversorgungs- und Post-Service-Zentren, Öffnung von Landestankstellen.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Schleich. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Schleich (20.50 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Regierungsmitglieder, sehr geehrte Damen und Herren!

Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zum Antrag, Einl.-Zahl 2094/1, der sozialdemokratischen Abgeordneten, betreffend Kauf von Tankstellen im ländlichen Raum, Errichtung von Nahversorgungs- und Post-Service-Zentren, Öffnung von Landestankstellen.

Der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft hat in seiner Sitzung am 1. Februar 2005 über den obgenannten Antrag die Beratungen durchgeführt.

Bei der Abstimmung am 1. Februar 2005 fand der gegenständliche Antrag nicht die erforderliche Mehrheit.

Der Antrag lautet:

Der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zum Antrag, Einl.-Zahl 2094/1, der sozialdemokratischen Abgeordneten, betreffend Kauf von Tankstellen im ländlichen Raum, Errichtung von Nahversorgungs- und Post-Service-Zentren, Öffnung von Landestankstellen, wird zur Kenntnis genommen. (20.51 Uhr.)

Präsident: Danke für die Berichterstattung.

Wortmeldungen dazu habe ich keine. Somit komme ich zur Abstimmung.

Meine Damen und Herren, wenn Sie dem Antrag des Berichterstatters die Zustimmung geben, ersuche ich nun um ein Handzeichen. Gegenprobe.

Ich stelle dazu die mehrheitliche Annahme fest.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Die nächste Sitzung wird auf schriftlichem Wege einberufen.

Die Sitzung ist beendet. Guten Abend! (Ende der Sitzung: 20.51 Uhr.)